

Stenografischer Bericht

5. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 20. Oktober 2015

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: LTAvg. Kogler, LTAvg. Kügerl

B1. Einl.Zahl 308/1

Anfrage der Frau LTAvg. Ing. Jungwirth an Herrn Landesrat Dr. Buchmann betreffend
Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Dr. Buchmann (544)

Zusatzfrage: LTAvg. Ing. Jungwirth (548)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Buchmann (548)

D1. Einl.Zahl 295/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer
betreffend

Finanzskandal in Hart bei Graz: Meldet SPÖ Steiermark nun Patent auf Pleitegemeinden an?

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Kunasek (664)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer
(672)

Wortmeldungen: LTAvg. Kunasek (679), LTAvg. Schönleitner (682), LTAvg. Petinger (686)

Beschlussfassung: (689)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilung gem. § 39 GeoLT (543)*

1. Einl.Zahl 289/1

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Darlegung des Landesbudgets 2016 gem. § 45 Abs. 1 GeoLT*

Wortmeldung: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (550), LTAAbg. Schönleitner (555), LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (564), LTAAbg. Mag. Pichler-Jessenko (567), LTAAbg. Dr. Murgg (572), LTAAbg. Anton Lang (575)

2. Einl.Zahl 257/2

Bericht des Ausschusses für Umwelt

Betreff: *Klimawandelanpassung- Strategie Steiermark 2050*

Wortmeldungen: LTAAbg. Kolar (578), LTAAbg. Ing. Jungwirth (583), LTAAbg. Hubert Lang (586), Landesrat Mag. Leichtfried (590)

Beschlussfassung: (592)

3. Einl.Zahl 115/3

Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu Folgeprüfung der Nationalpark Gesäuse GmbH*

Wortmeldungen: LTAAbg. Ahrer, (593), LTAAbg. Schönleitner (594), LTAAbg. Royer (596)

Beschlussfassung: (597)

4. Einl.Zahl 256/2

Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Verkauf einer durch das Land Steiermark geförderten Wohnung*

Wortmeldung: LTAAbg. Dr. Murgg (598)

Beschlussfassung: (598)

5. Einl.Zahl 97/4

Bericht des Ausschusses für Gemeinden

Betreff: *Novellierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes (StVAG)*

Wortmeldungen: LTAAbg. Dirnberger (599), LTAAbg. Mag. Kerschler (600)

Beschlussfassung: (600)

N1. Einl.Zahl 282/4

Bericht des Ausschusses Finanzen

Betreff: *Gesetz über den Zuschlag zur Bundesautomaten- und VLT-Abgabe und über die Änderung des Lustbarkeitsabgabegesetzes 2003*

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (600), LTAbg. Schwarz (605)

Beschlussfassung: (607)

6. Einl.Zahl 201/4

Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfung des Sozialhilfeverbandes Bruck-Mürzzuschlag durch den Rechnungshof*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. (FH) Hofer (608), LTAbg. Amesbauer, BA (610), LTAbg. Mag. (FH) Hofer (614)

Beschlussfassung: (614)

7. Einl.Zahl 234/2

Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Gesamtbericht über den Budgetvollzug per 30.06.2015*

Beschlussfassung: (614)

8. Einl.Zahl 255/2

Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. (4) LVG 2010 zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes „Haushaltsführung 2013“ (Einl.Zahl 3213/3, Landtagsbeschluss Nr. 1143)*

Beschlussfassung: (615)

9. Einl.Zahl 232/2

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Kulturförderungsbericht 2014*

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann (615), LTAbg. Schartel (616), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (618), LTAbg. Klimt-Weithaler (619), LTAbg. Schweiner (622) Landesrat Dr. Buchmann (623)

Beschlussfassung: (625)

10. Einl.Zahl 264/2

Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2015/6) betreffend EU-Finanzbericht 2013*

Wortmeldungen: LTAAbg. Fartek (626), LTAAbg. MMag. Eibinger-Miedl (628), LTAAbg. Kunasek (629), LTAAbg. Cramer (631), LTAAbg. Schwarz (632), LTAAbg. Ing. Jungwirth (633), LTAAbg. Mag. Pichler-Jessenko (635)

Beschlussfassung: (636)

11. Einl.Zahl 235/2

Bericht des Ausschusses für Gesundheit

Betreff: *Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Personen, Steiermark 2025 (BEP-St 2025)*

Wortmeldungen: LTAAbg. Riener (636), LTAAbg. Krautwaschl (641), LTAAbg. Zenz (645), LTAAbg. Schartel (648), LTAAbg. Klimt-Weithaler (650), LTAAbg. Riener (654), Landesrat Mag. Drexler (656)

Beschlussfassung: (663)

12. Einl.Zahl 116/3

Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zu NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH*

Wortmeldungen: LTAAbg. Kober (690), LTAAbg. Ederer (691)

Beschlussfassung: (694)

13. Einl.Zahl 162/5

Bericht des Ausschusses für Bildung

Betreff: *Gründung von Expositurklassen in Breitenau am Hochlantsch*

Wortmeldungen: LTAAbg. Amesbauer, BA (694), LTAAbg. Mag. Dr. Dolesch (697), Landesrätin Mag. Lackner (701), LTAAbg. Schönleitner (703), LTAAbg. Amesbauer, BA (703), LTAAbg. Schwarz (705)

Beschlussfassung: (706)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf ganz herzlich zur fünften Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode begrüßen. Ich bitte, dass alle die Plätze einnehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher hier vor Ort aber auch am Livestream.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind heute zwei Abgeordnete: Der LTAbg. Anton Kogler, LTAbg. Helga Kügerl.

Bevor ich nun zur Tagesordnung komme, darf ich noch zwei Begrüßungen vornehmen. Die Damen und Herren des Seniorenbundes der Bezirksgruppe Andritz unter der Leitung von Frau Bezirksobfrau Othilde Enderle. Herzlich Willkommen (*Allgemeiner Beifall*)

Ich begrüße auch ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler der Landesberufsschule für kaufmännische Berufe Feldbach unter der Leitung von Herrn Martin Rosenberger. Herzlich Willkommen im Landtag (*Allgemeiner Beifall*).

Geschätzte Abgeordnete, die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Bestehen gegen die Tagesordnung Einwände? Das sehe ich nicht.

Es findet heute eine Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung gemäß § 69 unserer Geschäftsordnung statt. Am Freitag, dem 16. Oktober 2015 wurde von Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage, Einl.Zahl 308/1, an Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann betreffend „Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark“ eingebracht.

Gemäß § 69 Abs. 2 GeoLT hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt. Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Gemäß § 69 Abs. 4 GeoLT dürfen kurze mündliche Zusatzfragen nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und müssen mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt.

Wir kommen zur Behandlung der Anfrage, Einl.Zahl 308/1: Ich ersuche die Fragestellerin, LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth die Frage mündlich am Redepult zu wiederholen.

LTAbg. Ing. Jungwirth – Grüne (10.05 Uhr): Danke Frau Präsidentin!

Einen wunderschönen guten Morgen an Alle hier im Raum. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich starte mit der Frage zur Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit in die heutige Sitzung. Wir haben in der letzten Landtagssitzung am 22.09. im Zusammenhang mit der Debatte zum Flüchtlingswesen bzw. zu den Problemen, die im Moment anstehen auch über die Entwicklungszusammenarbeit diskutiert und es wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir mehrheitlich der Meinung sind, dass Entwicklungszusammenarbeit etwas ganz Wichtiges ist, um präventiv zu arbeiten hinsichtlich der Flüchtlingsströme. Es ging dann am 07. Oktober ein Schreiben aus der Abteilung Europa versehentlich hinaus in dem angekündigt wurde, dass der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr eingerichtet wird. Es wurde das Schreiben dann zurückgezogen. Trotzdem ist für Irritation gesorgt worden, weil, das ist Tatsache, der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit bisher auch nicht neu einberufen wurde und auch keine Nominierung von Mitgliedern stattgefunden hat. Ich stelle deshalb folgende Anfrage hinsichtlich der Strategie des Landes Steiermark im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit: Wie wird die Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark ab 2016 organisatorisch, inhaltlich und finanziell ausgestaltet werden? (10.07 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann, ich bitte dich, die Anfrage zu beantworten.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (10.07 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierung und des Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei der Frau Abgeordneten Jungwirth ausdrücklich für diese Anfrage, weil es mir die Möglichkeit gibt, an sehr prominenter Stelle über die künftige inhaltliche, organisatorische und auch finanzielle Ausrichtung der EZA, also der Entwicklungszusammenarbeit Stellung zu nehmen. Ich mache das sehr, sehr gerne, weil Sie ja wissen, dass ich seit Beginn dieser Legislaturperiode für die Angelegenheiten der Europäischen Integration und der Außenbeziehungen des Landes Steiermark zuständig bin. Neu hinzugekommen sind die Beziehungen zu den Auslandssteirerinnen und Auslandssteirern und eben zur Entwicklungszusammenarbeit. Über die technischen Hintergründe dieses Schreibens, weshalb es jetzt das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, wird in der EDV-Abteilung noch intensiv gearbeitet werden. Ich möchte mich jetzt weniger mit diesen edv-technischen Fragestellungen auseinandersetzen als vielmehr mit der künftigen Entwicklungszusammenarbeit und den Projekten, die wir gestalten wollen. Wie Sie wissen, legen wir die Arbeit in meinem Ressortbereich immer so an, dass es eine klare Zielsetzung gibt und dass wir dann entlang dieser Zielsetzung eine Strategie entwickeln. Deshalb hat auch Landtag und Landesregierung in der Vorperiode, was die Außenbeziehungen und die Europaarbeit betrifft, eine entsprechende Strategie verabschiedet. Wir wollen das auch für diese Periode so tun. Die Vorarbeiten sind im Gange und wollen hier auch die Beziehungen zu den Auslandssteirerinnen und Auslandssteirern auf neue Beine stellen, aber auch die Entwicklungszusammenarbeit entsprechend schärfen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass mein Vorgänger in diesem Aufgabenbereich der Entwicklungszusammenarbeit, Landeshauptmann a.D. Franz Voves, auch bereits in seiner Abteilung entsprechende Überlegungen der Neustrukturierung angestellt hat und wir auch auf diese Überlegungen gerne, genauso wie auf die Gespräche mit den NGO's und anderen Ansprechgruppen, zurückgreifen wollen. Ich möchte eingangs auch darauf hinweisen, dass die Koalition, bestehend aus SPÖ und ÖVP, im Koalitionsabkommen auch was die Evaluierung der Ombudschäften, der Anwaltschaften und der Beiräte festgelegt hat, dass wir uns das sehr intensiv anschauen wollen und dann allenfalls eine neue Organisation bis hin zu einer allfälligen Abschaffung von Beiräten auch diskutieren wollen. Was sind jetzt die inhaltlichen Neuausrichtungen, die ich im Rahmen dieser noch zu definierenden Strategie gerne von meiner Seite eingebracht hätte? Und wir werden ja dann noch die Chance haben, im Landtag und Regierung hier die Diskussion darüber zu führen.

Einen Teil wird der Landesfinanzreferent Michael Schickhofer heute im Rahmen des Budgets auch abdecken. Ich kann Entwarnung geben, wir werden als Land Steiermark bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht kürzen. Wir werden die Mittel, die wir aufbringen können, gleich wie in den Vorjahren, entsprechend einbringen. Es ist mir ein besonderes Ziel, dass wir diese Mittel, das sind nicht sehr viele, aber die, die wir haben, in etwa 350.000 Euro, wollen wir effizient und effektiv gemeinsam mit den Anspruchsgruppen in den Zielregionen einbringen. In dieser neuen Strategie wird es insbesondere auch darum gehen, keine Denkverbote zu haben. D.h. wir sollten wirklich die Chancen nutzen, die eine neue Strategie mit sich bringt. Diese würde ich gerne entlang folgender inhaltlicher Perspektiven vornehmen. Es ist natürlich ein Anliegen, auch weiterhin Projekte in den Entwicklungsländern zu unterstützen und konkrete Hilfe vor Ort zu ermöglichen. Das können, so wie bisher, Einzelprojekte sein, aber auch mehrjährige integrierte Regionalentwicklungsprojekte, das erscheint mir wichtig. Daher könnte ich mir vorstellen, dass wir auch zwei Schwerpunktsetzungen in diesem Bereich setzen. Eines in Afrika und eines in Lateinamerika und das auch mit einer mehrjährigen Fördervertragsbindung ausstatten. Das wäre eine neue Perspektive für größere Projekte und würde, glaube ich, auch eine nachhaltige Planungssicherheit, Rechtssicherheit und auch Finanzierungssicherheit für die Projektpartner bringen. Ich möchte unterstützen, weil es hier ein ganz besonderes Engagement von jungen Leuten gibt, die Freiwilligeneinsätze in ausgewiesenen Regionen machen. Die Dauer dieser Einsätze liegt zumeist zwischen zwei Monaten und einem Jahr. Diese ehrenamtliche Arbeit dieser jungen Steirerinnen und Steirer soll durch einen finanziellen Zuschuss auch entsprechend unterstützt werden. Ich glaube, das ist ein ganz besonderes Engagement, das hier von diesen jungen Menschen eingebracht wird und wir sollten das als Land Steiermark entsprechend würdigen. Es geht auch um die entwicklungspolitische Bewusstseinsbildung in der Steiermark. Hier, wie gesagt, könnten mehrjährige Förderverträge auch eine Rolle spielen und wir könnten hier, glaube ich, das eine oder andere Projekt ganz besonders möglich machen. Sie wissen, dass Fair-Trade und das Thema der Fair-Trade-Gemeinden auch in der Vergangenheit eine gewisse Rolle gespielt hat. Ich könnte mir vorstellen, dass wir nicht nur in Graz Aktivitäten setzen im öffentlichen Raum, sondern künftig auch auf diese Kompetenz in den Fair-Trade-Gemeinden verstärkt zurückgreifen.

Wir könnten eine Ausweitung der Unterstützung von Veranstaltungen, Projekten und Aktivitäten im Rahmen der Fair-Trade-Wochen in der Steiermark mit entwicklungspolitischen Zusammenhang im Hinblick auf entwicklungspolitische Bildung in die Regionen bringen. Vielleicht könnten wir das auch vom Zeitraum her in den Herbst hineinstrecken, dann könnten wir hier auch zu Schulbeginn und nicht nur zu Schulschluss ganz besondere Aktivitäten setzen. Es geht um Fair-Styria-Kooperationsveranstaltungen. Fair-Styria ist der Träger der steirischen Entwicklungszusammenarbeit und soll sich zukünftig noch stärker als Partner der steirischen entwicklungspolitischen Bildung positionieren, etwa durch die gemeinsamen Durchführungen von Tagungen, Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen. Ich glaube, dass wir hier auch Synergien nutzen können, wenn wir hier mit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit noch enger zusammenarbeiten, das würde, glaube ich, sehr positive Wirkungen in beide Richtungen bringen. Sie haben richtigerweise angesprochen, dass wir in der letzten Landtagssitzung eine Debatte zur EZA, auch zur Erhöhung der Finanzierung des Bundes hatten. Es ist mittlerweile ein entsprechendes Schriftstück an die Bundesregierung ergangen, wo wir darin die Position des Landtages auch niedergeschrieben und gebeten haben, das, was auch das Parlament bereits beschlossen hat, in Umsetzung zu bringen. Ich darf berichten, dass ich in der vormaligen Landtagssitzung auch eingeladen habe zum Fair-Styria-Tag im Burghof. Ich darf berichten, dass das eine sehr erfolgreiche Veranstaltung war, wo sehr viele Schulklassen teilgenommen haben, Lehrerinnen und Lehrer sich eingebracht haben, auch die NGO's stark vertreten waren und in Summe eine sehr, sehr positive Stimmung für das Thema der Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut worden ist. Das könnten wir in den nächsten Jahren entsprechend fortsetzen, vielleicht noch direkter in den öffentlichen Raum der Städte und der Gemeinden gehen, um hier eine Sensibilisierung dieses Themas zu schaffen. Wie gesagt, es ist schade, dass bei diesem Fair-Styria-Tag seitens des Grünen-Klubs niemand dabei sein konnte, aber ich freue mich, dass Sie heute ein großes Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit haben und darf Ihnen versichern, dieses Interesse ist ungeteilt, das haben Sie und das habe auch ich. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.15 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke, Herr Landesrat. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte.

LTabg. Ing. Jungwirth – Grüne (10.16 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Die Spitze kommentiere ich nicht, weil ich bin auch nicht gewillt, meinen Kalender für Sie offenzulegen Herr Landesrat Buchmann. Eine Frage habe ich trotzdem: Ich finde es sehr erfreulich, dass Sie offensichtlich im Hintergrund sehr intensiv an dem Thema in ihrer Abteilung arbeiten. Trotzdem ist es so, dass ein Beirat, ein Expertengremium, ein Expertinnengremium ist, wo die wichtigsten AkteurInnen in einem Themenfeld in der Steiermark normalerweise sitzen und ihre Meinung zur Verfügung stellen, ihre inhaltlichen Inputs geben können und damit einen wichtigen Beitrag in der Erstellung einer Strategie leisten könnten. Insofern ist es für mich ein bisschen fragwürdig, warum die nicht einbezogen werden. Das ist auch meine Frage an Sie: Ob Sie nicht der Meinung sind, dass ein Beirat wertvolle Inputs liefern könnte und eben miteinbezogen werden sollte in der Erstellung der Strategie? *(Beifall bei den Grünen – 10.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landesrat bitte.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (10.17 Uhr): Erstens werden die Expertinnen und Experten aus dem Entwicklungszusammenarbeitsbereich von mir kontaktiert werden, auch im Wege der Abteilung und wir werden gemeinsam schauen, dass wir auf diese Expertise zurückgreifen können. Zum Zweiten geht es mir natürlich auch um die Transparenz und darum, auch die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Das Problem ist, im Bereich des Beirates natürlich schon, dass die Gruppe der Akteure eine überschaubare in unserem Bundesland ist. Wenn der Beirat dann im eigenen Wirkungsbereich die Förderempfehlungen ausspricht, dann kommen wir in eine Situation wie im Kulturkuratorium und das würde ich gerne dem Steuerzahler ersparen. *(Beifall bei der ÖVP – 10.17 Uhr)*

Landesrätin Dr. Vollath: Danke für die Beantwortung. Ich fahre jetzt mit den Mitteilungen fort.

Heute hat um 08.20 Uhr der Ausschuss für Finanzen getagt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 282/1, betreffend Gesetz über den Zuschlag zur Bundesautomaten- und VLT-Abgabe und über die Änderung des Lustbarkeitsabgabegesetzes 2003. Zu dieser Regierungsvorlage wurde der im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 282/4, enthaltene Ausschussantrag gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz, die heute vor der Sitzung getagt hat, schlage ich vor, den genannten Tagesordnungspunkt an folgender Stelle zu behandeln und zwar nach dem Tagesordnungspunkt fünf.

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT 2005 ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Dankeschön.

Am Donnerstag, dem 15. Oktober 2015 wurde um 07.48 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer, betreffend „Finanzskandal in Hart bei Graz: Meldet SPÖ Steiermark nun Patent auf Pleitegemeinden an?“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, sollte die Tagesordnung um 16.00 Uhr aber nicht beendet sein, dann werde ich jedenfalls um 16.00 Uhr mit der Behandlung der Dringlichen Anfrage beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT die Wechselrede statt.

Es sind Anfragen und Anfragebeantwortungen eingelangt: Und zwar 17 Anfragen. Ich verlese die Einlagezahlen: Einl.Zahl 266/1, Einl.Zahl 281/1, Einl.Zahl 283/1, Einl.Zahl 284/1, Einl.Zahl 285/1, Einl.Zahl 287/1, Einl.Zahl 288/1, Einl.Zahl 290/1, Einl.Zahl 291/1, Einl.Zahl 292/1, Einl.Zahl 293/1, Einl.Zahl 294/1, Einl.Zahl 309/1, Einl.Zahl 310/1, Einl.Zahl 311/1, Einl.Zahl 312/1 sowie Einl.Zahl 314/1.

Weiters wurden elf Anfragebeantwortungen eingebracht. Die Einlagezahlen lauten: Einl.Zahl 146/2, Einl.Zahl 147/2, Einl.Zahl 148/2, Einl.Zahl 149/2, Einl.Zahl 151/2, Einl.Zahl 153/2, Einl.Zahl 154/2, Einl.Zahl 156/2, Einl.Zahl 157/2, Einl.Zahl 158/2 sowie Einl.Zahl 205/2.

Ich gehe nunmehr zu unserer Tagesordnung über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt

1. Am 15. Oktober 2015 ist die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 298/1, betreffend Entwurf des Landesfinanzreferenten zum Landesbudget 2016 eingelangt. Das zuständige Mitglied der Landesregierung hat gemäß unserer Geschäftsordnung den Landesvoranschlag nach seiner Bekanntgabe und Zuweisung dem Landtag darzulegen.

Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer das Wort zur Darlegung des Budgets.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (10.21 Uhr): Wertes Regierungsteam, werte Mitgestalterinnen und Mitgestalter im Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieses Budget ist ein Jobmotor für die Steiermark. Mit diesem Budget kann ich die Welt nicht verändern, ich kann damit aber für die Steirerinnen und Steirer da sein. Wir haben ein Budget in einem wirtschaftlichen und politischen Umfeld gestaltet, das von Veränderungen, von Krieg, von Flucht geprägt ist und es war unsere gemeinsame Zielsetzung in dieser Situation alles daran zu setzen, für die Steirerinnen und Steirer da zu sein. Verantwortungsvolle Budgetpolitik bedeutet daher für mich, jetzt in dieser Situation alles daran zu setzen, Arbeitsplätze in der Steiermark zu schaffen und zu sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der steirischen Wirtschaft zu stärken, sodass wir die Nummer eins im Bereich Innovation und Industrie in Österreich sein können, in dieser Situation, die Armut zu bekämpfen und stabile Finanzen zu gewährleisten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* In diesem Spannungsfeld haben wir dieses Budget gemeinsam gestaltet und ich bedanke mich jetzt schon dafür, dass alle Regierungsmitglieder, die Beamtinnen und Beamten mit so viel Engagement und Begeisterung an diesem Zukunftsweg der Steiermark mitgearbeitet haben.

Wir werden mit dem Budget 2016 insgesamt über 688 Millionen Euro investieren. Wir investieren in die Krankenanstalten, wir investieren in den Verkehr, in den Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen. Diese 700 Millionen Euro Investment sind auch eine ganz starke Ankurbelung, ein Motor für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Diesen 700 Millionen Euro Investment stehen neue Schulden in Höhe von 192 Millionen Euro gegenüber. Ich bitte Sie jetzt schon das immer zu sehen, 700 Millionen Euro Investment, 192 Millionen Euro neue Schulden. D.h. wir investieren, wir steigern den Wert und Sie wissen, wir werden mit 01.01.2016 auch eine Eröffnungsbilanz machen. Wir werden eine Vermögensrechnung machen und es ist meine Zielsetzung als Landesfinanzreferent das Vermögen des Landes zu vermehren und mit dieser Vermögensvermehrung auch Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*. Damit dieser Motor so richtig läuft, braucht es in allen Ressortbereichen zukunftsorientierte Projekte. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und ich werden mit vollem Elan für die steirischen Regionen und für die steirischen Gemeinden arbeiten, damit wir dort unmittelbar vor Ort die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger heben können, durch Investitionen in Schulen, in Kinderbetreuungseinrichtungen, in das Straßennetz. Also wir haben uns auch gemeinsam dazu bekannt, jetzt in dieser schwierigen Arbeitsmarktsituation Investitionen in den Gemeinden vorzuziehen. Bedarfszuweisungen möglichst unkompliziert zur Verfügung zu stellen, damit wir diese Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, unter diesen Rahmenbedingungen, verbessern können. Wir haben 40.000 Arbeitslose in der Steiermark derzeit und wir brauchen alle Gebietskörperschaften, den Bund, das Land und insbesondere die Gemeinden, damit wir jetzt zielgerichtet gut und innovativ investieren. Das werden wir machen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich habe bereits erwähnt, allein 122 Millionen Euro werden in die Verkehrsinfrastruktur, in den Neubau, in die Instandhaltung der Steiermark investiert. Aber wir stehen natürlich auch für eine offensive Standortpolitik und die wird durch den Verkehrslandesrat gewährleistet. Wir werden die S-Bahn ganz massiv ausbauen, insbesondere im obersteirischen Raum, weil der öffentliche Verkehr, die S-Bahn, als Standortfaktor für die Steiermark, absolut entscheidend ist. Sie wissen, es ist mein Herzensanliegen als für die Regionalentwicklung zuständiges Mitglied, dass wir die Achse von Danzing bis zu den adriatischen Häfen optimal entwickeln.

Mit der Koralmbahn, mit dem Semmering gelingt das und was wir jetzt schaffen müssen, sind optimale Anschlüsse zu dieser Lebensader auf europäischer Ebene. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Landesrätin Doris Kampus hat natürlich die unmittelbare Zuständigkeit für Arbeit und Beschäftigung. Wir werden in diesem Bereich allein 60 Millionen Euro investieren. Damit Sie ein Beispiel haben, was aktive Arbeitsmarktpolitik bedeutet, nehme ich Magna her. Hier gibt es 2016 Probleme bei den Aufträgen, aber was macht eine aktive Landesregierung? Ein aktives Regierungsmitglied gemeinsam mit Landesrat Buchmann? Wir nehmen das nicht zur Kenntnis, sondern wir handeln und gestalten. Wir haben für dieses Übergangsjahr 2016 Fortbildungsprogramme gemeinsam mit der Magna entwickelt in Kooperation mit dem AMS, sodass qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten bleiben und dass wir 2017, wenn Aufträge wieder da sind, tausende zusätzliche Arbeitsplätze in der Steiermark haben. Das ist für mich Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in enger Kooperation mit der Wirtschaft, mit der Industrie. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Der Kampf um Arbeit und Beschäftigung, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes sind absolut zentral. Aber wir wissen, dass es vielen Steirerinnen und Steirern im täglichen Leben nicht gut geht. Dass sie schon Probleme damit haben, Rezeptgebühren zu zahlen, dass sie Schwierigkeiten haben, die Kautions für eine Wohnung zu legen und gerade auch für diese Menschen müssen wir da sein. Es sind leider viel zu viele in der Steiermark, aber auch hier hat sich Doris Kampus im Sozialbereich ganz klar dazu bekannt, dass wir in allen steirischen Regionen, in allen Gebieten alles daran setzen werden, Armut zu bekämpfen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Uschi Lackner wird als Landesrätin eine der wichtigsten Initiativen für unsere Familien fortsetzen. Wir werden 4.000 Kinderbildungs- und Betreuungsplätze schaffen. Wir werden bereits in diesem Jahr sehr viele Betriebskindergärten eröffnen. Diese Kooperation zwischen Wirtschaft und dem Bildungsressort funktioniert in einer hervorragenden Art und Weise. Wir werden die Berufsorientierung in den Regionen weiter optimieren und mit diesen zusätzlichen 4.000 Kinderbildungs- und Betreuungsplätzen werden auch zwischen 350 und 450 zusätzliche Arbeitsplätze im Kinderbildungs- und Betreuungsbereich geschaffen. Die Bildungslandesrätin gewährleistet damit nicht nur in der Schule die Basis, das Handwerkszeug, das Rüstzeug, das es braucht, damit unser Wirtschaftsstandort erfolgreich ist, nein, bereits im Kindergartenalter setzen wir alles daran, dass das Miteinander zwischen Eltern und Kinderbetreuungseinrichtungen optimal funktioniert, damit unsere Kinder Rahmenbedingungen mitbekommen, die sie wirklich brauchen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Alle gemeinsam haben wir uns dazu bekannt, dass leistbares Wohnen für die Entwicklung der Steiermark absolut zentral ist. Für dieses leistbare Wohnen steht Landesrat Seitinger. Er wird gewährleisten und wir werden gewährleisten, dass wir 1.400 neue Wohnungen in der Steiermark bauen, ob es die Sozialdemokratie oder die Volkspartei ist, für uns ist es entscheidend, dass wir günstigen Wohnraum in Graz und den steirischen Regionen schaffen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Selbstverständlich wissen wir, wie wichtig die Bäuerinnen und Bauern für die ländliche Entwicklung sind. Es ist damit für uns auch eine Selbstverständlichkeit, dass wir in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation auch den Bäuerinnen und Bauern zur Seite stehen und wir werden über 170 Millionen Euro EU-, Bundes- und Landesmittel für unsere Bäuerinnen und Bauern einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Landesrat Christian Buchmann ist ja bekannt für die Clusterstrategie, die uns wirtschaftlich in der Wettbewerbsfähigkeit schon in der Vergangenheit nach vorne gebracht hat. Die uns als Innovations-, als Wirtschaftsland positioniert und uns ist es ein gemeinsames Anliegen, gerade die Klein- und Mittelbetriebe in der Steiermark zu unterstützen. Denn neben der Innovationskraft der Großbetriebe brauchen wir gerade die Innovationskraft unserer Klein- und Mittelbetriebe, die die wirtschaftliche Grundstruktur der Steiermark bilden und wir werden daher eine umfassende Beteiligungs- und Innovationsoffensive für Klein- und Mittelbetriebe starten, sodass uns Clusterstrategie und die Offensive für die Klein- und Mittelbetriebe wirtschaftlich absolut nach vorne bringen werden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Christopher Drexler ist ein ganz wichtiger Investitionsmotor für uns. Wir werden 88 Millionen Euro in die Verbesserung der Infrastruktur der KAGes investieren, d.h. werden den Gesundheitsstandort Steiermark weiterhin attraktivieren und auf den modernsten Stand bringen. Wir werden das Zentrum am Berg als ein wirkliches Innovationshighlight in den Regionen umsetzen und bauen. Wir werden den Fachhochschulstandort in Graz modernisieren und ausbauen und wir haben die gemeinsame Zielsetzung: Wir sind Forschungs- und Entwicklungsland Nummer eins und wir wollen bei der Forschungs- und Entwicklungsquote in Richtung der fünf Prozent gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank auch an Christopher Drexler.

Diese Investitionen bei Gesundheit, Innovation und insbesondere für den Standort Steiermark, für die Regionen sind für uns entscheidend. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Sie sehen, die ganze Welt können wir nicht ändern, aber wir können alles daran setzen, dass wir die Steiermark stärken, dass wir die Regionen entwickeln und dass wir Arbeitsplätze schaffen. Ich gehe aber selbstverständlich auch auf die budgetären Herausforderungen ein. Wenn Sie diesen Budgetvoranschlag 2016 mit jenem Rechnungsabschluss aus dem Jahr 2014 vergleichen, dann werden Sie merken, dass diese Lücke sich insbesondere vergrößert hat, weil die Ertragsanteile 2016 massiv zurückgehen mit 105 Millionen Euro, weil die Ärztegehälter entsprechend den Vorgaben aus Brüssel neu budgetiert werden müssen mit über 30 Millionen Euro und damit werden eigentlich die Steigerungen von 2014 auf 2016 erklärt. Das bedeutet natürlich aber auch, nachdem die Gehaltskosten steigen, nachdem wir im Prinzip natürlich auch Inflation haben, auch die Anschaffungen für das Land teurer werden, dass alle Regierungsmitglieder sich extrem anstrengen werden müssen, diesen Budgetpfad einzuhalten, diesen Budgetpfad durchzuziehen. Es ist für mich als Landesfinanzreferent auch klar, dass wir diese Investitionen jetzt brauchen, dass wir mittelfristig diese Lücke aber massiv werden schließen müssen und dass wir auch, was die Neuverschuldung betrifft, sukzessive diese Situation wieder werden abbauen müssen, dass wir hier uns entsprechend budgetpolitisch einiges überlegen müssen. Was mache ich dafür? Nehmen Sie es symbolisch, die Bestellung des neuen Leiters der Landesfinanzabteilung, Herr Mag. Clemens Mungenast aus dem Bundesministerium für Finanzen, zuständig als Abteilungsleiter für den Bereich Verwaltungskosten senken. D.h., es ist meine ganz zentrale Zielsetzung gemeinsam mit dem Personalreferenten, dass wir Verwaltungskosten senken, dass wir für das Land Steiermark die Aufgabenerbringung effizienter organisieren. Es geht darum, in allen Lebensbereichen die Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit umzusetzen und wir werden uns daher Bereich für Bereich sehr genau anschauen, ob Leistungen des Landes im Sinne Stärkung des Beschäftigungsstandortes, Wettbewerbsfähigkeit, Armutsbekämpfung, ob diese Leistungen notwendig sind. Wenn sie nicht unbedingt notwendig sind, auf diese Leistungen verzichten. Wir werden uns aber insbesondere auch anschauen, wie wir die Leistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger in der Steiermark im vollen Umfang aufrechterhalten können, die Leistungserbringung aber einfacher gestalten. Was heißt das? Oft gehen wir fast unter in Bürokratie, in Förderansuchen, in Prüfungen, zuerst vom Land Steiermark, dann vom Bund, dann von der EU und das Ganze geht noch dreimal zurück.

Das sind Kostenfolgen, die wir im Personalbereich nicht brauchen, das sind Entwicklungshemmnisse und daher die klare Zielsetzung, die schlankeste, effizienteste Verwaltung in diesem Bundesland zu erreichen und die schnellsten Verfahren sicherzustellen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir haben im Vergleich mit den anderen Bundesländern ein Maastricht-Defizit von minus 92 Millionen Euro. Wir werden den Stabilitätspakt einhalten. Ich habe jetzt dargelegt: Wir haben viel zu tun in den nächsten Jahren. Wir müssen alles daran setzen, Arbeit und Beschäftigung zu forcieren, Bürokratie abzubauen, Verwaltungskosten zu senken und damit vor allem eine Vereinfachung sicherzustellen. Ich habe mir als Landesfinanzreferent auf Grund dieser schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch vorbehalten, dass wir bis zu 100 Millionen Euro im Jahr zielgerichteter einsetzen müssen, unter Umständen umschichten oder auch einsparen müssen. Nehmen Sie diese 100 Millionen auch als Zeichen dafür, dass diese Landesregierung durchaus die Zielsetzung hat, diese Lücke, die wir jetzt beschließen, nicht voll auszuschöpfen, sondern möglichst sparsam, zweckmäßig im Vollzug zu sein. Aber wie gesagt, es gibt eine zentrale Zielsetzung: Für die Steirerinnen und Steirer da zu sein, Jobs zu sichern und zu schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes zu stärken, Armut zu bekämpfen und stabile Finanzen zu gewährleisten, das ist uns gemeinsam gelungen. Ich kann Sie nur ersuchen, uns bei der Umsetzung dieser vielen Projekte für die steirischen Regionen, für den steirischen Arbeitsmarkt mit Engagement, Begeisterung und Gestaltungskraft zu begleiten. Herzlichen Dank, ein steirisches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.40 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor wir nun zur Wechselrede übergehen, darf ich noch eine Begrüßung vornehmen. Und zwar sind in den Landtag gekommen die Schülerinnen und Schüler der Landesberufsschule Sieben für FriseurInnen und Stylisten unter der Leitung von Frau Dipl. Pädagogin Ingrid Koller. Herzlich Willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

LTAbg. Schönleitner – Grüne (10.42 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Je länger das Kampfklatschen da herinnen anhält, ich habe oft den Eindruck *(LTAbg. Karl Lackner: „Begeisterungsklatschen.“)* – ja genau Begeisterungsklatschen.

Es hat zumindest so geklungen, als wäre es Begeisterung, aber natürlich ist immer die Frage, der eigenen Wahrnehmung eine andere wie jene, die die Menschen draußen, lieber Kollege Karl Lackner, in der Steiermark haben (*Landesrat Mag. Drexler: „Vor allem die Grünen.“*). Ich verstehe Sie, Herr Landesrat, dass Sie versucht sind, schon zu Beginn in die Budgetdebatte einzusteigen (*Landesrat Mag. Drexler: „Das ist ein Grünes Problem.“*), aber Sie haben noch viele Gelegenheiten. Dass dieses Kampfklatschen natürlich die Frage aufwirft, wie schaut es draußen wirklich aus? Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe den Eindruck gehabt, Sie sind heute wie durch eine – ich sage es vereinfacht so, ich bin vorsichtig mit Formulierungen – aber wie mit einer neuen Duracell bestückt sind Sie hier gestanden (*Landesrat Mag. Drexler: „Zu 100 %.“*) und haben gesagt, alles ist gut, alles ist bestens, alles wird in der Steiermark gut werden, wir investieren, wir werden Arbeitsplätze haben, alles ist top und alles ist gut in diesem Land. Da frage ich mich schon, und Sie sitzen auch schon jetzt einige Zeit hier herinnen in diesem Haus, ob Sie völlig ausblenden – völlig ausblenden – Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass die Realität dessen, was Sie uns seinerzeit bei der Landtagswahl versprochen haben, und nicht nur einmal, sage Ihnen dann Zitate, sondern unentwegt, plötzlich, ganz plötzlich wenige Tage nach der Wahl vom Tisch war. Ich sage Ihnen, das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ich hätte es verstanden, wenn Sie heute hergegangen wären und gesagt hätten, wir entschuldigen uns bei der steirischen Bevölkerung, dass wir so offen die Unwahrheit ins Gesicht gesagt haben, so was nämlich, und dass wir jetzt aber dastehen, nämlich nicht – und das ist das entscheidende – Sie haben es nicht einmal erwähnt in Ihrer Rede, nämlich nicht mit einem strukturellen Nulldefizit Herr Kollege Schickhofer, sondern mit einem strukturlosen Budgetloch, das ist die Realität. Das haben Sie überhaupt nicht erwähnt, dass seinerzeit bei jeder Gelegenheit, damals noch als Reformpartner bezeichnet, ich meine, heute redet eh keiner mehr davon, nicht einmal die Regierung selber von der Reformpartnerschaft, gesagt haben, es wird alles gut werden. Blauer Himmel jeden Tag. Jeden Tag noch eine Schönwetterrede. Heute wäre es angebracht gewesen, dass Sie zumindest sagen, das tut uns leid, wir haben die Bevölkerung getäuscht und es ist grundsätzlich so, dass die Realität, Herr Landeshauptmannstellvertreter und Finanzlandesreferent, ganz anders aussieht. Der seinerzeitige Landeshauptmann am 1. Mai 2015: „Durch das ausgeglichene Budget ist ein Handlungsspielraum geschaffen worden.“

Das war ja noch harmlos. Es geht aber dann weiter: „Trotzdem schaffen wir“ – da wird es schon konkreter – „2015, 2016 und 2017 Haushalte ohne Neuverschuldung.“ Das habt ihr unentwegt vor der Landtagswahl, bei jeder Ecke in diesem Land gepredigt. (*LTabg. Karl Lackner: „Unverständlich.“*) Es wird noch ärger Karl Lackner, es wird noch ärger, nämlich die, die die Verlierer waren bei eurer Politik der letzten Jahre. Sie haben ja viele Verlierer gehabt, weil ihr gesagt habt, wir müssen einsparen. Es waren wenige Millionen, die die Schwächsten und Ärmsten getroffen haben. Das Budget haben wir nicht saniert, das sagen die Zahlen ganz klar. Da geht es dann noch weiter, Landeshauptmann Schützenhöfer seinerzeit: „Es gibt einen Sieger, das sind die Steirerinnen und Steirer“, und vor allem haben Sie gesagt: „Zukünftige Generationen“ durch dieses Nulldefizit, was immer schon, wie wir gesagt haben, in Wirklichkeit Schall und Rauch war. Wenn Sie sich auch noch so herstellen da draußen und nicht nur einmal, sondern in einem Schwall an Wortmeldungen und Zitaten sagen, alles ist gut, jetzt investieren wir, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Viel ist zu tun habe ich gesagt.“*) jetzt gehen wir in den Sozialbereich hinein. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das wird Ihnen keiner mehr abnehmen. So wie die Menschen bis heute nicht verstehen, im Sozialbereich, so wie die Menschen bis heute nicht verstehen, warum Sie der ÖVP den Landeshauptmann ganz einfach geschenkt und überlassen haben – man kann hinkommen wo man will, gibt es keine Erklärung, nicht einmal bei ÖVP-Funktionärinnen und –Funktionäre – so haben Sie jetzt da ganz einfach im Sozialbereich zwar einiges gesagt und angekündigt, aber schauen Sie sich die Wirkungsziele im Budget an. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Darum investieren wir ja.“*) Ich habe mir wirklich Mühe gemacht, ich habe hineingelesen in die Dinge, die vorliegen, das ist doch alles völlig an der Oberfläche. Sie haben überhaupt nichts gesagt, wie es im Bereich der beruflichen Integration wirklich aussieht. Das ist nicht klar in diesem Budget. Ich kann es als Abgeordneter – und ich kontrolliere da hier in diesem Landtag - nicht ablesen. Ist nur ein Beispiel. Das ist an und für sich das, wenn Sie sich herstellen und vom Jobmotor reden, gleichzeitig wissen Sie, dass wir 40.000 Arbeitslose haben, und dass Sie das mit all dem bewerkstelligen würden, nur mit diesen Ankündigungen, dann ist das halt wirklich unglaublich. Eines darf man halt nicht ausblenden: Ich vermisse wirklich die Selbstreflexion und die Selbstkritik bei dieser Landesregierung, was in den letzten Jahren los war.

Sie können uns nicht erzählen, ich habe mir nur ein Zitat ihrer Rede aufgeschrieben, Sie haben gesagt: „Sie werden das Vermögen des Landes“ – siehe da – „das werden Sie vermehren.“ Aber die steirische Bevölkerung weiß, sie haben seinerzeit von Klasnic eine Milliarde Schulden übernommen, wir stehen bei fünf Milliarden, das war in den letzten Jahren, da haben wir gesagt, Krise 2008 und andere Entwicklungen, und jetzt gehen Sie wieder her und machen Schulden. Die Geschichte ist ja nicht die, dass wir nicht in den Sozialbereich hineinvestieren sollten, aber irgendwie muss Ihnen ja auffallen, Sie werden ja sicher die Bundesländerzahlen im österreichischen Vergleich sich angeschaut haben, dass die Steiermark zwar sagt, wir reformieren, wir sind Topreformpartner, wie Sie immer verkündet haben, aber in Wirklichkeit geht es im Bundesländervergleich nach unten. Schauen Sie sich die westlichen Bundesländer an. Sogar Salzburg, die einen massiven Finanzskandal gehabt hat, hat die Finanzen im Griff. Das einzige, was die als Defizit haben, sind die Kosten, die wir natürlich zur Kenntnis nehmen und die wir völlig verstehen, dass im Integrations- und Flüchtlingsbereich mehr zu investieren ist. Das hat Salzburg als Abgang. Aber sonst ist nichts da. Wenn Sie die Steiermark mit anderen Bundesländern vergleichen und das tun ja die Rechnungshöfe, das tun wir Grünen immer wieder, weil das sind einfach Dinge, wo es Anhaltspunkte gibt, wie liegt man denn so, dann muss man ganz offen einbekennen, wir liegen letztendlich wahnsinnig schlecht. (*LTabg. Karl Lackner: „Im Mittelfeld.“*) Diese Gewissheit – ja im Mittelfeld (*LTabg. MMag. Eibinger-Miedl: „Man kann nach oben gehen.“*), liebe Barbara Eibinger, ja es wird nach oben gehen. Von nun geht es bergauf, das hat die Maus auch gesagt, als die Katze sie über die Kellerstiege hinaufgetragen hat. Genauso arbeitet ihr in Wirklichkeit. Es ist so, dass ihr dauernd sagt es wird besser, es wird gut, es wird die Glückseligkeit eintreten, aber (*LTabg. Schwarz: „Bei dir ist immer alles schlecht. Du redest seit Jahrzehnten, dass immer alles schlecht ist. Immer alles nur schlecht.“*) sie tritt, ich kann es euch nicht ersparen, sie tritt in Wirklichkeit, sie tritt nicht ein. Es gibt Dinge, geschätzter Klubobmann Kollege Schwarz, die ihr halt verdrängt. Wo ist denn das Geld der Bevölkerung, der steirischen Bevölkerung in den letzten Jahren hingekommen? Das ist die entscheidende Frage. Was ist eigentlich gemacht worden, dass die Steiermark so schlecht dasteht? Wir haben heute noch ein Thema auf der Tagesordnung, das waren die Pleitegemeinden.

Die Pleitegemeinden der Steiermark, die speziell auch in SPÖ-Verantwortung sind, Herr Landeshauptmannstellvertreter, haben uns in Summe sicher 150, wahrscheinlich 200 wertvolle Millionen, die wir investieren hätten können in den Gemeinden, gekostet. Das war eine verfehlte Politik in der Kontrolle. Nämlich nicht, dass nicht einmal was passieren kann, aber wenn ein Bundesland im österreichweiten Vergleich ja nahezu schon jeden Monat irgendwo eine lokale Verantwortlichkeit vorm Staatsanwalt stehen hat, dass wir letztendlich wirklich ganz, ganz viele Pleitegemeinden am Tisch haben, dann war etwas falsch. Erstes Beispiel, ich möchte nämlich hier auch, und das ist mir wichtig, konkrete Beispiele bringen damit es nicht an der Oberfläche bleibt, wo ich glaube, wo in den letzten Jahren das Geld liegen geblieben ist. Zweites Beispiel: Wir werden ja demnächst hier herinnen den Bundesrechnungshofbericht, Bericht des Rechnungshofes zu Schladming auf dem Tisch haben. Wir Grünen haben gesagt, die WM können wir machen. Gute Struktur in Schladming, wir schaffen den Nachtslalom, 40 Millionen geben wir aus. Was hat die Landesregierung gemacht? Ohne jede Not, wir haben es kritisiert damals schon, wir haben gewarnt, viele. Was habt ihr gemacht? Man kann es den Medien entnehmen, 150 Millionen, Herr Landesrat Buchmann, (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Qualitätsoffensive im ganzen Bezirk.*“) 150 Millionen habt ihr letztendlich ausgegeben. Das war fast gleich viel, wenn man sich das ansieht, wenn der Rechnungshofbericht dann am Tisch liegt, was der Konsolidierungs- und Einsparungsbedarf des Landes im Jahr 2012 ausgemacht hat. Für eine 14-Tages-Veranstaltung. Ich sage ja nichts, wenn wir das Geld hätten zum Investieren, dann kann ich jede Qualitätsoffensive machen. Dann kann ich die Reiteralm neben der Planai auch noch ausbauen. Nur es ist doch ein Faktum, wir haben das Geld nicht gehabt und ihr habt es ausgegeben. Darum stehen wir heute eigentlich so defizitär da. Ich schaue jetzt hin zum Herrn Landesrat für Gesundheit und Pflege Drexler. Sie wissen, dass wir noch in einem ganz anderen Bereich massive Fehlsteuerungen gehabt haben in den letzten Jahren. Für die Sie nicht persönlich verantwortlich waren, das sage ich ganz klar und die wir hoffentlich jetzt in den Griff bekommen, aber wenn man schaut, warum wir heute so im Eck sind und so an der Wand stehen mit dem Rücken, dann war das auch der Pflegebereich. Wir haben es jahrelang nicht geschafft, wir haben es ja heute hier noch als Thema herinnen, wir haben es jahrelang nicht geschafft, und da müsst ihr die Verantwortung auf euch nehmen, ihr könnt ja nicht dauernd sagen, alles war gut und wir werden das in Zukunft besser machen, man nimmt es euch ja nicht mehr ab, ihr habt jahrelang keine Entwicklungsplanung was die Pflege anlangt gemacht.

Ihr habt euch jahrelang quasi private Heimbetreiber hergenommen, die wunderbar ausgestattet waren mit öffentlichen Mitteln, die Verträge sind vorwiegend unter Kurt Flecker seinerzeit zustande gekommen, aber auch noch bei anderen – auch noch bei anderen – also ganz kann sich die ÖVP hier auch nicht aus der Verantwortung stehlen, und diese Dinge haben uns letztendlich in diese desaströse Budgetlage gebracht. Man darf die Dinge nicht ausblenden. Pleitegemeinden, Schladming, die Pflegegeschichte und es hat eben ganz viele Fehlentwicklungen in diesem Bundesland gegeben, die uns dorthin gebracht haben. Wenn man heute hergeht und Sie sagen, alles wird bestens, jetzt werden wir investieren – Sie haben sogar gesagt, das habe ich wirklich erstaunlich gefunden, die Regionen werden Sie jetzt da, die Regionen werden Sie in Zukunft im Fokus haben und die Regionen stärken. Dann müssen Sie in ihrem Budget ja darstellen, wie das passieren soll. Wenn Sie auf den Kollegen (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Ja sicher, darum machen wir die S-Bahn.“*) Leichtfried, den ich sehr schätze, weil ich glaube, dass er wirklich kompetent ist im Umwelt- und Verkehrsbereich, aber wenn Sie verweisen, wir werden jetzt die S-Bahn ausbauen und wir werden endlich einmal in den öffentlichen Verkehr investieren, dann frage ich Sie, warum finde ich dann die Nahverkehrsabgabe in ihrem Budget nirgends? Ja glauben Sie denn wirklich, Sie können das alles finanzieren mit den paar hundert Millionen? Sie müssen einmal sagen, wo das Geld herkommen soll. Erstens. Wir brauchen Kontrollstandards, damit es nicht dort ausgegeben wird, wo wir es nicht brauchen. Das sind wirkliche Versagen. Zweitens: Wir brauchen wahrscheinlich auch Finanzierungsinstrumente wo es um die Einnahmenseite geht. So ehrlich muss man in diesen Zeiten sein. Ja, haben Sie sich von der ÖVP schon wieder völlig über den Tisch ziehen lassen oder unten durchziehen lassen? Sie haben nichts in diesem Budget dargestellt, wie wir zu Einnahmen kommen sollen. Das sind die Dinge, wo es konkret werden würde, wenn ich sagen würde, ja, wenn das jetzt drinnen ist, dann haben wir vielleicht eine Chance. Oder wenn die Steiermark, und da wende ich mich noch einmal an den Herrn Landeshauptmann direkt, wenn die Steiermark, wenn Sie sagen, wir wollen an die Spitze, weil das sagt ihr ja dauernd, wir wollen die Nummer eins werden, wir wollen an die Spitze, wenn ihr euch bei den Finanzausgleichsverhandlungen endlich einmal so auf die Füße stellen würdet und so viel Kraft entwickeln würdet, dass ihr klare innovative Dinge, wo es um die Aufgabenorientierung im Finanzausgleich geht, für die Steiermark einfordern würdet, dann wäre das ja glaubwürdig. Aber auch das ist nicht der Fall.

Ich sage euch ganz ehrlich (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Stimmt ja nicht.*“) die Kommunalsteuerregelung, die Kommunalsteuerregelung, wo sich die Gemeinden gegenseitig kannibalisieren, die ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn die Gemeindestrukturreform einen Sinn gehabt hat, dann muss man natürlich auch sagen, wir müssen die Rahmenbedingungen jetzt verändern, sonst ist der positive Effekt, den sie gehabt hat letztendlich weg. (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Sie sagen, wir haben die Bürger angelogen!*“) Herr Landesrat Drexler, Sie wissen ganz genau, die Gemeindestrukturreform hat dann Sinn, das können Sie schon im ersten Antrag, wie die ersten Debatten hier herinnen waren, der Grünen nachlesen, das haben wir immer gesagt: Finanzausgleich auf Bundesebene komplett ändern, die Kommunalsteuerregelung, weg von der Kannibalisierung hin zu einer regionalen Verwaltung. Das Dritte, (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Gemeindestrukturreform...*“) das Dritte, wo die Regierer, nein, ich sage Ihnen nur die Beispiele, weil Sie mich ansprechen. Was wir jetzt tun müssen, damit irgendetwas wirkt, ist, das Raumordnungsgesetz letztendlich novellieren. Sonst haben wir diese positiven Effekte nicht, dann haben wir zwar eine Strukturbereinigung gehabt, aber wir haben um diese Einheiten wieder die Speckgürtelentwicklung. Alles, weil wir sind beim Budget, unmittelbar natürlich auch verbunden mit Infrastrukturkosten, die uns budgetär langfristig natürlich stark beschäftigen, wir werden dann über das Budget in der Budgetdebatte im Detail reden. Ich möchte abschließend aus Grüner Sicht sagen, das, was uns hier vorgelegt wurde, ist alles andere als glaubwürdig. Ich bin auch wirklich irritiert, dass die Wirkungsziele wieder derartig diffus und oberflächlich festgeschrieben wurden. Wir Grüne haben gesagt, wir stehen dazu, die Doppik ist wichtig, gehen wir von der Kameralistik zur Doppik hin. Aber wenn wir uns das Ganze im Ergebnis anschauen, so ist es für einen Landtag nicht möglich abzulesen, wird dieses Wirkungsziel erreicht? Wie ist es beschrieben? Was könnte damit gemeint sein? Das ist aus unserer Sicht alles an der Oberfläche. Viele Dinge waren über Jahre absehbar. War ja auch nicht ganz überraschend Herr Landesrat Drexler, das wissen Sie, dass wir ein Problem bekommen bei den Ärztedienstzeiten, die EU-Richtlinie ist ja nicht vor ein paar Tagen herausgekommen, sondern schon vor Jahren. Wir waren letztendlich nicht darauf vorbereitet. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, wirklich strukturell etwas zu ändern, sei es die Aufgabenreform, seien es die Kontrollmechanismen auf kommunaler Ebene, seien es die Einnahmenseite anzuschauen, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, geschätzter Herr Finanzreferent, dann wird eines passieren, dass nämlich die Bevölkerung in den nächsten Jahren, 2017, 2018, massiv von Kürzungen und Kahlschlägen betroffen sein wird.

Das ist die Folge, wenn Sie so tun, wie Sie tun, dann werden wir in den Folgejahren weder in die Richtung einer Budgetsanierung kommen, noch werden Sie irgendetwas investieren können in den wichtigen Bereichen. Darum würde ich mir schon erwarten, dass hier ein Realismus auf Regierungsseite einkehrt, dass wir nicht länger uns selbst täuschen und dass die Bevölkerung nicht mehr getäuscht wird und ich möchte Sie abschließend noch einmal dazu auffordern, entschuldigen Sie sich bei der steirischen Bevölkerung, dass Sie vor der Landtagswahl das Falsche gesagt haben. (*LTabg. Schwarz: „Mein Gott, du hast die Wahl mit Bomben und Granaten gewonnen.“*) Gehen Sie her, bedauern Sie das, dann können Sie vielleicht ein bisschen mehr Glaubwürdigkeit in der Budgetpolitik an den Tag legen. Wenn es um Kompetenzüberschneidungen geht, wird man auch eines nicht ausblenden können, das ist uns Grünen sehr, sehr wichtig, nämlich wieder über eine Bundesstaatsreform nachzudenken. Es hat seinerzeit den Österreichkonvent, der aus meiner Sicht ein wirklich gutes Instrument war, ehemaliger Rechnungshofpräsident Fiedler hat hier sehr viel gute Arbeit hineininvestiert, in viele Beteiligten und irgendwann war es vorbei. Ich glaube, wenn wir gute Argumente haben wollen, die gibt es auch, um Bundesländer zu stärken, um Kompetenzen zu bereinigen, dann werden wir nicht herumkommen um die Sache zu entscheiden. Brauchen wir noch einen Bundesrat? Eine Frage die am Tisch liegt. Welche Kompetenzen macht der Bund? Soll in der Gesundheitspolitik, was ich glaube, vorwiegend der Bund steuernd sein? Es geht nicht anders, in der Verkehrspolitik das gleiche. Kollege Leichtfried, vielleicht noch etwas Konkretes zu Ihnen gesagt, wenn die Züge an den Landesgrenzen stehen bleiben und du musst zwischen den beiden Verbindungen mit dem Taxi fahren, damit du dann im anderen Bundesland weiterfahren kannst, einmal zu Kärnten, einmal zu Salzburg, dann stimmt etwas nicht. Hier müssen wir auch, abschließende Botschaft, hinschauen, bundesstaatsreformmäßig und schauen, was ist noch sinnvoll und was ist nicht mehr sinnvoll. Herr Landesrat Buchmann, wenn Sie schon immer den Bürokratieabbau und der Herr Finanzreferent auch die Verwaltungsreform jetzt angesprochen haben, dann sage ich Ihnen ganz ehrlich, ein Tanzschulgesetz werden wir nicht mehr brauchen. Da werdet Ihr so unglaublich. (*Durcheinanderrufen bei SPÖ und ÖVP*) 20 Jahre, 30 Jahre regiert in diesem Land die Volkspartei, die SPÖ und ihr beschwert euch dann über den Filz.

Der Kollege Seitinger hat unlängst gesagt, der Filz ist für Agrarbetriebe und für die Bäuerinnen und Bauern nicht mehr aushaltbar. Könnt Ihr mir eine Bestimmung nennen, Herr Kollege Seitinger, wo du und deine Kollegen nicht für diese Bestimmungen nicht die Hand gehoben habt hier herinnen? (*LTabg. Riener: „Die Grünen haben verhandelt. So sind die Gesetze.“*) Jede Verkomplizierung ist auf Basis (*Durcheinanderrufen von SPÖ und ÖVP*) der Rot-Schwarzen-Gesetzgebung passiert. Das muss man letztendlich heute auch ehrlich sagen, (*Landesrat Mag. Drexler: „Raumordnungsgesetz.“*) die Glaubwürdigkeit leidet unter den Taten der letzten 20 Jahre. Ich wünsche mir eigentlich, ich verstehe die Aufregung, weil wenn man so etwas vorlegt wie das, ich hätte mir eigentlich gewünscht, ich habe den extra mitherausgenommen für den Abschluss, das ist der Rechnungshofbericht Konsolidierungsmaßnahmen der Länder, da kann man nachlesen, was die steirischen Regierer den Prüfern und Prüferinnen des Bundesrechnungshofes gesagt haben, wohin die Reise gehen soll. Da kann man nachlesen da drinnen, der ist erst vor kurzer Zeit, vor wenigen Wochen bei uns im Ausschuss gewesen, dass gesagt wurde, das mit dem Nulldefizit, mit dem strukturellen, haut hin. Es war letztendlich unehrlich, es war unehrlich, die Realität schaut anders aus und ich würde mir wünschen, dass in die steirische Budgetpolitik ein Realismus einkehrt. Ja, Kollege Schwarz (*LTabg. Schwarz: „Du musst die Welt auch sehen und nicht nur dich.“*) – ja die Welt sehen wir schon, aber wir vergleichen auch die Welten. (*LTabg. Schwarz: „Ach so, grün und grün.“*) Wenn man vergleicht, wie es in der Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern aussieht, im Vergleich zu anderen Wirtschaftssystemen, (*LTabg. Schwarz: „Welche Systeme?“*) dann wirst du nicht sagen können, bei uns ist es gleich gut. Weil die Pleiteserie – bin ja schon neugierig, wie ihr heute da heraußen agiert – die Pleiteserie der Gemeinden, die ist einzigartig, nicht nur österreichweit, sondern europaweit. Wie lange habt ihr euch gewehrt, dass die Rechnungshöfe endlich auch die Kommunen prüfen dürfen, das zeigt z.B. wie fadenscheinig es ist, dass ihr fortschrittlich werdet. (*LTabg. Schwarz: „Du haltest deine Rede von der letzten Legislaturperiode noch einmal.“*) Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, ich habe viel Euphorie erkannt, aber keinen Realismus, das muss ich am Ende dieser Rede ganz ehrlich sagen. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 11.01 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Deutschmann seitens der FPÖ.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (11.02 Uhr): Danke, Frau Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Der Lambert hat jetzt ziemlich ausgeholt in Sachen Weltverbesserung etc. Es ist schon richtig was du sagst, es ist halt leider nicht das eingetroffen, was uns immer plakativ hier in den letzten Jahren erzählt wurde. Vor ungefähr einem Jahr, geschätzte Damen und Herren hier in diesem Hause, wurde uns bei der Haushaltsführung erklärt, dass in Hinkunft in einem derartigen Glanz erstrahlt, sodass in Hinkunft keine Nettoneuverschuldung zu erwarten sei. Geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich hätte Zweifel am Jobmotor angesichts der fast fünf Milliarden Euro Schulden in unserem Lande. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir erinnern uns, dass mit Jubel diese Tatsache als enkelfit, zukunftsorientiert abgefeiert und medial verkauft wurde. Noch vor der Landtagswahl, der Kollege Schönleitner hat das auch betont, des heurigen Jahres, wurde das Ende des Schuldenmachens plakativ dargestellt. Lieber Landeshauptmannstellvertreter, du musst ja leider die Scherben der Vergangenheit, die dir überlassen worden sind, zusammenglauben und zu kitten versuchen. Ein, wie ich meine, schwieriges, fast unmögliches Unterfangen. Dein glaubhaftes Engagement in Ehren, Faktum aus heutiger Sicht ist es aber, dass die bereits bekannte Schuldenpolitik, wie wir ja heute hören oder zumindest gelesen haben, weitergeführt wird. Von keiner Nettoneuverschuldung, geschätzte Damen und Herren, da sind wir uns ja wohl einig, das ist ja da, keine Rede. Von enkelfit dadurch, meines Erachtens, meilenweit entfernt, kurzum eine budgetäre Niederlage, geschätzte Damen und Herren, der neuen Zukunftspartnerschaft. *(Beifall bei der FPÖ)* Da stellt sich zu Recht die Frage, wohin wollen Sie uns in Zukunft noch führen? Ich habe Ihnen im Dezember des Vorjahres erklärt hier an diesem Pult, dass Sie das Ziel nicht schaffen werden und auch die Begründung dazu erörtert. Denn damals waren die Annahmen und die von Ihnen getroffenen Rahmenbedingungen hoffnungslos angesetzt, ja realitätsfern. Erstens stimmten die Einnahmenprognosen nicht und zweitens hat man schon im Ansatz die Vorgabe des ausgabenseitigen Sparens missachtet. Ausgabenseiten und Ausgabenevaluierung, geschätzte Damen und Herren, ohne ausgabenseitiges Evaluieren gibt es kein ehrliches Budget, steht doch in der Präambel des Budgets, dass in erster Linie ausgabenseitig zu sparen ist, festgesetzt. Also zurück zur Ausgangslage.

Wir werden im Jahr 2016 eine Nettoneuverschuldung von 192 Millionen Euro haben. Die Ausgaben werden klarerweise die Einnahmen in diesem Bereich um rund 390 Millionen übersteigen, wobei 196 Millionen Euro durch die Auflösung von sogenannten Finanzreserven der Vorjahre bedeckt sind. So zu den Zahlen. Dazu sei erwähnt, geschätzte Damen und Herren, dass es sich bei diesen Rücklagen um keine wirklichen Ersparnisse handelt, sondern vielmehr um Finanzmittel von nicht durchgeführten Projekten. D.h. in Zahlen, die Gesamtverschuldung des Landes Steiermark wird auf ca. 4,9 Milliarden Euro ansteigen. Den Weg, den Sie einschlagen, geht nicht enkelfit nach oben, sondern mit hoher Geschwindigkeit nach unten. *(Beifall bei der FPÖ)* Stellt sich die Frage, wo sind die guten Ergebnisse aus der Jubelszene vom Vorjahr offensichtlich verblasst? Wir haben uns aber immer für die Haushaltsreform und für die Doppik ausgesprochen und auch dazu bekannt und sprechen uns auch heute noch für mehr Transparenz – und die ist ja gegeben in vielen Bereichen – und Kontrollmöglichkeiten aus. Aber genau in diesem Punkt stockt man schon, denn dieses Budget scheint ja wieder, wie das letzte auch, ein Verschleierungswerk zu sein, denn die ohnehin festgesetzten Wirkungsziele, die wir schon kennen, werden nicht evaluiert und konkretisiert, nein, sie werden fast nahtlos übernommen und wieder als schwammiges Gebäude dargestellt und ohne diese Wirkungsziele klar auszusprechen, wird es am anderen Ende aber auch keine Kontrollmöglichkeit geben. Der Kritik des Landesrechnungshofes wird hier wieder einmal kein Gehör geschenkt. Wäre aber in diesem Fall mehr als notwendig, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ferner nimmt man von einer ordentlichen und durchaus üblichen Eröffnungsbilanz Abstand. Da stellt sich naturgemäß berechtigt die Frage: Wie ernst nehmen Sie die Konsolidierung unseres Haushaltes? Mit dieser Art von Budgetpolitik werden wir, und das sage ich Ihnen hier ganz klar, bitte merken Sie sich das, auch 2018 kein ausgeglichenes Budget vorfinden, denn die sogenannte Liquiditätsreserve wird ausschließlich zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet, das, geschätzte Damen und Herren, ist keine Finanzkunst. Wenn unser Herr Landeshauptmann fast schon hilflos feststellt, ich muss das jetzt zitieren, weil das ist so plakativ gewesen: „Wir haben keinen Geldscheißer“, dann kann ich Ihnen hier nur mitgeben Herr Landeshauptmann, die Geldscheißer sitzen hier alle, nämlich die fleißigen Arbeiter, Angestellten, Freiberufler, Firmen etc., die brav im Land ihre Steuern zahlen und ihren Obolus leisten und mittlerweile vom 01. Jänner bis 15. September nämlich für den Finanzminister für den Haushalt und auch für die Steiermark hier arbeiten, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Wenn man das nicht erkennen will und diesen Geldgebern die Rahmenbedingungen nicht bald erleichtert, dann wird das Finanzdesaster noch schlimmer ausfallen und mit diesem ausgabenseitig belasteten Budget den Untergang besiegeln, geschätzter Herr Landeshauptmann. Fast ein Hohn, denn Sie waren beim Schuldenmaximieren dabei von 2005 bis 2010, der Kollege Schönleitner hat dies auch schon genannt. (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Aber die Herausforderung.*“) – ja die müsst ihr einmal packen. Wenn man sich die aktuellen Wirtschaftsdaten zu Gemüte führt, wird jeden Beobachter und vor allem den Betroffenen klar, dass rascher Handlungsbedarf gegeben ist, no-na. Fast 10 % Arbeitslose, davon 2,4 % Asylanten, hängendes Wirtschaftswachstum, kann man nachlesen, bis 2020 ungefähr ein Wachstum von ca. 1,5 %. Wirklich keine euphorische Note für das, was wir eigentlich benötigen würden und wie wir nunmehr wissen, steigende Neuankömmlinge aus vielen Ländern werden über kurz oder lang den Arbeitsmarkt belasten und natürlich auch aufgenommen werden. Keine Polemik, geschätzte Damen und Herren, ein klares nachvollziehbares Zahlenszenario. Wir werden in naher Zukunft bundesweit mit ca. 85.000 Asylanten rechnen müssen, welche pro Kopf Finanzminister Bund ca. 10.700 Euro per anno zu Buche stehen wird. Für die Steiermark heißt das aus heutiger Sicht heruntergebrochen ca. 7.800 Asylwerber, d.s. ungefähr 83 Millionen Euro, die wir hier aus dem Budget zu berappen haben werden. Auch wenn der Bund hier einspringt, wenn er sagt, den Rest zahlt der Bund zurück, Geld hat kein Mascherl, geschätzte Damen und Herren, bleiben Sie dabei, das sind Steuergelder. Das wird nicht vom Tischlein-deck-dich beigebracht. (*Beifall bei der FPÖ*) Der Förderdschungel bleibt der alte, höre und staune, 20 % des Budgets, (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Unverständlich*“) – Herr Karl Lackner höre zu, dann kannst etwas lernen – werden an zum Teil entbehrliche Förderungen vergeben. In Zeiten der Konsolidierung ein grob fahrlässiges Verhalten, welches am Ende des Tages jede Steirerin und jeder Steirer wird büßen müssen. Die Fördertabelle kennen wir. Wenn ich eine Milliarde fast an Förderungen ausgabe, 20 % des gesamten Budgets, dann muss ich sagen, dass wir wider der Kritik Rechnung tragen müssen zu sagen, die Ausgabenseite wurde hier wenig bis gar nicht beleuchtet. Wir Freiheitlichen gehen da nicht mit, wir zeigen klares Verfehlen auf und mahnen, wie schon mehrfach ein, im Rahmen dieser Budgetdiskussion mehr Gespür und Mut zu entwickeln. Mut zur Lücke und Wille zur Tat. Die genaueren Diskussionen in den einen oder anderen Budgetposten werden wir im Rahmen des Budgetlandtages und vorher im Ausschuss noch diskutieren und besprechen.

Mit diesem Budget, oder mit diesem Ansatz, der zwar sehr mutig und plakativ dargestellt wurde, werden wir aber unser Schuldenproblem im Land Steiermark niemals lösen, geschätzte Damen und Herren. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 11.11 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Pichler-Jessenko seitens der ÖVP.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (11.11 Uhr): Danke für die bisherigen Ausführungen. Ja, Gerhard Deutschmann, es hat mich schon verwundert, du hast dich relativ kurz gehalten, was das Asylthema im Zusammenhang mit dem Budget betrifft. Du hast von keiner Polemik gesprochen, allerdings hast du sofort im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit die Asylanten wieder einmal erwähnt und dann dieses wundersame Zitat mit den Asylgeldern, wir sind kein Tischlein-deck-dich. Also es ist schon erschreckend, wie ihr von der Sozialen Heimatpartei, mittlerweile sind es ja auch Damen, die sich in euren Reihen befinden, sozusagen die letzten Jahre zwar hier nicht mitgearbeitet habt, was die Reformen anbelangt. Da habe ich sehr wenig von euch gehört, besonders von eurem ehemaligen Landesrat, dem Herrn Kurzmann. Ich erinnere mich, dass Ihr Budget das einzige war, das zumindest nicht gekürzt wurde. Ich kann mich aber an kein einziges Projekt erinnern, dass die Steiermark weitergebracht hätte, geschweige denn, dass Sie irgendwelche Maßnahmen in Richtung Anbindung der Obersteiermark gesetzt haben. Leoben, wesentliche Wirtschaftsszene, wir haben die VOEST, wir haben die AT&S, also da sind Sie relativ unauffällig geblieben, dafür sind Sie jetzt oft umso lauter, wenn es um Ausbrüche gegen Asylanten bzw. um die Politik geht. Steht Ihnen vielleicht in Ihrer derzeitigen Funktion nicht zu. Wirtschaftlich haben Sie für die Steiermark in den letzten Jahren rein gar nichts bewegt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das muss ich auch einmal sagen. Was wir heute hier tun ist eine Bilanz von Reformen vorzulegen, was Sie oftmals tun ist zündeln. Ihr seid, ich kann es nicht anders sagen, Ihr seid Brandstifter und das fatale ist, dass ihr dann *(LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Brandstifter?“ – LTabg. Amesbauer, BA: „Das seid Ihr, weil Ihr Schulden macht.“)* euch oft als die Brandlöscher *(LTabg. Amesbauer, BA: „Sind wir bei der Feuerwehr?“)* bei der Bevölkerung aufspielt.

Ihr generiert Probleme, die so nicht bestehen in diesem Land und Ihr seid dann sozusagen die Heilsbringer. (*Unruhe bei der FPÖ*) Ich glaube und ich hoffe, dass immer mehr Menschen diese Art der Politik durchschauen und ich rechne damit, dass auch ihr wieder eure Rechnung präsentiert bekommt. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Es ist richtig, Konsolidierung ist kein Gewinnerthema. Wir haben den Menschen in den letzten Jahren sehr viele Einschnitte zugemutet. Es ist auch unerfreulich, der Lambert hat es gesagt, du hast es gesagt, wir werden zwar heuer keine Neuverschuldung eingehen müssen, aber wir werden für 2016 eine Neuverschuldung wieder haben, um genau diese Dinge umzusetzen, nämlich Investitionen in die Wirtschaft, denn es ist ausschließlich die Wirtschaft, das sind die Unternehmen, von den kleinen bis zu den großen, die die Arbeitsplätze schaffen und über diese Arbeitsplätze können wir wieder Einnahmen generieren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das ist uns durchaus bewusst. Dass Konsolidierung kein Gewinnerthema ist, das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen. Anscheinend ist es so, dass die Menschen eine Politik zwar fordern, die Reformen ankündigt, die sparen sozusagen den Menschen zumutet, aber dass das leider bei den Wahlen nicht belohnt wurde. Ich kann mir auch nur so vorstellen, der Herr Kunasek ist jetzt leider nicht da, dass dieser FPÖ-Hype, ich möchte das jetzt so einmal bezeichnen, vielleicht auch daher kommt, dass die Menschen, euch/Ihnen aus Verunsicherung sehr oft zuströmen, wobei auch hier, glaube ich, sollte man durchaus selbstbewusst, wir, die anderen ja auftreten. Es sind ein Drittel der Menschen, die euch zuströmen, es sind immer noch zwei Drittel der Menschen, die uns sozusagen ihre Stimme schenken. Ich frage Sie noch einmal, oft kommt es mir so vor, dass Sie als Soziale Heimatpartei nicht nur keinen Plan haben, sondern auch wirklich keine Lösungsvorschläge. Lassen Sie mich kurz in die Vergangenheit der letzten Wochen, Monate, ja sogar Jahre blicken. Womit haben Sie Ihre Wahlkämpfe geführt? Es war in den letzten, nicht nur im letzten Jahr, auch im letzten Jahrzehnt, es war ausschließlich das Asylthema. Womit machen Sie seit Jahrzehnten Politik? Ich habe mir Wahlkämpfe, auch unter Haider noch, Jahrzehnte angeschaut, womit hätten Sie wahlgekämpft, wenn es das Ausländerthema nicht gäbe und womit würden Sie auch heute Populismus in der Steiermark betreiben, wenn Sie nicht die Kriegsflüchtlinge zum Ausgrenzen hätten? Das sind natürlich immer Themen, wo man verunsichert ist, wo die Menschen draußen auch nicht genau wissen, wo geht es hin, aber Sie haben eigentlich für jeden Ihrer Wahlkämpfe, für jedes politische Statement nutzen Sie genau diese Gruppe und dann frage ich mich, was wäre, wenn es die nicht gäbe? Wer wäre dann dran Herr Amesbauer?

Die kinderlosen Karrierefrauen oder andersdenkende Unternehmer, die die Diversität hochhalten? Sie brauchen immer eine Gruppe, schauen Sie einmal selber, die Sie vorne hertreiben. Damit machen Sie Politik, nicht mit Sachthemen und schon gar nicht mit Lösungen für die Steirerinnen und Steirer. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Noch ein Thema, es ist wichtig, ich möchte das heute hier sagen, ich habe heute Zeit, 20 Minuten, die habe ich selten. TTIP, das ist wieder so ein Thema. Sie haben bemerkt, Sie sind ja nicht dumm bzw. sind in gewisser Weise „Bauernschlau“, TTIP ist wieder ein Thema, wo Sie gemerkt haben, da besteht Unsicherheit. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Zu Recht.“)* Gebe ich ja auch zu, ja zu Recht, weil es auch unseren Parteien, auch den Grünen zu wenig gelungen ist, die Menschen aufzuklären, um das Problem von allen Seiten zu beleuchten. Was machen Sie? Sie nehmen wieder einmal ein Massenthema her und sagen: „das ist des Teufels“. Jetzt nehme ich Sie bei Ihrer so oft zitierten – Kunasek und Deutschmann sind nicht da, die erscheinen mir noch als die Wirtschaftszuständigen in ihrer Partei – dann nehmen Sie TTIP her und sagen: „das ist des Teufels“, wir brauchen keine Handelsverflechtungen. Dann Ihre Ausbrüche, da sind Sie sozusagen der Fachmann gegen die Europäische Union, ja, die steirischen Unternehmer werden sich freuen, wenn sie diese Wirtschaftskompetenz sozusagen aus der FPÖ dauernd hören. Ich höre es auch schon, gegen die EU, gegen den Euro, machen wir aus Österreich einen Binnenmarkt, kehren wir zurück zum Nationalstaat. *(LTabg. Amesbauer: „Wir sind ein Nationalstaat.“)* Wissen Sie wo wir leben Herr Amesbauer? *(LTabg. Amesbauer: „Was heißt das? Kommen wir zurück zum Nationalstaat.“)* Dass wir in einem Land leben, nicht nur in Österreich, sondern speziell in der Steiermark wo wir jeden zweiten Euro, Ihnen wäre lieber Schilling, im Export verdienen, wo wir 70.000 Arbeitsplätze wissentlich seit dem EU-Beitritt generiert haben. Entschuldigung, dann frage ich mich, wo liegen Ihre Lösungsvorschläge? Wo liegt Ihre Lösungskompetenz und vor allem, wo die Themen? Ich meine, Sie sind eine für mich absolute wirtschaftsfeindliche Partei. Vielleicht sollte man das etwas mehr unter die Menschen bringen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* So, dann habe ich mir noch kurz zum Herrn Deutschmann, er ist leider nicht da, aufgeschrieben, ja es ist richtig, 2016 werden wir eine, ich sage bewusst, moderate Neuverschuldung eingehen. Sie ist unerfreulich. Ich habe von niemand hinter mir Jubelstürme darüber gehört, weil das ist, glaube ich, weiß ich nicht – vom Lambert kurz angeklungen. Wir haben aber die Weichen gestellt, das können Sie uns glauben, wir werden Einschnitte auch wieder im gesetzlichen Bereich vornehmen müssen. Wir werden uns genau anschauen müssen, wo gibt es bereits Auswirkungen der Reformen.

Ich meine, dass eine Gemeindestrukturreform sich nicht sofort in Zahlen ausdrückt, das werden auch Sie verstehen. Aber wie gesagt, 2017, 2018, ich hoffe, wir sind beide dann noch hier, können wir uns dann ja gemeinsam wieder über ein ausgeglichenes Budget freuen. Es ist noch etwas gefallen: ausgabenseitiges Sparen hat der Herr Deutschmann gefordert. Genau das haben wir getan. In zig Reformen, in der Verwaltungsreform, in der Gemeindestrukturreform und, und, und. Ich meine, besser kann man nicht ausgabenseitig sparen als über Reformen. Dann hat auch dieses Thema Wirkungsziele. Ich war selber in dieser Haushaltsreform dabei und ich halte diese Reform, auch der Lambert hat es gesagt, für eine durchaus notwendige, wichtige Reform. Ich kann ein Land nicht nach der Kameralistik führen, ich kann es nicht gewinnbringend führen, da wollen wir ja hin letztendlich. Wer sich erinnert, ich bin erst fünf Jahre dabei, aber alle, die dieses alte Budget mit dieser Ein- und Ausgabenrechnung lesen mussten, kontrollieren mussten, ich gestehe, ich sage es hier, es war unmöglich. Ich kann mich erinnern, wie ich das erste Mal dieses Konstrukt von 700 Seiten in der Hand gehabt habe. Du wirst dort nicht nachvollziehen können, was ist wofür ausgegeben worden mit welcher Wirkung. Ich gebe aber auch hier zu, dass die Wirkungsziele in der neuen Doppik – die gut ist - weil ich endlich sagen kann, was ist das Ergebnis, nicht nur was ist die Finanzierung, sondern was kommt heraus, wo sind die Rücklagen. Ja, man wird es optimieren müssen, genau das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter auch gesagt, dass die Wirkungsziele noch zu optimieren sind. Okay, wo ist die Aufregung? Gut. Arbeitsplätze schaffen. Auch das, Investitionen – Sie haben uns, glaube ich vorgeworfen, auf der einen Seite sparen wir ein, das hat, glaube ich, der Lambert gesagt, auf der anderen Seite wird investiert. Wo wird investiert, welche Neuinvestitionen werden angekurbelt? Das ist der Bereich, der mich betrifft. Ich bin für Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung zuständig. Es wird genau dort investiert, wo ich mit relativ kleinen Budgets, der Landesrat Buchmann weiß davon ein Lied zu singen, relativ große, sozusagen, Maßnahmen heben und fördern kann. Ich kann z.B. mit dieser Beteiligungsoffensive, mit dieser KMU-Offensive, zwischen den kleinen und mittleren Unternehmen und Universitäten erstens die Zusammenarbeit fördern, aber ich kann auch dort Geld hinbringen, wo es für neue Projekte, aber auch für Neugründungen schwer möglich ist.

Ich war letztens beim Science Park, ich weiß nicht, ob Sie jemals schon dort waren, wo ganz tolle Neugründungen im Wissenschaftsbereich entstehen. Das ist an die technische Universität angehängt. Da war ein junges Unternehmen, ich glaube, die sind jetzt zwei Jahre am Markt, sind auf der TU Graz entstanden, wurden dann über die SFG gefördert, wurden im Science Park sehr umfassend betreut und der Absolvent der TU ist dann ins Silicon Valley gegangen und dann nach Schweden und hat dort in Schweden mit zwei Schweden eine Firma gegründet. Ist dann auf Grund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die in der Steiermark genau in diesem Umfeld Technik, Wissenschaft und in dieser Zusammenarbeit zwischen Praxis und Universität so gut sind, von Schweden wieder in die Steiermark zurück. Er hat mittlerweile 30 Arbeitsplätze. Das ist ein Beispiel. Davon kann ich Ihnen zumindest, die ich selber kennen gelernt habe, zehn jetzt hier aufzählen. Der Landesrat wird wahrscheinlich hundert oder mehr aufzählen können. Genau das sind Investitionen, wo ich mit relativ wenig Geld und Budget relativ viel bewegen kann. Natürlich heißt das auch wieder Geld, ein gewisses Geld in die Hand zu nehmen. Dann haben wir den Ausbau der Fachhochschule Joanneum in Graz. Auch das halte ich für ein ganz wesentliches Projekt. Das Sonderpaket für die Kompetenzzentren, wo man an die Erfolgsgeschichte der letzten Jahre auch anknüpfen kann. Jetzt muss ich schauen, ob ich vom Lambert noch irgendetwas offen habe. Ja, du hast die Arbeitslosigkeit erwähnt. Das stimmt! Aber auch hier wissen wir, wir haben eine steigende Zahl an offenen Stellen. Wo haben wir die Arbeitslosen, auch darüber haben wir schon sehr oft diskutiert. Die Arbeitslosen haben wir primär im Bereich der Niedrigqualifizierten. Die müssen wir weiterbringen. Auch da gibt es ein Projekt jetzt im Büro der neuen Landesrätin, das dort ansetzt. Das ist ganz etwas Wesentliches. Wir haben zwar mehr an Arbeitsplätzen, aber wir bringen die Geringqualifizierten nicht in Jobs bzw. die Langzeitarbeitslosen sind, das wissen wir, eben die, mit einer sehr geringen Qualifikation. Thema Finanzausgleich: Ja, da sind wir dran, jetzt laufen massiv die Verhandlungen. Das ist natürlich erste Priorität jetzt vom Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer. Ich glaube, die Kosten für die Flüchtlinge sind auch gefallen vom Herrn Deutschmann. Ich meine, wir haben für das nächste Jahr 2016 23 Millionen für die Grundversorgung budgetiert und das bei einem Budget von über fünf Milliarden Euro. Ich meine, das sind keine exorbitanten Kosten.

Ich glaube auch, man muss hier wirklich aufhören mit dieser Falschinformation. Ich bitte dich, Gerhard, wir kennen uns, (*LTA*bg. *Dipl.-Ing. Deutschmann*: „Gerald.“) Gerald, Entschuldigung, siehst du, ist mir schon einmal passiert, (Heiterkeit bei der FPÖ) ist mir schon mehrmals passiert, ich weiß, du erinnerst dich Claudia. Ich bitte dich und ich schätze dich als jemanden, hört wirklich auf mit diesen Falschinformationen. Die Frau Krautwaschl hat, glaube ich, den Herrn Kunasek eingeladen, mit ihm einmal in die Schwarzhalle zu gehen. Macht das einmal, kommt einmal mit oder geht`s mit mir. Ich bin in diesem Heim für unbetreute minderjährige Flüchtlinge. Das sind junge Menschen zwischen 15 und 17 Jahren, die dort betreut werden, die alleine hier sind. Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir diese Stimmung – eben, ihr macht`s nur mit diesen Stimmungen Wahlkampf. Macht einmal mit einem Thema Wahlkampf. Sucht euch einmal ein Wirtschaftsthema oder irgendein Thema, wo ihr den Menschen tatsächlich hilft. Wenn Ihr der Bevölkerung bei diesem Thema helfen wollt, dann müssen wir gemeinsam auch versuchen, diese Menschen z.B. schneller für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Wir müssen schauen, dass die Nachschulungen in Deutsch greifen bzw. auch, dass die Vermittlung für einen geeigneten Arbeitsplatz auch beschleunigt wird. Also, wie gesagt, ich ersuche Sie alle, wir haben fünf gemeinsame, nicht ganz fünf gemeinsame Jahre noch vor uns, arbeiten wir gemeinsam an konkreten Lösungen für die Steirerinnen und Steirer, und der Herr Kunasek ist nicht da, ihm wollte ich noch mitgeben und das alles unter einem Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer. Besten Dank. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.28 Uhr*)

Präsidenten Dr. Vollath: Ich melde mich ganz kurz als Präsidentin zu Wort. Ich unterstütze eine lebhaftige Debatte in jedem Fall. Ich bitte nur bei aller Emotionalität auf die Wortwahl zu achten. Es ist jetzt zweimal von zwei unterschiedlichen Seiten das Wort Brandstifter gefallen. Ich bitte hier wirklich in der Wortwahl aufzupassen. (*Beifall bei der FPÖ*) Auch von Seiten der FPÖ. Weil die FPÖ jetzt applaudiert hat, vom Abgeordneten Deutschmann, Danke.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Werner Murgg. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

LTAbg. **Dr. Murgg** – KPÖ (11.29 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, (*Präsidentin Dr. Vollath*: „Der Abgeordnete Dr. Murgg ist am Wort bitte.“) liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Bundesräte!

Ihr habt ja aufgepasst, was der Lambert gesagt hat, wie lange ihr noch da vielleicht sitzen werdet oder auch nicht. Deshalb ein besonderer Gruß diesmal an euch. Keine Angst, ich werde jetzt keine Budgetrede halten, das machen wir dann im Dezember und ich versuche nicht abzuschweifen und mich auf die FPÖ zu konzentrieren, sondern ich will wirklich zwei, drei Fakten ansprechen, die uns der Herr Landesfinanzreferent, der Herr Landeshauptmannstellvertreter, präsentiert hat. Aber ich kann Ihnen da auch einige Vorwürfe – und da bin ich ohne weiters bei meinen Vorrednern von den Grünen und von der FPÖ – nicht ersparen. Wie schauen die Fakten aus? Die Fakten sind so, dass mit Budget 2016 wieder 192 Millionen Euro neue Schulden gemacht werden. Hauptsächlich daraus resultierend, so habe ich es von Ihnen vernommen, stimmt natürlich, 105 Millionen minus bei den Ertragsanteilen. Jetzt frage ich mich natürlich schon, ich habe mir auch dieses Heftchen wieder ausgepackt, was die Frau jetzige Präsidentin und damalige Landesfinanzreferentin ausgeteilt hat. Da war ein starker Pfeil nach oben bei den Ertragsanteilen zu sehen. Ich habe schon damals gesagt, das sind Zahlen aus dem Märchenbuch. Denn wenn man schon damals (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Steuerreform.“*) – nein, es war nicht nur die Steuerreform, man hat natürlich genau gewusst, dass die Konjunktur lahmt, so wie wir wissen, dass die Arbeitslosigkeit zumindest bis 2018 sehr hoch bleiben wird. Ich wage hier zu behaupten, vielleicht reden wir dann, wenn es keine Neuwahlen gibt, 2019 oder 2020, darüber, dass Sie noch länger als 2018 hoch bleiben wird und dass Sie deshalb natürlich mehr Ausgaben mit der Mindestsicherung haben werden, weil die Leute immer länger in Langzeitarbeitslose sind, Notstand beziehen, der unter der Mindestsicherungsgrenze ist und Sie da mehr Geld brauchen, aber Sie brauchen natürlich auch arbeitsplatzschaffende Maßnahmen. Das ist nichts Neues, das hat man in Wahrheit im Jahr 2015 wissen können. Genauso wie man wissen musste, das wissen wir seit 20 Jahren, ich glaube, der Lambert Schönleitner hat es eh gesagt, dass es ein Ärztearbeitsgesetz geben muss, das wir reformieren. Da können wir nicht sagen, fürchterlich, jetzt brauchen wir 30 Millionen für ein neues Ärztereformgesetz, das wissen wir seit 20 Jahren, dass wir diese Zahlen irgendwann einmal in ein Budget einsetzen müssen. Jetzt ist dieses Delta von dem auch die letzte Finanzlandesreferentin gesprochen hat wieder da. Voriges Jahr haben wir gehört, dieses Delta war sehr groß, also zwischen Ausgaben und Einnahmen, 830 Milliarden 2010 und dann ist die große Reformpartnerschaft gekommen und jetzt sind wir auf 200 Millionen, Stand 2015, und nichts da, und dieses Delta geht wieder auseinander und ich sage Ihnen, es war schon damals eine Schmäherparade mit diesem „kleiner werden“ des Deltas, denn sowie Sie damals mit den

Gebührstellungen getrickst haben, so tricksen Sie jetzt mit der Finanzierungsreserve. Mir ist schon klar, das sind Mittel, die lange vor 2015 aufgenommen wurden, jetzt halt nicht budgetwirksam bei den Ausgaben sind, aber Sie setzen sie jetzt ein und das sind alles Einmaleffekte. Genauso wie der Verkauf der Wohnbauförderungsdarlehen Einmaleffekte waren und wie diese Gebührstellungen Einmaleffekte waren. Sie werden dann sicher – das ist ganz sicher, weil ich schon weiß, wie die Reihenfolge ist bei der Budgetrede, da bin ich der Erste und dann können Sie auf mich dann wunderbar replizieren. Ich versuche es jetzt wirklich kurz zu fassen, das was ich sagen will ist, dass wir nicht nur im Jahr 2015 ein Traumbücherl bekommen haben, sondern dass man schon seit Antritt der sogenannten Reformpartnerschaft in Wahrheit etwas vorgesetzt bekommen hat, wo man bei klarem Verstand und einer echten Analyse der Ist-Situation wissen musste, dass das alles niemals halten wird. Wenn Sie jetzt sagen, alles ist anders, oder diese – jetzt heißt sie Zukunftspartnerschaft – jetzt ist alles neu, dann sind wir in Wahrheit dort, wo wir 2010, 2011 oder 2012 waren mit einem einzigen Unterschied, das ist für mich das erschütternde. Wir haben gewaltige Sparmaßnahmen gehabt, wir haben Kürzungen gehabt, wir haben eine Zusperrorgie gehabt, ich sage nur: Spitäler, Kürzungen in der Pflege, bei den behinderten Menschen, in den Gemeinden, bei den BH's, die Kleinschulen, die Hauptschulen sind zugesperrt worden und trotzdem sind wir dort, wo wir letztlich, oder wo Sie am Beginn ihrer Reise gewesen sind. Noch dazu, und noch dazu haben wir jetzt, und das halte ich eigentlich für eine gefährliche Drohung, weil ich kann in der Zwischenzeit semantisch die Worte sehr genau deuten, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent Schickhofer bei dieser Pressekonferenz nach der Budgetvorstellung gesagt hat: „Die Einschnitte werden 2017/2018 kommen.“ Also da heißt es schon für den normalen Einkommensbezieher, die Steirerin und den Steirer anschnallen, dann wird es gefährlich. Ich fürchte, bei den kommenden, das wird ja wieder ein Doppelbudget sein, das wird wieder ein Blut- und Tränenbudget bedeuten, wie es die Doppelbudgets vorher waren, wo die gewaltigen Kürzungen drinnen gewesen sind. Jetzt könnten wir natürlich, oder werden Sie mich fragen, was tun? Was sollte man da machen? Das sage ich jetzt nicht, ich werde ein bisschen darauf eingehen im Dezember. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Bitte sagen Sie es vorher.“*) Zwei, drei Bemerkungen mache ich schon. Ich glaube auch das, und da hat eine schon der Lambert Schönleitner vorweg genommen. Wir müssen irgendetwas mit den Einnahmen uns überlegen. Mir ist klar, damit wird man kein, mit den Landeseinnahmen, wird man kein Budget retten können, aber trotzdem ist es ein Hohn, wenn man beispielsweise auf

zweistellige Millionenbeträge einer Nahverkehrsabgabe verzichtet oder auf eine Schotterabgabe verzichtet etc. Da gibt es noch einige Punkte die nicht, die kleinen Steirerinnen und Steirer treffen würden, die doch die Unternehmungen, die größeren Unternehmungen, die es sich leisten können, belasten würden. Sie belasten lieber die einfachen Steirerinnen und Steirer. Vor allem brauchen wir und auch das ist schon gesagt worden, wir brauchen einen anderen Finanzausgleich. Es geht nicht, dass den Kommunen und den Ländern immer mehr Dinge aufgebürdet werden und in Wahrheit auf das riesig angehäuften Finanzkapital nicht zugegriffen wird und dort, wo zugegriffen wird, steckt es sich der Bund zu einem Großteil noch in die eigene Tasche. Aber über das werden wir vielleicht dann im Dezember noch genauer diskutieren können. Eine Bemerkung, oder sagen wir so, diese Spitze sei mir erlaubt, das sage ich vor allem zur Sozialdemokratie, weil Sie immer von ihrem Enkelfit reden, jetzt eh nicht mehr, jetzt reden Sie von zukunftsfit. Vielleicht ist es Ihnen schon gedämmert, dass man mit diesem Enkelfit aufpassen muss, denn der einzige, den Sie wirklich Enkelfit gemacht haben, im wahrsten Sinn des Wortes, war euer eigener sozialdemokratischer Landeshauptmann. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 11.37 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Anton Lang seitens der SPÖ.

LTabg. Anton Lang – SPÖ (11.38 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man in den letzten Tagen, nachdem also von der Landesregierung, vom Landesfinanzreferenten, das Budget 2016 präsentiert wurde, wenn man da die Aussagen der drei Oppositionsparteien gehört hat über die Medien und wenn man heute aufmerksam zugehört hat hier bei den Wortmeldungen, dann möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen etwas sagen als stolzer Steirer: Ich bin nämlich sehr, sehr froh, dass weder FPÖ, Grüne und auch KPÖ in der Steiermark eine Regierungsverantwortung tragen, weil das wäre für mich eine Katastrophe. Ich darf Ihnen jetzt auch sagen warum. *(Beifall bei der ÖVP)* Viele von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, waren schon in der vergangenen Legislaturperiode hier im Hohen Haus und ich darf Sie erinnern, Sie haben damals wirklich keine Gelegenheit ausgelassen, um die Reformpartnerschaft bei jeder Gelegenheit als Kaputtsparer des Landes hinzustellen. Sie haben immer bemängelt, dass zu wenig investiert wird und ich kann mich noch gut erinnern, vor allem von Seiten der KPÖ hat es immer geheißen, wir haben uns vom Sozialen verabschiedet. *(LTabg. Klimt-Weithaler: „Das ist die*

Realität.“) Und jetzt, wo genau das Gegenteil ist, wir haben nämlich unsere Hausaufgaben in den Jahren zuvor gemacht. Es ist gelungen, den Schuldenaufbau zu stoppen, es gibt einen konsolidierten Haushalt und jetzt, weil es die Umstände, nämlich die weltwirtschaftlichen Umstände verlangen, jetzt ist es nämlich so, dass wir die Ausgaben erhöhen. Genau in dem Bereich, wo Sie es immer verlangt haben, nämlich im Sozialen. Es werden Millionen in die Hand genommen um wichtige Projekte in unserer Heimat umzusetzen und ich sage es jetzt trotzdem, auch wenn es vom Kollegen Murgg etwas humorvoll dargestellt wurde, unser Land zukunftsfit zu machen und vor allem um den Menschen Beschäftigung zu geben und zu sichern. Dann stellen Sie sich hier heraus und sprechen von Schuldenmachern und sonstigen Negativa. Für mich gibt es eigentlich nur zwei Zugänge zu diesem Verhalten. Der eine Zugang, und das muss ich sagen, möchte ich Ihnen auf keinen Fall pauschal unterstellen, Sie haben vielleicht Probleme wirtschaftlicher Natur um das alles zu verstehen, wie Wirtschaft funktioniert, aber das möchte ich nicht pauschal sagen, aber es gibt einen zweiten Zugang und den sage ich hier sehr deutlich: Ich glaube nämlich, dass es Ihnen eigentlich gar nicht um die Menschen in der Steiermark geht. Gar nicht um die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Steiermark, sondern es geht eigentlich Ihnen nur um ihren politischen Augenblickserfolg. Meine Damen und Herren, vor allem der Opposition, es dürfte Ihnen anscheinend schlichtweg entgangen sein, dass sich die Weltwirtschaft seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise verändert hat. Dass sich die Rahmenbedingungen ständig noch immer ändern und daher ist es umso bemerkenswerter, dass es dem Landesfinanzreferenten und der Steirischen Landesregierung gelungen ist, für 2016 ein Budget vorzulegen, das als Konjunkturmotor und vor allem auch als Jobmotor fungieren wird. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer wirtschaftlich sehr schwierigen und herausfordernden Zeit. Bund, Länder und Gemeinden müssen Budgets erstellen bei einerseits stagnierenden und so wie es aussieht fallenden Einnahmen. Wir haben schon gehört, die Ertragsanteile werden sich negativ entwickeln. Auf der anderen Seite sind unsere Pflichtausgaben zu erfüllen, wo die Kosten steigen. Gleichzeitig sollen auch noch konjunkturbelebende Maßnahmen gesetzt werden, um die Wirtschaft zu beleben und der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Oberste Prämisse dieses Budgets 2016 ist es, unser Land, unsere Heimat, unsere Steiermark zukunftsfit zu machen Herr Dr. Murgg. Dazu bedarf es einer Politik, die dafür sorgt, dass es ausreichend Arbeitsplätze gibt, das Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden und, und das ist mir ganz wichtig, dass Arbeit, von der man leben kann und mit der man leben kann, geschaffen wird. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir

müssen das Fundament dafür jetzt legen. Der Landeshaushalt 2016 ist ein wichtiger Baustein um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Mit dieser großen Investitionsoffensive in einem wirklich schwierigen Umfeld wollen wir mehr Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Wohlstand sichern. Meine Damen und Herren, die steirischen Städte und Gemeinden stehen ebenso wie das Land bei der Erstellung des Budgets für 2016 vor großen Herausforderungen. Das können Sie mir wirklich glauben, als Finanzreferent der Stadt Leoben erlebe ich das gerade hautnah. Aber die Aufgabe des Landes ist es, größtmögliche Unterstützungen für die steirischen Gemeinden im Budget 2016 zu gewähren. Das ist essentiell wichtig für ein gutes Zusammenleben. Gleiche Chancen für alle Steirerinnen und Steirer, ob in der Stadt oder am Land, das muss unser gemeinsames Ziel sein. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Daher ist es so wichtig, gezielt Maßnahmen zur Stärkung der Regionen zu setzen. Sie erlauben mir, als Vertreter der Obersteiermark, hier gezielt ein paar Beispiele zu nennen, wie man Regionen stärken will aus dem Budget 2016. Mit dem Zentrum am Berg in Eisenerz setzt man Forschungsakzente die richtungsweisend für die nächsten Jahrzehnte sind. Aber auch der neue Forschungs- und Innovationsfonds wird in Zusammenarbeit mit der Montanuniversität Leoben und der FH in Kapfenberg und den zahlreichen Forschungseinrichtungen unserer großen Industriepartner und damit unsere Region national und international noch wettbewerbsfähiger machen. Ein weiterer wichtiger Punkt die S-Bahn-Offensive in der Obersteiermark und vor allem auch die Schaffung von zusätzlichen leistbaren Wohnungen wird uns in unserer Region helfen, unsere demografische Entwicklung und vor allem auch die Abwanderung etwas in den Griff zu bekommen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle weltwirtschaftlich und europaorientierten, nationalen und regionalen mittelfristigen Prognosen bis 2019 gehen davon aus, dass sich die Wirtschaft nur sehr mäßig entwickeln wird. Die Wachstumsraten werden nicht ausreichen, um die Schäden des Einbruchs beginnend mit 2008 und Folgejahren und der damit verbundenen rezessiven Tendenzen wettzumachen. Der Welthandel nimmt nur gering zu, das Wachstum in Europa bleibt auf niedrigem Niveau. Die fehlende Dynamik des weltweiten Wachstums und des Welthandels und die anhaltende Wachstumsschwäche in Europa schlagen sich auf Grund der starken internationalen Vernetzung auch auf die österreichische und vor allem auch auf die steirische Wirtschaft nieder. Österreichs Wirtschaft, so wird uns prognostiziert, wird bis 2019 sehr niedrige Wachstumsraten aufweisen und damit de facto stagnieren.

Die Arbeitsmarktsituation wird sich weiter verschärfen. Diese Rahmenbedingungen werden auch die Entwicklung der Steiermark in den nächsten Jahren prägen. Daher muss das Land ein Jobmotor sein. Es müssen neue Projekte vorangetrieben werden, es müssen Investitionen vorgezogen werden, auch wenn man dafür eine geringe Neuverschuldung in Kauf nimmt. Ich kann Ihnen nur eines sagen, wenn man rund 190 Millionen Euro an Neuverschuldung, an Fremddarlehen aufnehmen muss, um insgesamt fast 700 Millionen Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Verkehr, Gemeinden, Wohnen und Regionen über die Bühnen zu bringen, dann kann man hier wahrlich nicht von Schuldenmachen sprechen. Es wurde heute hier schon gesagt vom Landesfinanzreferenten und ich möchte es wiederholen: Wir haben kein Problem mit dem österreichischen Stabilitätspakt, wie es im Regierungsprogramm vereinbart wurde. Es ist auch sehr, sehr wichtig. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Budget werden in einem wirklich sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mehr Arbeitsplätze geschaffen und der soziale Wohlstand in unserer Heimat gesichert. Durch dieses Budget wird die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer gesichert und optimale Voraussetzungen von der Kinderbetreuung bis hin zur Gesundheit geschaffen. Die Bekämpfung von Armut und die Unterstützung von jener, die unverschuldet in Not geraten sind, sind zentrale Ziele dieses Budgets. Beispielsweise darf ich hier anführen: Erwachsenensozialarbeit, niederschwellige Beschäftigungsangebote und Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung. Mit diesem Budget werden in der Steiermark Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, die Armut bekämpft und stabile Finanzen gewährleistet. Gratulation (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) dem Landesfinanzreferenten und der gesamten Landesregierung. Ein steirisches Glück auf! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.49 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt bezüglich des

2. Bericht des Ausschusses für Umwelt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 257/1, betreffend Klimawandelanpassung – Strategie Steiermark 2050.

Als erstes zu Wort gemeldet hat sich Gabi Kolar.

LTAbg. Kolar – SPÖ (11.50 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben jetzt doch relativ lange über das Budget vorab diskutiert. Im Dezember werden wir das noch ganz genau machen. Jetzt geht es um ein Thema, das nicht die nächsten fünf Jahre wichtig ist, nicht die nächsten zehn Jahre, sondern langfristig wichtig für unsere Kinder, Kindeskindern, Urenkelkindern, es geht nämlich um unser Klima. Ich weiß, dass dieses Thema vielen vielleicht noch nicht so nahe geht, aber langsam sollten wir alle versuchen, wir sowieso als Abgeordnete des Landtages Steiermark, aber auch die Menschen draußen zumindest einmal sensibel zu machen für eine Klimawandelanpassung. Die Steiermärkische Landesregierung hat einen Bericht eingebracht, und zwar den Klimawandelanpassungsstrategiebericht Steiermark 2050. Der Klimawandel findet statt, da sind sich die Wissenschaftler mittlerweile einig, dass der Klimawandel durch die Menschheit verursacht ist, daran wird nicht mehr gezweifelt. In der Klimawandelanpassungsstrategie 2050 wird auf die bereits erkennbaren veränderten Klimaveränderungen eben eingegangen. Folgen hat der Klimawandel für alle Menschen in allen Lebenslagen, aber auch für die Wirtschaft, den Tourismus, die Landwirtschaft, den Verkehr usw. Die Auswirkungen des Klimawandels werden bereits vielerorts sichtbar. Wir hören immer wieder vom Rückgang der Gletscherflächen, vom Auftauen des Permafrostes, von den zunehmenden Starkregenereignissen, die bekommen wir regelmäßig mit, sowie die auch heuer im Sommer bemerkten vermehrten auftretenden Hitzetage. Die Steiermark ist natürlich von dieser Entwicklung nicht ausgenommen und ich erinnere euch an diese ganz schrecklichen Unwetter, die unsere Steiermark im letzten Jahrzehnt, wo wir ja alle schon dabei waren, heimgesucht haben. Die Steiermark hat unter der Leitung von Dr. Gottfried Kirchengast vom Wegener Zentrum der Universität Graz eine Studie durchführen lassen. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass eine weitere Temperaturzunahme in der Steiermark bis 2050 mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eintritt und einen Trend von etwa 0,3 Grad Erwärmung pro Jahrzehnt aufweisen wird. Besonders im Winter wird eine starke Erwärmung erwartet. Was ist also zu tun bzw. was ist schon getan worden? Bereits 2013 hat man mit der Arbeit an diesem Bericht begonnen. Experten und Expertinnen aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, aus dem Bereich Tourismus, Gesundheit und noch vielen anderen Bereichen haben sich mit Wissenschaftlern und Vertretern aus den Gemeinden und dem Land Steiermark zusammengetan, um optimale Lösungen zu finden. Ziel ist es, dieses Berichtes, die Steiermark bestmöglich an die klimatischen Bedingungen anzupassen, natürlich auch den bestehenden Klimaschutzplan Steiermark zu ergänzen.

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind in erster Linie, wie schon eingangs erwähnt, regional spürbar. Alle, die in ihrer Region bereits mit solchen Katastrophen zu tun hatten, sei es als Politiker vor Ort oder Persönliche, Familienbetroffene, Gemeindebetroffene, die erinnern sich an die Jahre der Dürren in den Jahren 2002 sowie 2003 oder an die furchtbaren Hochwasser in den Jahren 2005, 2009 und 2013. Ich erinnere an diese furchtbare Unwetterkatastrophe in Oberwölz im Jahr 2011, wo 100 Wohneinheiten weggeschwemmt wurden. 2012 im Juli war das, ein Jahr später, war im Murtal der Raum Obdach/Ammering/St. Anna stark betroffen. Im Jahr 2012 verschüttete ein Murenabgang in St. Lorenzen im Paltental 70 Häuser. Sie erinnern sich alle daran. Wir haben diskutiert hier im Landtag, wir haben Soforthilfe gestellt. Aber es kann doch nicht sein, dass wir immer nur, Herr Landesrat Seitinger, du sitzt da hinter mir, jetzt ist er weg, haben mich alle verlassen, der Herr Landesrat Seitinger hier immer entgegenwirkt mit Hochwasserschutzmaßnahmenverbauungen. Es muss endlich ins Bewusstsein der Menschen durchdringen, dass wir es, jeder von uns und jede von uns in der Hand hat, hier auch mitzuhelfen, diesen Klimawandel einzudämmen. Die vorliegende Strategie hat nun diese Maßnahmenempfehlungen zur Klimaanpassung für 13 Bereiche festgeschrieben. Ich weiß jetzt nicht, wie viele sich von Ihnen hier herinnen jetzt wirklich mit diesem 160 Seiten Klimaanpassungsstrategiebericht Steiermark 2050 intensiv beschäftigt haben. Ich habe mich sehr intensiv damit beschäftigt und alle 97 Maßnahmen genauestens studiert. Ich muss Ihnen sagen, ich bin sehr überrascht gewesen, wie genau dieser Bericht hier ausgeführt wurde, und zwar nicht nur von einer Abteilung, sondern von sehr, sehr vielen zuständigen, wie gesagt, aus der Verwaltung von Stakeholdern aber auch aus den Gemeinden. Diese 13 Bereiche mit insgesamt 97 Maßnahmen wurden in fünf Cluster geteilt. Ich möchte jetzt über einige Bereiche bzw. über die Cluster auch sprechen. Beim ersten Cluster geht es um den Wasserhaushalt und um die Wasserwirtschaft, die Energieversorgung und den Katastrophenschutz. Also diese drei Themenbereiche wurden zu einem Cluster zusammengefasst. Maßnahmen, die mir zu diesen Bereichen aufgefallen sind, waren beim Wasserhaushalt und bei der Wasserwirtschaft. Da geht es um den weiteren Ausbau von Wassertransportsystemen in niederschlagsarmen Regionen, was ganz, ganz wichtig ist, oder eine Maßnahme, ein ressourcenbewusster Umgang mit dem Wasser. Es klingt eigentlich alles so einfach und so logisch, nur tun müssen wir es, anfangen müssen wir damit. Der zweite Bereich die Energieversorgung. Eine Maßnahme lautet Sicherung von leistbarer Energie für Wirtschaft und die Bevölkerung.

Eine Maßnahme Beratung der steirischen Bevölkerung, Stärkung, sind wir wieder beim selben Thema, der Eigenverantwortung. Ein Bereich hat sich auch intensiv damit beschäftigt, das ist natürlich der Katastrophenschutz. Wer ist denn als erster vor Ort, wenn es zu einer Katastrophe kommt? Die Feuerwehr, in weiterer Folge natürlich alle anderen Einsatzorganisationen auch. Hier geht es, was den Katastrophenschutz anlangt vor allem um den Aufbau abgestimmter und umfassender Kommunikation mit der Bevölkerung im Katastrophenfall. Eine Risikobeurteilung und Bewältigung und Maßnahmenpläne strategische und operative. Der zweite Cluster beschäftigt sich auch mit drei Bereichen, die auch ganz, ganz wichtig sind, als Querschnittmaterie zu sehen ist. Das ist die Raumplanung und die urbanen Räume sowie das Bauen und Wohnen und die Verkehrsinfrastruktur - jetzt schaue ich wieder nach hinten, der Herr Landesrat Leichtfried ist ja anwesend, ist auch Teil eines dieser Bereiche – bei der Raumplanung habe ich festgestellt, die Beibehaltung der weiteren konsequenten Umsetzung derzeit laufender Aktivitäten und bestehender Instrumente sowie Gesetze in der Raumordnung. Eine Maßnahme der Raumordnung: Verstärkte Sicherung von ökologisch bedeutsamen Freiräumen und Minimierung weiterer Lebensraumzerschneidungen. Auch ein wichtiges Thema. Ganz groß geschrieben: die Vermeidung weiterer Bodenversiegelung. Beim Bauen und Wohnen ist eine Maßnahme ein effizienter Bebauungsplan und nachhaltige Flächennutzung. Eine Maßnahme: Gebäudesanierung und Revitalisierung von Ortskernen mit Bedachtnahme auf Möglichkeit der vertikalen Verdichtung. Die Verkehrsinfrastruktur, Datengrundlagen zur Identifizierung von besonders gefährdenden Verkehrsbereichen schaffen. Eine andere Maßnahme aus diesem Bereich Verkehrsinfrastruktur: Anpassung der Infrastruktur an zukünftige Klimawandelgefährdungen. Der dritte Cluster besteht aus dem Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Biodiversität. Bei der Landwirtschaft sind mir drei Maßnahmen aufgefallen und ins Auge gestochen und zwar raschen und intensiven Humusabbau fördern, Erosionsschutz in Hanglagen und Erhalt und Förderung der kleinstrukturierten Landwirtschaft und Kulturlandschaften. Im Bereich Forstwirtschaft: die Erhöhung der Baumarten und Strukturvielfalt von Ländern sowie Förderung von Mischbeständen. Im Forstbereich heißt eine der Maßnahmen hier Verringerung des selektiven Wildverbissdrucks durch Wildbestandsreduktion. Ein tragfähiges Wald-Wild-Verhältnis wird hier eingefordert. Ein anderer Bereich, nämlich Naturschutz und Biodiversität.

Die Maßnahme naturschutzverträgliche Freizeit- und Turnusaktivitäten in sensiblen Lebensräumen. Der Cluster vier besteht aus zwei Bereichen, nämlich aus Wirtschaft inklusive Versicherungen und dem Tourismus. Hier sind mehr die Maßnahmen Verstärkung von regionalen Wirtschaftsstrukturen aufgefallen und im Tourismus Berücksichtigung von Klimawandel in den Tourismusstrategien. Der letzte Cluster, der fünfte, besteht aus zwei Bereichen, nämlich aus Gesundheit und Soziales und Bildung und globale Verantwortung sind Teil dieses Berichtes. Zwei Maßnahmen dazu noch: Die Stärkung der Lebensmittelüberwachung zur Gewährleistung von Hygiene und Lebensmittelsicherheit sowie Ausbau der Erwachsenenbildung zu Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung. Ja, ich hoffe, ich habe Sie jetzt nicht erschlagen mit einigen Auszügen aus diesem Maßnahmenkatalog. Wie gesagt 97 Maßnahmen. Zu jeder Maßnahme gibt es eine ganz klare Zielvorstellung, eine Kurzbeschreibung und die Schritte zur Umsetzung. Die Verantwortlichen werden auch aufgezeigt zu jedem dieser Maßnahme, seien es jetzt Abteilungen, seien es irgendwelche anderen Institutionen. Der Umsetzungshorizont ist Teil jeder dieser Maßnahme. Das kann ganz kurzfristig sein, d.h. das könnte man schnell angehen, mittelfristig, dauerhaft oder man hat bereits mit einer Umsetzung schon begonnen. Ganz, ganz wichtig natürlich auch das Budget, brauchen wir gar nicht reden, ohne Geld ka Musi. Hier geht es um teilweise budgetunnotwendige, also es braucht Maßnahmen, wo man nicht unbedingt ein Budget braucht. Andere wiederum erfordern eine hohe Investition, andere eine mittlere oder eine kleinere Investition. Zwei weitere Punkte wurden nach Maßnahme abgeklopft und zwar die Messindikatoren und die Anknüpfungspunkte. Ja, in nahezu allen 13 Bereichen sind Maßnahmen zur Kommunikation und zur Bewusstseinsbildung auf verschiedenen Ebenen enthalten. Es geht hier um die Fachkreise bis hin zur Schule und den Kindergärten. Diese sogenannten, man nennt sie weichen Maßnahmen, sind ganz, ganz dringend notwendig, um die steirische Bevölkerung aber auch ihre Gäste auf die Veränderung im Klimawandel aufmerksam zu machen. Für die Klimawandelanpassungsstrategie 2050 ist in einem regelmäßigen Intervall von drei Jahren ein Monitoring, eine Kontrolle vorgesehen. Der Monitoringbericht wird von der Klimaschutzkoordinatorin des Landes Steiermark, Frau Mag. Andrea Gössinger-Wieser, durchgeführt und vorgelegt werden. In dem Zusammenhang darf ich mich bei der Klimaschutzkoordinatorin, Frau Mag. Andrea Gössinger-Wieser von der Abteilung 15, Fachabteilung Energie und Wohnbau recht herzlich bedanken.

Mit allen ihren MitarbeiterInnen, mit all jenen, die hier an diesem Klimawandelanpassungsstrategiebericht gearbeitet haben. Der Bericht wurde eben am 24. September als Regierungsvorlage in der Landesregierung beschlossen. Jetzt sage ich noch nicht gleich, ich bitte auch Sie um ihre Zustimmung, denn ich möchte auch noch auf den Entschließungsantrag der Grünen eingehen, der aus meiner Sicht eigentlich das sagt, was die Regierung ja für sich selbst schon beschlossen hat, nämlich diesen Klimawandelanpassungsstrategiebericht 2050. Für mich ist es selbstredend, dass hier diese Maßnahmen, auf die immer wieder geschaut wird und sie natürlich selbstverständlich beachtet werden und nicht ein Bericht ist für die Schublade. Weil wir wissen, wie schwierig dieses Thema ist und dass es uns wirklich über unsere Lebenszeit hinaus begleiten wird bzw. unsere Kinder und Enkelkinder. Ja, wir werden diesem Entschließungsantrag, Sabine, nicht zustimmen, weil ich überzeugt bin, dass die Regierung, die uns den vorgelegt hat, als Regierungsvorlage, selbstverständlich sich daran halten wird. Ich bedanke mich bei allen, die mir zugehört haben und bitte um eine positive Abstimmung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.08 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Ing. Sabine Jungwirth. Bitteschön.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (12.08 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Landesrat!

Auch ich habe mich zu Wort gemeldet, und wenn ich mich so in den Reihen umschaue, dann ist das Erste, das ich sagen möchte: „Guten Morgen, aufwachen! Es geht um die zentrale Herausforderung, die wir in diesem Jahrhundert vor uns haben und vor allem in den nächsten Jahrzehnten dringendst etwas zu tun haben.“ Denn eines ist schon klar, wenn wir den Klimawandel nicht in den Griff bekommen, dann sind sämtliche andere Bemühungen hier mehr oder weniger umsonst. Weil, wenn wir uns unsere Lebensgrundlage entziehen, dann braucht man nicht mehr weiter zu diskutieren über alle möglichen anderen politischen Themenfelder. Das ist einfach absurd und deshalb würde ich Sie schon bitten, dass Sie nicht erst dann anfangen aktiv zu werden, wenn ihr Haus weggerutscht ist, fortgespült wurde oder ihre Ernte vertrocknet ist oder was es sonst so gibt an Auswirkungen. Es reicht schon, wenn es einmal heiß ist, da jammert schon jeder.

Es reicht aber dann nicht dazu, dass hier im Haus, wenn es um den Klimawandel geht, alle aufspringen und sagen: „Ja, genau! Hier müssen wir anpacken, hier müssen wir etwas tun.“ Diese Klimawandelanpassungsstrategie ist für mich in Wahrheit ein Tiefpunkt, ein trauriger Punkt in Bezug auf Klimaschutz und Klimaveränderungen, hier sieht man ja, dass wir bereits so weit gekommen sind, dass wir Maßnahmen ergreifen müssen, um uns bereits bestehenden Wandel anzupassen. Fakt ist nämlich, dass seit 1880 die Temperatur durchschnittlich bereits um zwei Grad angestiegen ist und die Prognosen von Wegenfelder und auch allen Expertinnen und Experten vorhersehen, dass zur Mitte dieses Jahrhunderts noch einmal 1,4 Grad dazukommen und diese Kurve ist eine exponentielle. Das muss man auch einmal dazusagen. Also die Veränderung geht nicht geradlinig, sondern das ist eine Kurve, die immer rasanter wird und wo es immer schwieriger wird dann auch dem Einhalt zu gebieten. Deswegen ist es so relevant und wichtig hier raschest etwas zu tun und, wie gesagt, nicht nur den Klimawandel sich vorzunehmen und anzupassen, Maßnahmen zu ergreifen, sondern gerade weiterhin massiv auch Klimaschutzmaßnahmen zu setzen. In Rio war 1992 die Weltklimakonferenz, die sozusagen der Startpunkt war der Bemühungen und es ist viel, viel zu wenig passiert. 23 Jahre sind vergangen, noch immer ist es nicht gelungen, dass es einen weltweiten Vertrag gibt, bei dem die wirklich relevanten AkteurInnen sich so weit verpflichten, die CO₂-Emissionen auszustoßen, dass man davon ausgehen kann, dass es tatsächlich etwas nützt und etwas bringt. Das soll uns als Steiermark aber nicht davon abhalten, überall dort, wo es Möglichkeiten gibt, trotzdem bestmöglich Initiativen zu setzen und etwas zu tun. Weil das Florianiprinzip, das diskutieren wir hier im Haus immer wieder, in allen möglichen Zusammenhängen, aber auch beim Klimaschutz und beim Klimawandel gilt es. Es nützt nichts zu sagen, so lange China, so lange die USA nichts tun, brauchen wir auch nicht. Nein, jede und jeder muss für sich – jeder Haushalt muss für sich, jedes Budget muss für sich, jede einzelne Abteilung muss für sich – darauf achten etwas zu tun. Gabi Kolar, du hast gesagt, ihr stimmt unserem Entschließungsantrag nicht zu, weil du der Meinung bist, dass diese 97 Maßnahmen, die hier abgebildet sind, dem entsprechen. Es ist nicht so, denn diese Maßnahmen fokussieren genau auf ein paar Bereiche, die für die Anpassung wichtig sind. Aber wesentlich ist es auch nach wie vor im Klimaschutz und in der Prävention auf alle Möglichkeiten zu achten und dort auch bei jeder Gesetzesmaterie, die uns vorgelegt wird, bei jeder Verordnung, die erlassen wird, diesen Blickwinkel auch mit dabei zu haben und immer darauf zu achten, dass etwas passiert, das dem Klimaschutz dient.

Ich möchte ein paar Bereiche ansprechen, wo ich glaube, dass es wirklich ganz, ganz wichtig ist etwas zu tun, weil das noch dazu Politikfelder sind, die Mehrfacheffekte haben, wo jeder Euro sehr, sehr gut investiertes Geld ist, weil es noch um andere, sehr, sehr wichtige Herausforderungen geht, die man nebenher miterledigen kann und die Mehrfachnutzen erzeugen. Da ist zum einen die Energiewende – ja, das steht auch in der Klimawandelanpassungsstrategie drinnen, weil wir uns ja anpassen müssen. Gleichzeitig ist es aber so, dass die erneuerbaren Energien und die Investitionen dort ja auch in Bezug auf den Klimaschutz, sprich: die Vermeidung von Klimaerwärmung, etwas bewirken und gleichzeitig aber beispielsweise gegen Energiearmut wirksam sind. Also wir haben hier gleichzeitig das Politikfeld Armutsbekämpfung mit bearbeitet und wir schaffen unzählige Arbeitsplätze in diesem Bereich. Also sehr gut investiertes Geld, wenn man hier etwas tut. Das Thema Verkehrswende – dasselbe: Hier geht es um leistbare Mobilität. Wenn wir in den öffentlichen Verkehr investieren, werden Arbeitsplätze in der Errichtung, aber auch im Betrieb geschaffen. Also auch eine Investition, die sich mehrfach rechnet. Genauso schaut es aus bei der Ernährungswende. Die ist total wichtig im Zusammenhang mit dem Klimaschutz und da geht es nicht nur darum, den Menschen gesunde Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und regionale Wirtschaftskreisläufe in Gang zu bringen, da tun wir auch was für die Wirtschaft im Übrigen, sondern auch gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen, unzählige Arbeitsplätze hier im Land und für unsere Menschen in der Steiermark.

Viertes Themenfeld, das mir total wichtig ist in diesem Zusammenhang, ist das Thema der Sanierungsoffensive im Wohnbau. Das kommt mir in der Klimawandelanpassungsstrategie viel zu kurz, sage ich auch dazu, denn hier wird immer nur auf den Fokus „Leistbares Wohnen“ geschaut. In Wahrheit ist es aber so, dass die Steiermark ja in Bezug auf die Sanierungsraten wirklich ganz, ganz langsam dahindümpelt, weit entfernt von den Zielen ist, die wir uns gesteckt haben, und auch wieder Mehrfachnutzen entstehen würde, wenn wir die Wohnbauförderung gerade im Sanierungsbereich adaptieren würden und zu Modellen übergehen, wie sie beispielsweise in Vorarlberg bereits gepflegt werden, wo sehr sehr günstige Darlehen, Direktarlehen vom Land kommen und nicht über Annuitätenzuschüsse auch dann noch die Banken gefördert werden und damit auch wesentlich teurere Kredite entstehen, sondern hier könnte man sofort ansetzen, hier könnte man Investitionen des Landes mehrfach einsetzen, indem eben auch wieder ganz viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

Denn gerade die Wohnbausanierung ist ein Bereich, der sehr arbeitsintensiv ist, wo aber in Bezug auf die energetischen Verbesserungen extrem viel möglich ist, wo wir auch die Zersiedelung hintanhaltend können, weil wir das, was es schon gibt, nutzen und nicht Neues bauen müssen; wo wir die Ressourcen schonen hier im Land, wo wir aber am Ende dann auch gesunde Lebensbedingungen schaffen für die Menschen, die in diesen Gebäuden wohnen. Also es gäbe so viele Themenfelder, die ganz, ganz viele zusätzliche Effekte haben und die gilt es zu bearbeiten. Deswegen ist es mir so wichtig, dass wir das, so wie wir es festgeschrieben haben, in unserem Entschließungsantrag hier im Haus festmachen, weil es einen Unterschied macht, ob ein Regierungsmitglied nur sagt: „Ja, wir wollen das tun“, oder es einen Beschluss hier im Haus gibt. Das ist ein Unterschied. Wir haben es gesehen in diesem Zusammenhang mit den Gender-Mainstream-Strategien, wo lange nichts weitergegangen ist und erst, nachdem es einen Beschluss im Haus gegeben hat, jetzt tatsächlich in der Budgeterstellung jedes Regierungsmitglied beispielsweise auch ein Gleichstellungsziel in den Maßnahmenkatalog, in die Wirkungsziele hineinnehmen muss. Das heißt genau darauf kommt es an.

Die Willensbekundung hier im Haus ist relevant und ich bringe deshalb meinen Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Klimawandelanpassungsstrategie 2015 und den Klimaschutzplan 2010 explizit bei allen relevanten Gesetzesvorschlägen, Verordnungen und sonstigen Maßnahmen im Wirkungsbereich der Landesregierung zu berücksichtigen, diese jeweils hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung zu überprüfen und die Auswirkungen darzustellen. Ich ersuche um Annahme des Antrages und danke für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall bei den Grünen – 12.16 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet, Herr Abgeordneter Hubert Lang.

LTAbg. Hubert Lang – ÖVP (12.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Jungwirth hat darauf hingewiesen, Klimawandelanpassungsstrategie ist nicht nur wichtig, sondern ist unbedingt zu beachten. Das stimmt. Diese Strategie ist, wie alle Strategien des Landes Steiermark, zu beachten, weil sie Grundlage ist für politische Entscheidungen.

Es hat Frau Kollegin Gabi Kolar schon einige wichtige Punkte angesprochen, die hier in dieser Strategie ausgearbeitet wurden. Es ist eine Tatsache, dass das Klima sich ändert und es ist eine Tatsache, dass es auf der Welt wärmer wird, dass es auch in unserer Steiermark, in unserem Land wärmer wird. Es ist in Zahlen schon angesprochen worden und natürlich hat das Auswirkungen, auch auf unsere Steiermark. Wenn es auch in der Studie festgestellt wird, dass sich die Niederschlagsmengen nicht unbedingt ändern werden, allerdings gibt es Verschiebungen zwischen Niederschlagsmengen im Sommer und Niederschlagsmengen im Winter. Es gibt auch, das zeigt die Studie sehr deutlich, regionale Unterschiede. Gerade der Bereich der Südsteiermark, Südoststeiermark ist in den Sommermonaten wesentlich stärker betroffen, wenn es um die Niederschlagsmengen geht. Das gibt unmittelbar natürlich auch Auswirkungen und darum ist diese Strategie natürlich sehr wichtig – auch in der strategischen Planung. Die einzelnen Themenfelder hat die Frau Kollegin Kolar schon kurz angesprochen. Wenn es Auswirkungen zu beachten gibt in den Clustern, in der Versorgungssicherheit, gerade was das Thema Wasser/Trinkwasserversorgung betrifft, dann hat das schon Auswirkungen, wenn wir wissen, dass es regional in Zukunft gerade in den Sommermonaten zu längeren Dürreperioden kommt, und auch erwiesen ist, dass Starkregen mit Sturm und Hagel und Überschwemmungen Auswirkungen haben, die für unsere zukünftige Planung von entscheidender Bedeutung sind. Die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, die Frau Gabi Kolar angesprochen hat, ist ja auch im Wassernetzwerk Steiermark abgebildet, wo das Land Steiermark sich sehr klar dafür entschlossen hat, ein Netzwerk zu bilden, um die Trinkwasserqualität für die Bevölkerung sicherzustellen und ich darf auch daran erinnern, dass gerade die Oststeiermark, die Südoststeiermark mit der Transportleitung eine Absicherung für zukünftige Trockenperioden mit dieser Transportleitung gesichert worden ist. Das ist auch notwendig, auch in vielen anderen Bereichen. Einige sind schon angesprochen worden, wenn es um die Energiegewinnung geht und um die Sicherstellung der Energie. Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, dass wir sehr viel Strom aus Wasserkraft beziehen und wenn es weniger Niederschläge gibt, dann ist es natürlich eine Herausforderung, dass man die Flusskraftwerke mit Staukraftwerken entlasten kann. Es wird auch hier zu Maßnahmen aufgefordert, dezentrale Wasserkraftanlagen zu errichten, im Bereich der Sonnenenergie zu investieren und auch in den Ausbau der Windenergie zu investieren, um gerade diese Phasen, wo wir mit weniger Niederschlägen die Energieversorgung, die Stromerzeugung auch sicherstellen müssen.

Frau Kollegin Kolar hat auch den Katastrophenschutz angesprochen. Meine Damen und Herren, wenn etwas passiert – und es ist ja nicht so selten –, dann werden für die Beseitigung der Hochwasserschäden über 90 % ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre, ehrenamtliche Helfer und Helferinnen in diesem Land, bereit sein für diese Schäden, für die Bereinigung aufzukommen, wo sie bereit sind in ihrer Freizeit sich einzusetzen, um diese Schäden wieder zu beheben. Meine Damen und Herren, es ist auch notwendig, diesen ehrenamtlichen Funktionären und Funktionärinnen hier ganz speziell danke zu sagen, insbesondere den Feuerwehren, die tagtäglich, und wie man es auch immer so schön bei unseren Treffen vor Ort feststellen kann, 365 Tage für unsere Bevölkerung da sind, herzlich zu danken. (*Beifall bei der ÖVP*) Es ist auch im Maßnahmenkatalog drinnen das Ehrenamt stärker abzusichern. Hier geht es auch darum, wenn jemand Blut abnimmt oder auch darum, wenn im Einsatz etwas passiert, dass es dementsprechend Versicherungen gibt, dass wir uns auch hier diesen Bereich mit den Maßnahmen genauer anschauen.

Die Frau Kollegin hat auch schon die Raumplanung angesprochen. Das trifft nicht nur im Raumordnungsgesetz zu, sondern auch in den regionalen Entwicklungskonzepten – ob das das örtliche Entwicklungskonzept ist oder auch die regionalen Entwicklungsprogramme, wo wir momentan gerade bei der Novellierung sind. Wo es um Vorrangzonenfestlegungen geht, um Schutzzonenfestlegungen – hier ist es natürlich ein Thema, dass solche Strategien für die Zukunft für die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Es sind sehr viele Herausforderungen. Die Verkehrsinfrastruktur ist angesprochen worden und auch hier Herr Landesrat Seitinger mit Hochwasserschutzbauten. Natürlich eine große Herausforderung, auch die finanziellen Mittel aufzubringen, wenn es um den Hochwasserschutz geht, aber auch im Verkehrsbereich, wenn durch Starkregen Überschwemmungen, Vermurungen oder auch Unterspülungen unsere Infrastruktur beschädigt, gefährdet und wieder zu renovieren ist. Ob das die Schiene ist oder die Straßen sind, auch hier müssen wir vorbereitet sein und dementsprechend in die Budgetplanung mit hineinnehmen.

Die größte Herausforderung ist mit Sicherheit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft – hat auch für die Land- und Forstwirtschaft die gravierendsten Auswirkungen. Meine Damen und Herren, es ist eine Tatsache, dass wir teilweise in einem Jahr in der Landwirtschaft mit massiven Dürreschäden und einige Monate später mit massiven Überschwemmungen und Hochwasserschäden zu kämpfen haben.

Es ist nicht nur, dass es Dürreschäden gibt und Hochwasserschäden, sondern auch mit dem Temperaturanstieg, auch im Bericht enthalten, dass neue Schädlinge auftreten. Ich darf schon daran erinnern, wenn in den Wintermonaten die Schneedecke weniger vorhanden ist und der Schutz des Bodens nicht gewährleistet ist, aber auch wenn die Temperaturen nicht mehr so tief fallen, dass der Boden gefrieren kann, dann ist es nun einmal eine Tatsache, dass viele Schädlinge überwintern und wir in der Landwirtschaft in den Frühlings- und Sommermonaten mit massiven Schädlingen uns auseinandersetzen müssen und mit dieser Situation auch dementsprechend umgehen müssen. Ich darf schon auch daran erinnern, an Sie und an uns hier als Abgeordnete, wenn es um das Thema Pflanzenschutz oder Tierschutz geht, auch uns zu erinnern, dass wir die Auswirkungen des Klimas in der Landwirtschaft zu spüren haben, meine Damen und Herren! (*LTabg. Ing. Jungwirth: „Die Frage ist, nehmen wir Gift oder nehmen wir etwas anderes?“*) Liebe Frau Kollegin, ich darf Ihnen schon eines sagen: Wenn wir krank sind, gehen wir zum Doktor (*LTabg. Ing. Jungwirth: „Genau.“*) und der Doktor verschreibt uns natürlich auch Medikamente und ich bin auch dafür, so lange es möglich ist mit sehr gesunden Präventivmaßnahmen unsere Gesundheit sicherzustellen. Aber wenn es ernst ist, müssen wir dementsprechende Mittel anwenden, auch im Tierbereich ist es so. Ich fordere schon auch, dass das auch für die Pflanzen gilt. Meine Damen und Herren, es sind viele Bereiche – nicht nur die Wirtschaft, die angesprochen worden ist, sondern auch in Gesundheit, im Sozialen und in der Bildung.

Eines ist schon besonders, was drinnen steht, das ist „die globale Verantwortung“, „die Aktivierung zum selbstständigen Handeln“ und „die Eigenverantwortung fördern“. Gerade das Thema: Gesundheitsbericht, meine Damen und Herren, es ist mit Sicherheit jeder dafür verantwortlich, wenn im Sommer große Hitze ist und wir das Sonnenbad genießen, dass wir uns dementsprechend schützen. Wir müssen vorbereitet sein, dass in Zukunft durch die Sonnenstrahlung auch die Haut wesentlich mehr gefährdet ist. Wir sehen es auch in den letzten Jahren, Jahrzehnten dass es gerade bei den Hauterkrankungen eine große Zunahme gibt. Aber auch in den Hitzemonaten, wo es zu Herz-Kreislaufkrankungen kommt, dass wir uns hier dementsprechend verhalten und einfach auch unseren Lebensstil dieser Entwicklung anpassen, mit beitragen und dieser Entwicklung auch dementsprechend entgegenzutreten. Es ist auch drinnen in der Bildung, dass wir informieren, dass wir die Menschen informieren und das Bewusstsein schärfen für diese Auswirkung, dass wir nicht Panik erzeugen, dass wir nicht Ängste schüren, sondern die Menschen informieren, dass es diese Herausforderungen gibt und dass wir uns darauf einstellen.

Diese Klima-Anpassungsstrategie ist eine sehr wichtige Unterlage. Es ist ein Wegweiser für zukünftige Entwicklungen. Diese Strategie ist auch regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit zu überprüfen, Frau Gabi Kolar hat es angesprochen. Diese Strategie wirkt sich langfristig aus. Es ist ja das Ziel der Steiermärkischen Landesregierung – die Nachhaltigkeit, auch die Enkeltauglichkeit als zukunftssicheres Thema platziert –, dass wir uns auch zu diesem Ziel mit dieser Klima-Anpassungsstrategie, mit dieser Entscheidungsgrundlage in Zukunft bewegen werden.

Zum Antrag der Grünen nur ganz kurz, was den Entschließungsantrag betrifft. Liebe Frau Kollegin Jungwirth, dieser Antrag geht für uns mit Sicherheit auf einer Seite zu wenig weit, weil wir (*LTA*bg. Ing. Jungwirth: „Das ist jetzt aber eine Überraschung.“) alle Strategien des Landes Steiermark als Grundlage für unsere zukünftigen Entscheidungen, als Grundlage für zukünftige Herausforderungen und Beschlüsse heranziehen. Alle Strategien des Landes – ob das jetzt die Energiestrategie, die Umweltstrategie oder auch die Wirtschaftsstrategie ist –, explizit nur eine Strategie herauszunehmen und das als Grundlage zu nehmen, kann nicht Ziel einer Landesregierung sein, die verantwortungsbewusst zukünftige Entscheidungen zu verantworten hat. (*Beifall bei der ÖVP*) Darum auch ganz klar, dass wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen werden. Aber nochmals schließe ich mich dem Dank der beiden Vorredner an für diese sehr wertvolle Strategie, für diese sehr wertvolle Grundlage, für diesen sehr wertvollen Wegweiser. Die Landesregierung, der Landtag wird diese Strategie als Grundlage für alle Entscheidungen heranziehen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP – 12.32 Uhr*)

Präsidentin Khom: Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Landesrat Mag. Jörg Leichtfried zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (12.32 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich bin eigentlich sehr froh über die drei Wortmeldungen, weil sie eines schon auch bei einer gewissen Divergenz des Inhaltes zeigen, dass Klimaschutz unglaublich ernst genommen wird und wichtig ist. Das erlebt man nicht überall, das muss man auch einmal anmerken. Ich habe einmal mit einem Kollegen aus Polen über Klimaschutz diskutieren wollen, noch dazu aus meiner Fraktion – also die anderen sind noch schlimmer, der gemeint hat:

„Wir glauben nicht an den Klimawandel.“ Ich sage: „Was heißt, ihr glaubt nicht an den Klimawandel?“ Sagt er: „Na, meiner Meinung nach ist das eine Erfindung der NSA, das gibt es gar nicht, um die europäische Industrie zu ruinieren.“ Also diese Meinungen gibt es zum Glück nicht im Haus und deshalb, meine ich, ist es wichtig – nein, bis jetzt hat es keiner gesagt zumindest – (*Heiterkeit*) an dem hier festzuhalten, was die Landesregierung an sich jetzt beschlossen hat. Wir sind in der Steiermark gar nicht so unerfolgreich und es ist auch nicht so, dass es nichts gibt, das uns bindet. Es gibt den Klimaschutzplan aus dem Jahr 2010, der doch gegriffen hat. Wenn man das Referenzjahr 2005, wo diese Dinge an sich begonnen haben, herannimmt, waren wir ja doch schon erfolgreich. Bei den CO₂ Gesamtemissionen ist es von 15,2 Millionen Tonnen auf 12,5 Millionen Tonnen heruntergegangen. Was den Gebäudesektor betrifft, da gibt es auch positive Zahlen. Es konnte der Heizenergiebedarf enorm reduziert werden, also diese Maßnahmen, die da ergriffen werden, die greifen schon. Wo es nicht so besonders noch funktioniert, muss man auch sagen, ist der Mobilitätsbereich. Da ist es zu keinen nennenswerten Reduktionen gekommen. Es ist, außer im letzten Jahr, wo es eine leichte Abnahme von CO₂-Ausstoß gegeben hat, nie gesunken. Im Bereich Abfallwirtschaft sind die Emissionen um 60 % gesunken und auch in der Landwirtschaft sind insbesondere die Summen rückläufig, wobei es dabei auch immer davon abhängt, wie viele Rinder auf der Weide stehen oder nicht stehen. Das ist ein bisschen variabel. Das heißt aber natürlich, dass man sich weiter bemühen muss, die Emissionen insgesamt zu senken und ich sage Ihnen, da schließt sich irgendwie für mich ein Kreis, nämlich über die Mobilität, die Frage: Welche Mobilität? Die Frage: Öffentlicher Verkehr/privater Verkehr? Die Frage: Wo findet Lastransport statt? Auf der Straße oder auf der Eisenbahn? Dass diese Frage nicht nur Kernfrage in der Klimaschutzstrategie ist, sondern in sehr, sehr vielen anderen Bereichen – ich sage nur Feinstaubproblem, Verkehrsproblem insgesamt, Verkehrspolitik, Stau auf der Straße – das sind alles Dinge, die da perfekt zusammenpassen und deshalb ist es mir auch so wichtig Initiativen zu setzen für die Zukunft, dass öffentlicher Verkehr verstärkt wird und privater Verkehr nicht künstlich eingeschränkt wird aber doch zurückgeht. Ich glaube, hier haben wir den Schlüssel in der Hand. Es ist aber auch so, und man kann jetzt in der Steiermark recht gute Leistungen erzielen, dass die Steiermark natürlich keine Insel ist. Selbst wenn wir Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, die insgesamt in unserem Bereich zu Rückgängen führen, ist es doch so, dass es weltweit in die andere Richtung geht.

Das muss man derzeit auch ganz offen feststellen. Selbst das, was die Europäische Union versucht zu machen bzw. auch macht, hat weltweit derzeit marginale Auswirkungen, wenn andere Länder wie Indien, wie China, die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch die großen Länder Südamerikas noch nicht wirklich bereit sind, hier aktiv Dinge anzugehen. Deshalb war es auch notwendig, so etwas wie eine Klimawandelanpassungsstrategie für das Land Steiermark zu finden. Die Frage ist nämlich sich selbst zu stellen: Wie gehen wir mit diesen Veränderungen, die es gibt, um? Es sind da meines Erachtens zwei Bereiche, die am massivsten betroffen sind. Es ist dies einerseits der Tourismus, andererseits die Landwirtschaft und man muss auch offen sagen, es gibt in beiden Bereichen Chancen, aber es gibt auch Gefahren, die hier beispielsweise im Tourismus lauern: Längere Sommersaison, heißere Sommer – kann natürlich auch im Sommertourismus mehr Einnahmen bringen, heißt aber für den Wintertourismus weniger Schnee, weniger Möglichkeiten zu beschneien. Die Frage ist: Wie sich das insgesamt auswirkt?

Was die Landwirtschaft betrifft, da haben wir eine ähnliche Situation, Kollege Lang hat es schon angesprochen. Was bedeutet es für die Möglichkeit Ernten einzuholen? Kann man das länger machen? Auf der anderen Seite, was ist mit der Bewässerung? Ja, und es ist sogar die Frage aufgetaucht: Ist auf Dauer, wenn es immer wärmer wird, unser steirischer Welschriesling gefährdet? Meine Damen und Herren, derzeit ist er noch nicht gefährdet, aber ich glaube, wir sollten Ausreichendes unternehmen, sodass er auch in Zukunft nicht gefährdet ist und da ist diese Strategie, denke ich, relativ wirksam. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.37 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 257/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen und der KPÖ *(LTAbg. Schwarz: „Die Grünen auch.“)* und der Grünen angenommen. Das heißt einstimmig angenommen. Danke.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 257/3, betreffend „Auswirkungen auf das Klima prüfen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 115/2, über den Prüfbericht zu Folgeprüfung der Nationalpark Gesäuse GmbH.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau LTAbg. Helga Ahrer. Bitteschön.

LTAbg. Ahrer – SPÖ (12.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren im Publikum und via Livestream!

Der Prüfbericht zur Folgeprüfung der Nationalpark Gesäuse GmbH hat ein positives Ergebnis gebracht, denn die wesentlichen Empfehlungen aus dem Bericht 2008 des Rechnungshofes wurden beinahe zur Gänze umgesetzt. Eine Empfehlung bezüglich eines Liquiditätsausgleiches der Nationalbank Gesäuse GmbH mit dem Land zu veranlassen ist heute nicht mehr aktuell und nicht mehr zutreffend. Es wurden von Seiten des Landesrechnungshofes jetzt in der Folgeprüfung einige neuerliche Maßnahmen empfohlen, teilweise sind jedoch auch diese, wie wir in der letzten Kontrollausschusssitzung vom 13.10.2015 erfuhren, ebenso umgesetzt bzw. befinden sich gerade in der Umsetzung. Ein Beispiel: Bei der Abgeltung von Dienstreisen sollten die Vorgaben des Steiermärkischen Landesreisegebührengesetzes herangezogen werden; oder ein weiteres Beispiel: ein Mitarbeiter mit Einzelzeichnungsberechtigung war gleichzeitig für andere wesentliche Bereiche der Gesellschaft zuständig. Um ein funktionierendes internes Kontrollsystem sicherzustellen, sollte diese Einzelzeichnungsberechtigung storniert bzw. sichergestellt werden, dass die von diesem Mitarbeiter gezeichneten Überweisungsaufträge ständig überprüft werden, sprich: das Vieraugenprinzip gilt. Also hier kann wirklich abschließend gesagt werden, dass die Nationalpark Gesäuse GmbH gut geführt ist und einer positiven Zukunft entgegensehen kann. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der SPÖ – 12.41 Uhr)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobmann Lambert Schönleitner, bitte.

LTabg. Schönleitner – Grüne (12.41 Uhr): Danke dir, Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich ganz kurz zu diesem Tagesordnungspunkt melden, weil ich glaube, es ist wichtig nachdem man sich zurückerinnert – es waren mehr als zehn Jahre jetzt, als der Nationalpark gegründet wurde, der erste Steirische Nationalpark, der jüngste Nationalpark Österreichs –, dass es zu Beginn alles andere als einfach war das Projekt überhaupt zu verankern. Also es hat vehemente Diskussionen gegeben, die völlig berechtigt waren – teilweise zwischen Grundbesitzern und natürlich jenen Akteuren in der Region, das waren wir Grünen, aber auch andere unabhängige Organisationen, die diesen Park wollten, und das man jetzt nach dieser langen Zeit, und das ist für mich wirklich das Schöne und das Positive, sagen kann, dass wir eigentlich ein wunderbares Beispiel für eine Projektrealisierung gehabt haben, die uns zeigt, dass Natur- und Umweltschutz wirklich regional etwas bewegen kann. Wir haben ein Projekt, das – wir wissen es – zwei Millionen Euro, ich glaube jährlich, an Budget hat. Eine Million vom Bund, eine Million vom Land und wenn man sich anschaut, was damit gemacht wurde, dann kann man nach dieser Zeit sagen, es ist viel bewegt worden. Er ist nicht nur im Bereich der Forschung und der Wissenschaft das Aushängeschild in Österreich im Natur- und Umweltschutz in diesem Bereich, sondern es ist vor allem auch ein Regionalentwicklungsprojekt geworden, wo gemeinsam mit regionalen Akteuren – sei es das Stift Admont, sei es der Tourismus, seien es viele Nationalparkpartnerbetriebe, es gibt ja das Projekt der Nationalparkpartnerbetriebe – eigentlich Hervorragendes geschaffen wurde. Es wird aber für die Zukunft wichtig sein, dieses gute Team, das rund um den jetzigen Geschäftsführer der Nationalpark Gesäuse GmbH, ich möchte mich an dieser Stelle auch bei Herbert Wölger und seinem Team, das ist der Martin Hartmann, Daniel Kreiner, Andreas Hollinger, Isabella Mitterböck und viele noch rundherum, natürlich auch Dipl.-Ing. Andreas Holzinger von den Landesforsten, die ja eng mit dem Nationalpark kooperieren, dafür bedanken, dass so viel gelungen ist. Es wird allerdings für die Zukunft wichtig sein, das zeigt uns ja der ursprüngliche Rechnungshofbericht auch, den es gegeben hat, das war jetzt eine Folgeprüfung, dass dieses Projekt auch in Zukunft Finanzierung braucht.

Wenn wir diese Qualität und auch den MitarbeiterInnenstand – und es ist eine wirklich eine sehr erfreuliche Zahl an qualifizierten Jobs, die hier entstanden sind – halten wollen, dann müssen wir natürlich die öffentliche Budgetierung dieses Projektes absichern. Es ist ja eher selten, dass der Rechnungshof sagt, man muss auch sehen, da muss mehr Geld ausgegeben werden, um diese Qualität zu erhalten, das ist in diesem Fall so gegeben und es geht letztendlich darum, die Projektfinanzierung auch des Landes Steiermark, aber auch des Bundes zu valorisieren, die Anpassungen zu haben. Denn in Wirklichkeit ist das Budget des Nationalparks seit Beginn an gleich geblieben und die MitarbeiterInnenanzahl, die Qualität der Projekte hat laufend hier zugenommen. Es gibt wirklich in der Region echte Highlights, die nicht nur für den steirischen Tourismus interessant sind, sondern man weiß, Nationalparks sind vor allem Projekte, die internationale Touristen in eine Region bringen. Die Nationalparktouristinnen und –touristen, das ist eine internationale Truppe, von Gott sei Dank sehr finanzkräftigen Menschen, die hier quasi den Naturhighlights nachreisen. Da wird es ganz, ganz wichtig sein, diese Finanzierungen in Zukunft aufzustellen. Ich erinnere nur an das Projekt Weidendom, um ein paar konkrete Dinge zu nennen – was wirklich jetzt auch die Natur- und Umweltbildung anlangt bestens verankert ist. Es gibt den Nationalparkpavillon, es hat aber auch ganz viele wirklich wissenschaftliche Forschungsprojekte gegeben. Die Gesäuseregion ist – und es ist ein Ergebnis der Forschungsarbeit – der Bereich in der Steiermark, wo es die Endemiten gibt. Das sind Tier- und Pflanzenarten, die nur in diesem Bereich vorkommen. Da sieht man wirklich die hohe Artenvielfalt, die Qualität der Artenvielfalt und der Biodiversität, die in diesem Bereich herrscht. Ich würde mir ganz einfach wünschen, dass – nachdem das so positiv angelaufen ist und wir wissen, dass es viel bewegt hat in der Region – es auch die Gewissheit gibt, und da wende ich mich nochmals an den Herrn Landesrat, der ja unlängst auch gemeinsam mit mir und mit anderen beim Runden Tisch der Nationalpark GmbH gesessen ist, dass wir die Finanzierung in den nächsten Jahren absichern. Das ist das Wichtigste. Wir müssen anpassen und dann gibt es noch ein paar Dinge, die in der Region wichtig sind: Eines ist der Tunnel beim Gesäuseeingang. Da geht es nicht nur um die Sicherheit im Winter für die Bevölkerung von Johnsbach und Gstatterboden, sondern da geht es vor allem auch um die Erlebbarkeit des Kernstückes des Nationalparks, das ist der Felskaterakt, das ist die Reliefgewalt, die an dieser Stelle sichtbar wird, dass wir die verkehrsberuhigen können; es ist der Radweg in diesem Bereich unterbrochen und ich glaube, da wird es wichtig sein in die Zukunft zu investieren.

Was mich auch sehr freut, dass mittlerweile, weil wir denken ja oft nur in Bundesländergrenzen, mit den Nachbarbundesländern angedacht ist, ein Schutzgebietsnetzwerk stärker zu verankern als bisher. Wir haben von Dürnstein beginnend bis zum Toten Gebirge rauf auf der oberösterreichischen Seite mit dem Nationalpark Kalkalpen viele Schutzgebiete im Randbereich, wo wir so etwas – das ist immer meine Vision der Zukunft gewesen – wie eines der qualitativsten und größten Schutzgebiete Mitteleuropas, man könnte den Begriff Nationalpark verwenden, es könnte in Zukunft unter Umständen auch ein Biosphärenpark rund um den Nationalpark Gesäuse und die Kalkalpen sein, dass wir in diesem Bereich in Zukunft etwas weiterbringen. Schön wäre es natürlich auch, wenn wir es irgendwann schaffen würden, die Gesäusebahn wieder zu aktivieren. Ich glaube, man soll sich in der Schweiz anschauen, wie derartige Bahnprojekte ausschauen, wo man drei Dinge verbindet, nämlich den Tourismus als einen der Hauptträger, den Personenverkehr, aber auch den Gütertransport in diesem Bereich. Man könnte – beginnend von Leoben über Vordernberg über das bestehende Gleis des Erzberges, vorbei am Schaubergwerk in Eisenerz, durch den jüngsten österreichischen Nationalpark bis hin zur größten Klosterbibliothek mit dem Stift Admont – wirklich eine qualitative Tourismusbahn andenken. Ich glaube, man soll mutig sein, soll Machbarkeitsstudien diesbezüglich endlich in Angriff nehmen, sogar der Landtag hat einmal mehrheitlich gesagt, so eine Machbarkeitsstudie wäre sehr sinnvoll, um die Region in der Qualität weiter aufzuwerten.

Ich möchte mich abschließend noch einmal bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Nationalpark GmbH, bei den Steiermärkischen Landesforsten und auch bei all jenen, die auf Landesebene dieses Projekt in den letzten Jahren so hervorragend unterstützt haben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.48 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Albert Royer. Bitteschön.

LTAbg. Royer – FPÖ (12.49 Uhr): Frau Präsident, Mitglieder der Landesregierung, anwesende liebe Kolleginnen und Kollegen im Plenum, werte Zuhörer!

Zunächst möchte ich einmal eines sagen an die Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko: Ich bin noch nicht lange in dem Hause, aber eine solche Ansammlung von unqualifizierten Aussagen gegenüber der FPÖ am Rednerpult – einzigartig. (*Beifall bei der FPÖ*) (*LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Ich warte jetzt auf Ihre Qualifizierung.“ – Unruhe unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP*) Da kommen wir natürlich gleich zum Thema – (*Präsidentin Khom: „Herr Kollege, bitte kommen wir zum Tagesordnungspunkt.“*) beruhigen Sie sich wieder –, weil nämlich Gerhard Kurzmann in seiner Funktion als Landesrat hervorragende Arbeit geleistet hat und sich natürlich sehr gut mit der Nationalpark Gesäuse GmbH Gesellschaft zusammengearbeitet (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Wir haben von Verkehrsprojekten gesprochen.“*) hat. Es hat im Jahr 2008, wie Lambert Schönleitner gesagt hat, wirklich Anfangsschwierigkeiten gegeben und es hat auch einen sehr kritischen Prüfbericht damals gegeben. Es ist da angeregt worden 24 Empfehlungen zur Verbesserung, davon sind 17 voll und ganz umgesetzt worden, drei teilweise und nur drei weniger wichtige Themen, die noch nicht ganz umgesetzt sind. Also man kann zum Prüfbericht nur sagen, der ist sehr positiv, eben weil sich Gerhard Kurzmann als Landesrat da immer eingebracht hat, weil ihm die Natur und die Artenvielfalt immer ein persönliches Anliegen war und – wie gesagt – die Darstellung, dass er nichts geleistet hat als Landesrat, das weisen wir sehr zurück. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sie müssen zuhören.“ – Beifall bei der FPÖ*) Lambert Schönleitner hat schon gesagt, die Nationalpark Gesäuse GmbH ist sehr wichtig für uns im Bezirk Liezen. Wie gesagt, da geht es wirklich um enkelfit, damit wir für die Zukunft die Natur erhalten, die leisten Großartiges. Von unserer Seite haben sie auch weiterhin die Unterstützung und ich möchte mich auch wirklich bei den Mitarbeitern des Nationalparks bedanken. Es ist ein sehr positiver Bericht und danke. (*Beifall bei der FPÖ – 12.51 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 115/3, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 256/1, betreffend Verkauf einer durch das Land Steiermark geförderten Wohnung.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Doch, bitte, Herr Dr. Murgg.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (12.52 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ganz kurz, wir werden gegen diesen Antrag stimmen. Es wird oft – es ist ja nicht das erste Mal, dass wir gegen den Verkauf einer Immobilie oder einer Wohnung des Landes gestimmt haben – gesagt: „Ja, aber was soll man damit machen?“ Hier habe ich einen konkreten Vorschlag, den ich vor ein/zwei Wochen aufgegriffen habe. Mir ist zu Ohren gekommen, auch durch unsere Stadträtin in Knittelfeld, die Wohnung ist ja in Apfelberg, das gehört jetzt zu Knittelfeld, früher eine eigene Gemeinde, dass es im ganzen Bezirk Murtal keine einzige Kriseninterventionswohnung gibt und dass die dortigen Bürgermeister schon mehrmals dieses Thema aufgegriffen haben, dass das Land da tätig werden sollte und man eine solche Wohnung installieren könnte oder sollte. Wir meinen, diese Wohnung würde sich vielleicht dafür gut eignen und deshalb lehnen wir diesen Verkauf ab. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.53 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 256/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Freiheitlichen und den Grünen, gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 97/1, der Abgeordneten Erwin Dirnberger und Johannes Schwarz betreffend Novellierung des Steiermärkischen Veranstaltungsgesetzes (StVAG).

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Erwin Dirnberger. Bitteschön.

LTabg. Dirnberger – ÖVP (12.54 Uhr): Frau Präsidentin, meine Herren Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren!

Ich darf mich kurz zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden. Im Veranstaltungsgesetz, welches am 03.07.2012 beschlossen wurde – das Gesetz selbst ist ja nicht das Problem gewesen aber die dazugehörige Verordnung hat dann dementsprechende Schwierigkeiten bei den Veranstaltungen hervorgerufen, aber über das diskutieren wir heute nicht, es geht um das Gesetz selbst, weil dort ein § 17 enthalten ist und besondere Bestimmung für Veranstaltungsstätten in Kernstätten und regionalen Zentren heißt es im bestehenden Gesetz, und da hat man bemerkt, wenn man es nur auf diese Kernstätten und regionalen Zentren im § 17 anwendet, kann es bei der einen oder anderen Gemeinde zu Problemen führen, deswegen wird der Passus „in Kernstätten und regionalen Zentren“ gestrichen. In der Unterausschussverhandlung, wofür ich für die Sachlichkeit sehr herzlich danke – es hat unterschiedliche Standpunkte gegeben, aber sehr sachlich ist diskutiert worden, wurde dann noch ein Abänderungsantrag beschlossen, zur Präzisierung: Wo man dann einführt „Veranstaltungsstätten auf öffentlichem Gut und“, war der Wortlaut und hier kommt „oder“ hinein und auch bei den Erläuterungen hat es eine Streichung eines Satzes gegeben. Dieser Passus ist dazu da, wo klar geregelt wird, wenn die Voraussetzung des § 15 Abs. 7 Ziffer 1 von a) bis c) und Ziffer 2, 3 und 4 vorliegen, dann ist die Veranstaltungsstätte zu genehmigen, unter den Kriterien 1, 2, 3, 4, 5 im § 17 Abs. 1. Einzig und allein der Passus im § 15 d „unzumutbare Belästigung von Menschen, wenn nicht zu erwarten sind“, dieser muss nicht erfüllt werden. Den löst man im 17-er insofern, dass die Bewilligungsinhaberin oder der Bewilligungsinhaber eine Dauermessstation für Lärm zu betreiben hat und „die Ergebnisse der Lärmmessung der Behörde jährlich innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres zur Verfügung zu stellen hat“. Und im 3-er Absatz im 17-er heißt es „die Behörde hat die Ergebnisse der Lärmmessung zu überprüfen und gegebenenfalls nach § 15 Abs. 9 vorzugehen“, d.h. wenn hier unzumutbare Lärmbelastungen sind, dann sind dementsprechende Maßnahmen vorzuschreiben. Damit ist auch dieser Passus geregelt und es dient zur Vereinfachung der Veranstaltungsstättenbewilligung und ich ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei der ÖVP – 12.57 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bernadette Kerschler. Bitte.

LTabg. Mag. Kerschler - SPÖ (12.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die sozialdemokratische Fraktion schließt sich diesem Antrag an, in diesem Sinne, dass wir hiermit eine Ungleichbehandlung für kleinere Gemeinden ausräumen. Mit der Änderung des § 17 wollen wir das Veranstaltungsgesetz insofern aufmachen, dass auch kleinere Gemeinden hier die Möglichkeit haben, um Veranstaltungsstätten ansuchen zu können und hier die Möglichkeit bekommen diese Veranstaltungsstätten zu nutzen. Mit dem Abs. 2 der Dauermessstation wird hier eingeräumt, dass dies nicht missbraucht werden kann. Die Bevölkerung wird die Veranstaltungsstätten im allgemeinen Interesse mittragen. Dies ist in den Punkten 1 bis 5 geregelt, deshalb werden wir dem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ – 12.58 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 97/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen, gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ angenommen.

Wir kommen zum Nachtrags-Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 282/1, betreffend Gesetz über den Zuschlag zur Bundesautomaten- und VLT-Abgabe und über die Änderung des Lustbarkeitsabgabegesetzes 2003.

Es gibt eine Wortmeldung von Frau Kollegin Claudia Klimt-Weithaler. Bitteschön, Frau Kollegin.

LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.59 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Das sind halt die Gewohnheitstiere, ich warte immer noch darauf, dass zuerst der Bericht kommt und ich melde mich dann erst zu Wort.

Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen hier im Saal und via Livestream!

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Sommer 2014 hier in diesem Haus ein Glücksspielgesetz beschlossen, und ich habe das schon mehrmals erwähnt und werde nicht müde werden, das auch immer wieder festzuhalten, das ist das liberalste Glücksspielgesetz Österreichs. Das heißt, in der Steiermark können ab 2016 legal Hunderttausende Euro am Tag an Automaten verspielt werden. Wir haben dieses Gesetz immer sehr scharf kritisiert und mussten uns immer wieder anhören – jetzt abgesehen davon, dass man uns immer gesagt hat, es wird alles nicht so schlimm werden und wir übertreiben da –, dass diese Novellierung ja insofern sehr attraktiv ist, einerseits wegen des besseren SpielerInnenschutzes und andererseits wegen des besseren Jugendschutzes. Im Zuge dieser Diskussionen – ob das jetzt in den Unterausschüssen war oder auch hier im Landtag bei verschiedenen Landtagssitzungen – ist auch immer wieder der Ausbau von Therapieangeboten in Aussicht gestellt worden und auch immer wieder darüber gesprochen worden, dass man ja Investitionen in das Beratungs- und Hilfsangebot stecken möchte, weil die Thematik natürlich mittlerweile allen hier klar ist. Spielsucht ist eine der schnell wachsenden Süchte in der Steiermark und gäbe es die KPÖ nicht hier im Landtag, dann wäre dieses Thema vermutlich niemals so intensiv diskutiert worden. Wie gesagt, Hilfsangebote, Investitionen in Beratung und Ausbau von Therapie wurde zwar immer hier heiß diskutiert und auch mitgeteilt, dass es notwendig ist. Letztendlich sieht die Realität in der Steiermark anders aus. Die steirische Gesellschaft für Suchtfragen, abgekürzt b.a.s., musste bereits im Mai eine Kürzung ihrer Mittel von zehn Prozent hinnehmen. Was heißt das konkret? Das heißt, dass diese Einrichtung eine Beratungsstelle in Feldbach ganz schließen musste und dass es eine Reduktion des Hilfsangebotes in mehreren anderen Städten gegeben hat. Im bisherigen Lustbarkeitsabgabegesetz, das eben am 01.01.2016 durch den Beschluss von ÖVP, SPÖ und FPÖ außer Kraft tritt, ist festgelegt, dass ein Teil der Einnahmen für Suchtprävention und –therapie zur Verfügung gestellt wird. Nun wissen wir, auch diese Regelung soll nun fallen. Ich darf jetzt aus dem Gesetz zitieren, wie das bis jetzt festgehalten wurde. Und zwar steht da drinnen, der Abgabenertrag fließt ausschließlich dem Land Steiermark zu und ist zur teilweisen Bedeckung der Kosten des Landes für die Betreuung von Behinderten, die Unterstützung von steirischen Kriegsoptionen, von Kriegsflüchtlingen, sowie von Gesundheitsmaßnahmen zu verwenden, wobei vom Abgabenertrag jedenfalls haushaltsmäßig jährlich gesondert ein Drittel für Maßnahmen der Drogen- und Suchtgiftprävention und der

Drogen- und Suchtgifttherapie sowie ein Betrag von 80.000 Euro für die Betreuung von Behinderten an den österreichischen Zivilinvalidenverband Steiermark bereitzustellen ist. Das hatten wir bis jetzt. Das möchte die Regierung und auch die FPÖ jetzt so nicht mehr geregelt haben. Wir hatten gestern dazu einen Unterausschuss und dort wurde auf Nachfragen begründet, wir geben ja ohnehin mehr Geld aus als durch diese Zweckwidmung zustande kommt. Ich habe das im Ausschuss gesagt, und ich möchte das auch hier wieder festhalten. Niemand hindert eine Landesregierung daran, dass sie trotz einer Zweckwidmung mehr Geld zusätzlich irgendwohin investiert, wenn sie das Gefühl hat, dass das notwendig und zweckmäßig ist. Aber diese Zweckwidmung, die wir bis jetzt hatten, die bedeutet eben Verantwortung übernehmen. Denn wir wissen alle, wir haben es ja gerade heute sehr drastisch auch gehört, unser neuer Finanzlandesreferent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, hat nicht nur über das jetzige Budget gesprochen, sondern auch in Aussicht gestellt, dass es natürlich ein nächstes Doppelbudget geben wird, wo weitere Einsparungen durchaus auf der Tagesordnung stehen werden. Wenn ich mir das Budget jetzt anschau und sehe, ich habe für diverse Dinge keine Zweckwidmung, ist es natürlich ein Leichtes herzugehen und zu sagen: „Hoppala, das geht sich jetzt nicht mehr aus. Leider haben wir bis jetzt zwar in diesen Bereich investiert, aber jetzt ist das budgetär nicht mehr drinnen.“ Also deshalb hat die KPÖ auch einen Abänderungsantrag dahingehend formuliert, den werde ich am Ende meiner Wortmeldung auch einbringen. Da geht es genau darum, dass wir sagen, diese Zweckwidmung muss erhalten bleiben, damit wir, so wie es uns versprochen wurde, auch in Richtung Prävention gehen können, damit es wirklich auch Geld gibt für Therapieangebote.

Jetzt möchte ich aber noch einmal auf die Zahlen zurückkommen. Und zwar, das tut mir jetzt sehr leid, dass Herr Landesrat Mag. Drexler nicht da ist, der ja eigentlich für diesen Bereich auch eine Zuständigkeit hat. Ich habe ein paar Fragen zu diesen Förderungen und ich weiß nicht, ob diese Informationen, die ich mir jetzt zwischen dem Unterausschuss und der Landtagssitzung holen konnte, auch wirklich stimmen. Und zwar habe ich nachgesehen, im Jahr 2015 wurden 3,75 Millionen Euro in diesem Bereich, was die Suchtprävention und Therapieformen anbelangt, eingesetzt. Diese Summe wurde mit Hilfe von Rücklagen bereitgestellt, wenn ich richtig informiert bin. 2016 sollen nun 4,75 Millionen eingesetzt werden und das sind, das hat uns Klubobmann Schwarz im Unterausschuss schon vorgerechnet, 26 % mehr. Jetzt kann man natürlich hergehen und sagen:

„Super, statt 3,75 Millionen haben wir jetzt 4,75 – also lassen wir das mit der Zweckwidmung.“ Jetzt ist das aber nicht so einfach, denn bis jetzt hat das Land im Schnitt 16,7 Millionen Euro durch dieses Lustbarkeitsabgabengesetz eingenommen. Ein Drittel davon, das wissen wir aus der alten gesetzlichen Regelung, war zweckgewidmet. Das wären dann 5,56 Millionen Euro. Ausgegeben haben wir aber für diesen Bereich nur 3,75 und das wäre jetzt meine Frage an den zuständigen Landesrat gewesen: Habe ich da irgendwas übersehen oder fehlen da de facto wirklich auf 5,56 Millionen, also auf dieses Drittel, ein nicht unbedeutendes Stückchen? Wenn jetzt alle Automaten, wenn wir jetzt das neue Gesetz hernehmen, die durch das neue Gesetz möglich sind, aufgestellt werden, dann müsste das theoretisch Einnahmen für das Land in der Höhe von 11,76 Millionen Euro bringen. Ein Drittel davon wären dann 3,92 Millionen. Das ist jetzt eigentlich genau oder ungefähr der gleiche Betrag, den wir auch 2015 ausgegeben haben. Wie gesagt, interessant ist immer noch: Wo ist jetzt dieser fehlende Teil auf die 5,56 Millionen hin? Wo wir sagen, das wäre das eigentliche Drittel, das wir bis jetzt im Gesetz verankert haben. Jetzt noch einmal zurück auch zu dieser Begründung „Naja, wir geben ja eh aus, wenn wir jetzt die 4,75 Millionen Euro einsetzen“. Das alte Gesetz wurde ja auch von SPÖ und ÖVP beschlossen, wenn ich richtig informiert bin. Damals hat man sich sehr wohl überlegt, dass eine Zweckwidmung notwendig ist, und zwar genau aus dem Grund, warum wir jetzt auch diesen Abänderungsantrag vorschlagen, nämlich deswegen, weil man gesagt hat, eine Zweckwidmung ist eine sichere Sache, egal was im Budget passiert, egal welche politischen Schwerpunkte dann von der Landesregierung gesetzt werden. Wir haben hier eine fixe Summe, die in diese Richtung hin verwendet werden kann. Klubobmann Schwarz, du hast im Ausschuss im Übrigen gesagt, dass du es bemerkenswert findest, dass die KPÖ, die sich ja gegen dieses neue Glücksspielgesetz ausspricht und immer ausgesprochen hat, nun eine Abänderung dessen beantragt. Also ich weiß ehrlich gesagt nicht, was daran bemerkenswert ist? Im Gegenteil: Das Gesetz wurde gegen unsere Stimmen beschlossen und ist jetzt gültig. Das ist ein Faktum. Was soll uns daran hindern, dass wir in ein schlechtes Gesetz etwas Gutes hineinreklamieren wollen? (LTAvg. Schwarz: „Wenn du nicht bei der KPÖ wärst. Das ist ja ein anderes Gesetz.“) Es ist ein Teil dieses – ja, du, lieber Herr Klubobmann (LTAvg. Schwarz: „Das ist ein anderes.“) Schwarz, du hast festgestellt, dass es bemerkenswert ist, du hast ja diesen Vergleich angestellt, (LTAvg. Schwarz: „Nein.“) dass wir auf der einen Seite sagen, das Glücksspielgesetz ist furchtbar und jetzt wollen wir da bei der Bundesabgabenautomatenregelung etwas Positives hineinformulieren. Ja, ich teile diese Einschätzung nicht,

denn ich halte eine Zweckwidmung gerade jetzt für ein Gebot der Stunde, weil eben sonst noch radikalere Kürzungen der Suchttherapie Realität werden. Wir haben es ja schon gesehen. Was ist denn im Mai passiert? b.a.s. hat minus zehn Prozent Streichung bekommen, ja. Und wenn wir da nicht irgendwo einen Riegel verschieben, wird das vermutlich so weitergehen. (LTabg. Riener: *Unverständlicher Zwischenruf*) Stimmt ja, im Mai gab es eine Kürzung der Subventionen von zehn Prozent. (LTabg. Riener: *„Das stimmt nicht.“*) Da hätte ich das gerne, bitte, liebe Kollegin Riener, schriftlich. Weil die Suchtberatungsstelle hat es auch schriftlich und hat es vorgelegt. Wir haben damals auch eine Presseaussendung dazu gemacht, hat sich niemand von der Landesregierung hingestellt und gesagt: „Das stimmt nicht.“ Aber, bitte. Ich freue mich, wenn es nicht so ist. Dann musst du denen aber auch erklären, wo die zehn Prozent hin verschwunden sind. Diese Versprechen, die hier (LTabg. Riener: *„Die Personalsteigerungen haben Sie mit eingerechnet?“*) im Zuge der Diskussion um das neue Glücksspielgesetz immer wieder abgegeben wurden von der ÖVP, von der SPÖ, auch von den Kollegen FPÖ, was diese Versprechen wert sind, das hat sich genau bei dieser Subventionskürzung gezeigt. Noch einmal: Wenn man schon so ein Gesetz macht, wo man weiß, dass mehr Geld verspielt werden kann, weil einfach der Höchsteinsatz höher angesetzt ist ... (LTabg. Schwarz: *„Das stimmt ja nicht.“*) Ach, das stimmt jetzt auch nicht? Was war der Einsatz das letzte Mal, beim letzten Gesetz? 50 Cent pro Spiel. Was ist der Höchsteinsatz jetzt? Zehn Euro pro Spiel. Also da gibt es, glaube ich, schon einen Unterschied und da braucht man nicht Meisterin der Mathematik sein, um das auszurechnen. Fakt ist, in der Steiermark leben derzeit rund 60.000 Alkoholranke und bis zu 80.000 direkt und indirekt Betroffene von der Spielsucht. Das sind jetzt auch keine Zahlen, die ich mir überlegt habe, sondern die kann man dem letzten steirischen Suchtbericht entnehmen. Aber anscheinend nehmt ihr ja lieber in Kauf, dass jene, die eben das notwendig haben, keine Therapien in Anspruch nehmen können und über kurz oder lang werden die von Sozialleistungen abhängig sein.

Wir haben heute schon bei den diversen Wortmeldungen zum Budget gehört, wir müssen aufpassen, Blick auch auf das Soziale, wir müssen die Armut bekämpfen. Da kann ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer nur Recht geben. Ja, wir müssen die Armut bekämpfen, aber man muss als sogenannte Reformpartner, die ihr ja in der letzten Periode wart, auch so ehrlich sein und sagen, viele dieser jetzigen Mindestsicherungsbezieher und – bezieherinnen haben wir uns auch selbst gezüchtet.

Und wenn wir hier jetzt nicht draufschauen und sagen: „Wir brauchen für diese kranken Menschen Geld zur Verfügung, damit es Therapien gibt, damit es Präventionsangebote gibt“, dann werden die auch über kurz oder lang in dieser Schiene hängen bleiben. Wir haben jetzt einen Höchststand bei den Bezieherinnen und Beziehern der Mindestsicherung und das soll nicht so weitergehen. Außerdem, ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut, in Ihrem Regierungsübereinkommen betiteln Sie das Thema Gesundheit damit, dass Sie schreiben: „Wir wollen eine bestmögliche Gesundheitsversorgung sicherstellen.“ Und ein Stückel weiter unten kann man dann zu einem Zweizeiler zur Gesundheitsversorgung folgendes lesen: „Mittel für die Gesundheitsförderung sind zielorientiert und nach Themenschwerpunkten einzusetzen. Stichwort: Calls zu speziellen Themen wie Alkohol, Rauchen, Bewegung oder Ähnliches.“ Spielsucht kommt da nicht vor und ich unterstelle Ihnen jetzt nicht, dass das absichtlich dort nicht vorkommt, weil das ja wirklich nur ein Zweizeiler zu dem (*LTA*bg. *Zenz*: „*Das ist sicher keine Unterstellung.*“) ganzen Bereich ist, aber – nein, wäre es eine Unterstellung, hätte ich gesagt, Sie haben absichtlich „Spielsucht“ nicht hineingeschrieben, das glaube ich nicht – Spielsucht ist, das wissen diejenigen, die sich damit auseinandersetzen, die am schnellsten zunehmende Suchtform, und wenn Sie eben unter Ähnlichem vorkommt und wie gesagt, das mag nicht bewusst nicht angeführt werden, müsste trotzdem genauer hingeschaut werden. Denn wer vorgibt, die bestmögliche Gesundheitsversorgung sicherzustellen, um Mittel zielorientiert einsetzen zu wollen, der darf eine Zweckbindung in diesem Fall für Prävention und Therapie sicher niemals ablehnen.

In diesem Sinne möchte ich jetzt diesen Abänderungsantrag, der Ihnen bekannt ist, stellen. Ich werde jetzt nicht die ganze Begründung vorlesen, sondern teile mit, dass der Abänderungsantrag mit der Einl.Zahl 282/5 eingebracht wird, und ich bitte um Annahme dieses Antrages. Dankeschön. (*Beifall bei der KPÖ – 13.15 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Johannes Schwarz. Bitteschön, Herr Klubobmann.

LTAbg. **Schwarz – SPÖ** (*13.15 Uhr*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Claudia, auch wenn du Dinge, seitdem wir das Kleine Glücksspiel diskutieren, debattieren und letztgültig auch beschlossen haben, die du im Rahmen dieser Debatten in den letzten Jahren immer wieder in den Raum stellst, auch wenn du diese Behauptungen wiederholst, das Problem an der ganzen Sache ist, sie werden nicht wahrer, weil die Steiermark mit dem Beschluss des Glücksspielgesetzes in der vergangenen Legislaturperiode eines gemacht hat: Ein Gesetz zu beschließen, das klar den Bundesvorgaben entspricht. Zweitens: Ein Gesetz zu beschließen, das den SpielerInnenschutz ganz klar in den Vordergrund stellt, ein Gesetz, das ganz strenge Auflagen den Betreiberinnen und Betreibern dieser Glücksspieleinrichtungen auferlegt und ein Gesetz zu beschließen, das den Jugendschutz in den Mittelpunkt stellt. Das ist jetzt eine Sache, die ganz klar so beschlossen wurde. Wir haben das im Rahmen der Debatte zum Glücksspielgesetz des Öfteren beschlossen und es ist eine Sache, die nicht von mir alleine behauptet wird oder von denjenigen, die dieses Gesetz unterstützt haben, behauptet wird, sondern die ganz klare Mehrheit der Expertinnen und Experten in diesem Bereich, nämlich was die Frage der Suchtprävention, was die Frage des Glücksspiels betrifft, die ganz klare Mehrheit der Expertinnen und Experten haben damals diesen Beschluss des kleinen Glücksspielgesetzes in der Steiermark ausdrücklich begrüßt und gesagt, dass die Steiermark hier Vorreiter ist, was die Fragen des SpielerInnenschutzes u.dgl. betrifft. Insofern möchte ich dir schon sagen, auch wenn du das in den nächsten fünf Jahren bei jeder zweiten Debatte hier in den Raum stellst, es wird deshalb nicht wahrer.

Der zweite Punkt: Wir haben es damals bereits gesagt. Wenn wir dieses Gesetz in der Steiermark nicht beschlossen hätten, zu was hätte es geführt? Zu mehr Illegalität, zum illegalen Glücksspiel und dazu, dass Videolotterieterminals in der Steiermark aufgestellt werden hätten können. Insofern, denke ich mir, wir sollten diese Debatte, die du verständlicherweise immer wieder und immer wieder anfachst und immer wieder mit den gleichen Behauptungen hier speist, vielleicht doch auf dem Boden der Realität abhandeln sollen. Nämlich die Realität bedeutet, dass die Mehrheit der Expertinnen und Experten sagt, dass es ein gutes Gesetz ist und dass ich meine, dass wir alle, die das beschlossen haben, hier dem SpielerInnenschutz und dem Schutz der Jugendlichen hier einen guten Dienst erwiesen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTAvg. Klimt-Weithaler: Unverständlicher Zwischenruf)*

Das Zweite, das ich sagen möchte, weil du das angesprochen hast, dass ich im Unterausschuss etwas gesagt hätte. Ich habe nur gesagt, ich finde es bemerkenswert, wenn eine Fraktion, die diesem Glücksspielgesetz damals gar nicht zugestimmt hat und die damit bewirkt hätten, dass es gar keine Einnahmen aus dem Kleinen Glücksspiel in der Steiermark für das Land und für die Gemeinden in Zukunft geben würde, also eine Fraktion, die bewirkt hätte, dass diese 18 Millionen Euro, die jetzt dem Land und den Gemeinden zur Verfügung stehen, nämlich für genau die Dinge, um die du dir Sorgen machst, nämlich für die Suchtprävention, für Spielerschutz u.dgl., dass eine Fraktion, die der Meinung ist, wir brauchen dieses Geld nicht, hier sich heute im Landtag Steiermark herstellt, um zu sagen: „Ja, wir haben zwar nicht für dieses Geld gestimmt, wir brauchen dieses Geld eigentlich gar nicht, aber wollen dann hier mitreden, wie dieses Geld verteilt wird“, liebe Claudia, das finde ich befremdlich. (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Entschuldige, Hannes, das ist ja nicht beschlossen.*“) Zuerst nicht zustimmen und dann bei der Geldverteilung hier das große Wort zu erheben, das finde ich seltsam und dazu stehe ich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren. Insgesamt möchte ich sagen, dass im Budget (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: *Unverständlicher Zwischenruf*), das wir in den nächsten Wochen hier debattieren werden, für den Bereich der Drogen- und Suchtprävention plus 26,67 % vorgesehen sind, dass im Bereich der Selbstorganisation der Behindertenhilfe plus 38 % der Mittel vorgesehen sind. Insofern kann man uns nicht vorwerfen, dass wir es nicht ernst nehmen, sondern wir haben die Mittel im Bereich der Drogen- und Suchtprävention, im Bereich der Behindertenhilfe erhöht. Wir stehen zu dem, was wir gesagt haben, deswegen stimmen wir diesem Gesetz auch heute zu. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ – 13.19 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der KPÖ hinsichtlich § 2a die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen KPÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ, FPÖ und der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

(*Anmerkung der Landtagsdirektion: Dieser Antrag blieb in der Minderheit (GRÜNE und KPÖ)*)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 282/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Freiheitlichen, gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, freue ich mich sehr die Schülerinnen der Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft Feistritz/St. Martin unter der Leitung von Frau Diplompädagogin Marlene Gruber-Veit bei uns begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag Einl.Zahl 201/1, von Abgeordneten der FPÖ, betreffend Prüfung des Sozialhilfeverbandes Bruck-Mürzzuschlag durch den Rechnungshof.

Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Stefan Hofer.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem liebe Schülerinnen!

Ich bin sehr froh, heute einige Punkte über den Sozialhilfeverband Bruck sagen zu können und ein paar Dinge klarstellen zu können. Es war immer schon so, dass der Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag sehr genau geprüft wurde. Ich darf nur an den ehemaligen Bürgermeister Jobstmann erinnern, der jede Zahl doppelt und dreifach umgedreht hat und sehr genau hingeschaut hat. Ich möchte überhaupt meinen, dass der Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag der bestgeprüfte Sozialhilfeverband österreichweit ist. Wenn ich einige Beispiele nennen darf: Es hat eine Prüfung gegeben seitens der Gemeindeprüfungsabteilung des Landes Steiermark.

Es wurde vom Bundesrechnungshof geprüft, es hat eine Follow-up Überprüfung seitens des Bundesrechnungshofes gegeben, es hat eine unabhängige Wirtschaftsprüfungskanzlei den Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag unter die Lupe genommen und da könnte ich noch viele weitere Beispiele nennen. Insgesamt kann man aber sagen, dass bei diesen ganzen Prüfungen alles geklärt werden konnte, alles geprüft wurde, alles für in Ordnung empfunden wurde. Eine Zahl ist auch bemerkenswert und spiegelt auch die gute Arbeit des Sozialhilfeverbandes Bruck/Mürzzuschlag wider. Das ist der geringe Verwaltungsaufwand von nur vier Prozent des Gesamtbudgets. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was mich aber vor allem auch als junger Politiker sehr schockiert, ist der Stil und der Umgang, der in den Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag eingezogen ist. Ein Stil, der auf Anschuldigungen, Beschimpfungen und Polemik beruht und ein Stil und ein Umgang, der untrennbar mit einer politischen Partei verbunden ist, nämlich mit der Freiheitlichen Partei. Wenn ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ fordert, dass man mit den Kosten genauer umgeht, dass man Subventionen senkt, dann darf ich euch sagen: Wie es im Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag darum gegangen ist, die Kosten für die Schulsozialarbeit zu senken, hat eine Fraktion in der Verbandsversammlung geschlossen dagegen gestimmt. Das war die Freiheitliche Partei. Die SPÖ hingegen möchte verantwortungsvoll mit Steuergeld umgehen, (*Heiterkeit bei LTAbg. Schartel*) daher wurde von uns, von Seiten der SPÖ eine Studie beauftragt – da lacht eine Vertreterin der FPÖ, eine Partei, die mit Kärnten ein ganzes Bundesland in den Konkurs geführt hat. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – Unverständliche Zwischenrufe unter den Abgeordneten*) Von uns jedenfalls und von Seiten der Sozialdemokratie wurde eine Studie beauftragt mit dem Ziel, die Kosten des Sozialhilfeverbandes Bruck/Mürzzuschlag weiter zu minimieren. So wird es einen Steiermarkvergleich geben in dieser Studie, es werden Ursachen für die Entwicklung untersucht, eine Prognose bis ins Jahr 2020 wird abgegeben und auch Einsparungen im eigenen Wirkungsbereich werden ausgelotet. Damit wird eines wieder deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir von Seiten der SPÖ handeln und wir arbeiten an konkreten Lösungen. Die FPÖ redet nur, schürt Ängste, erzeugt Probleme oftmals künstlich. Beim Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag kann man zusätzlich noch sagen, dass die FPÖ wieder einmal beweist, hier seid ihr nicht nur gestrig sondern vorgestrig. Danke für das Zuhören. (*Beifall bei der SPÖ – 13.25 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächster ist Kollege Hannes Amesbauer, BA. Bitteschön.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuseher!

Ja, Kollege Hofer, vorweg einmal, weil ja da du wieder gesagt hast, das Kärnten-Beispiel da wieder bemüht hast und alles was die FPÖ macht und überall wo die FPÖ ein bisschen die Finger im Spiel hat, das ist ganz schlecht. Es ist aber schon bemerkenswert, dass du eigentlich nur Bürgermeister von Turnau geworden bist, weil du in einer FPÖ/SPÖ-Koalition bist – also spannend. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber kommen wir zu den Fakten: Der Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag hat als Gemeindeverband die Führung von insgesamt neun Pensionisten- und Pflegeheimen, zwei Tageszentren sowie einem Logistikzentrum im Bezirk Bruck/Mürzzuschlag zum Unternehmensgegenstand. Also das ist der Zweck, warum der Sozialhilfeverband eingerichtet wurde. Das weißt du auch ganz genau, da du ja, wenn ich es richtig im Kopf habe, als Obmannstellvertreter dieses Verbandes tätig bist und somit auch eine gewisse Befangenheit bestehen dürfte. Im Steiermärkischen Sozialhilfegesetz, geschätzte Damen und Herren, ist normiert, dass zu den Aufgaben der Verbandsversammlung – das ist das Gremium, das sich aus Gemeindevertretern zusammensetzt, daher ist auch die FPÖ glücklicherweise darin vertreten – u.a. die Verwaltung und Überwachung der bestimmungsgemäßen Verwendung des Verbandsvermögens zuständig gehört und diese gesetzlich normierte Aufgabe wird den Mitgliedern der Verbandsversammlung und auch den Mitgliedern des verbandseigenen Prüfungsausschusses mit dem Verweis auf angeblich datenschutzrechtliche Bedenken verwehrt. Also ihr sprecht von Transparenz, ihr sprecht von Kontrollmöglichkeiten, aber da stelle ich mir schon die Frage, wieso der Verbandsversammlung und vor allem auch dem Prüfungsausschuss – wofür gibt es den überhaupt – die Kontrolle verwehrt wird? Und vor allem diese Behauptung „aus datenschutzrechtlichen Bedenken“, das ist ja absurd und hanebüchen, weil du weißt ja ganz genau, die Ausschüsse sind generell nicht öffentlich und die Mitglieder unterliegen sogar einer Verschwiegenheitspflicht im Prüfungsausschuss, insoferne entbehrt das einer tieferen Logik das Ganze – also dass man da datenschutzrechtliche Gründe anführt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Das Problem, das wir haben im Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag, ist die Tatsache, dass der Rechnungsabschluss die Grundlage für die neue Festsetzung für die Gemeindeumlage ist und das Problem, das unsere Gemeinden haben, die die Zahler sind, die Finanzierer sind des Sozialhilfeverbandes, ist, dass diese Verbandsumlagen Jahr für Jahr eklatant ansteigen, und da muss es die Pflicht jedes Mitgliedes dieser Versammlung sein, für eine ordnungsgemäße Gebarung und für eine ordnungsgemäße Überprüfung Sorge zu tragen. Das sind öffentliche Gelder, gut. (*LTabg. Schwarz: „Das sagen die Freiheitlichen?“ – Beifall bei der FPÖ*) Nein, gut ist es eigentlich nicht, eigentlich ist es schlecht. Aber bezeichnend ist es vor allem für die Sozialdemokratie, die auch diesen Sozialhilfeverband dominiert im Bezirk Bruck/Mürzzuschlag. Dass im Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag beispielsweise auch die SPÖ die Erhöhung der Verbandsumlage von 1,7 Millionen Euro auf 2,4 Millionen kritisiert, bei der Verbandsversammlung gibt es aber nur stillschweigende Zustimmung. Das kann es nicht sein. Die Anträge der Freiheitlichen Fraktion, ich bin als Bezirksparteiobmann stolz, dass wir auch eine starke Freiheitliche Fraktion im Sozialhilfeverband sicherstellen konnten durch die Wahlergebnisse, auf Einsichtnahme in die Belege in die Abrechnung, in die Geschäftsgebarung, wird immer wieder von der sozialdemokratischen Mehrheit abgelegt. Die Prüfungen, die gemacht werden, verdienen den Namen eigentlich nicht. Warum darf der Prüfungsausschuss nicht prüfen, wenn es ohnehin nichts zu verbergen gibt und ich sage es ganz klar: Wo Rauch ist, ist auch Feuer. In diesem Sozialhilfeverband „stinkt es“, das hat mittlerweile auch die ÖVP im Bezirk festgestellt und auch die Namensliste Schrittwieser, von der Bürgermeisterin Regina Schrittwieser der Gemeinde Krieglach, die ja auch nicht mehr so dieser Meinung sind, die ihr hier vertreten. Wenn man da auch hört oder wenn ich die Berichte von meinen Parteikameraden höre, die im Sozialhilfeverband tätig sind und nichts schlechtreden und nichts polemisieren, sondern nur die Prüfung sichergestellt haben wissen wollen. Da hört man: „Ja, das passt jetzt nicht. Hauptsache, die Sitzungen sind schnell vorbei, weil es gibt ja dann etwas zu essen und es dauert ja sonst alles zu lange.“ Das kann es ja nicht sein. Das ist keine verantwortungsvolle Amtsausübung. (*Beifall bei der FPÖ*) Wieso drängen wir auf diese Prüfung? Einerseits weil es Gemeindegelder sind in vielfacher Millionenhöhe, das weißt du, Stefan. Es gibt Mehrfachförderungen von Vereinen, das eindeutig nicht dem Verbandsgegenstand unterliegt – Unternehmensgegenstand.

Diese Förderungen sind eine Kannbestimmung, keine Mussbestimmung, verwehrte Akteneinsichten und der SHV steuert geradewegs mit voller Fahrt auf die Wand zu. Der SPÖ scheint es alles egal zu sein und das Hauptproblem, das auch ich persönlich damit habe, und das auch die Bürger interessiert und in den Medien ist ja auch glücklicherweise eine Diskussion darüber losgetreten worden, ist die fragwürdige Geschichte im Zuge der Fusion der ehemaligen eigenständigen Sozialhilfeverbände Bruck und Mürzzuschlag. Sehr geehrte Damen und Herren, im Zuge dieser Fusion sollen zwei Millionen Euro verschwunden sein, wurde bis jetzt nicht dementiert und auch die Prüfung wurde verwehrt. Der fehlende Geldbetrag – Kollege, du lachst, aber dass der Geldbetrag fehlt, das ist eine Tatsache, das ist auch offengelegt worden - (*LTabg. Petinger: „Das sind Sachen, die in den Raum gestellt werden – unfassbar.“*) wurde mittels Eigenkapitalentnahme in mehreren Drangen aus dem Wirtschaftsbetrieb des fusionierten Sozialhilfeverbandes kompensiert. Also zwei Millionen fehlen, Sie wollen keine Prüfung, das ist skandalös, sehr geehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Eine umfassende Aufklärung im Sinne der Transparenz scheint angesichts dieses Sachverhaltes dringend notwendig und, lieber Stefan, du hast auch die Prüfungen des Rechnungshofes angesprochen. Es ist richtig. Im Jahr 2011 gab es eine Prüfung des Rechnungshofes, wohlgermerkt nur für den damaligen SHV Bruck an der Mur. Das war damals noch nicht der fusionierte Sozialhilfeverband Bruck/Mürzzuschlag und dieser Millionenschaden ist ja eigentlich im Zuge der Fusion entstanden und der Rechnungshof hat auch für den Sozialhilfeverband Bruck im Jahr 2011 zehn Empfehlungen abgegeben, im Jahr 2013 wurde vom Rechnungshof eine Follow-up-Überprüfung durchgeführt und da wurde auch festgestellt, dass von den zehn im Jahr 2011 abgegebenen Rechnungshofempfehlungen lediglich fünf umgesetzt wurden – also gerade einmal die Hälfte der Empfehlungen der Hinweise und auch der Mängel, die damals aufgezeigt wurden, wurde auch angegangen. Du hast auch gesagt, es wird weitergeprüft. Ja, es wird auch weitergeprüft vom KVZ, das ist dieses Kompetenzzentrum für Verwaltungsforschung, Finanzwirtschaft und Stadtwirtschaft. Das Problem bei dem Ganzen ist, es ist ein Verein und wenn es den Rechnungshof gibt als unabhängige Prüfinstanz als höchste Prüfinstanz der Republik, wieso sollte der Rechnungshof das jetzt nicht prüfen? Es wäre für den fusionierten Verband die erste Prüfung und wenn das alles so transparent ist, wenn es nichts zu verbergen gibt, na bitte, was spricht dann gegen die Rechnungshofprüfung.

Das muss mir einmal wer erklären? *(Beifall bei der FPÖ)* So lange hier keine Bewegung reinkommt und die SPÖ im Bezirk Bruck/Mürzzuschlag und auch hier im Landtag nicht bereit ist eine objektive, unabhängige Prüfung zuzulassen, kann ich auch nur davon ausgehen, dass sie etwas zu verbergen hat und dass der Sozialhilfeverband unter sozialdemokratischer Führung im Bezirk Bruck/Mürzzuschlag ein Hort der Intransparenz und des Zudeckens ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Abschließend lade ich die Damen und Herren der SPÖ, vor allem auch die ÖVP sollte jetzt angesprochen werden, denn eure Kollegen auf Kommunalebene, eure Bürgermeister, die vertreten sind im Sozialhilfeverband, es sind ja nicht viele – es ist ja großteils sozialdemokratisch dominiert bei uns im Bezirk, die sind sehr wohl der Meinung, dass man sich das ansehen muss. Die sind sehr wohl der Meinung, dass die Verbandsumlage nicht jedes Jahr so eklatant steigen kann, weil das Geld fehlt natürlich jedem im Gemeindebudget, das ist klar, und dass man auch bei Subventionen sparsamer und mit ein bisserl mehr Augenmaß und ein bisschen mehr Überprüfung der Sinnhaftigkeit vorzugehen hat. Also ich lade die SPÖ und die ÖVP ein hier für Klarheit zu sorgen, für Transparenz zu sorgen. Es geht um immerhin zwei Millionen Steuergelder der Gemeinden, deren Verbleib bis zum heutigen Tage nicht geklärt sind und sollte das nicht der Fall sein, gibt es natürlich noch eine Option, und zwar eine Option im Bereich des Minderheitenrechts nach Artikel 127 Abs. 7 B-VG in Verbindung mit Artikel 45 a des Steiermärkischen Landesverfassungsgesetzes, Gebrauch zu machen, um den Rechnungshof auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder der Landesregierung zu beauftragen. Das wäre dann, glaube ich, schon interessant auch mit den Grünen und der KPÖ zu sprechen, denn ich denke, die Transparenz sollte uns allen ein Anliegen sein. Aber ich hoffe nicht, dass wir davon Gebrauch machen müssen, denn ich bin eigentlich der Meinung, dass alle Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, alle Mandatäre, die hier im Landtag ihr Amt ausüben, immer für Transparenz im Umgang mit öffentlichen Mitteln eintreten sollten. Daher appelliere ich an Sie, beenden Sie Ihre Blockadehaltung, beenden Sie Ihr Zudecken und gehen Sie endlich mit uns gemeinsam den Weg der Kontrolle, den Weg der Transparenz. *(Beifall bei der FPÖ – 13.37 Uhr)*

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet hat sich nochmals Kollege Stefan Hofer. Bitteschön.

LTabg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (13.37 Uhr): Ich möchte nur zwei Sätze noch dazu sagen. Es stimmt, dass ich in Turnau mit der FPÖ koaliere, weil ich grundsätzlich versuche mit allen politischen Parteien gut auszukommen und sehr sachorientiert in dieser Frage arbeite und unterwegs bin. Aber heute muss ich sagen, lieber Hannes, lieber Kollege Amesbauer, ich würde mich schämen für so eine Wortmeldung, weil du es deinen Kollegen gleichgemacht hast wie in der Verbandsversammlung. Vielleicht kommst du einmal vorbei zu einer Verbandsversammlung, nach Bruck. Ich lade dich herzlich ein, damit du einmal siehst, was deine Kameraden, wie du Sie genannt hast, da abliefern. Zu den zwei Millionen kann ich nur sagen: Dr. Pilz, der wird dir sicherlich ein Begriff sein, der hat alles geprüft und es ist alles geklärt. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 13.38 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 201/4, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ, gegen die Stimmen der Freiheitlichen, der Grünen und der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 234/1, betreffend Gesamtbericht über den Budgetvollzug per 30.06.2015.

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 234/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen gegen die Stimmen der Grünen und der KPÖ angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 255/1, über den Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. (4) L-VG 2010 zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes „Haushaltsführung 2013“ (Einl.Zahl 3213/3, Landtagsbeschluss Nr. 1143).

Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Wallner-Liebmann. Nicht? Nein, Entschuldigung. Es liegt keine Wortmeldung vor, wir kommen daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 255/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KPÖ gegen die Stimmen von Freiheitlichen und Grünen angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 232/1, betreffend Kulturförderungsbericht 2014.

In diesem Fall liegt mir jetzt eine Wortmeldung vor, nämlich die Frau Abgeordnete LTAbg. Dr. Sandra Wallner-Liebmann. Bitteschön, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann – ÖVP (13.41 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätztes Forum des Hohen Landtages!

Ich darf hier eine kurze Stellungnahme zu diesem Tagesordnungspunkt geben. Wir haben einen umfassenden und gewohnt transparenten Kulturbericht vorliegen, der alle Maßnahmen der Steirischen Kultur- und Kunstförderung im Gesamten und auch in deren Zusammenhang darstellt und dieser Bericht legt uns einerseits einen klaren Zahlenspiegel vor zu dieser komplexen Aktionsthematik und das Ganze betrifft eine Fördersumme um 62,6 Millionen Euro, andererseits haben wir hier eine detaillierte Bilanz vorliegen, die uns eine klare Aufgliederung der Bereiche der Aktionen auch wiedergibt, nämlich den Bereich der Landeskultureinrichtungen, die allgemeine Kulturförderung, die Volkskultur und die Landeskulturpreise. Genau diese Fächerung ist es auch, die es uns möglich macht eine

lebendige Kunst in unserem Land zu erreichen. Wir schaffen damit eine möglichst breite Impulsgebung zur schöpferischen Selbstgestaltung der Menschen, wir entwickeln gemeinsam eine zum Verständnis und zur Kritik befähigte Öffentlichkeit, wir greifen steirische Traditionen auf und geben diesen Raum in unserer immer mehr hektischen und schnelllebigen Welt. Wir fördern ein sinnerfülltes Leben für den Einzelnen durch interaktive Kunst- und Kulturprojekte. Wir machen auch Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit auf einzelne, ausgezeichnete Persönlichkeiten damit möglich. Der Kulturförderungsbericht zeigt auch wesentliche Schwerpunkte auf, die im Jahr 2014 aufgegriffen wurden, und zwar geschah dies gemeinsam mit den Künstlerinnen und Künstlern. Eine Entwicklung, die sehr positiv ist, um einfach auch die bestehenden Visionen der einzelnen Persönlichkeiten auch in die Umsetzung zu bringen. Zum Ersten ging es um Internationalisierung mit einem starken EU-Schwerpunkt. Unter der Dachmarke „Kultur international“ wurde u.a. es ermöglicht Auslandsstipendien zu forcieren, Kooperationen im europäischen Kulturhauptstadtbereich zu unterstützen und erstmals gab es auch einen Call zur Unterstützung von grenzüberschreitenden Projekten. Der zweite Punkt, der versteht sich als starke Unterstützung der freien Szene. Der dritte Punkt wäre die Bespielung der Regionen, die starke Miteinbindung der Regionen, vor allem mit dem Schwerpunkt „Steirischer Herbst“ und der vierte Punkt beträfe die Stärkung vielfältiger traditioneller Kulturinitiativen, die eine beständige, aber auch lebendige Bereicherung unseres Alltages sind. Anton Wagner, Theologe und Philosoph aus Tübingen, hat einmal gesagt: „Unser Leben ist die Geschichte unserer Begegnungen“ und genau diese Kraft hat Kunst und Kultur. Kunst und Kultur ermöglicht es nämlich wertvolle Begegnungen von Menschen unterschiedlichsten Alters, unterschiedlichster Berufe, unterschiedlichster Herkunft ins Leben zu bringen und damit haben wir hier eine starke, gesellschaftspolitische Chance, die es gilt weiterhin bestmöglichst zu nützen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.45 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Andrea Michaela Schartel. Bitteschön.

LTAbg. Schartel – FPÖ (13.45 Uhr): Danke, Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte Ihnen nur für unsere Fraktion mitteilen, dass wir den Kulturförderbericht 2014 zur Kenntnis nehmen, aber natürlich eingeschränkt. Und zwar zur Kenntnis in jenen Bereichen, wo wir davon überzeugt sind, dass sehr wichtige und wertvolle Institutionen und Vereine gefördert werden, wie z.B. die Landesbibliothek, Universalmuseum Joanneum, der Verein „Die Brücke“, aber auch diese zahlreichen Förderungen für die Trachtenkapellen, für die Blasmusikkapellen. Bedauerlicherweise müssen wir abermals feststellen, dass es nach wie vor auch negative Beispiele in dieser Kulturförderung gibt. Ich möchte ein Beispiel erwähnen: Afro-Asiatisches Institut, islamisches Kulturzentrum, (*Heiterkeit unter den Abgeordneten*) Verein CHIALA, ISOP – Innovative Sozialprojekte. Sie lachen jetzt, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Weil es so auffällt.“*) aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, es hat schon immer seine Richtigkeit gehabt und wir werden es auch weiterhin machen, dass wir uns gegen diese Art der Förderungen immer wieder aussprechen werden und Gott sei Dank hat Dr. Kurzmann in der vergangenen Gesetzgebungsperiode als Mitglied der Landesregierung, in Verantwortung für die Steirerinnen und Steirer immer wieder gegen solche Förderungen gestimmt. (*Beifall bei der FPÖ*) Was für mich besonders besorgniserregend ist, das formuliere ich sehr drastisch: Für mich besteht bereits Gefahr in Verzug, wenn unter dem Titel „Brauchtum und Heimatpflege“ das Projekt Ramadan des islamischen Kulturvereines und das Afrikafestival des Vereins CHIALA gefördert wird. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das ist ein Integrationsprojekt.“*) Da stellt sich für mich jetzt wirklich ernsthaft die Frage – und er ist jetzt leider nicht anwesend (*LTabg. MMag. Barbara Eibinger: „Wer ist nicht anwesend?“*), dass ich sage: Wohin wird die Reise ... – der Herr Buchmann – oh. Zu Beginn der Wortmeldung war er nicht anwesend, weil seine Kollegin; es ist wurscht. Aber es stellt sich für mich jetzt wirklich die Frage, wenn unter dem Titel „Heimatpflege und Brauchtum“ solche Vereine gefördert werden und solche Projekte, wohin geht mit dir hier die Reise, lieber Christian Buchmann als Kulturlandesrat dieses Landes? Und sind das die zukunftsorientierten Projekte, die heute der Herr Landesrat Schickhofer bei seiner Darlegung des Budgets angekündigt hat? (*Beifall bei der FPÖ – 13.48 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolfgang Dolesch. Bitteschön.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.48 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher!

Die Bildungslandschaft in der Steiermark, die Kulturlandschaft in der Steiermark ist eine vielfältige. Sie verkörpert nicht nur alle unsere Regionen, unsere Landeshauptstadt, sondern auch ein entsprechend breites Angebot. Darauf bin ich persönlich sehr stolz, sollten wir alle sehr stolz sein. Der Bericht selbst, den uns Abgeordnetenkollegin, Frau Dr. Sandra Wallner-Liebmann, schon geschildert hat, möchte ich jetzt nicht mehr wiederholen. Der Blick selbst auf diesen Bericht spricht ja, wenn man es möchte, Bände. Auf diesen 93 Seiten findet man auch sehr viel statistisches Material, welches Geld in welcher Größenordnung wofür verwendet wird. Kommen wir, wenn man es möchte, zum ersten Teil, welches es für die Zukunft noch gilt zu klären, nämlich dass wir alle sehr genau schauen werden müssen, dass man einerseits die einzelnen Regionen gleichmäßig bedient, andererseits auch die sogenannten Bereiche und Projekte, dass hier das Geld, zielgerichtet, gerecht verteilt eingeteilt wird. Damit bin ich bei einem entscheidenden Punkt, den die Frau Abgeordnete vorhin angesprochen hat und damit meine ich Frau Abgeordnete Schartel. Für mich persönlich ist es zutiefst befremdlich, entwürdigend für dieses Hohe Haus, dass hier Begriffe fallen wie vor Jahrzehnten in diesem Land leider üblich, dass man von Negativbeispielen wie beispielsweise dem Afro-Asiatischen Institut und anderem spricht. Das ist ein verengter, rückwärts gewandter Blick und darauf brauchen Sie nicht stolz sein. Ich schäme mich wirklich zutiefst dafür, dass in diesem Hohen Haus überhaupt solche Worte gefallen sind und Sie haben nichts aus der Geschichte gelernt. Lernen Sie einmal Geschichte, hat einmal Dr. Bruno Kreisky als Bundeskanzler gesagt und das sage ich Ihnen auch von dieser Stelle aus. Lernen Sie Geschichte, gehen Sie in sich, schämen Sie sich, (*LTabg. Schartel: „Entschuldige bitte, darf man überhaupt nichts mehr sagen?“*) Sie sollten normalerweise unter Ihrem Sessel sitzen aufgrund von schämen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Ich persönlich weiß schon, Geld ist nie ausreichend vorhanden. Geld kann man unterschiedlich einsetzen, man kann unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Nur hier möchte ich in dieser Deutlichkeit sagen: Da vertraue ich dem ressortzuständigen Landesrat Dr. Christian Buchmann voll und ganz, dass er diese Mittel so einsetzt, diese knappen Mittel, wie sie die Kultur hier bei uns in der Steiermark braucht – eine vielfältige Kultur, eine breite Kultur, die alles das widerspiegelt, was die Herausforderungen unseres Heimatlandes in Zukunft bringt und das ist definitiv keine rückwärts gewandte, nur verengt im Blickwinkel sich ergebende. Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.51 Uhr*)

Präsidentin Khom: Bevor ich zur nächsten Wortmeldung komme, freue ich mich sehr, die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Anger unter der Leitung von Herrn Bürgermeister außer Dienst, Franz Neuhold, in unserem Haus begrüßen zu dürfen. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Als Nächstes zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (13.52 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Ich möchte zum Kunst- und Kulturförderbericht vorweg sagen – und das habe ich an dieser Stelle schon sehr oft gesagt, auch wenn ich mit den Förderungen oder mit den Inhalten nicht immer hundertprozentig d'accord gehe –, es ist wirklich der Bericht, den man am einfachsten nachvollziehen kann, der am transparentesten ist und da ist für uns als Abgeordnete auch sehr leicht nachzuvollziehen, worum es geht und dafür ein großes Dankeschön an Sie und auch an die Abteilung. *(Allgemeiner Beifall)* So ist es, gell. Ja, wenn mir etwas gefällt, dann sage ich es ohnehin. Es gefällt mir halt oft so wenig. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Zum Bericht an sich, was ich sagen möchte, ist, dass in dem Vorwort – und da möchte ich noch einmal nachfragen, Herr Landesrat Dr. Buchmann, Sie schreiben u.a. „da erkennt man, dass die rund zwei Millionen Einsparungen gegenüber 2013“, also Sie haben immer dieses „Große retten Kleine“ immer wieder als Ihr Credo ausgegeben, wenn ich das jetzt aber nachvollziehe und wenn ich das vergleiche, dann sehe ich, dass hauptsächlich bei den Kunstsparten der Freien und bei den Zuschüssen für notleidende Künstler gespart wurde. Das kann man anhand dieses Berichtes nachvollziehen. Also da möchte ich noch einmal nachfragen, ob das wirklich zu hundert Prozent stimmt, was Sie da schreiben? Eine Frage habe ich auch noch dazu, und zwar es gehen aus dem Kulturförderbudget nach Wien rund 642.000 Euro. Für mich nicht nachvollziehbar – das ist auf der Seite 89 nachzuschauen – wofür das nach Wien geht. Das ist mir unklar, warum steirische Kulturförderung nach Wien geht? Gut. So viel zum Allgemeinen.

Jetzt noch kurz zur Wortmeldung von Kollegin Schartel. Wissen Sie, die Wortmeldung erinnert mich sehr stark an Ihren Antrag, wo Sie erklärt haben, wo überall Asylanten und Asylantinnen nicht untergebracht sein sollen. Wir haben damals schon hier debattiert, dass Integration ja nur dann passieren kann und Integration – heißt ja das Wort schon, dass man sozusagen die Menschen hineinnimmt, wenn man sie wirklich hineinnimmt und wenn man nicht sagt, die müssen da draußen sein. Genauso ist es bei der Kultur und in der Kunst. Wenn dort Projekte gemacht werden, die Sie hier jetzt kritisieren wie z.B., dass das Afro-Asiatische Institut Fördergelder für Kulturprojekte bekommt, dann stellen Sie sozusagen Ihre eigenen Forderungen nach Integration in Frage. Sie behaupten ja, und da gebe ich Ihnen zum Teil Recht, dass die Integrationspolitik in den letzten Jahrzehnten nicht die beste war in Österreich, das teilen wir. Aber anscheinend haben Sie ja überhaupt nicht die Vorstellung oder die Idee, dass sich das ändern sollte, wenn Sie dann genau das kritisieren und sagen: Die dürfen kein Geld bekommen, weil dann erklären die womöglich noch, was ihre Kultur ist. Dann versteht das womöglich noch jemand. Dann kann man sich mit dem vielleicht sogar identifizieren oder nachvollziehen. Das Gleiche ist es, wenn Sie jedes Mal schreien: „Buhhh, die ganzen Einrichtungen, die sich um Migrantinnen und Migranten kümmern, ja die dürfen keine Fördergelder haben.“ Und dann gehen Sie her, und das ist das Fiese an dieser ganzen Geschichte, und spielen sozusagen die Armen, die es in der Steiermark gibt – und da wissen Sie, dass ich die sehr wohl kenne und dass wir sehr viel in diese Richtung machen und immer wieder aufzeigen, dass es eine große Gruppe von Menschen gibt, die sich in der Steiermark das Leben schon nicht mehr leisten können, die spielen Sie dann gegen die anderen aus, weil denen erklären Sie dann: Wenn die Einrichtung z.B. „Zebra“ kein Geld mehr vom Land bekäme, wenn das Afro-Asiatische Institut kein Geld mehr vom Land bekäme, dann hätten wir diese Armut nicht in der Steiermark. Das glauben Sie wohl selber nicht. Sie stellen sich her und spielen die Armen gegen die noch Ärmeren aus und kritisieren genau jene Einrichtungen, die Integration fördern und das ist jetzt egal, ob das Einrichtungen sind, die Beratung anbieten, die Deutschkurse anbieten oder die Kunst- und Kulturprojekte machen. Dann gehen Sie her und sagen: „Es gibt schon gute Kultur auch, der Blasmusikverband zum Beispiel.“ Wissen Sie, seit ich Kultursprecherin der KPÖ bin, bin ich fast jedes Jahr bei der Hauptversammlung des Generalverbandes der Steirischen Blasmusikkapellen dort.

Von der FPÖ habe ich dort noch nie jemanden gesehen. Interessant, dass Sie hergehen und sagen, das ist so eine wichtige kulturelle Initiative, aber dann gehen Sie nicht einmal zur Hauptversammlung hin? (*LTAbg. Schartel: „Ich finde es dramatisch, wenn man unter „Heimatspflege“ den Ramadan führt.“*) Also mir ist dort noch nie ein FPÖ-Abgeordneter untergekommen. Ich treffe jedes Jahr den Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer, er ist immer dort, letztmals erstmalig die Kollegin Krautwaschl, die ja selbst bei einer Blasmusikkapelle mitspielt, aber die FPÖ taucht dort nicht auf. Ja, wo ist denn da Ihre Wertschätzung jetzt? Die dürfen zwar Ihrer Meinung nach Subventionen empfangen, meiner Meinung nach auch, weil ich finde, dass gerade dort am Land das auch eine sehr wichtige Initiative ist – jede Blaskapelle für Jugendliche, weil die meistens dort über dieses Vereinsleben durchaus auch soziale Kontakte bekommen und sie dort auch sozusagen lernen, wie man sich in einer Gesellschaft, in einer größeren Gruppe auch artikulieren kann; wo ich mich vielleicht auch etwas zurücknehmen muss – das würde ja manchmal den FPÖ-Abgeordneten auch nicht schaden, dass sie sowas lernen. Aber, wie gesagt, dort sind Sie nie. Und diese Unterteilung zwischen „das ist jetzt gute Kunst und Kultur und das ist schlechte“, das haben wir schon einmal gehabt und da wird es mir auch schlecht, wenn ich daran denke, ich möchte niemanden da oben sitzen haben, der dem Volk dann erklärt, was es lesen darf und was es sich für Theaterstücke anschauen darf. (*LTAbg. Schartel: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, genau das machen Sie. Sie stellen sich hierher und sagen: „Da ist die gute Kultur und das ist die böse. Die dürfen Geld haben und die dürfen keines haben.“ So kann man mit dem nicht umgehen. Sie waren bestimmt schon (*Unruhe unter den Abgeordneten der FPÖ, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen.*) – naja, da sind wir wieder beim Punkt Integration, Sie stellen sich hin und sagen: „Das ist alles schrecklich, was da passiert ist und die bösen Menschen, die da zu uns kommen und hier leben. Die sind ja nicht integriert.“ Aber jeder Maßnahme zur Integration, der stellen Sie sich entgegen. Was glauben Sie denn, was das ist, wenn das Afro-Asiatische Institut ein Kulturprojekt macht? Was glauben Sie? Dass die uns dann aufzwingen, dass wir alle ihre Kultur leben müssen? Nein. Da geht es um eine Bewusstseinsbildung, da geht es auch darum Verständnis dafür zu schaffen und sich etwas anzuschauen. Genauso wie ich mir die Blaskapelle aus „Gigeritzpatschn“ anschau, schau ich mir auch so etwas an, weil ich sage: „Ich muss für das“ – und gerade Sie als Abgeordnete sollten sich das hinter die Ohren schreiben, Sie sollten für alles offen sein, was die Menschen in der Steiermark auch tun wollen.

Noch einmal: Sie können nicht hergehen und entscheiden „das ist gute Kultur/das ist schlechte; das darf das Volk sehen und das nicht“. Abschließend möchte ich Ihnen noch etwas sagen: Sie kennen sicher die Sezession in Wien. Die gibt es immerhin seit 1897 oder 1898, da wurde sie damals für zeitgenössische Kunst errichtet. Dort haben Menschen Kunst ausgestellt, die zu diesem Zeitpunkt genau von Menschen ihres Schlages sehr angefeindet wurden. Weil die auch gesagt haben: „Um Gottes Willen, was malt der da?“ oder „was produzieren die da? Das ist doch furchtbar.“ Im Endeffekt sind das heute die größten Klassiker, die damals dort hergestellt wurden, wo alle jetzt brav in die Museen pilgern und so stolz sind auf diese österreichischen Künstler wie z.B. Klimt, Schiele usw. Wissen Sie, was auf der Sezession unten steht: „Der Zeit ihre Kunst – der Kunst ihre Freiheit“, und das sollten Sie sich merken, das sollte immer gelten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, KPÖ und den Grünen – 14.01 Uhr)*

Präsidentin Khom: Danke, Frau Klubobfrau. Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Cornelia Schweiner.

LTabg. Schweiner – SPÖ (14.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer! Ein Wort, das die FPÖ so gerne verwendet und glaubt, es gehört ihnen, ist das Wort „Heimat“. Heimat, ich weiß nicht, was Sie unter diesem Wort verstehen. Ich hätte gerne einmal eine Definition von Ihnen gehört. So, wie ich es höre und wie Sie es hier im Kulturförderbericht darlegen, verwenden Sie Heimat als einen exklusiven Begriff, der nur Menschen zugutekommt, die quasi die gleiche Denk- und Sichtrichtung der FPÖ teilen. Heimat muss und ist aber mehr und dank der steirischen Kulturförderung zeigt es, dass Heimat hier in der Steiermark für viele Menschen, für viele unterschiedliche Menschen - ob das der Blasmusikverband, das Afro-Asiatische Institut oder die Vulkanland-Heimattichter sind. All das ist Heimat und all das ist die Steiermark. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ)* Heimat - ich gebe Ihnen ein Zitat mit auf die Reise, vielleicht können Sie darüber nachdenken. Heimat ist dort, wo ich mich nicht erklären muss. Aber ich weiß, dass Ihr politisches Verständnis natürlich das ist, dass sich manche Menschen sehr wohl ihr Leben lang in der zweiten und dritten Generation auch noch erklären müssen und auch noch als etwas Sonderbares oder Gesondertes darstellen.

Dieses Heimatverständnis ist nicht ein Heimatverständnis, das die anderen demokratisch gewählten Parteien in diesem Haus mit Ihnen teilen. Diese klare Trennlinie ziehen nicht wir vor Ihnen, sondern Sie immer wieder vor uns. Die Kulturförderung und die Institutionen, die sich mit Heimat beschäftigen, sehen Heimat nicht wie Sie das gerne hätten oder wie Sie das immer hier darstellen. Tradition ist nämlich nicht die Aufbewahrung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.03 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann zu Wort gemeldet. Bitteschön, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Buchmann - ÖVP (14.03 Uhr): Geschätzte Präsidentin, lieber Herr Kollege auf der Regierungsbank und meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen aus Anlass des Kunst- und Kulturförderungsberichtes des Jahres 2014. Ich bedanke mich für das Lob für die Abteilung, dass wir einen transparenten Kunst- und Kulturförderungsbericht vorgelegt haben. Danke, Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler, ich glaube, Sie spüren, dass wir es ernst meinen. Wir wollen höchste Transparenz an den Tag legen, es geht um Steuermittel, und wir wollen damit auch zeigen, dass die Mittel, die wir einsetzen, nicht nur in der Landeshauptstadt zum Tragen kommen, sondern insbesondere auch in den Regionen zum Tragen kommen und dass wir einen sehr umfassenden Kunst- und Kulturbegriff in der Steiermark anlegen. Weil heute von der Sezession in Wien bis zu anderen hohen Würdenträger bereits Zitate geäußert wurden, erinnere ich immer gerne an den legendären Kulturlandesrat und nachmaligen Landtagspräsidenten Hans Koren, der einmal gemeint hat: „Steiermark ist Tiefe und Weite“, und das hat auch etwas mit Kunst und Kultur bei uns im Lande zu tun, dass wir sehr auf die Tradition schauen. Da spielt die Tracht und die Blasmusik genauso eine wichtige Rolle, wie auch die zeitgenössische Kunst- und Kulturentwicklung bei uns im Lande. Es kommt nicht von ungefähr, dass wir in der Steiermark nicht das Entweder-oder haben, nur Tradition ohne Innovation oder nur Innovation ohne Tradition, sondern dass wir das Sowohl-als-auch und nicht das Entweder-oder haben. Ich werbe sehr dafür, dass wir für das Sowohl-als-auch eintreten. Frau Abgeordnete Schartel, du weißt ganz genau wie vielfältig das Kunst- und Kulturschaffen bei uns im Lande ist. Ich würde nicht die einen gegen die anderen ausspielen.

Es ist genauso ein Anliegen des Kulturressorts in Slowenien den Kunstverein, Kulturverein Brücken zu unterstützen, wie es umgekehrt ein Anliegen ist, ein junges Festival, das Elevate Festival, zu unterstützen. Es ist uns genauso ein Anliegen, Künstlerinnen und Künstler, die in einer Schieflage sind, in einer persönlich schwierigen Lebenssituation sind, mit entsprechenden Mitteln zu unterstützen wie gleichzeitig Neues möglich zu machen, wenn es beispielsweise darum geht, dass wir jungen, zeitgenössischen, experimentellen Künstlerinnen und Künstlern Ateliers in vielen europäischen Städten eröffnen und ihnen damit eine Perspektive geben, sich auch international zu vernetzen. Und auch das, was uns, glaube ich, gemeinsam - zumindest mir - ein großes Anliegen ist, nämlich Integration zu leben. Wenn ich nur darauf hinweisen darf, dass wir vom Pilsen über Sarajevo, über Zagreb, Beograd, Bukarest, und künftig werden wir auch kontinentalüberschreitend in Taiwan ein solches Atelier anbieten können. Da können junge Leute sich international auch bewähren, da können sie in einem Prozess neue Freundschaften aufnehmen, Eindrücke aus anderen Kulturen mitnehmen und hier in der Steiermark dann vice versa mit Künstlern aus diesen Regionen zusammenarbeiten und sich austauschen. Ich halte dieses Sowohl-als- auch für so wichtig für einen Standort, wie es die Steiermark ist. Wir sind nur 1,2 Millionen Menschen in dieser Welt von wahrscheinlich acht Milliarden Einwohnern. Wir sind in Europa ein kleiner Teil von 500 Millionen Menschen, die hier leben, aber wir haben so eine reichhaltige Kunst- und Kulturentwicklung, wir haben die tollen, großen Kunsteinrichtungen wie unser Universal Museum Joanneum mit den Außenstellen von Schloss Trautenfels bis zum Römermuseum Flavia Solva und vom Schloss Stainz bis Schloss Eggenberg und vom Museumpalais bis zu unserem Joanneumsviertel oder unserem Kunsthaus, um nur einige zu nennen. Und wir haben eine Theaterholding, die, glaube ich, im Opernhaus, im Schauspielhaus, in der Jugendbühne insbesondere in der Vermittlung hin zu jungen Menschen ganz Herausragendes leistet. Wenn Sie die ersten Premieren der neuen Intendantinnen erlebt haben in diesen Häusern, aber auch auf der Jugendbühne mit dem Michael Schilhan, dann spüren Sie, dass dort einfach eine Lebendigkeit drinnen ist und auch von den Besuchern angenommen wird, die uns schon Freude macht und die das auch argumentiert, warum das Land Steiermark hier Steuermittel, glaube ich, sehr zielgerichtet und wie ich hoffe - weil es Abgeordneter Dolesch auch angesprochen hat - gerecht auch in der Verteilung in die Regionen zum Einsatz bringt. Ich möchte daher sehr dafür werben, dass wir hier nicht das Trennende in den Vordergrund stellen, sondern dass wir das Verbindende in den Vordergrund stellen.

Bildung ist etwas, was uns im Kunst- und Kulturressort natürlich ein Anliegen ist, weil wir da auch eine Debatte hatten über die vergangenen Monate und deswegen gibt es auch eine Landesbibliothek, die auch im Kulturressort mit über 750.000 Medien angesiedelt ist, wo wir hier Bildung und Kunst und Kultur entsprechend genauso vermitteln wollen, wie wir halt zeitgenössische Ausstellungen oder Festivals wie den Steirischen Herbst, der gerade eine sehr beachtliche Bilanz legen konnte. Ich habe erst gestern mit der Intendantin Veronica Kaup-Hasler mich austauschen können, die wirklich wieder ein tiefgreifendes Festival veranstalten hat können, wo unter dem Titel „back to the future“ aus verschiedensten Perspektiven darauf geschaut wurde, wo wir herkommen, aber insbesondere wo wir hingehen wollen.

Und beim Stichwort „wo wir hingehen wollen“ vielleicht abschließend: Ich würde gerne die Steiermark als eine der innovativsten Regionen erleben. Ich möchte Sie aber auch als eine offene Gesellschaft erleben und nicht als eine geschlossene Gesellschaft. Ich möchte sie gerne als eine integrative Gesellschaft erleben und insbesondere als eine Gesellschaft, auch wenn wir manchmal persönlich unterschiedliche Zugänge in den einzelnen Kunstsparten haben mögen, wo diese Offenheit und dieser Zukunftsblick alle mit einschließt und wo wir nicht gegeneinander, sondern miteinander diese Kunst- und Kulturentwicklung tragen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 14.09 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor, wir kommen damit zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 232/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, Freiheitlichen gegen die Stimmen von den Grünen angenommen.

(Anmerkung der Landtagsdirektion: mehrheitlich (SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ))

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 264/1, über den Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2015/6) betreffend EU-Finanzbericht 2013.

Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Franz Fartek.

LTabg. Fartek - ÖVP (14.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kollegen im steirischen Landtag, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich darf kurz einen Bericht und ein paar Ergänzungen und Erläuterungen zu dem Finanzbericht 2013 bringen: Ziel dieses EU-Finanzbericht 2013 ist die Erhöhung der Transparenz bei den Gesamtzahlungen der EU bei der Einordnung Österreichs im EU-Haushalt für die Perioden 2007 bis 2013 und die Verwendung der EU-Mitteln in Österreich. Ganz kurz zu dem EU-Haushalt und deren Entwicklung: Vielleicht, dass wir uns kurz in Erinnerung rufen, die Summe aller Einnahmen betrug 2013 in der Europäischen Union 149,5 Milliarden Euro. Das war ein Anstieg gegenüber 2012, dort haben wir 139,5 Milliarden gehabt und gegenüber 2007 haben wir 117,5 Milliarden gehabt. Das ist eine Steigerung von 2007 auf 2013 um 27,2 %. Die Ausgaben zeigen sich 2013 mit 148,5 Milliarden, 2012 mit 138,6 Milliarden und 2007 mit 113 Milliarden. Das bedeutet eine Steigerung von 30,3 %. Wenn wir uns jetzt die Frage stellen: Wo kommt das Geld von Österreich an die EU, wo kommt das her? Die Zahlungen des Bundes an die EU umfassen auch die Beiträge der Länder und Gemeinden. Die Höhe der Beitragsleistungen der Länder und Gemeinden ist im Finanzausgleich 2008 geregelt. Im Jahr 2013 beträgt der Anteil der Länder am Gesamtbetrag 22,5 %, der Anteil der Gemeinden 3,9 % und der Anteil des Bundes belief sich auf 73,6 %. Wenn man das jetzt für Österreich in Zahlen anschaut, dann sind das 3,191 Milliarden dessen, was an die EU geht. Rückflüsse waren mit 1,862 Milliarden, d. h., wir haben 2013 ein Nettosaldo von 1,329 Milliarden gehabt. Im Durchschnitt von 2007 bis 2013 waren die Salden mit 795 Millionen Euro. Die Ausnutzung der Österreich Mittel und die Auszahlung hier der Agrarstrukturfondsmittel in Österreich in der Periode 2007 - 2013 lag mit Jahresende 2013 im Bereich der Lehrmittel, das ist der Europäische Landwirtschaftsfonds für Entwicklung des ländlichen Raumes bei 89,5 %. In den beiden Strukturfonds bei 67,1 %, wenn man die beiden Fonds aufteilt, liegen wir beim EFRE, das ist der Fonds für die Regionalentwicklung bei 52,9 % und beim Sozialfonds, das ist der ESF-Fonds mit 85,6 %. Unter Nutzung des Ausfinanzierungszeitraums bis Ende 2015 wird im Bereich der Lehrmittel der ländlichen Entwicklung und des Sozialfonds von einer vollständigen Ausschöpfung der Mittel ausgegangen, die Österreich für die Periode 2007 bis 2013 zugewiesen wurden. Eine vollständige Ausschöpfung bei den EFRE Mittel aus Sicht des Rechnungshofes, ist nicht realistisch. Das heißt, hier hat es 2012 einen Zahlungsstopp gegeben.

Davon war auch die Steiermark betroffen. Wenn wir uns das noch einmal ein bisschen in Zahlen erinnern: Im Jahr 2013 erhielt Österreich über die Agrarfonds 1,251 Milliarden. Das ist um 27 Millionen mehr als im Jahr 2012. Die Steiermark erhielt davon 171,7 Millionen, das waren 2,4 % weniger als im Vorjahr. Über die beiden Strukturfonds EFRE und ESF erhielt Österreich 210 Millionen. Über das Ziel „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ erhielt die Steiermark österreichweit am drittmeisten mit 52,40 Millionen. Im Sozialfonds bekam unser Bundesland am zweitmeisten mit 6,6 Millionen und in der Periode 2007 bis 2013 insgesamt am drittmeisten mit 33,20 Millionen. Der Europäische Rechnungshof erwähnt hier Österreich vor allem im Zusammenhang mit systematischen Schwachstellen im Zusammenhang im Dauergrünland und der nicht Einhaltung von Beihilfenvoraussetzungen bei Investitionsprojekten oder bei den entsprechenden Ausgaben. Der Rechnungshof weist erneut darauf hin, dass Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Systemprüfungen notwendig sind, um einen Beitrag zur Verbesserung der Systeme und zur Erhöhung der Wirksamkeit der nationalen Verwendung der EU-Mittel zu leisten.

Das war der Bericht. Wenn man ein bisschen nach vorne schaut: Programmumsetzung in Österreich in der Periode 2014 bis 2020. In der Periode 2014 bis 2020 werden die Kohäsion und Strukturpolitik sowie die gemeinsame Agrarpolitik und die gemeinsame Fischereipolitik wieder enger miteinander verknüpft. Die ländliche Entwicklung, die der Regionalfonds, die Sozialfonds, die Fischereifonds sowie die Kohäsionsfonds werden unter der europäischen Struktur dem Investitionsfonds zusammengefasst und auf Wachstumsstrategie Europa 2020 und deren Kernziele abgestimmt. Die Entwicklung auf der EU-Ebene hier sei hervorgehoben. Um die Investitionsoffensive und die Investitionstätigkeiten in der EU anzuregen, beschloss die Europäische Kommission am 26. November 2014 eine Investitionsoffensive. Im Zeitraum von 2015 bis 2017 sollen dadurch mindestens 315 Milliarden für zusätzliche öffentliche und private Investitionen mobilisiert werden. Die Umsetzung soll durch einen neu geschaffenen europäischen Fonds für strategische Investitionen erfolgen. Geschätzte Damen und Herren, unter diesen Voraussetzungen sollten wir die Kräfte bündeln, um auch zukünftig mit Projekten Geld in die Steiermark zu holen, um so eine gute und positive Entwicklung für die Steiermark auch zu gewährleisten. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche der Steiermark und vor allem uns eine gute Zukunft. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 14.18 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße die Damen der Frauenbewegung St. Johann in der Haide unter der Leitung von Frau Ortsleiterin Gerlinde Heiling sehr herzlich hier im Landtagssitzungssaal. Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Mag. Eibinger-Miedl.

LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (14.18 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, besonders auch ein herzliches Willkommen der Frauenbewegung bei uns heute im Landtag!

Wir beraten hier über den EU-Finanzbericht 2013, und Kollege Fartek hat schon dargelegt wie es auch der Steiermark und Österreich glücklicherweise gut gelingt, dass wir Mittel aus Brüssel auch abholen und für unsere Projekte lukrieren können. Es ist mir schon ein Anliegen auch darauf hinzuweisen, dass die Europäische Union mehr ist als nur ein Gerüst aus Nettozahlern und Nettoempfängern. Es ist nämlich so, dass das Friedensprojekt Europäische Union in Zahlen nicht messbar ist. Neben diesem Friedensprojekt, das es in den letzten Jahrzehnten so erfolgreich gegeben hat, gibt es durchaus auch andere, wirtschaftliche Effekte, die wir dadurch erzielen konnten. Durch den EU-Beitritt wurden zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen, haben wir unseren Wohlstand gesichert und ganz wichtig auch, die europäischen Werte nicht zu vergessen, Demokratie, Menschenrechte und Freiheit, die es immer wieder hervorzuheben gilt, wenn wir über die Europäische Union sprechen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Die Freiheitliche Partei hat diese Debatte zum Anlass genommen, um auch die Registrierkasse zum Thema zu machen. Ich denke, die Kollegen werden im Anschluss noch einen Entschließungsantrag einbringen. Ich darf im Namen meiner Fraktion und der SPÖ auch einen entsprechenden Entschließungsantrag zu den Registrierkassen einbringen und diesen wie folgt begründen:

Die Registrierkassenpflicht wurde im Zuge der Steuerreform vom Nationalrat bereits im Juli beschlossen im Rahmen eines Gesamtpaketes. Es ist so, dass aus unserer Sicht hier jedoch noch technische Voraussetzungen, die diese Registrierkassen erfüllen müssen, zu klären sind und dass hier diverse Unklarheiten zu beseitigen sind. Wir fordern daher im Sinne eines Rechtsschutzes und Investitionsschutzes für die Betriebe, dass diese Unklarheiten vor Inkrafttreten der Registrierkassenpflicht beseitigt werden. Es ist aus unserer Sicht so, dass die Betriebe bereits beim Kauf der Registrierkasse wissen müssen, was diese Kasse können muss. Das heißt, es muss hier Klarheit herrschen, bevor man die Investition tätigt.

Ich darf daher folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass noch vor Inkrafttreten der Registrierkassenpflicht die Rechtssicherheit betreffend die Spezifikationen der Hard- und Software für Registrierkassensysteme hergestellt ist und Unklarheiten darüber, welche Angaben - Warengruppen oder detaillierte Warenbezeichnungen - Registrierkassenbelege enthalten müssen, beseitigt werden.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem durchaus sinnvollen Entschließungsantrag und darf auch kurz begründen, warum wir beim Entschließungsantrag der FPÖ nicht mitgehen: Weil wir eben nicht eine generelle Verschiebung um ein Jahr fordern, sondern es geht uns darum, diese noch bestehenden Unklarheiten der technischen Voraussetzungen, zu beseitigen. Danke.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 14.22 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Mario Kunasek, bitte.

LTabg. Kunasek - FPÖ (14.22 Uhr): Herzlichen Dank, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auch auf den Zuseherrängen!

Liebe Barbara, liebe Frau Klubobfrau, so ganz verstehe ich Sie jetzt nicht. Aber ich verstehe schon, dass man einem Freiheitlichen Antrag nicht zustimmen kann und deshalb einen - ich sage es einmal, „No-Na-Antrag“ hier einbringt. Wir sagen aber ganz klar, und dabei bleibt es auch, dass wir insgesamt auch mit der Einführung dieser Registrierkassenpflicht nicht einverstanden sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und möchte nur, bevor ich zu dem Thema komme, sage ich Ja, Abgeordneter Fartek, danke für den Bericht da. Wir werden den EU-Bericht, wie auch im Ausschuss, zur Kenntnis nehmen. Wir halten aber auch fest, dass wir auch aus diesem Bericht herauslesen können, dass wir natürlich Nettozahler in dieser Europäischen Union sind, mit einem Nettosaldo von 1,3 Milliarden und auf der anderen Seite eine groß gefeierte Steuerreform erleben, wo man jetzt versucht mit allen Mitteln eine Rückfinanzierung entsprechend sicherzustellen. Und wenn ich sage: „Mit allen Mitteln“, dann meine ich eben genau die Einführung dieser Registrierkassenpflicht für Kleinunternehmer ab einem Umsatz von 15.000 Euro pro Jahr oder einen Barumsatz von 7.500 Euro.

Möchte daran erinnern, dass das ein Tagesumsatz von 60 Euro ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da frage ich mich schon, wo hier die Wirtschaftspartei - oder, sagen wir so: Ehemalige Wirtschaftspartei - ÖVP bleibt, wenn auch die Vertreter in der Wirtschaftskammer, ja nicht nur Alarmstufe rot schreien, sondern, ich glaube bei uns allen wahrscheinlich, uns die Türen einrennen und sagen: „Bitte schön, diese Registrierkassenpflicht ist nicht nur wirtschaftsfeindlich, ist nicht nur unternehmerfeindlich, sondern ist in vielen Bereich auch technisch und logistisch gar nicht umsetzbar“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da appelliere ich wirklich auch an den berühmten Hausverstand, dass man über diese Sache noch einmal nachdenken sollte, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Da möchte ich die Möglichkeit aber auch nutzen auf eine Wortmeldung im Zuge des Budgets von der Frau Abgeordneten Pichler-Jessenko Stellung zu nehmen. Auch wenn ich nicht im Saal war, aber man hat es ja eh im ganzen Haus vernehmen können durch die Lautsprecher natürlich, wo ich schon festhalten möchte: Frau Abgeordnete, genau diese Art der Wortmeldungen und diese Art auch der ÖVP-Politik, nicht von allen aber eben in diesem Fall von Ihnen, sind wahrscheinlich auch der Grund dafür, warum die Freiheitliche Partei immer mehr Zuspruch hat. Möchte jetzt gar nicht auf die Begrifflichkeiten eingehen, die Sie immer wieder verwenden in dem Zusammenhang, wenn es um unsere Fraktion geht, *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sie machen Politik ausschließlich über die Ausländer!“)* weil da sollten wir uns auch einmal in der Präsidiale darüber unterhalten, was in diesem Haus zulässig ist vom Rednerpult aus und was nicht. *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ich wüsste nicht was ich gesagt hätte, was nicht zulässig ist!“)* Aber ich sage es noch einmal: Machen Sie nur so weiter, Frau Abgeordnete, vielleicht sind sie dann auch irgendwann einmal in der gleichen Stärken, wie sie mittlerweile in Wien bereits angekommen sind, Frau Abgeordnete. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie, Frau Abgeordnete Pichler-Jessenko, sind das beste Beispiel dafür, wie man innerhalb einer angeblich wertkonservativen Partei wahrscheinlich nicht agieren sollte. *(LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „Sie wissen selber nicht was wertkonservativ ist!“)* Und Sie sind auch ein gutes Beispiel dafür, wie man Kommunikation nach innen und nach außen aus der Sicht Ihrer Partei wohl nicht betreiben sollte. Aber wie gesagt, wir nehmen es zur Kenntnis. Wir sind - und das waren wir bei den letzten Wahlgängen natürlich auch immer - sehr gerne bereit, enttäuschte ÖVP-Wähler, die sich genau von dieser Art der Politik abwenden, bei uns in unseren Reihen aufzunehmen.

Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ)*

Bevor ich meine Wortmeldung beende, darf ich auch noch einen Entschließungsantrag einbringen, den ja leider die ÖVP nicht unterstützen kann, weil er eben genau von der Freiheitlichen Partei kommt. Ich glaube, da sollte man über die Kultur innerhalb dieses Hauses und innerhalb der Politik nachdenken.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass die Einführung der Registrierkassenpflicht für Unternehmer mit einem Jahresumsatz ab 15.000 Euro um zumindest ein Jahr verschoben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allen Dingen von der ÖVP, aber ich sage es auch in Richtung SPÖ, weil das auch in Ihren Reihen durchaus Abgeordnete und hochrangige Vertreter auch gibt, die mit Ihrer Registrierkassenpflicht genauso keine Freude haben und die auch sagen, dass es ein Schnellschuss ist, der zulasten unserer heimischen Wirtschaft geht, vielleicht noch einmal darüber nachzudenken und über Ihren eigenen Schatten zu springen und diesem Antrag auch zuzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ - 14.27 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Meine Damen und Herren, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Cramer.

LTAbg. Cramer - FPÖ (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren in den Zuschauerrängen, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist schon so, da fällt mir der Zauberlehrling ein „Die Geister, die ich rief, die werde ich nicht los“. Jetzt zittert man herum und meint, man müsse die Richtlinien ändern bzw. man müsste klarlegen, welche Richtlinien diese Kassen erfüllen müssen. Das weiß heute noch keiner. In ein paar Monaten sollte man sie aber haben. *(LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Das fordern wir ja, dass das klargestellt wird!“)* Ja, aber auch wenn man es weiß, es wird bis dorthin ein Engpass am Markt sein, es wird die Kassen nicht geben. Man wird dann von vornherein sehen, dass der Markt dem nicht Schritt halten kann. Man hat ja eh schon, weil man das gewusst hat, das erste Halbjahr 2016 straffrei gestellt. Eine komische Lösung, wenn man ein Gesetz einführt und gleichzeitig sagt: „Na ja, es wird dann eh nicht sanktioniert“. Man würde sagen, dass es ein klassisch österreichischer Weg ist.

Wir wären da eher für die anständige gerade Linie, dass wir ein Jahr Zeit haben eine Lösung zu finden, wie man Registrierkassen praktisch einführen kann, ohne dass eine Verknappung am Markt entsteht, ohne dass der Markt praktisch überfordert ist, die Preise in die Höhe getrieben werden und dann Dinge verkauft werden, die dann letztendlich eh nicht verwendbar sind. Ich mache nur darauf aufmerksam, es gibt einige Gebiete in Österreich, da funktioniert das Internet weder mit Kabel noch mit Funk. Da gibt es so Almtäler, da geht gar nichts. Da können Sie es abhaken. Da weiß man keine Lösung, wie das funktioniert sollte. Das Ganze ist ein bisschen gepuscht, abgesehen davon, das wissen wir ja eh alle, dass da ein Berufsstand unter Generalverdacht gestellt wird, der eh mit den Bauern einer der aussterbenden ist. Sie werden ja selbst die Wirtshäuser sehen, die zusperren nach der Reihe. Ich würde sagen, wenn der Wirt nicht mehr leben kann und der Bauer nicht mehr leben kann, dann frage ich mich, wozu brauchen wir dann überhaupt noch eine Landesregierung, wenn das Land dann schön langsam eh ausstirbt. Eine traurige Geschichte. Das ist ein Zustand, der für sich so nicht gehen kann und nicht so gehen sollte. Ich bitte, das zu überdenken. (*Unverständliche Zwischenrufe der SPÖ*) Wir sind nicht im Wirtshaus. Wenn wir im Wirtshaus sind können wir so reden, ich habe dich auch reden lassen. Sei schön still! Es ist wohl schon so, dass alles was da jetzt auf Schnellschuss passiert, sicher dahin gehen wird, dass nur noch mehr zur Belastung unserer heimischen Betriebe führt und zu einem größeren Chaos. Ich bitte Sie dahingehend das noch einmal zu überdenken. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ - 14.31 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Schwarz.

LTAbg. Schwarz - SPÖ (14.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach dem jetzt mein Vorredner diese Debatte in lichte Höhen geführt hat, habe ich mir gedacht, muss ich mich auch zu Wort melden. Meines Erachtens, Registrierkassenpflicht, wir sprechen da beim EU-Finanzbericht davon. Mir kann niemand erklären, um vielleicht ein bisschen die europäische Dimension in die Debatte zu bringen, dass meines Wissensstands in ganz Europa oder fast in ganz Europa diese Registrierkassenpflicht oder diese Registrierkassen einwandfrei funktionieren. Also, wenn ich nach Italien fahren - ist immer ein gutes Beispiel - bekomme ich überall einen Zettel, einen Registrierkassenbon oder wie auch immer man das nennen will.

Also, wenn etwas in ganz Europa funktioniert, dann soll mir einer erklären, dass es in einem der reichsten - ich glaube viertreichstem Land der Europäischen Union - nicht möglich sein soll, eine Registrierkassenpflicht einzuführen. Das erschließt sich mir nicht ganz, diese Argumentation der Freiheitlichen. Das Zweite, was ich sagen möchte: Ich denke, im Rahmen der Steuerreform sollte man über viel Gutes reden, nämlich über die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, dass wir in Zukunft mehr Investitionen haben, dass wir in Zukunft mehr Kaufkraft in diesem Land haben. Ich finde es zwar ein bisschen verwunderlich, dass diese Debatte sich in der öffentlichen Debatte davor mit den Registrierkassen auseinandersetzt. Aber es soll so sein. Denn ich denke, dass diese Registrierkassenpflicht schon eines ist, nämlich ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Jede und Jeder, eine juristische Person oder eine natürliche Person soll seine Steuern abzuleisten haben, wie wir sie abzuleisten haben und ich denke, dass diese Registrierkassenpflicht ein wichtiger Schritt zu dieser Steuergerechtigkeit ist und deswegen spricht sich meine Fraktion auch für diese Registrierkassenpflicht aus und ist aber der Meinung, dass wenn das eingeführt wird und wenn das den Unternehmerinnen und Unternehmern vorgeschrieben wird, sollten sie auch den Anspruch haben zu wissen, wie das genau funktioniert und welche Registrierkassen - ist ein schwieriges Wort - sie sozusagen sich anschaffen sollen. Und nichts anderes stellt dieser Antrag dar. Ja, wir sind für die Registrierkassenpflicht. Ja, wir sind für Steuergerechtigkeit, aber ich denke, wir gemeinsam sind der Meinung, die Unternehmerinnen und Unternehmer sollten auch wissen, worauf sie sich einlassen. Und dahin zielt unser Antrag, für Steuergerechtigkeit, aber auch für einen gerechten Zugang der Unternehmerinnen und Unternehmer zur Information, damit sie auch die richtigen Registrierkassen - damit ich es zum letzten Mal sage - auch anschaffen können. Aus diesem Sinne ersuche ich um eine Unterstützung dieses Entschließungsantrages. Danke.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP - 14.34 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Ing. Jungwirth, bitte.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (14.34 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Herr Klubobmann Schwarz, du hast schon darauf hingewiesen, dass es eigentlich um den EU-Haushaltsbericht geht und wir hier über Registrierkassen diskutieren.

Ich kann es mir wirklich nicht verkneifen die Frage in den Raum zu stellen, warum das überhaupt passiert. Denn ich frage mich ehrlich gesagt wirklich, wieso hier ein innerer Zusammenhang gegeben ist und die Landtagsdirektion den ursprünglich ersten Entschließungsantrag, nämlich den von der FPÖ, nicht zurückgewiesen hat, auf dem folgend dann ja eigentlich erst der von der ÖVP und SPÖ erst gekommen ist. Meiner Ansicht nach ist das eine völlige Themenverfehlung und ich kann nicht erkennen, was die Registrierkasse mit den Zahlungen bzw. auch dem was wir von der Europäischen Union bekommen, also mit diesen Zahlungsströmen, zu tun hat. Ja, im weitesten Sinn geht es um Steuereinnahmen und Steuerausgaben, aber das ist schon sehr, sehr weit hergeholt. Ich hätte mir gewünscht, dass wir diese Debatte nicht führen müssen, aber wenn wir schon so weit sind, dann sage ich Ihnen gleich, Botschaft an die FPÖ: Diesem Entschließungsantrag können wir ganz sicherlich nicht zustimmen, weil er - wie gesagt, aus meiner Sicht - vollkommen verfehlt ist, das so im Zusammenhang zu setzen. Wo ich Ihnen zustimme ist, dass es Schwierigkeiten gibt bei der Registrierkasseneinführung (*Heiterkeit bei der FPÖ*) und dass die Unternehmerinnen und Unternehmer sich schwer tun, und vor allem die kleinen tun sich schwer. Ich war in den letzten Wochen bei sehr vielen Betrieben in der Steiermark und habe viele Gespräche geführt und habe sehr oft gehört, dass diese Investition, je nach Betriebsgröße, aber jedenfalls so zwischen 5.000 und 10.000 Euro für Kleinstunternehmen schwer zu stemmen ist. Ja, das ist das, wo wir eigentlich hinschauen müssten. Und die Unsicherheiten, die nach wie vor bestehen, es ist eh in dem ÖVP/SPÖ-Entschließungsantrag angesprochen, ja die sind wirklich ein Problem und hier muss noch etwas passieren, bevor die Verpflichtung tatsächlich schlagend wird und die Unternehmen das dann auch durchziehen müssen. Wir müssen uns allerdings auch fragen: Warum bleibt den Kleinstunternehmen so wenig übrig, dass sie sich bei so einer Investition schwer tun? Also, eigentlich müssten wir über die Systemfehler, die im Hintergrund da stehen, diskutieren. Und das sind Sozialversicherungsabgaben und Steuerabgaben für die DienstnehmerInnen, die sie beschäftigen, das sind auch ihre eigenen Sozialversicherungsabgaben, wo sie sich schwer tun, dass sie hohe Lokalmieten haben, die ein Problem darstellen. Darüber müssten wir reden und nicht darüber, dass die Registrierkasse nicht kommen soll, weil wir so viel an die Europäische Union zahlen. Das ist einfach Unsinn in meinen Augen. Und noch etwas: Ich finde es ein bisschen eigenartig, wenn man hier von diesem Generalverdacht wieder spricht.

Ich glaube nicht, dass irgendjemand die Unternehmerinnen und Unternehmer per se unter Generalverdacht stellen will, weil ich gehe schon davon aus, dass jede oder jeder, und das ist „wurscht“ ob UnternehmerIn oder DienstnehmerIn, Angestellte, Arbeiter in diesem Land, dass irgendjemand den Staat absichtlich betrügen möchte um die Abgaben, sei es Sozialversicherung, sei es Steuern. Sondern, der Punkt ist: So etwas passiert im Normalfall dann, wenn man sich etwas sonst nicht leisten kann und das ist die eigentliche Problematik. Hier müssen wir einhaken und hier gilt es, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die das verursachen. Niemand möchte Schattenwirtschaft betreiben, sondern das entsteht nur daraus, dass es sich sonst unterm Strich nicht ausgeht. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 14.37 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Pichler-Jessenko, bitte.

LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko - ÖVP (14.37 Uhr): Es geht eigentlich um den EU-Haushalt, es geht nicht um Registrierkassen und es geht auch nicht um meine Person. Ich muss Sie heute ganz schön aus der Fassung heute gebracht haben, Herr Kunasek, dass Sie mich persönlich von hier oben angreifen. Ich habe damit kein Problem. *(LTAbg. Kunasek: „Sie haben unsere Fraktion als Brandstifter bezeichnet!“)* Ja, das haben wir geklärt. Ich habe damit kein Problem. Es hat Herr Landesrat Buchmann heute wunderbar gesagt: „Die Steiermark hat Gott sei Dank Tiefe und Weite“, und ich hoffe, sie hat das noch sehr, sehr lange. Meine Werte sind sicher andere als die Ihren. Ich habe ein humanistisches Weltbild und das lebe ich auch. Sie dürften ein anderes haben. Eine wunderbare Wortmeldung ist heute von Frau Klimt-Weithaler gekommen. Sie war für mich fachlich sehr gut und sie war auch sehr pointiert und du hast erklärt, was ich eigentlich in der Wortmeldung Stunden davor gesagt habe: Warum eine Politik wie Ihre, die ausgrenzt, für das Land und für die Steiermark nicht gut sein kann. Und bitte verstehen Sie das so und vielleicht versuchen Sie auch Ihre persönlichen Angriffe ein bisschen zurückzustellen. Aber es freut mich, dass ich Sie derartig reizen konnte, dass Sie mich persönlich heute – ich hoffe - auch in Ihre Gebete noch einschließen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.39 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, wir kommen zur damit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 264/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, Gegenprobe!

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, Einl.Zahl 264/4, betreffend Registrierkassenpflicht ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe bitte!

Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 264/3, betreffend Umsetzungsfrist für die Registrierkassenpflicht verlängern, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Freiheitliche und KPÖ waren dagegen. Ich werde das im Protokoll festhalten. (*Zwischenruf mehrerer LT-Abgeordnete: „Dafür!“*) Und Kommunisten waren dafür. Alles klar. Der Antrag ist trotzdem in der Minderheit geblieben.

(*Anmerkung der Landtagsdirektion: Minderheit (FPÖ und KPÖ)*)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt.

11. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 235/1, betreffend Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Personen, Steiermark 2025 (BEP-St 2025).

Es sind zwei Rednerinnen gemeldet, Barbara Riener und ... bitte, Frau Abgeordnete.

LTAbg. Riener - ÖVP (14.41 Uhr): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Livestream!

Im Tagesordnungspunkt 11 ist, wie der Präsident schon ausgeführt hat, geht es hier um den Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Personen, d. h. es ist mit den Zahlen von 2013 eine Perspektive für 2025 in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgeführt.

Dieser Planungshorizont, der uns dargelegt wird in diesem Werk, ist klar in der Ausrichtung, übersichtlich und bietet eine gute Grundlage für künftiges Handeln im Pflegebereich. Ziel dieses Bedarfs- und Entwicklungsplans ist es, wohnortnahe, bedarfsgerechte Angebote zu schaffen, wobei es flächendeckend zu gleichmäßigen Zugangsmöglichkeiten kommen soll. Wir haben sehr viele unterschiedliche Angebote in den einzelnen Regionen und da gilt es auch, diese regionalen Unterschiedlichkeiten zu berücksichtigen, jedoch diese strukturellen Defizite ausgleicht, um so eine Chancengleichheit für die Bevölkerung zu schaffen. Zum ersten Mal ist in einem Bedarfs- und Entwicklungsplan der Ausdruck „informelle Pflege“ enthalten. Und das finde ich sehr, sehr gut, weil zum ersten Mal benannt wird, dass mit der informellen Pflege die Angehörigen einen wesentlichen Anteil leisten an der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen. Der Grundsatz „mobil vor stationär“, der nicht nur im Pflegefondsgesetz verankert ist, sondern auch dem Wunsch der steirischen Bevölkerung entspricht – ich darf da hier auf die Pflegeenquete im Oktober vorigen Jahres verweisen – entspricht eben dem Leitmotiv des weiteren Vorgehens bzw. der Planung.

Doch nun zu ein paar grundlegenden Zahlen. Ich weiß, mit den Zahlen ist es oft ein bisschen schwierig, aber ich glaube, es ist durchaus wichtig, dass man ein Gespür bekommt, wie bei uns die Steiermark aufgestellt ist und was in der Steiermark in der Pflege los ist. Ich habe schon gesagt, der Stichtag ist der 31. Dezember 2013, also Jahresbeginn 2014 und hier hatten wir 78.000 Personen, die Pflegegeld bezogen haben. Bemerkenswert ist im Österreichvergleich, dass in der Steiermark weniger Pflegestufe-1- und -2-Bezieherinnen und Bezieher sind. Da liegen wir unter dem Österreichschnitt. Aber in allen weiteren Stufen liegen wir darüber. 64 % der PflegegeldbezieherInnen sind 75plus. Die Perspektive auf 2025 ist nun, dass es 93.000 – 78.000 vorher – Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher geben wird. Es wird natürlich bezirksweise Unterschiede geben und darauf ist auch die Planung dann abzustecken. Bei der informellen Pflege, d. h. jetzt jene, die die Angehörigen ohne irgendwelche professionelle Hilfe zuhause betreuen, hatten wir 53.000 Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher. Ich möchte an dieser Stelle allen Angehörigen recht herzlich danke sagen für diesen Einsatz und diese Leistung, die gesellschaftlich so wertvoll ist – ein recht herzliches Danke. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ)* 2025 ist im Vorhaben des Bedarfs- und Entwicklungsplans, dass wir vor allem gerade in diesem Angehörigenbereich diese Angehörigen ganz, ganz gut unterstützen sollen, sodass die betroffenen Pflegegeldbezieherinnen und Pflegegeldbezieher so lange wie möglich eben zuhause bleiben können. Rund 24.850 Personen sind in formeller Betreuung. Das heißt jetzt,

dass sie eben professionelle Unterstützung entweder zuhause durch mobile Pflege bekommen oder in einer 24-Stunden Betreuung sind oder andere professionelle Hilfen erhalten. In der stationären Versorgung haben wir zurzeit rund 11.200 Personen in Pflegeeinrichtungen, aber ein Angebot von knapp 13.000 Pflegebetten. Das heißt, wir haben ein bisschen zu viel Pflegebetten. Aber mit dem Horizont 2025, wo man rund 12.100 Betten brauchen wird, ist auch geplant, auf die derzeit zu wenig Kurzzeitpflegebetten, wenn jemand für sich bei der Angehörigenpflege eine Entlastung braucht, einmal auf Urlaub fahren möchte oder einmal durchschnaufen möchte, zu reagieren und dass wir hier auch Angebote verstärkt zur Verfügung stellen. Das heißt, wir werden diese Langzeitpflegebetten in Kurzzeitpflegebetten umwandeln, weil 2025 werden rund 1.420 Kurzzeitpflegebetten gebraucht laut Bedarfs- und Entwicklungsplan. Mit dem Stichtag 31.12.2013 wurden rund 7.300 Personen mobil betreut. 445 nutzten das teilstationäre Angebot und 674 lebten in alternativen Wohnformen. 2013 wurde von 5.336 Personen die 24-Stunden Betreuung in Anspruch genommen, wobei ich bemerken möchte, dass bei dieser Inanspruchnahme der 24-Stunden Betreuung, die Steiermark in den letzten beiden Jahren den höchsten Zuwachs, nämlich von 30 % hatte, wobei wir aber gerade ein bisschen über den Österreichschnitt jetzt zurzeit liegen und prognostiziert werden es 2025 9.230 Personen sein. Bei den mobilen Diensten haben wir eine Zunahme zu verzeichnen von 2013 15.110 Personen, die die mobilen Dienste in Anspruch genommen haben und 2025 werden es ca. 18.270 sein. Das ist ein Zuwachs von rund 20 % - ein bisschen über 20 % - wobei zwei Dinge berücksichtigt werden: Erstens einmal, dass es mehr Menschen gibt, die diese mobile Betreuung notwendig haben, aber auch die intensivere Betreuung, die notwendig ist, weil wir ja auch zum Ziel haben, wir wollen so viel wie möglich unterstützen, damit Menschen ihrem Wunsch gemäß so lange wie möglich zuhause bleiben können. Im Bedarfs- und Entwicklungsplan Pflege wird auch das Konzept der Wirtschaftsforschung „Compression of morbidity“ berücksichtigt, d. h., dort wurden die EU-Staaten unter die Lupe genommen, wie viel gesunde Jahre im Verhältnis zum gesamten Leben sozusagen die Österreicherinnen und Österreicher bzw. die Menschen in den EU-Staaten haben. Das wird auch mitberücksichtigt, dass da ein Anstieg sein wird von gesunden Jahren, aber ich möchte darauf hinweisen, dass auch in diesem Bericht eindeutig festgestellt wird, dass Österreich sich bei den Ausgaben im Gesundheitsbereich im oberen Drittel befindet in Vergleich der EU-Staaten, aber bei der Anzahl der gesunden Jahre, bezogen auf das gesamte Leben, sind wir im Mittelfeld.

Das heißt, jetzt ganz einfach gesagt: Die Gesundheitsausgaben bringen nicht den Effekt wie in anderen EU-Staaten, d.h. auch wir müssen da eine Effektivitätssteigerung erzielen. Im Juli d.J. hatten wir einen Allparteiantrag – nein, das war nicht im Juli, sondern noch vor der Wahl, das war, glaube ich, im Mai d.J., Anfang Mai, Klaus, du nickst – zur Weiterentwicklung des gesamten Pflegebereichs und hier war auch ein wesentlicher Punkt das Case- and Care-Management. Und das stellt fest, dass es eine standardisierte Vorgehensweise gibt: Wie steuere ich den Pflegebedarf, die Pflegeangebote bedarfsgerecht für die Bevölkerung in den Regionen? Es ist einerseits eine fallbezogene Unterstützung und Planung, aber auch andererseits die strukturelle Angebotsplanung und –steuerung, gemeinsam mit den Trägern in den Regionen. Und ich glaube, dass das aber nicht von Trägern erfolgen kann, wie auch im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgeführt, sondern von unabhängigen Stellen. Ich stelle hier schon die Frage, ob das Sozialhilfeverbände sein können, weil Sozialhilfeverbände auch Angebote haben, nämlich sie sind Pflegeheimbetreiber und sie haben auch Vereine, durch die sie soziale Dienste anbieten. Das heißt, diese Steuerung sollte meines Erachtens wirklich unabhängig aufgestellt werden. Ich denke auch, dass wir dem Vorarlberger Beispiel folgend in Kombination von sozialarbeiterischen und pflegerischen Know-how durch möglicherweise Teilzeitkräfte, je nach Bedarf, eine gute Steuerung erzielen können, weil es eben diese Gesamtschau braucht im Case- and Care-Management. Im BEP wurden ebenso wichtige Aspekte ausgeführt, die Menschen in Langzeitpflege betreffen, nämlich wir müssen eingehen auf psychiatrische Erkrankungen, vor allem Demenz ist eine große Herausforderung in der Zukunft, die Hospiz- und Palliativversorgung in den Pflegeheimen, die ärztlichen geriatrischen Konsiliardienste, aber auch die Berücksichtigung behinderter Menschen oder Menschen aus anderen Kulturkreisen, auch das gehört berücksichtigt in der stationären und teilstationären Versorgung. Im BEP, so ist die Abkürzung für den Bedarfs- und Entwicklungsplan, ist auch besonders hervorzuheben, dass die Planung nicht nur systematisch erfolgen soll, sondern auch effizient und effektiv weiterentwickelt werden soll. Das heißt, Entwicklungen werden beobachtet, werden mit der Planung abgestimmt und in den nächsten Umsetzungsschritten, falls notwendig, auch gleichzeitig korrigiert. Dieses laufende Umsetzungsmonitoring ermöglicht bei Abweichungen Anpassungen der Planzahlen und bedeutet, dass wir nicht lange auf Evaluierungsberichte warten müssen, sondern dass wir rasch gegensteuern können, wenn etwas schief läuft. Das sind diese sogenannten Feedbackschleifen, die hier eingezogen werden, um strukturell schön die Entwicklung zu beobachten.

Für mich persönlich hat die Selbstbestimmung und die Würde des Menschen mit dem Wunsch, so lange wie möglich zuhause betreut und gepflegt zu werden, oberste Priorität. Das geht aber Hand in Hand mit der Stützung der Angehörigen - ich habe es bereits erwähnt - und in Form von Beistand und Entlastung. Und da möchte ich sagen, ich habe da ein Beispiel kennengelernt im Bezirk Weiz, das praktiziert wird, wo einmal in der Woche ein paar Stunden FamilienhelferInnen, die gleichzeitig auch eine Heim- bzw. Pflegehilfeausbildung haben, den Angehörigen unter die Arme greifen bzw. Angehörige können in dieser Zeit Arztbesuche machen, sie können sich mit Freundinnen treffen, sie können Einkaufen gehen, sie können aber auch Gespräche zur Unterstützung führen und ich glaube, dass dieses Angebot ein sehr gutes im Bezirk Weiz ist.

An dieser Stelle darf ich aber all jenen danken, die sich beruflich sehr, sehr oft auch aus Berufung heraus, unsere pflegebedürftigen Angehörigen betreuen, pflegen und begleiten. Ein recht herzliches Danke ihnen allen für ihren Einsatz. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ)*

Zusammenfassend kann man sagen zu diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan, dass die im Bericht dargestellte Situation und Vorstellung für 2025 nachvollziehbar ist, sie ist logisch und sinnvoll, und vor allem bezogen auf die bedarfsgerechten regional abgestimmten Leistungen und Sicherstellung des Zugangs unter Einbindung aller in den Regionen. Dies bedeutet auch - und wir haben heute schon einiges bei der Budgetrede davon gehört - Arbeitsplätze in den Regionen und somit die Stärkung der Regionen, was uns ein großes Anliegen ist. Man hat mit diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan klare Vorstellungen und ist doch gewillt, Erfahrungswerte rasch zu berücksichtigen, damit genug Flexibilität für eine effektive und effiziente Steuerung möglich ist. Ein ambitioniertes Ziel, das es rasch umzusetzen gilt, und das möchte ich jetzt all jenen sagen, die da immer wieder kritische Bemerkungen machen, konstruktive kritische Bemerkungen sind erwünscht, destruktive nicht, weil die halten uns wirklich in der Umsetzung auf. Und wir sind es unseren älteren Menschen in der Steiermark schuldig, dass wir endlich in die Umsetzung kommen, damit wir ihnen einen würdevollen Lebensabend bereiten können. Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.57 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Krautwaschl.

LTabg. Krautwaschl - Grüne (14.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Anwesende und vor allem BesucherInnen und ZuhörerInnen!

Danke einmal vorerst der Barbara Riener, dass sie mir abgenommen hat, Zahlen zu präsentieren, weil Zahlen sind so gar nicht meine Leidenschaft. Ich kann nur sagen, soweit ich folgen konnte, haben die Zahlen gestimmt. Für mich ist es insgesamt sehr positiv, dass dieser Bericht jetzt einmal vorliegt, weil die letzte Folgeprüfung des Landesrechnungshofes hat genau eben das kritisiert zu diesem Thema, dass eben sehr viel Zahlen- und Datenmaterial fehlt bzw. überhaupt nicht vorhanden war und das zumindest einmal eine gute Ausgangsbasis ist, um die Diskussion einmal weiterzuführen. Es gab noch mehrere und sehr triftige und gravierende Kritikpunkte in diesem Folgebericht, auf den ich nur ganz kurz eingehen möchte, weil Sie natürlich auch für das, was wir jetzt haben, mitverantwortlich sind. Es wurde damals eine sehr schlechte Bedarfsplanung im stationären Bereich kritisiert, also quasi gewisse Planlosigkeit bei der Bettenplanung. Barbara hat es eh erwähnt, wir haben zu viele stationäre Betten, es kostet uns zu viel, hat uns zu viel gekostet und da eine echte Kehrtwende absolut notwendig ist. Das Zweite war, dass das Finanzierungsmodell aus unserer Sicht sehr kritikwürdig war. Dieses Normkostemodell, das ausverhandelt wurde, war intransparent aus unserer Sicht. Es wurde nun auch angekündigt - eigentlich schon für Jahresbeginn - dass ein neues Modell vorgelegt wird und dazu ist einfach eine meiner ersten Fragen an den Herrn Landesrat auch schon: Warum dauert es so lange, dieses neue Modell jetzt vorzulegen und wann wird es wirklich so weit sein, dass wir wissen, wie in Zukunft diese stationäre Versorgung tarifmäßig ausschaut. Für mich ganz extrem wichtig ist, dass wir ja ganz lange schon - meine Vorgängerin sagt mir seit 15 Jahren eigentlich - nun diesen festgeschriebenen Bedarfs- und Entwicklungsplan, festgeschriebenen Planungsgrundsatz „mobil vor stationär“ verfolgen, ganz einfach aus den genannten Gründen. Barbara hat mir das auch vorweggenommen, es ist auf jeden Fall kostengünstiger, das wissen wir alle, es ist für die Menschen besser, es ist für das ganze System besser und steht das auch im Bedarfs- und Entwicklungsplan. Das ist sehr schön, das finden wir sehr positiv. Was halt nun wichtig ist, wirklich in die Umsetzung zu kommen und da würde mich einfach interessieren: Welche ersten konkreten Schritte sind da bereits geplant, gibt es schon welche, um wirklich eben betreutes Wohnen und mobile Betreuung voranzutreiben? Dazu vielleicht ganz kurz zudem, was du gesagt hast, Barbara. Ich bedanke mich auch bei diesen ganz, ganz vielen Menschen, die informell pflegen.

Das ist nämlich die überwiegende Mehrzahl, haben wir gesehen. Das sind noch dazu überwiegend Frauen, 80 % davon sind Frauen. Aber was extrem wichtig ist in dem Bereich - und damit bin ich persönlich immer wieder konfrontiert durch meinen Beruf, weil ich auch sehr viele pflegebedürftige Menschen als Physiotherapeutin betreue - die Frauen brauchen nicht nur ein Danke, die brauchen möglichst konkrete Unterstützung. Und das muss sich dann wirklich auch niederschlagen in Angeboten, die ganz niederschwellig zugänglich sind. Das nutzt denen nämlich nichts, wenn sie dann hunderttausend Leute anrufen müssen, von einem zum anderen geschickt werden und am Schluss dann im Endeffekt daran scheitern, dass das Ganze organisatorisch für sie nicht bewerkstelligbar ist. Also, da braucht es wirklich niederschwellige Angebote. Was wollen wir, was ist unsere Zukunftsvision? Soweit der Bedarfs- und Entwicklungsplan das schon einmal abbildet, kann ich da ganz besonders auf das Case- and Care-Management eingehen. Ein Case- and Care-Management, so wie wir uns das vorstellen, hat eben diese Bestandteile. Es muss niederschwellig sein, es muss vor allem, und das ist mir in der Diskussion darüber ganz wichtig, wir müssen wissen wovon wir reden. Es muss eine klare Definition geben, was es zu erfüllen hat. Deswegen haben wir vorher über den Entschließungsantrag von uns kurz gesprochen, ob wir diese Definition herausnehmen können, weil es erst überprüft wird, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Aber für mich ist diese Definition eigentlich nicht verhandelbar, weil die habe ich von der österreichischen Gesellschaft für Case- and Care-Management sozusagen abgeschrieben in unseren Antrag hinein, weil sich für mich genau das darstellt, um was es geht. Es muss die Organisation der Hilfe miteinbezogen werden, das ist auch im Vorarlberger Modell so, und es müssen strukturelle Mängel sozusagen immer miterhoben werden. Aus meiner Sicht ist das nicht verhandelbar, weil, wenn wir das nicht tun, dann setzen wir irgendetwas auf, was dann vielleicht Case- and Care-Management heißt, aber was in Wirklichkeit genau wieder nicht diese Funktionen wahrnimmt. Ganz wichtig beim Case- and Care-Management ist - und da habe ich eben einen kleinen Kritikpunkt im Entwicklungsplan - es steht da nämlich drinnen, dass es ein Bewilligungsverfahren braucht, um sozusagen überhaupt zu diesen Leistungen dann zu kommen. Da möchte ich schon darauf hinweisen, dass genau solche Türen, die dann in so einem Plan drinnen sind, eigentlich den Sinn der ganzen Sache ein bisschen relativieren. Ich sehe natürlich, dass es Bewertungskriterien geben muss. Da sind auch im Bedarfs- und Entwicklungsplan vier Fragen aufgelistet, wie man nach einem gewissen Screening sehr gut zu einer Bewertung kommen kann.

Das kann aber jede Sozialarbeiterin oder jede Person, die das gelernt hat, ganz einfach machen, sozusagen: Ist das wirklich ein Fall, der da hineinfällt? Aber ein Bewilligungsverfahren ist aus meiner Sicht schon wieder eine viel zu große Hürde. Aus dem Grund würde ich da wirklich sehr vorsichtig sein, weil das könnte das Ganze ein bisschen ad absurdum führen. Ja, bevor ich unseren Antrag direkt einbringen werde, möchte ich noch etwas sagen, was für mich über dem Ganzen steht: So wie ich Case- and Care-Management verstehe, und auch die Grundsätze von Gesundheitspolitik verstehe, das passt sehr gut zu etwas, was ich heuer beim Forum Alpbach gehört habe – der Herr Landesrat war auch dort, hat das sicher auch gehört. Da gab es einen ganz tollen Wissenschaftler, Charles Normand, vom Trinity College in Dublin, und der hat wörtlich gesagt: „Alles was wir nicht tun um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, erhöht die Kosten für das gesamte System“. Wenn wir Hürden schaffen, wenn wir keine niederschweligen Angebote haben, was jetzt leider halt noch der Fall ist, dann erhöht das die Kosten und genauso ist es in den letzten Jahren oder Jahrzehnten, muss man schon sagen, in der Steiermark passiert. Und genau wollen wir in die richtige Richtung gehen, wofür der Bedarfs- und Entwicklungsplan sicher ein gutes Instrument ist, aber er muss halt wirklich mit Leben erfüllt werden. Also, es müssen jetzt wirklich die konkreten Schritte folgen in der Umsetzung des Ganzen. Ja, Case- and Care-Management, wenn es niederschwellig ist, hat auch einen großen präventiven Ansatz. Das ist für mich z. B. auch wieder konkret an dem, was ich erlebe. Nach einer Hüftoperation oder einem Schenkelhalsbruch, wenn die Menschen entlassen werden, haben sie oft große – quasi – Betreuungslöcher. Da sind sie zuhause, es gibt kein Management, es gibt keine entsprechende Therapie und bis sie dann in die Rehab kommen, vergehen wertvolle Wochen, die sozusagen das System wieder länger belasten. Die sind nicht mehr mobil, die brauchen viel länger, um wieder auf die Beine zu kommen, und es gibt sehr oft dann auch schon Folgeerscheinungen von dem Ganzen, von dieser Wartezeit dazwischen. Also, dieser Übergang, Entlassungsmanagement, Case- and Care-Management ist einfach extrem entscheidend, damit wir den Menschen eine bessere Lebensqualität zur Verfügung stellen, damit eben genau das passiert, was die Barbara gesagt hat, dass wir nicht so große Kosten haben für einen schlechteren Output, als anderswo.

Zum Abschluss, bevor ich den Antrag einbringe, noch ganz kurz auch ein Beispiel, wie es eben oft in der Realität läuft. Diese Niederschwelligkeit der Angebote, wenn die nicht vorhanden ist, dann kommen die Leute - und das kann ich an einem Beispiel aus meiner eigenen Verwandtschaft sagen - immer dann zu dem Angebot, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Im Fall meiner Mutter war das so, die schwer psychisch und körperlich krank ist seit Jahren, und meine Schwester und ich sind jetzt nicht unbedingt, glaube ich, ganz unfähig im Organisieren von Hilfe, und trotzdem war es nicht möglich, zur richtigen Zeit jeweils das möglichst niederschwellige und passende Angebot im betreuten Wohnen z. B. zur Verfügung zu stellen. Das gab es einfach nicht. Mittlerweile ist sie in einem Pflegeheim, seit drei Jahren. Es kostet Unsummen und die Lebensqualität und der Abbau der Funktionen, die dort erfolgen, das kann überhaupt niemand mit Geld aufwiegen. Und deswegen bin ich persönlich da so emotional betroffen bei dem Thema, weil ich denke: Da machen wir so viel auf einmal falsch, wenn wir so weiter tun. Die Hoffnung ist, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan da wirklich hilft, in die richtige Richtung zu gehen.

Ich werde jetzt einmal den Antrag einbringen und stelle auch gleich den Antrag auf punktuelle Abstimmung.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Landtag umfassend und transparent über den Stand der Verhandlungen mit den HeimbetreiberInnen über ein neues Kostenmodell und die daraus resultierenden Kosteneffekte zu informieren,
2. einen raschen Abschluss der Verhandlungen im Sinne der oben genannten sozioökonomischen Vorteile für die Betroffenen und das gesamte „Pflegesystem“ anzustreben,
3. den raschen Aufbau einer trägerunabhängigen Case- and Care-Management-Struktur (wie bereits im BEP 2011 empfohlen) auf Basis der bestehenden Einrichtungen und mit einem klaren Bekenntnis zum bedarfsorientierten Ausbau der Strukturen in Angriff zu nehmen,
4. Case- and Care-Management entsprechend der Österreichischen Gesellschaft für Case- and Care-Management (ÖGCC) - Definition anzuwenden, d. h. „System- und Versorgungssteuerung, die fall- und einrichtungsübergreifend bedarfsgerechte Hilfen im Sozial- und Gesundheitswesen koordiniert und organisiert und strukturelle Voraussetzungen dafür im Gemeinwesen und in den Regionen aufzeigt“, sodass die

tatsächliche Organisation und das Aufzeigen struktureller Mängel per Definition ein Teil des Case- and Care-Management ist, und

5. einen niederschweligen Zugang zu Case- and Care-Management ohne bürokratische Hürden und unnötigen Verwaltungsaufwand und somit Kosten zu schaffen, damit das Case- and Care-Management unbürokratisch jenen zu Gute kommt, die es brauchen.

Ich bitte um Annahme und um punktuelle Abstimmung.

Abschließend, bevor die Aufmerksamkeit wieder ganz abreißt, habe ich noch eine kurze Bemerkung in Richtung des Herrn Landesrates. Wir waren gemeinsam – aha, der tratscht auch gerade – bei einer Veranstaltung zur Pflege. Ich habe das Vergnügen immer wieder jetzt gemeinsam mit dem Herrn Landesrat bei Veranstaltungen zu sein. Da war eine Pflegeveranstaltung von der Ärztekammer, „alte Eisen, neue Wege“, wo es darum gegangen ist: Wie soll Pflege in Zukunft ausschauen? Was können wir alten und pflegebedürftigen Menschen in Zukunft bieten? Und da war dann ein bisschen eine Angrifflichkeit von meiner Vorgängerin, gegen das was halt bisher passiert ist, von der Ingrid Lechner-Sonnek, dass halt zu wenig passiert ist. Der Herr Landesrat hat dann gesagt, in seinem nächsten Leben möchte er gerne weibliche Oppositionspolitikerin werden. Und dazu möchte ich etwas sagen: Ich tausche gerne im nächsten Leben, wenn auch nicht weiblich, also ich möchte schon weiblich bleiben, aber ich wäre gerne Regierungspolitikerin. Aber so lange Sie da in der Verantwortung sind, wäre es einfach wichtig, dass Sie das, was Sie dort versprochen haben, jetzt wirklich zur Umsetzung bringen. Das war nämlich Ziel für diese Legislaturperiode Case- and Care-Management und alternative Wohnformen gesetzlich zu verankern. Darauf hoffe ich jetzt wirklich sehr inständig. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 15.11 Uhr)*

LTAbg. Zenz - ÖVP (15.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer und hoffentlich sehr viele Zuhörer auf Livestream, die uns verfolgen!

Die Frage, was man im nächsten Leben sein sollte, glaube ich, ist relativ typisch, dass das nur in einer Debatte gestellt wird, die im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich ist. Ich habe mir das gerade überlegt. Was wünscht man sich im nächsten Leben zu sein? Ich glaube, in dem Zusammenhang sehr wichtig ist: Was wünscht man sich in dem Bereich in diesem Leben zu sein, vor allem wenn wir über den Bereich der Pflege diskutieren?

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan, der uns vorliegt, ist ein immens wichtiger Bestandteil und eine Basis für all das, was wir in diesem Bereich in Zukunft planen, darum heißt er ja 2025. Mein Dank an den zuständigen Regierer nehme ich da vorweg, weil es eine Basis ist, mit der wir weiter arbeiten. Und nach dem ich den Fehler nicht begehen möchte, dass ich jetzt sage: Es ist schon alles Nichtige und Wichtige gesagt von meinen beiden Vorrednerinnen, das stimmt, nur nicht von mir, werde ich mich jetzt nicht auf die in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan Detailsachen konzentrieren, sondern möchte gerne grundsätzlich über den Bereich der Pflege eingehen, weil ja Pflege ein ständiges Thema in diesem Haus ist. Wir wissen, wir haben Debatten über die Pflege regelmäßig, auch richtigerweise so. Nicht nur weil wir heute eine Budgetrede gehabt haben, die selbstverständlich auch die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen muss, sondern vor allen Dingen auch weil es darum geht, in der Pflege die betreuenden, pflegenden Menschen auch ein Angebot zu geben, das gut ist für die Steirerinnen und Steirer. Und ich komme in dem Zusammenhang - Sie wissen, wir hatten eine Enquete, das ist nicht so lange her, in diesem Hause gehabt - natürlich ist in dem Bereich der Pflege auch der Hintergrund zu sehen. Und, da sind wir uns, glaube ich einig, der Herr Landesrat hat es auch damals in dieser Enquete wirklich gesagt, unsere Sozialhilfegesetzgebung, das klassische Sozialhilfegesetz des Landes Steiermark, gültig seit 1970, hat aber nie vorgesehen, dass in diesen Bereichen dieser Bereich der Pflege mitbehandelt wird. Ich sage da immer noch, auch immer einleitend, es fehlen uns in diesem Bereich - und das muss man gerade von diesem Pult aus im Landtag Steiermark sagen - eine Regelung des Bundes, die die Pflege, inhaltlich können wir das schon festlegen, aber auch wie sie finanziert wird. Ich glaube nicht, dass wir mit den besten Modellen - darum jetzt vielleicht ein bisschen die Vergangenheit - die wir in der Steiermark versucht haben, dieses Fehlen dieser bundeseinheitlichen Regelungen wettmachen können. Das ist eine Ermangelung. Und da kann der Bedarfs- und Entwicklungsplan, so sehr ich ihn schätze, so gut er ist, wird in dieser Hinsicht auch an seine Grenzen stoßen. Ich bin mir sicher, der Herr Landesrat wird zu diesem Thema noch was etwas sagen. Wir haben versucht in den letzten zwei, drei Jahrzehnten - und das ist jetzt keine Verteidigungsrede zu irgendetwas - wir haben versucht mit dem Konzept der Pflege, mein Blick war jetzt nicht unabsichtlich zum Herrn Lambert Schönleitner, der in der Budgetrede über die Verfehlungen in der Pflege gesprochen hat.

Nun ja, vor 20, 25 Jahren wurden beschlossen in diesem Landtag private Träger, gemeinnützige Träger, öffentliche Träger in Bereichen der Pflege zu betrauen im Namen des Landes Steiermark. Ich bin mir da nicht so sicher, wenn ich heute das Pflorgeteam des Landes Steiermark anschau, glaube ich, dass hier sehr, sehr gute Arbeit auch geleistet wurde im Zusammenhang mit den Herausforderungen. Damals hat noch kein Mensch den Begriff „mobil“ verwendet, dass man eine mobile Pflege haben könnte. Damals war es klassisch, da hat es sogenannte Altersheime gegeben und mobil war noch nicht und auch, dass Sie mich nicht missverstehen, Ihre Kollegin Lechner-Sonnek hat sich große Verdienste erworben, da in diesem Zusammenhang auch flexiblere Betreuungsmodell vorzuschlagen. Aber was ich nicht gut finde, einfach herzuzugehen und zu sagen: „Das war jetzt alles nichts, da haben wir nur Verfehlungen gehabt, da haben die Träger alles nur falsch gemacht“, es war ein Landtagsbeschluss, übrigens aus 1997, das habe ich schon einmal da gesagt, der im Landtag Steiermark beschlossen hat, dass private Träger auch gewinnorientiert, und ich bin kein Freund – mein Blick zur Kommunistischen Partei – von gewinnorientierten, aber man hat es damals beschlossen. Irgendwie hätte ich gerne einmal eine Statistik oder vielleicht eine Studie oder vielleicht sogar einen Rechnungshofbericht, der vielleicht erklären würde, was für ein Unterschied es gewesen wäre, wenn wir diesen Beschluss nicht gemacht hätten, was für Entwicklungen in der Zwischenzeit passiert wären – ich weiß, das wird es nicht geben, das ist ein alter Wunsch von mir. Aber jetzt sich herzustellen, selbstverständlich, Gott sei Dank sind wir 20 Jahre später mit Erfahrungen reicher und können das jetzt ganz anders betrachten.

Auch zu dem Thema des Normkostenmodells, das ist hier so ein Hintergrund, der immer gerne besprochen wird: Es war und ist ein Versuch, hier Regelungen zu finden in einem Bereich, dass standardisierte für die zu betreuenden und pflegenden Menschen eingeführt wird. Nun ja, wir wissen einiges heute besser, aber das ist halt immer so. Zehn Jahre später sind wir immer in gewissen Punkten gescheiter. Und manche Punkte haben sich auch äußerst bewährt, das muss man dazu sagen.

Die Stärkung der mobilen Pflege, der ganzen Tagesstrukturen, der Betreuungsdienste möglichst an den Personen nahe in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan ist unsere Zukunft und das kann auch nur die Zukunft sein. Das ist nicht nur eine steirische Erfindung, das ist in allen Bereichen, wo die Pflege im Vordergrund steht, ein entscheidender Punkt.

Dass wir unsere stationären Leistungen haben und dahinter auch stehen, die natürlich nicht steigern wollen – man könnte sagen, wir frieren sie ein, wir gehen auf die Kurzzeitpflege – eine gute und richtige Entscheidung, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Ich weise aber darauf hin, dass viele andere Bundesländer in Österreich bei der stationären Pflege Nachholbedarf haben, und dass das eine Dienstleistung war, den wir den Steirerinnen und Steirern in den letzten zwei Jahrzehnten zur Verfügung gestellt haben.

Die Frage der Finanzierung – überhaupt kein Thema - wird uns immer beschäftigen und wir werden es auch in der Budgetdebatte haben. Die Budgetzahlen werden uns wieder zeigen, dass im Bereich der Pflege, Gott sei Dank, eine Steigerung vorhanden ist – ungefähr um die 6 % - aber natürlich der Bedarf steigt. Sie beschäftigen in diesem Bereich – die Frage vom Personalschlüssel, wo die Steiermark noch hinten nachhinkt – wird Sie jetzt nicht überraschen, dass es mir ein besonderes Anliegen ist, ist selbstverständlich da. Das ist eine große Frage, auch mit diesem Hintergrund, dass eine gemeinsame Debatte, wie der Herr Landeshauptmann, Landesrat Drexler – ich habe Herr Landeshauptmann gesagt, Entschuldigung – diese Verhandlungen mit den Trägern, öffentlich, gemeinnützig und auch gewinnorientiert, führt, ist eine sehr, sehr wichtige Frage und ich glaube auch und bin überzeugt davon, dass wir bei diesen Gesprächen gemeinsam zu einer Lösung kommen.

Zum Antrag der Grünen: Ja, bis auf den einen einzigen Punkt, der natürlich dem Bedarfs- und Entwicklungsplan widersprechen würde, weil es ein ganz anderes System dahinter hat, werden auch wir diesem sehr gerne zustimmen und ihn auch mittragen. Im Hintergrund werden wir hier über die Pflege sehr, sehr viel diskutieren, spätestens nächstes Mal, wenn wir die Budgetdebatte haben. Aber ich glaube, es ist hier ein Ansatz notwendig, dass wir gemeinsam in der Steiermark, in diesem Bereich Menschen, die Pflege bedürfen und brauchen, einen sicheren Rückhalt geben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.21 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Schartel, bitte.

LTabg. Schartel - FPÖ (15.21 Uhr): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine werten Kollegen und Kolleginnen!

Ich finde es heute als einen sehr wichtigen Tag und zwar aus dem Grund, weil uns dieser vorliegende Bedarfs- und Entwicklungsplan, nämlich heute bereits zur Abstimmung dem Landtag vorgelegt wird.

Weil je früher wir uns dazu bekennen und diesen Antrag sozusagen abstimmen, desto eher hat man eine Chance, dass eine Umsetzung möglich ist. Weil natürlich gewisse Dinge, und so realistisch muss man sein, man kann nicht Dinge von heute auf morgen machen, weil sonst kommt sicherlich gleich wieder einmal der Vorwurf, es wurde wieder zu schnell geschossen. Aber man muss bei aller Euphorie und guten Dingen natürlich, so wie es der Kollege Zenz auch schon kurz erwähnt hat, immer die Situation des Budgets natürlich auch mitbetrachten, weil natürlich, das steht ja bereits auch in der Regierungsvorlage, auch die Regierung bereits darauf hinweist, dass die Umsetzung immer analog der Möglichkeiten des Budgets möglich sein wird und auch gemacht werden wird. Und wenn ich dann wieder heute gehört habe beim Tagesordnungspunkt 1 vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, dass wir sehr wohl mit einer sehr angespannten und prekären Budgetsituation rechnen müssen, dass es zusätzliche neue Aufgaben gibt, dann zweifle ich fast wieder ein bisschen daran, dass diese sehr guten Dinge, diese guten Erfahrungen und auch diese guten Vorschläge, vielleicht dann Opfer dieser einen oder anderen Sparmaßnahme werden müssen oder unter Umständen anstelle von anderen Dingen weichen müssen. Ich lasse mich aber immer gerne von besseren Dingen überzeugen. Für uns aber besonders wichtig, und deshalb möchte ich es extra noch erwähnen und deswegen haben wir auch vergangene Woche eine schriftliche Anfrage zu diesem Thema an den Herrn Landesrat gestellt, glaube ich, ist prioritär wirklich diese Einführung und Umsetzung dieses flächendeckenden Case- and Care-Managements, weil wir auch, wie schon in den Wortmeldungen davor, erfahren haben, dass das so eine Art Dreh- und Angelpunkt für viele andere Dinge ist. Die Idee, dass man hergeht und sagt, dass jene stationären Betten, die nicht benötigt werden, als Kurzzeitpflegebetten angeboten werden, ist eine sehr gute und hervorragende Idee. Ich bin aber davon überzeugt, sie wird nur funktionieren, wenn sie im nahen Lebensumfeld möglichst angeboten werden kann, und deshalb wäre es vielleicht auch sehr wichtig, dass man eben, wie so das Modell Weiz ist, über eine mobile Kurzzeitpflegeunterstützung auch nachdenkt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Die meisten Dinge sind schon gesagt worden. Ich bin davon überzeugt, dass wir in den dementsprechenden Ausschüssen auch sehr intensiv und viel diskutieren können. Mir persönlich ist es vor allem ein großes Anliegen, vielleicht auch noch mehr Augenmerk auf die pflegenden Angehörigen zu legen. Das heißt, es gibt ja sehr, sehr gute Ansätze, wo viele Dinge unterstützend neu angeboten werden, aber ich glaube auch, dass man ihnen in psychologischer Umwelt, in Lebensumwelt auch mehr unter die Arme greifen muss.

Jetzt komme ich zum Entschließungsantrag von den Grünen. Da möchte ich nur vorweg sagen, für uns, ob wir einem Antrag zustimmen oder nicht, in erster Linie entscheidend ist, welchen Inhalt dieser Antrag hat. Wir gehen nie davon aus und überlegen, welche Partei hat einen Antrag gestellt (*Beifall bei der FPÖ*) und wir gehen schon gar nicht davon aus, dass wir die Zustimmung eines Antrages davon abhängig machen, ob er passend zum Tagesordnungspunkt gestellt wurde oder nicht. Und aus diesem Grund werden wir natürlich diesem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen, sofern bitte eine punktuelle Abstimmung möglich ist, weil zum Punkt 3 werden wir nicht unsere Zustimmung erteilen, weil wir davon überzeugt sind, dass dieses Case- and Care-Management bei den Sozialhilfeverbänden angesiedelt werden muss. (*Beifall bei der FPÖ – 15.25 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Danke, diese punktuelle Abstimmung ist beantragt und ich werde sie dann auch so durchführen. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Das Thema Pflege hat uns ja in den letzten Legislaturperioden bereits stark beschäftigt und es wird uns vermutlich auch in den kommenden Jahren noch weiterhin sehr intensiv beschäftigen und wir werden uns damit auseinandersetzen müssen mit allen Teilbereichen, die dieser große komplexe Themenbereich auch mit sich bringt. Ich glaube, dass das mit Sicherheit eine der größten Herausforderungen ist, nämlich die Organisation und vor allem auch die Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Pflege für all jene Menschen, die sie auch brauchen. Die KPÖ hat sich in den letzten Jahren immer sehr klar zu dem Thema positioniert und da geht es im Wesentlichen um vier Bereiche. Das eine ist die Qualitätssicherung, wo wir immer gesagt haben: Es darf eben nicht so sein, dass jene, die sich Pflege leisten können, gut gepflegt werden und jene, die es sich eben nicht leisten können, weniger gut gepflegt werden. Es geht uns auch um die Verbesserung der Situation der Beschäftigten, ich werde da später noch darauf eingehen. Es geht vor allem auch eben um den Zugang: Wie kann ich zur mobilen Pflege kommen, wie kann ich zur stationären Pflege kommen, wie kann ich zur teilstationären Pflege kommen? Und es geht eben vor allem um die Sicherstellung der Finanzierung.

Das ist klar, das ist das Um und Auf bei diesem Themenbereich. Wir haben auch immer gesagt, dass es im Grunde unser aller Ziel sein muss, dass wir eben jedem Bürger, jeder Bürgerin in der Steiermark die bestmögliche Pflege zukommen lassen können. Ich glaube, ich habe das hier schon sehr oft an dieser Stelle gesagt, dass das ein soziales Grundrecht ist, dass das ein Menschenrecht ist, und dass die Versorgung selbstverständlich über dieses „früher“ - Gott sei Dank ist das schon eine Zeit her - lange angewandte „warm, satt und sauber“ deutlich hinausgehen muss. Aber das ist ja eben das Problem, dass wir, wenn wir – wir hatten heute die Rede zum Budget – dann immer wieder hören: „Das muss halt im Rahmen der budgetären Möglichkeiten alles passieren, diese Weiterentwicklung“, dann habe ich Sorge, dass wir wieder einen Schritt zurückgehen. Und ich glaube, das darf auf keinen Fall passieren. Gerade deswegen, weil die Pflege von alten und kranken Menschen ein Grundrecht ist, und das haben wir auch mehrmals betont, wir sind nicht nur kein Freund/keine Freundin der privaten gewinnorientierten Heime, sondern auch wirklich klare Gegner und Gegnerinnen, weil wir eben sagen, dass bei einem Grundrecht privates Gewinnstreben absolut nichts verloren hat. Ich gebe dir Recht, das ist halt im Laufe der Jahre so passiert. Es müsste dir ja dann auch wehtun, dass es gerade eine sozialdemokratische Landesrätin damals war, die das Tor für die privaten, gewinnorientierten Heimbetreiber aufgemacht hat. Das ist eben jetzt so, aber man kann natürlich einen Weg zurückgehen, wo man sagt, dass man es nicht mehr so in diese Richtung haben will und da versucht man einen anderen Weg einzuschlagen. Ich erwarte mir oder ich bin schon gespannt auf das Ende der Verhandlungen des zuständigen Landesrates mit den Trägern, mit der Gewerkschaft, mit den BerufsgruppenvertreterInnen und wir hoffen natürlich auf ein Ergebnis, wo die jetzt von mir eingangs erwähnten Punkte wirklich im Fokus stehen. Wir werden darüber spätestens im nächsten Jahr diskutieren, nehme ich an, wenn das neue Verrechnungsmodell oder Kostenmodell auch bekannt ist. Heute geht es um einen anderen Bereich, geht um eine andere wichtige Säule im Bereich der Pflege und Betreuung, nämlich um den Bedarfs- und Entwicklungsplan. Ich brauche überhaupt keine Zahlen mehr nennen, die wurden alle schon gesagt. Wir werden dieser Vorlage unsere Zustimmung geben, weil wir anerkennen, dass oft eingemahnte Schwerpunkte, wie z. B. das viel zitierte „mobil vor stationär“ oder auch dieses oft geforderte Case- and Care-Management hier wirklich festgeschrieben wurde. Es geht für uns also in die richtige Richtung, auch wenn noch viele Fragen offen sind. Ich darf für uns ein paar wichtige Punkte herausgreifen, nämlich noch einmal zum Personal.

Ich habe das auch im zuständigen Ausschuss schon angemerkt. Wir wissen es jetzt seit 2013, da hat der Rechnungshof eben kritisiert, dass das künftig erforderliche Personal nicht beziffert wird. Es steht auch jetzt im Plan nur drinnen, dass der personelle Zusatzbedarf deutlich zunehmen wird und auf mein Nachfragen hin hat der Herr Landesrat eben geantwortet: „Eine genaue Feststellung kann nach Abschluss der Verhandlungen mit den Trägern passieren.“ Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass wir sicher ein Auge darauf haben werden, wie man mit den Beschäftigten auch umgeht. Gerade im Gesundheits- und Pflegebereich wissen wir, dass die Burnout-Raten ständig zunehmen. Wir müssen dem entgegenwirken und das kann nur gehen, in dem wir entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen, in dem wir versuchen, die Rahmenbedingungen so gut wie möglich für die Beschäftigten zu machen, und es kann dem natürlich auch oder es soll dem natürlich auch mit adäquater Bezahlung entgegengewirkt werden. Ich möchte da jetzt nicht näher darauf eingehen, Sie wissen ja alle wovon ich spreche. Zum zweiten Punkt „mobil vor stationär“, also allen, die sich mit der Pflege thematik auseinandersetzen wissen – irgendjemand vor mir hat es schon gesagt, ich glaube es war die Barbara Riener – dass die meisten Menschen natürlich, nicht alle, aber die meisten, so lange wie möglich innerhalb der eigenen vier Wände gepflegt werden möchten. Unserer Meinung nach muss die mobile Pflege vor allem eins: Sie muss für alle, die sie brauchen, leistbar sein. Die Erfahrungen zeigen leider, dass Betroffene mit geringem Einkommen oft in die stationäre Pflege gehen müssen, weil es für sie anders finanziell nicht möglich ist. Die Stadt Graz geht da mit einem sehr guten Beispiel voran und leistet Ausgleichszahlungen an die Träger, damit die Art der Pflege nicht vom Inhalt der Geldtasche abhängig ist. Und unserer Meinung nach ist das auch durchaus eine Variante, die sich das Land Steiermark leisten sollte. Wir werden auch dementsprechend Anträge einbringen, wenn es soweit ist, weil es uns zielführend erscheint und wie gesagt, irgendjemand hat heute bei der Budgetrede gesagt - ich glaube, das war der Kollege Klubobmann Schwarz - dass es eben um eine Gleichberechtigung geht und um eine Gerechtigkeit für alle Steirer und Steirerinnen, und da muss man gerade im Pflegebereich darauf schauen.

Letzter Punkt, Case- and Care-Management: Sandra Krautwaschl hat das Thema Bewilligungsverfahren angesprochen.

Da war mir zumindest nach der Beantwortung von Herrn Landesrat im Ausschuss klar, dass das sehr wohl so gedacht ist, dass dieses Case- and Care-Management allen Steirern und Steirerinnen ohne Ausnahme in gleicher Form zugutekommen soll, wenn dieser Handlungsansatz - ich weiß ja gar nicht, ob alle wissen, was das so genau ist. Wir werfen mit dem Wort oder mit diesem Begriff immer so durch die Gegend. Es geht sozusagen um ein maßgeschneidertes Versorgungspaket für den Patienten/Patientin, und dass das natürlich zu begrüßen ist, steht außer Frage. Das wissen auch alle Experten und Expertinnen, dass das notwendig ist. Und dass gerade diese spezielle Art der Betreuung und Versorgung eben für alle Steirerinnen und Steirer zugänglich sein muss, stelle ich hier jetzt noch einmal fest. Ich bin froh, dass es dieses grundsätzliche Bekenntnis in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan gibt, auch wenn hier noch Fragen offen sind, die sich wahrscheinlich aber auch erst vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt beantworten lassen. Ich denke, es wird generell notwendig sein sich anzuschauen, wie dieser Plan, wie dieses Konzept in der Praxis funktioniert und zwar jetzt nicht nur im Case- and Care-Management, sondern wirklich generell bei allen Überlegungen. Was ich nicht haben möchte, ist, dass es so passiert wie bei dem regionalen Strukturplan Gesundheit. Da wurde ein Plan gemacht und dann ist man nicht mehr davon abgewichen. Egal was links und rechts passiert ist, und auch wenn man gesehen hat, dass das jetzt eigentlich nicht so ist, wie wir uns das gedacht haben, dass es sein wird. Da hat man stur daran festgehalten. Also, ich wünsche mir, dass man, wenn man jetzt diesen Entwicklungsplan vor sich liegen hat, dass man dann auch wirklich nach einer gewissen Zeit schaut und sagt: „Okay, da haben wir uns verschätzt oder das läuft jetzt in eine andere Richtung“, das kann man auch durchaus revidieren, und es ist kein Zeichen von Schwäche auch einzugestehen, dass man sich vielleicht jetzt anders orientieren muss, weil die Erfahrungen anderes zeigen.

Zum Entschließungsantrag der Grünen: Wir werden dem unsere Zustimmung geben. Viele Dinge sind ja in Ansätzen eh schon im Plan integriert, aber da geht es halt um eine genauere Feststellung. Wir werden dem zustimmen.

Ich möchte am Schluss noch etwas erwähnen, weil das gerne so dargestellt wird: „Ja, die KPÖ, die will immer nur, dass alles bezahlt wird, und die haben ja keine Ahnung, wo sollen wir das hernehmen“.

Ich möchte eine ehemalige Landtagspräsidentin, nämlich Barbara Gross, die ich sehr schätze, zitieren, die in einer Ausgabe einer Zeitschrift der Volkshilfe, wo sie ja jetzt auch Präsidentin ist, gesagt hat: „In Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, darf die Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit von Menschen kein individuelles Risiko sein. Allen Menschen muss ausreichend Hilfe und Betreuung durch staatliche und solidarische Leistung finanziert werden.“ Das kann ich nur unterstreichen. Und Herr Landesrat Drexler, ich würde Ihnen nicht empfehlen im nächsten Leben weibliche Oppositionspolitikerin zu werden. Sie glauben nicht, was Sie da alles zu tragen haben. Aber, Sie müssen ja gar nicht auf ein nächstes Leben warten, Sie können ja auch jetzt schon im Sinne weiblicher Oppositionspolitikerinnen handeln. Wir bringen ja immer wieder gute Vorschläge ein und, wie gesagt, ein Wunsch, den ich hier zum Abschluss noch einmal deponiere, ist: Wenn man diesen Plan hat und drauf kommt, dass da etwas in die andere Richtung läuft und die Opposition z. B. hergeht und sagt: „Da hätten wir jetzt aber eine gute Idee, wie man das ändern könnte“, dann könnten Sie schon wie eine weibliche Oppositionspolitikerin handeln und dem die Zustimmung geben bzw. eine dementsprechende Vorlage an den Landtag geben.

In diesem Sinne, wie gesagt, werden wir dem zustimmen. Es geht in die richtige Richtung. Wir werden durchaus sehr kritisch dabei bleiben und beobachten und unsere Vorschläge weiter einbringen, und ich hoffe, dass wir damit auf einen guten Weg sind. Danke schön.
(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 15.37 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Noch einmal zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Riener.

LTAbg. Riener - ÖVP (15.38 Uhr): Danke, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder!

Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet aus dem Grund, weil jetzt der Entschließungsantrag eingebracht ist, und ich möchte kurz dazu Stellung nehmen. Aber vorab möchte ich auch ein paar Bemerkungen - sind ganz kurze Bemerkungen - zur Kollegin Sandra Krautwaschl machen und zur Claudia Klimt-Weithaler. Claudia, ich habe ausgeführt, es gibt ja im BEP ein Umsetzungsmonitoring, und insofern ist deine Furcht unbegründet, dass man sozusagen sagt, dass man nichts eingesteht. Weil das sind dann die Erfahrungswerte, die in die Planung sofort in den nächsten Umsetzungsschritten erfolgen soll. So lese ich das zumindest heraus, und ich nehme auch an, dass es so kommen wird.

Zu den Bewilligungsverfahren bzw. zur Diskussion Case- and Care-Management – niederschwellige Angebote. Bei den niederschweligen Angeboten bin ich mir nicht immer so sicher, ob wir alle vom Gleichen reden. Aber ich versuche jetzt einmal zu interpretieren, was du gemeint hast, Sandra. Ich glaube, du meinst einen einfachen Zugang zu haben für die Menschen, einen Überblick zu haben: Was gibt es in meiner Region, was kann ich da in Anspruch nehmen? Und das sollte eigentlich das Case- and Care-Management leisten. So steht es drinnen. Ich glaube aber, dass es aber sehr wohl Bewilligungsverfahren geben muss in einer einfach strukturierten Form, weil letztendlich haben wir auch die Verantwortung von Steuergeldern, die eingesetzt werden. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es doch viele Menschen gibt, die z. B. ohne dass sie Pflegegeld beziehen, auch Leistungen in Anspruch nehmen, sind somit Selbstzahler. Wir aber unterstützen immer wieder Organisationen und Träger, wenn sie Leistungen anbieten. Das heißt, wir haben es zu beobachten, wo der Bedarf da ist. Aus der Kinder- und Jugendhilfe, dort wurde das als Beispiel für Case- und Card-Management auch im BEP angesprochen, wissen wir, dass es um eine Planung einer passgenauen Hilfe geht. Das heißt, ich unterstütze den Betroffenen und deren Angehörigen und sage: „Was wäre in ihrem Fall sinnvoll und das bekommt ihr dort und dort und dafür würde die öffentliche Hand zahlen“. In diesem Sinne glaube ich schon, dass es eine gewisse Form von Bewilligung geben muss. Ich bin bei dir, es muss nicht überbürokratisiert werden, das ist mir auch ein großes Anliegen, aber dann müssen wir auch in der Gesetzeswerdung darauf achten, dass wir es nicht so kompliziert machen. Bezüglich der Umsetzung möchte ich noch sagen: Einfach etwas von anderen Ländern zu nehmen und eins zu eins dann in der Steiermark aufzupropfen, ist oft keine gute Lösung. Es kann eine gute Lösung in dem Herkunftsland sein, aber bei uns muss die Situation in der Steiermark betrachtet werden, welche Ausgangslage wir haben, und erst Lösungen im Kontext eingebettet sind gute Lösungen. Weil das heute schon gesagt worden ist zum Entschließungsantrag von euch, Sandra, möchte ich sagen, dass wir bei der punktuellen Abstimmung mitgehen bis auf den Punkt 4. Weil, es wurde mir auch mitgeteilt, dass beim Punkt 4 noch über GGZ überprüft wird, in welcher Form wir genau das, was wir in der Steiermark brauchen, funktioniert. Und ich möchte nicht haben, dass man einfach sagt, dass das irgendwo definiert ist und deswegen nehmen wir das einfach. Sondern ich möchte haben, dass wir in der Steiermark ein gutes passgenaues System für gute Lösungen haben. Und wenn das noch überprüft wird, dann kann ich mich nicht jetzt festlegen und deswegen wird meine Fraktion diesem Punkt 4 nicht zustimmen.

Alles in allem, liebe Claudia, ich freue mich auf einen Prozess, den wir angehen in der Pflege, nämlich das nächste wird sein, dass wir die gesetzlichen Grundlagen in dem Haus diskutieren werden, und ich glaube, dass wir da sehr intensiv diskutieren werden und dass wir dann rasch in Umsetzung kommen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.42 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Letzter zu Wort gemeldet in dieser Debatte ist Herr Landesrat Drexler.

Landesrat Mag. Drexler - ÖVP (15.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Also, zu allererst darf ich Ihnen sagen, die Kolleginnen haben mich überzeugt, das mit der oppositionellen Transgender-Reinkarnation werde ich mir noch gut überlegen und insofern kann ich Ihnen auch versichern, mir bereitet die Tätigkeit in diesem Ressort viel Freude. Ich habe zumindest eine ganze Legislaturperiode lang so eine Art quasi Oppositionspolitik durchleben dürfen und insofern kann ich Ihnen sagen und gebe Ihnen recht, liebe Kolleginnen - beides probiert - konstruktive Regierungsarbeit ist natürlich die eigentliche Königsklasse, wenn man so will, in unserem Gewerbe. Insofern darf ich den beiden Kolleginnen, die das angesprochen haben, sagen: Jawohl, nehme Ihren Hinweise zur Kenntnis. Nehme auch den Hinweis der Kollegin Klimt-Weithaler gerne zur Kenntnis, nämlich dass man sich ja darin versuchen könnte, insbesondere die Vorschläge, wie ich hoffe, nicht nur der weiblichen Oppositionspolitikerinnen - da wäre ja der Kollege Schönleitner, der Kollege Dr. Murgg diskriminiert, und erst recht auch die Freiheitliche Fraktion. Insofern werde ich mich natürlich immer darum bemühen, gute und finanzierbare Vorschläge der Opposition in unser politisches Handlungsspektrum aufzunehmen. Da halte ich es wie die Kollegin Schartel es gesagt hat - sie tun die Anträge nur nach dem Inhalt beurteilen - an sich eine Selbstverständlichkeit, und ich werde mich dieser Selbstverständlichkeit auch bedienen und werde da wirklich auch gerne alle Vorschläge aus den Reihen der Opposition – männlich/weiblich – unabhängig davon gerne in mein Handeln aufnehmen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum eigentlichen Thema. Ich möchte mich für die konstruktive Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt außerordentlich bedanken und auch für die breite Zustimmung, die der konkret vorliegende Bedarfs- und Entwicklungsplan Pflege zu genießen scheint. Was sich auch für die Abstimmung abzeichnet dann.

Darüber bin ich deswegen sehr froh, weil ich in diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan so etwas sehe, wie den ersten Baustein der „Baustelle Pflege“ in der Steiermark in Ordnung zu bringen. Sie haben ja Recht, wenn Sie auf den Landesrechnungshofbericht vom vergangenen Jahr verweisen und darauf hinweisen, dass dort vieles kritisiert worden ist. Erstens die mangelnde Bedarfs- und Entwicklungsplanung, das derzeit vollzogene Normkostenmodell in der Verrechnung, viele andere Dinge auch noch. Wir machen uns halt daran, Punkt für Punkt irgendwie diese Problembereiche einer besseren Lösung jeweils zuzuführen. Ich möchte eines sagen, damit wir nämlich in der Debatte nicht eine falsche Schlagseite bekommen: Auch wenn ich gelegentlich sage, dass ist die größte Baustelle, die ich in diesem Ressort übernommen habe, dann darf das in eine Richtung nicht missverstanden werden. Ich habe in den letzten eineinhalb Jahren, glaube ich, sehr, sehr viele Pflegeheime besucht und sehr, sehr viele Gespräche geführt mit Verantwortlichen dort vor Ort, Beschäftigten, mit Angehörigen, mit pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohnern. Grosso modo, und Ausnahmen bestätigen selbstverständlich die Regeln, aber grosso modo muss man festhalten, dass wir eine exzellente Qualität bei den dargebrachten Dienstleistungen haben, und dass wir Gott sei Dank feststellen, dass der überwiegende Löwenanteil der Bewohnerinnen und Bewohner in steirischen Pflegeheimen eine exzellente Pflege und exzellente Bedingungen genießen. Das ist wichtig festzuhalten, weil man über organisatorische Schwächen, über Planungsschwächen und über Schwächen in der Verrechnung und Schwächen dort und Schwächen da nicht vergessen darf, dass 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag, insbesondere von den Beschäftigten, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Pflegeheimen exzellente Arbeit geleistet wird, Dienst am Menschen im besten Wortsinn geleistet wird. Und dafür kann auch von dieser Stelle, und ich hoffe namens des gesamten Hauses, auch ein recht herzliches Dankeschön allen - Kollege Zenz hat es zu Recht gesagt, meist sehr belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen)* Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte ist der: Es ist das Thema „Finanzierung“ bei einzelnen Wortmeldungen gekommen. Es ist auch im Entschließungsantrag zu sehen und in einzelnen Wortmeldungen auch das zweite große Thema angesprochen worden: „Verhandlungen mit den Pflegeheimbetreibern – neues Verrechnungsmodell“. Schauen Sie, irgendwer hat gefragt, warum das so lange dauert.

Ja bitte, hier würde ich wirklich jeden und jede einladen, mir das Patentrezept für die Dynamisierung in diesem Verhandlungsprozess zu empfehlen, weil ich darf Ihnen eines sagen: Sie dürfen nicht vergessen, Pflegeheimbetreiber und Land Steiermark, sind vor eineinhalb Jahren einander noch vor Gericht begegnet - streitig wohl gemerkt, nicht Schulter an Schulter. Heute kann ich Ihnen berichtet, dass wir seit mehr als einem Jahr außerordentlich konstruktive Verhandlungen führen, viele Dinge außer Streit stellen konnten, erstmals so etwas wie eine Volldatenerhebung der betriebswirtschaftlichen Daten der Pflegeheimbetreiber und der einzelnen Pflegeheime durchgeführt haben und auch tatsächlich bekommen haben. Da ist wirklich einiges im Gange. Dennoch würde ich mich heute noch nicht dazu versteigen wollen, Ihnen sagen zu können: Wir sind fix und fertig, wir werden in den nächsten Wochen hier das perfekte Ergebnis haben mit 01.01.2016, da fangen wir an mit dem neuen Verrechnungsmodell. Das würde ich mich nicht getrauen zu sagen, warum? Weil es immer noch Firnisse gibt und weil wir selbstverständlich jetzt in der Phase sind, wo wir zu des Pudels Kern kommen in den Verhandlungen. Bitte das nicht zu buchstäblich faustisch zu sehen, dann wäre es nämlich ein echtes Problem, sondern eher in einem übertragenen Sinne. Warum? Weil es natürlich gegen Ende hin darum geht, Parameter zu bewerten, Parameter mit Zahlen zu befüllen, Optimierungsaufgaben hüben wie drüben, und das heißt, wir sind in einer entscheidenden Phase dieser Verhandlungen, ich bin noch immer guter Dinge, dass sie gelingen werden. Aber ich bitte Sie auch ... warum erzähle ich Ihnen nicht von jeder einzelnen Verhandlungsrunde oder warum erzähle ich es nicht der Zeitung jede einzelne Verhandlungsrunde? Wissen Sie was? Weil ich mich - und das mag anachronistisch sein, das mag nicht allen neuesten Standards von Transparenz und Good Governments, Best Governments, New Governments, was weiß ich was, entsprechen - ich bekenne mich in diesem Fall zu guten alten Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und wissen Sie warum? Weil ich Ergebnisse haben will. Ich habe nicht unbedingt bei Verhandlungen ein Ergebnis, wenn ich jeden Verhandlungsschritt über die Zeitung mit dem Verhandlungsgegenüber kommuniziere. Das ist Sinn und Zweck dieser Überlegung und deswegen habe ich das ganz zu Beginn auch mit den Vertreterinnen und Vertretern des Bündnis Pflege - da kann ich jetzt nur auf das sprachliche Geschlecht gehen, die Volkshilfe, denn ansonsten wären es lauter Männer im Übrigen – vereinbart, dass wir diese Verhandlungen im „stillen Kämmerlein“ sozusagen führen und wirklich erst an die Öffentlichkeit gehen, wenn wir ein Ergebnis oder kein Ergebnis haben, das dazu.

Ziel bleibt es, zügig in den nächsten Wochen fertig zu werden. Ich werde Sie aber zumindest über den Verlauf der Verhandlungen soweit immer gerne unterrichten, dass ich Ihnen sage, ob wir fertig werden oder nicht fertig werden. Ziel ist es im nächsten Jahr ein neues Verrechnungsmodell zu implementieren. Ich möchte allen, die glaube, da werden wir uns weiß Gott was einsparen, diese Hoffnung langsam aber sicher rauben, weil, wenn Sie mehr Personal einfordern, wenn Sie alle möglichen sonstigen Umstände einfordern, dann kann ich Ihnen heute schon garantieren, dass wir dort nicht die großen Einsparungen erzielen werden. Wenn wir einigermaßen stabil in diesem Bereich bleiben, ist das schon ein großer Erfolg. Ich möchte in dem Zusammenhang auch - weil es ein bisschen angeklungen ist heute - sagen, ich möchte gar nicht herum und ausspielend differenzieren zwischen den öffentlichen Pflegeheimen, im Sinne von der öffentlichen Hand betriebenen, also insbesondere von Sozialhilfeverbänden, von privaten gemeinnützigen Pflegeheimbetreibern und privat gewerblichen Pflegeheimbetreibern. Ich möchte da gar nicht diese drei Gruppen und diese drei Säulen gegeneinander ausspielen. Wir brauchen alle drei Säulen, sonst können wir das, was wir an Versorgungsleistung in der Steiermark zu erbringen haben, für die pflegebedürftigen Steirerinnen und Steirer nicht bewerkstelligen. Das ist ein Faktum. Wir haben ca. zwei Drittel private gewerbliche Pflegeheimbetreiber ... (*LTA*bg. Schönleitner: „Das ist die Folge der verfehlten Politik!“) ... schauen Sie, Herr Kollege Schönleitner, dass Sie heute die Arbeit der Kommunisten machen, interessiert mich jetzt langsam, wie Sie sich da jetzt austauschen. Ich sage Ihnen Folgendes: Ich muss in diesem Fall mit Robert Lichal sprechen, das ist die normative Kraft des Faktischen. Also, wenn ich zwei Drittel der Pflegeheimbetten in privat gewerblicher Betreiberhand habe, dann kann ich das nicht von heute auf morgen ausknipsten und ich kann Ihnen auch sagen, dass es gar nicht schlecht ist. Die leisten ja exzellente Arbeit. Deswegen habe ich Ihnen ja gesagt, Sie können in allen Bereichen gute und schlechte Heime erleben, das garantiere ich Ihnen. Sie können in allen Bereichen schöne und weniger schöne Heime erleben und Sie können in allen Bereichen engagierte und weniger engagierte Hauptverantwortliche kennenlernen. Also, ich lasse das nicht auseinanderdifferenzieren. Ich möchte sicherstellen, dass wir insgesamt eine gute Versorgung haben. Eines, Kollege Schönleitner, können Sie aber sicher sein: Ich will mich von keiner der drei Kategorien als Land übervorteilen lassen. Und a priori ist auch keine der drei Kategorien über jeden Verdacht erhaben, das Land übervorteilen zu wollen.

Das ist ja auch gar keine Frage, wie im Übrigen auch das Land über den Verdacht erhoben ist, die andere Seite übervorteilen zu wollen. Das ist einmal so bei unterschiedlichen Interessen und wenn es um viel Geld geht. Letztlich geht es ja in der Steiermark, wenn man den Landeshaushalt 2016 anschaut, in diesem Bereich netto um 244 Millionen Euro, also plus 40 %, was die Gemeinden zahlen. Da haben wir dann eine schöne Dimension jenseits der 400 Millionen Euro, was hier insgesamt im Land Steiermark, rein in dem stationären Bereich, bewegt wird.

Daher auch, meine Damen und Herren, und da würde ich mir dann - wenn ich mir das erlauben darf, und ohne die Gewaltenteilung strapazieren zu wollen, aber das wäre einmal eine Idee für einen Entschließungsantrag im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt - dann im Dezember wünschen, dass man entschieden gemeinsam an den Bund herantritt. Es soll ja die Pflegefinanzierung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen thematisiert werden, und wir haben noch immer überhaupt keine Ahnung, wie es mit dem Bundespflegefonds nach 2018 weitergeht. Hier braucht es ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen des Landes Steiermark, wenn wir all das, von dem wir reden, auch in Hinkunft finanzieren wollen und gleichzeitig ein Budget haben wollen, von Ausgaben und Einnahmen in die Nähe kommen. Eine gerade flehende Bitte von der Regierungsbank, dass wir da hier ein gemeinsames Vorgehen haben.

Zurück zum Bedarfs- und Entwicklungsplan: Die Zahlen sind genannt, ich brauche die nicht wiederholen. Eindrucksvolle Zahlen, insgesamt ein eindrucksvolles Werk. Recht herzlichen Dank an alle, die mitgewirkt haben, aus dem Bereich unserer Partnerinnen und Partner im System, aus dem wissenschaftlichen Bereich, gutachterlich tätigen Bereich, Joanneum Research, alle Interessensvertretungen, die - wie heißt es so schön - im Stück, in Feedbackschleifen miteingebaut worden sind. Also, die sprachliche Eleganz, die dem Land manchmal in legistischer Hinsicht fehlt, wird dafür in diesen Begriffskreationen nachgeholt und überkompensiert, wie man fast sagen könnte. Auch für diese Feedbackschleifen recht herzlichen Dank. Diese haben zu diesem Papier geführt und das ist völlig klar. Die Zahl der pflegebedürftigen Steirerinnen und Steirer wächst bis 2025 auf über 93.000, so die Prognose in diesem Papier. Wir wollen das bewerkstelligen ohne ein einziges zusätzliches Bett in der stationären Langzeitpflege. Wenn ich sage, ohne ein einziges zusätzliches Bett, muss ich präzisieren, ohne ein einziges sozialhilfe-alimentiertes zusätzliches Bett.

Weil wenn irgendjemand herkommt und sagt, dass er ein Pflegeheim bauen will, nur für Selbstzahler, dann kann er das jederzeit bauen – feel free. Die Bestimmungen des Pflegeheimgesetzes muss er erfüllen und ansonsten wünsche ich viel Erfolg und ein schönes Leben damit, aber sozialhilfe-alimentierte stationäre Langzeitpflege – kein einziges Bett in den nächsten zehn Jahren zusätzlich. Das ist für mich ein eherner Grundsatz und da beißen sich auch all jene die Zähne aus, die jetzt dann wieder zu mir kommen wollen, weil sie das nicht einsehen. Das können wir nicht machen, wir haben eine Überkapazität in dem Bereich, auch wenn jemand wo abgesiedelt ist aus einer Gemeinde und die Gemeinde sagt, dass sie jetzt doch wieder ein Heim braucht. Leider, kann mich jederzeit freundlich auf einen Kaffee treffen, aber keinerlei Zusagen tätigen, wo immer her auch die Wünsche kommen. Wenn wir also bei gleichbleibender Anzahl der stationären Langzeitpflegebetten einen Anstieg von ca. 15.000 Pflegebedürftigen in der Steiermark gewärtigen müssen, geht das nur, wenn wir die anderen Bereiche verstärken, die anderen Bereiche, wo wir in der Steiermark schwach sind im Vergleich zu anderen Bundesländer. Das heißt, als Eingangsvoraussetzung Case- and Care-Management, heute mehrfach angesprochen worden. Schaut's, den 4. Punkt von dem Entschließungsantrag, irgendwelche Definitionen von irgendwelchen Gruppen – alles sehr schön und richtig und wichtig. Ich glaube, bei Case- and Care-Management, wissen wir, im Unterschied zu den Gesundheitszentren vor zwei Legislaturperioden, relativ gut müsste man meinen. Case Management heißt für mich zu allererst das Schaffen eines Beratungsangebots, das das individuelle, passgenaue Angebot formuliert. Weil der Betroffene, seine Angehörigen usw. nicht wissen, was sie brauchen, was es alles gibt, was vielleicht möglich wäre, was mit kleinen Anpassungen möglich wäre. Sondern da wird viel zu oft und zu leicht gesagt: „Na um Gottes Willen, jetzt muss der halt ins Pflegeheim“, obwohl er gar nicht muss, er oder sie. Daher, das ist die individuelle Ebene. Care-Management spricht natürlich sozusagen die strukturelle allgemeinere Ebene an, wie passgenau sind auch die Angebote, die vorgehalten werden, auch in der regionalen Umstimmung. Also, das ist schon einigermaßen klar was wir da wollen und wer es studieren will, dem empfehle ich wirklich den Blick nach Vorarlberg, wo das meines Erachtens, beinahe idealtypisch umgesetzt worden ist, natürlich immer mit irgendwelchen „Ländle-Eigenheiten“, aber das würden die über uns auch sagen, dass wir halt irgendwelche „Steiermark-Herz-Eigenheiten“ haben.

Aber dem Grunde nach, das Vorarlberger Modell scheint mir hier als Richtschnur, als Benchmark, als Best-practice-Beispiel oder, wie immer das gerade im aktuellen „Politiksprech“ zu bezeichnen gepflegt wird.

Zweiter Punkt, mobile Dienste, Ausbau und Attraktivierung der Tarife: Warum? Weil man für alles, was ich jetzt weiterhin sagen werde, immer diese mobilen Dienste brauchen werden. Was sage ich weiterhin? Tageszentren – schwach sind wir in der Steiermark. Zweitens, alternative Wohnformen, da ist auch mehr drinnen, als das was wir in den Richtlinien als das betreute Wohnen derzeit pilothaft formuliert haben. Diese Bereiche muss man sich irgendwie wie kommunizierende Gefäße vorstellen. Umso mehr uns dort gelingt, in den zuletzt genannten Bereichen, um so eher können wir den stationären Bereich nachhaltig entlasten und mithin wahrscheinlich auch, was die Kosten betrifft, insgesamt optimieren.

So soll sich das ungefähr ausgehen. Im Übrigen haben wir auch gesagt, wir haben budgetäre Rahmenbedingungen. Ich habe das heute Vormittag sehr originell gefunden, dass der Kollege Schönleitner erklärt hat, wie furchtbar es ist, dass wir die moderate Neuverschuldung machen und bei anderer Gelegenheit dann 47.000 Ideen hat, was man alles noch machen kann – aber passt schon. Das ist ja eben das Privileg der Opposition und insofern möchte ich eines einschränkend sagen: Wissen Sie, mit vielleicht irgendwann einmal tatsächlich vorhanden gewesenen Überzahlungen auf Grund des Normkostenmodells tun wir die quantitativ nicht überbewerten. Damit können wir und hätten wir den Haushalt nie sanieren können. Ich glaube, es ist aktuell, auf Grund der zurückhaltenden Valorisierungspraxis in der letzten Legislaturperiode, weitgehend aufgezehrt. Weil wissen Sie, das Bild ist so witzig: Wenn es so wäre, dass die alle weiß Gott was für Gewinne mache, dann müsste es ja den Gemeinnützigen super gehen. Weil der Gemeinnützigste könnte dann den Gewinn in Qualität investieren und es müsste dem eigentlich super gehen. Und wenn ich mit den Verantwortlichen der Gemeinnützigen spreche, nehme ich das aber nicht wahr. Und insofern muss man immer schauen, dass man das Bild versucht, in ein ausgewogenes Bild zu bringen. Aber, wie gesagt, bei der Spezialdiskussion waren wir eigentlich schon. Insgesamt, glaube ich, dass mit dem Bedarfs- und Entwicklungsplan eine gute Richtschnur vorliegt und wir uns bemühen werden, das konkrete politische Handeln, an diese Richtschnur anzupassen im Rahmen der budgetären Möglichkeiten. Das ist heute eh angesprochen worden, dass das auch hier einführend irgendwo in dem Stück drinnen steht.

Da dürfen Sie mir halt nicht böse sein, wenn die aktuellen budgetären Rahmenbedingungen irgendeine Facette dieser Umsetzung des Plans, allenfalls auch erst einmal ein Jahr später oder irgendetwas in Stufen und Etappen ermöglicht, dann ist das halt auch dem politischen Realismus und Pragmatismus geschuldet, ohne dass ich Ihnen so etwas schon konkret voraussagen könnte. Ich bitte das nur abstrakt zu verstehen, dass es möglicherweise solche Situationen geben kann. Insgesamt bedanke ich mich für die breite Zustimmung und bin sehr froh, dass wir mithin einmal den ersten großen Baustein auch in der Bewältigung des seinerzeitigen Landesrechnungshofberichts unter Dach und Fach bringen können. In diesem Sinne, recht herzlichen Dank, insbesondere für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.04 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 235/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 235/3, und zwar, hier kommen wir jetzt zu einer punktuellen Abstimmung, die also dem

Punkt 1, betreffend Stand der Verhandlungen die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich sehe die einstimmige Annahme beim Punkt 1.

Punkt 2, betreffend Abschluss der Verhandlungen. Zeichen mit der Hand.

Das ist auch die einstimmige Annahme.

Punkt 3, betreffend Case- und Care-Management. Gegenprobe, bitte!

Das ist die Annahme gegen die Stimmen der FPÖ.

Punkt 4, betreffend Case- und Care entsprechend ÖGCC-Definition. Gegenprobe!

Das ist die Ablehnung mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ.

Betreffend Punkt 5, der niederschwellige Zugang zu Case- und Care-Management.

Das ist wiederum die einstimmige Annahme.

Wir kommen damit zur Behandlung der Dringlichen Anfrage, die am 15. Oktober um 07.48 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eingebracht wurde an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer betreffend Finanzskandal in Hart bei Graz.

Ich erteile Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Mario Kunasek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTabg. Kunasek – FPÖ (16.06 Uhr): Danke, Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Unsere Dringliche Anfrage geht um ein heißes Thema, nämlich ein Thema, das heute schon angesprochen wurde vom Kollegen Hofer, nämlich um den - ich zitiere: „Verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld“. Und jetzt mag es schon sein, dass der Kollege Hofer - nicht zuletzt deshalb, weil er mit den Freiheitlichen gemeinsam in einer Koalition in seiner Gemeinde ist - diesen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld lebt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt auch andere Gemeinden, wie wir wissen, die diesen verantwortungsvollen Umgang eben in der Vergangenheit nicht gelebt haben. Ich denke, dass es gut war, dass wir am 07. Juli heuer hier im Landtag auch den Beschluss gefasst haben, dass der Rechnungshof die Gebarung der Gemeinde Hart bei Graz entsprechend überprüft und dass wir damit auch als Abgeordnete ein klares Zeichen dafür gesetzt haben, dass uns Transparenz und Aufklärung entsprechend wichtig ist. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist auch klar: Die politische Verantwortung wird der Rechnungshof nicht überprüfen, das wird auch in Zukunft Aufgabe eben auch des Landtages sein, auch Aufgabe der entsprechenden Aufsichtsbehörden sein und auch Aufgabe der Landesregierung sein.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zurück: Hart bei Graz, wir können uns erinnern, ist seit - und so wissen wir das jetzt seit einigen Tagen auch aus dem Bericht der Fachabteilung 7 - seit dem Jahr 2006 de facto zahlungsunfähig. Das heißt, seit rund neun Jahren hat es dort in dieser Gemeinde Entwicklungen gegeben, wo alle – alle - politischen Verantwortungsträger, sowohl in der Gemeinde, als auch auf der Landesebene, offensichtlich entweder weggeschaut haben, Variante eins, oder Variante zwei, versagt haben, meine sehr geehrten Damen und, und ich glaube schon, dass wir hier auch in unserer Verantwortung das genauso ansprechen müssen. Und wenn wir Hart bei Graz uns jetzt näher einmal anschauen und ich habe auch im Juli gesagt: Wir alle kennen die Gemeinde noch vor 10, 15, 20 Jahren, dann hat sich dort ja einiges getan, sage ich jetzt einmal, gerade im Infrastrukturbereich auch, das sage ich auch als Bezirksparteiobmann des Bezirkes Graz-Umgebung, was Firmenansiedelungen betrifft. Aber wir haben natürlich schon auch - und ich sage es jetzt vorsichtig - das eine oder andere dort, was man als Prestigebau, ein bisschen als „Palazzo Protzo“ bezeichnen kann. Und wenn wir heute wissen, dass wir dort ein Sportzentrum mit Hallenbad haben, wenn wir wissen, dass wir dort einen Sportplatz haben, der beheizbar ist, da würden sich so manche oberklassige Vereine das nur wünschen, wenn man auch im Winter Fußball spielen kann, wenn wir dort zwei Eishallen dafür hat, wo man Eishockeysport und sonstige Wintersportaktivitäten ausüben kann und aber auch wissen, dass wir 14 - 14 - Veranstaltungsräume in Hart bei Graz finden, wenn wir suchen würden, weil wahrscheinlich wissen das die Harter selber nicht, dass es 14 Veranstaltungsräume gibt, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass bei einer Gemeinde in der Größenordnung von Hart bei Graz wirklich 14 Veranstaltungsräumlichkeiten von Nöten sind. Ich sage nur: In meiner Heimatgemeinde, in der Marktgemeinde Gössendorf, haben wir kein einziges adäquates Platzerl, wo wir Veranstaltungen, wie eine Theateraufführung, machen können und seit Jahren versuchen wir eben, auch die entsprechenden Finanzierungen dafür sicherzustellen, in Hart hat man 14! Ich weiß, wo wir in Zukunft hingehen, Hart dürfte auch noch genug Möglichkeiten bieten für uns, Veranstaltungen durchzuführen. Aber jetzt kann man ja noch sagen: „Naja, das war eben die Entwicklung in der Gemeinde und das war eben alles in der Euphorie“, was dann aber schon bedenklich ist, dass das erstens einmal natürlich Steuergeld ist, was dort in den letzten Jahren auch in diese Prestigeprojekte geflossen und ist, und was auch natürlich bedenklich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es ja nicht erst seit dem Juli 2015 Zurufe gibt, auch Warnungen gibt, die auch öffentlich dargestellt worden sind.

Und ich habe ein paar Dinge mitgenommen - ich will sie jetzt nicht vorlesen - wo wir im Jahr 2012 hier im Haus, nämlich der damalige Gemeindegredher der FPÖ, der jetzige Bundesrat Samt, gesagt hat: „Hart bei Graz ist von einer ordentlichen Gebarung so weit weg, wie Nordkorea von der Demokratie“, Zitat Ende. Wo man gewusst hat, dass dubioseste Versuche auch vorhanden gewesen sind, diese Gemeindefinanzen in ein ordentliches Licht zu rücken, wo dubioseste Versuche unternommen worden sind seitens der SPÖ-Gemeindeführung, die Schulden in die nächste Generation oder auf die nächsten Generationen zu verlagern, Stichwort „Baurechtsvertrag mit dieser WT80“ - hat die, glaube ich, geheißten, diese Wiener Firma - die angeboten hat: „Wir kaufen euch die Grundstücke ab, und ihr mietet dann quasi wieder zurück“, um zwar schnell liquide zu werden, aber natürlich klarerweise die Schuldensituation auf die nächsten 10 bis 15 Jahre entsprechend auch auszulagern. Das heißt, man kann heute nicht so tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, als ob wir über dieses Thema Hart bei Graz und über diese finanzielle Situation dort zum ersten Mal sprechen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn wir jetzt auch diesen Bericht in den Händen halten - und ich glaube, die meisten werden ihn kennen - vom 30. September 2015, wo die Fachabteilung 7 hier wesentliche Dinge festgestellt hat, wie gesagt, die Verschleierung auch, die dort anscheinend System gehabt hat, wo man nicht, oder nicht vollzählig auch entsprechend Unterlagen vorgelegt hat, wo man dann erkennen muss, dass - und ich zitiere jetzt aus der Zusammenfassung nur heraus: „... die Aufsichtsbehörde feststellt, dass darüber hinaus die Gemeinde Hart bei Graz wesentliche genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte, nicht zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorgelegt mit dem Ziel, um die aufsichtsbehördliche Kontrolle zu unterbinden, und ausgehend von diesen genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften ist der Gemeinde Hart bei Graz wahrscheinlich ein erheblicher Schaden entstanden. Spätestens dann haben wir es aber schwarz auf weiß, dass es eben hier Missstände gibt. Jetzt sind wir froh, dass der Rechnungshof prüft, aber ich sage das jetzt noch einmal: Auch eine politische Verantwortung wurde gelebt. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass Hart bei Graz in den letzten Jahren, auch in der letzten Legislaturperiode, keine Bedarfszuweisungen bekommen hätte. Es ist ja auch nicht so, dass in Hart bei Graz nicht auch Rechtsgeschäfte abgeschlossen worden wären, die eben gemäß Gemeindeordnung auch bewilligungspflichtig sind, wo man jetzt seitens der Landesregierung hergehen kann, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer vor allen Dingen, und sagt: „Nein, wir haben davon nichts gewusst und wir wurden hier in die Irre geführt.“

Ich sage, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieser Bericht und auf den Inhalt bezogen sage ich, danke für den Bericht, jetzt wissen wir wenigstens, wie es aussieht, aber auf der anderen Seite kann man sagen, politisch gesehen auch ein Schutzbericht für die Landesregierung ist, weil man jetzt hier den Schwarzen Peter - den Schwarzen Peter - nur und ausschließlich der Gemeinde umhängt und selbst die Aufsichtsbehörde sagt, wir haben von dem ganzen nichts gewusst und wir wurden nicht informiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier gibt es auch wieder zwei Möglichkeiten, entweder a) handelt es sich um einen „Schutzbericht“, das ich jetzt nicht 100%ig verifizieren kann, oder aber, es wurde auch hier seitens der Aufsichtsbehörde in den letzten zumindest neun Jahren, wenn hier vom 2006er-Jahr auch entsprechend gesprochen wird, ganz einfach auch nicht ordentlich und gut gearbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich möchte jetzt auch nicht auf die Zahlen eingehen, die in diesem Bericht stehen, aber nur vielleicht zwei, für uns, glaube ich, ganz interessante und signifikante Zahlen ansprechen, nämlich die Entwicklung bei den Darlehen, wo wir von 2005 bis 2009 von 7,9 Millionen Euro auf 18,7 Millionen Euro eine Verdoppelung erkennen haben müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur von 2005 bis 2009 eine mehr als Verdoppelung und alle, die in der Gemeindepolitik auch tätig sind - wahrscheinlich auch der Bürgermeister Hofer wird das wissen - Leasingverpflichtungen im Jahr von 757.000 Euro zu bedienen gewesen wären, sage ich jetzt ganz bewusst: Wenn ich zahlungsunfähig bin, kann ich es ja ohnehin nicht mehr, 757.000 Euro zu bedienen sind, dann sind das schon, sage ich einmal, kommunalpolitisch Zahlen, wo bei allen auch verantwortungsvollen Politikern, auch Kommunalpolitikern, aber auch hier im Landhaus entsprechend die Alarmglocken schrillen hätten müssen bereits in der Vergangenheit. *(Beifall bei der FPÖ)* Es werden noch weitere unzählige Verfehlungen auch der Gemeindeverwaltung in diesem Bericht festgestellt und insgesamt kommt eben die Fachabteilung 7 zum Schluss, dass die finanzielle Situation - und das haben sie eh schon formuliert - die finanzielle Situation in Hart bei Graz auch in den nächsten Jahren mehr als angespannt sein wird. Ich kann nur sagen: Ich beneide den jetzigen Bürgermeister dort nicht, der jetzt dieses Chaos hier in diesem Bereich aufarbeiten muss und weiter wird festgestellt, dass die Gemeinde nicht mehr in der Lage sein wird, notwendige Investitionen oder auch nur Instandhaltungen, also jetzt nicht von einer weiteren Expansion quasi der Infrastruktur, sondern auch notwendige Investitionen und Instandhaltungen in ihren Pflichtausgabenbereichen wie Schule, Kindergarten, Feuerwehr, etc., eigenständig zu leisten.

Das heißt, ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hart bei Graz ist im jetzigen Moment so gut wie bankrott, ist auch zahlungsunfähig. Ich kann es nur noch einmal sagen: Ich kann festhalten, auch für unsere Fraktion - und ich habe mich auch in der Gemeinde bei unserer Freiheitlichen Partei dort erkundigt - dass alle Bemühungen jetzt ganz gut auch ausgerichtet daraufhin laufen, die Gemeindefinanzen wieder zu sanieren, wo man insgesamt der neuen Gemeindeführung natürlich alles Gute dabei wünschen kann, wo wir aber auch ganz genau jetzt schauen werden, ob nicht jetzt im Endeffekt dann wieder der Gemeindebürger und damit Steuerzahler doppelt zur Kasse gebeten wird, wenn dann Gebühren entsprechend erhöht werden und im Endeffekt dann wieder der Steuerzahler dann der ist, der dieses Schlamassel entsprechend ausbaden muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Was natürlich schon auch bemerkenswert ist, und das muss man auch ansprechen können, das ist jetzt nicht nur die politische Unfähigkeit, und anders kann man das wahrscheinlich nicht erklären oder bezeichnen, wenn ein Bürgermeister alles, was da an Warnungen kommt, ignoriert und vielleicht noch ganz bewusst entgegen den Warnungen noch andere Entwicklungen forciert, auch mit welcher Überheblichkeit noch immer auch vor, das war 2012, jetzt muss ich mir das herausuchen, was der Herr Vizebürgermeister da gesagt hat, der gemeint hat 2012, wie man eben auf dieses Baurechtsmodell hingewiesen hat in der Kleinen Zeitung dann, ich zitiere, meint: „Die Sorgen der Kritiker teilt er aber nicht, die Gemeinde boomt, 150 neue Wohnungen werden gebaut und es gibt Signale für 300 Beschäftigte zusätzlich“. Bischof weiter: „Hart dürfte bis zur Wahl 2015 mehr als 5000 Einwohner haben, d.h. steigende Einnahmen. Das heißt, er hat im Jahr 2012, am 12.04., seitens der Gemeindeführung noch überhaupt nicht angedacht, dass da irgendetwas in Schiefelage sein könnte, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegenteil, man ist dann hergegangen, nachdem die Landesregierung und die Aufsichtsbehörde eben diesen Baurechtsvertrag abgewiesen hat und nicht die Genehmigung erteilt hat, hat dann diesen Bescheid auch noch gerichtlich beeinsprucht, weil damit ja Schaden der Gemeinde entsteht, weil man jetzt nicht diesen Baurechtsvertrag umsetzen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da greift man sich wirklich nur mehr auf den Kopf, was dort in den letzten Jahren, und man kann schon bald sagen Jahrzehnten, entsprechend passiert ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hart bei Graz wird uns also - davon gehe ich einmal aus - auch in den nächsten Monaten, wahrscheinlich auch Jahren, noch weiter beschäftigen, aber die Frau Präsidentin hat ja nicht den vollen Titel unser Dringlichen Anfrage vorgelesen, weil sie hat ja nur gesagt, „Finanzskandal in Hart bei Graz“, er geht ja dann weiter, „... meldet SPÖ Steiermark nun

Patent auf Pleitegemeinden an“. Ich sage das deshalb jetzt ein bisschen auch bewusst, weil ja Hart bei Graz nicht die einzige Gemeinde ist, die in den letzten Jahren, was die Gemeindefinanzen betrifft und unter der Führung der SPÖ eben auch entsprechend gestanden sind, auffällig geworden sind. Ich will jetzt nicht alle aufzählen, weil Sie sie alle kennen, ob das jetzt Trieben ist, ob das Gratkorn ist, und viele andere Bereiche, wo man aber auch hier mit zwei, drei Zahlen nur festmachen kann, welcher, ich sage es ganz offen, Wahnsinn da teilweise passiert sein muss, wenn wir in sechs von der SPÖ geführten Gemeinden, nämlich Fohnsdorf, Gratkorn, Hart bei Graz, Pölfing-Brunn, Trieben und Zeltweg insgesamt 32.000 Einwohner vorfinden, insgesamt, und dort 210 Millionen Euro an kolportierten oder bereits festgestellten Schulden vorfinden, und das um ein Drittel auch mehr ist an Pro-Kopf Belastung als in allen anderen steirischen Gemeinden, dann sage ich: Ja, dann hat der Titel unserer Dringlichen Anfrage schon auch einen entsprechenden Wert und man kann hier ein entsprechendes Muster auch erkennen. Und ich bin auch wirklich froh, (*Beifall bei der FPÖ*) und das soll jetzt überhaupt keine, so quasi, Entschuldigung sein, die jetzt von der SPÖ in Richtung FPÖ kommt, dass wir das Steuergeld verschwenden, aber eines möchte ich festhalten: Ich bin froh, dass wir jetzt zumindest in der neuen Legislatur, zumindest jetzt in dieser neuen Periode in der Lage sind, eben einstimmige Beschlüsse zu treffen, was den Rechnungshof betrifft, und vielleicht - und jetzt bin ich ein bisschen ein Prophet - und vielleicht uns auch darauf einigen können, dass wir auch hier parlamentarisch Instrumente brauchen, vielleicht auch dauerhafte Instrumente brauchen, neben der Aufsichtsbehörde, auch parlamentarische Instrumente brauchen, um zukünftig solche Entwicklungen im Sinne der Steuerzahler auch entsprechend zu verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ*), und wir werden da sicherlich noch in den nächsten Monaten, wie gesagt, Einiges auch zu tun haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir zurück zu Hart bei Graz, das reicht für den heutigen Teil eh, was die Schuldenentwicklungen betrifft und wir kommen zur Dringlichen Anfrage. Ich möchte nur - das mache ich jetzt zum dritten Mal, glaube ich - noch einmal festhalten: Da müssen wir wirklich geschäftsordnungsmäßig daran arbeiten, weil jetzt kommen wieder 44, wahrscheinlich für die meisten Abgeordneten nicht so richtig „klasse“, interessante Fragen, aber zumindest für den Landeshauptmannstellvertreter sind sie dann zu beantworten, wo ich sage, das Vorlesen der Fragen ist eine Leseübung, die man vielleicht in Zukunft überdenken sollte.

Es wird daher folgende Dringliche Anfrage gestellt:

1. Wie hoch ist der aktuelle Schuldenstand der Gemeinde Hart bei Graz?
2. Wie stellt sich die Schuldenentwicklung seit dem Jahr 2005 in Hart bei Graz dar?
3. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um Hart bei Graz zu entschulden?
4. Wer waren die Vorstandsmitglieder der Gemeinde Hart bei Graz in den letzten zehn Jahren und welchen Fraktionen gehörten sie an?
5. Welche Amtsleiter waren in diesem Zeitraum in der Kommune tätig?
6. Durch welche Ereignisse ist es zu einem derart eklatanten Anwachsen des Schuldenberges gekommen?
7. Wusste die Landesregierung von diesen maßgeblichen Ereignissen?
8. Wenn ja, warum wurde nichts dagegen unternommen?
9. Wenn nein, wann erfuhr die Landesregierung erstmals von diesen Ereignissen?
10. Wie viele Bedarfszuweisungen erhielt die Gemeinde Hart bei Graz seit dem Jahr 2005?
11. Wie hoch waren diese Bedarfszuweisungen?
12. Für welche Zwecke wurden diese ausbezahlt?
13. Fielen die Bedarfszuweisungen im Verhältnis zu anderen, vergleichbaren Kommunen höher aus?
14. Wenn ja, warum?
15. Wann stellte die Abteilung 7 erstmals fest, dass die Gemeinde Hart bei Graz über eine auffällige Entwicklung bei Schulden oder Haftungen im Vergleich zu anderen steirischen Gemeinden verfügt?
16. Wann hat die Abteilung 7 die Landesregierung bzw. den politisch zuständigen Gemeindereferenten erstmals informiert?
17. Welche Maßnahmen wurden seitens der Landesregierung gesetzt, um der enormen Schuldenentwicklung der Gemeinde Hart bei Graz entgegenzuwirken?
18. Zu welchem Zeitpunkt wurden diese Maßnahmen gesetzt?
19. Welchen in § 71 Stmk GemO genannten Rechtsgeschäften der Gemeinde Hart bei Graz wurde in den letzten zehn Jahren eine Genehmigung erteilt?
20. Welchen in § 71 Stmk GemO genannten Rechtsgeschäften der Gemeinde Hart bei Graz wurde in den letzten zehn Jahren keine Genehmigung erteilt?
21. Wie wurde eine Versagung der Genehmigungen begründet?
22. Waren Gemeindevertreter als Geschäftsführer, Aufsichtsräte oder Vorstände von wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinde tätig?

23. Wenn ja, wer und in welcher Funktion?
24. Welchen in § 90 Stmk GemO genannten Rechtsgeschäften der Gemeinde Hart bei Graz wurde in den letzten zehn Jahren eine Genehmigung erteilt?
25. Welchen in § 90 Stmk GemO genannten Rechtsgeschäften der Gemeinde Hart bei Graz wurde in den letzten zehn Jahren keine Genehmigung erteilt?
26. Wie wurde eine Versagung der Genehmigungen begründet?
27. Welche wesentlichen genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte wurden der Abteilung 7 in den letzten zehn Jahren vorenthalten?
28. Wann erfuhr die Abteilung 7 erstmals vom Umstand, dass die Gemeinde Hart bei Graz seit 2006 de facto zahlungsunfähig ist?
29. Wann erfuhr die Landesregierung erstmals von diesem Umstand?
30. Welche konkreten Schritte wurden seitens der Landesregierung bzw. seitens der Abteilung 7 gesetzt, um der Zahlungsunfähigkeit der Kommune entgegenzuwirken?
31. Wann stellte die Abteilung 7 erstmals fest, dass die tatsächliche finanzielle Situation seitens der Gemeinde Hart bei Graz verschleiert wurde?
32. Wann wurde die Landesregierung erstmals in Kenntnis gesetzt, dass die tatsächliche finanzielle Situation seitens der Gemeinde Hart bei Graz verschleiert wurde?
33. Welche Personen zeichnen für diesen Umstand verantwortlich?
34. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit dem Bekanntwerden des Verschleierns der tatsächlichen finanziellen Situation seitens der Gemeinde Hart bei Graz durch die Landesregierung bzw. Abteilung 7 gesetzt?
35. Wurde das „Zinscape-Geschäft“ im Jahr 2013 mit der Abteilung 7 abgestimmt?
36. Stimmt es, dass es von Vorstands-, Ausschuss- bzw. Gemeinderatssitzungen Tonbandaufzeichnungen gibt?
37. Wenn ja, werden Sie es veranlassen, dass diese dem Rechnungshof im Rahmen der Prüfung der Gemeindefinanzen zur Verfügung gestellt werden?
38. Wussten alle Sitzungsteilnehmer, dass ein Tonbandprotokoll mitgeschnitten wird?
39. Stimmt es, dass der damalige Bürgermeister Payer laut Tonbandaufnahme im Zusammenhang mit der Zinswette folgenden Satz gesagt haben soll: „Für solche Geschäfte brauch ich niemanden fragen.“?
40. Gibt es vergleichbare Leasingmodelle in Bezug auf Straßenbauten durch Gemeinden in der Steiermark?

41. Stimmt es, dass Alt-Landeshauptmann Voves eine Überprüfung der finanziellen Lage der Gemeinde Hart bei Graz bis nach den Gemeinderatswahlen 2015 verzögerte?
42. Wenn ja, warum?
43. Wenn nein, warum wurde eine Gebarungsprüfung der Gemeindefinanzen durch ein unabhängiges Organ nicht schon viel früher angestrengt?
44. Warum mussten drei Monate ins Land ziehen, bis die Landesregierung an den Rechnungshof herantrat, um diesen zu ersuchen, eine Gebarungsprüfung der Gemeinde Hart bei Graz durchzuführen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 44, sage ich, durchaus konkrete Fragen, bitte um entsprechende Beantwortung und wir haben ja dann noch Zeit, entsprechend auch in die Debatte zu gehen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 16.27 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich bitte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter um die Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (16.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wie Sie wissen bin ich erst seit dem 16. Juni 2015 zuständiger Aufsichtsreferent der Gemeinde Hart bei Graz. Ich werde Ihnen heute daher im Wesentlichen die Stellungnahme der Fachabteilung vortragen. Sie wissen aber, dass ich sofort nach Beschlussfassung des Antrages dieses Hauses auf Prüfung der Gemeinde Hart bei Graz durch den Rechnungshof am 7. Juli 2015 – der im Übrigen einstimmig gefasst wurde - eine Amtskontrolle der Aufsichtsbehörde in dieser Gemeinde angeordnet habe. Für mich haben absolute Transparenz und lückenlose Aufklärung Priorität! Sie können sich sicher sein, dass wir überall genau hinschauen werden und die entsprechenden Missstände sehen und dann auch zu einer entsprechenden Lösung beitragen werden.

Aus diesem Bericht der Amtskontrolle ist zu entnehmen, dass die Aufsichtsbehörde in den letzten Jahren auch in der Gemeinde Hart bei Graz tätig war und relevante Maßnahmen gesetzt hat. Die Gemeinde Hart bei Graz hat jedoch die Aufsichtsbehörde über die tatsächliche wirtschaftliche und finanzielle Situation systematisch nicht oder nicht vollständig informiert.

Wesentliche genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte wurden der Aufsichtsbehörde nicht vorgelegt. Aus diesem Grund wurde der Bericht auch an die zuständige Staatsanwaltschaft übermittelt. In Ihrer Anfrage werden auch Bestimmungen der Steiermärkischen Gemeindeordnung zitiert. Eine Bestimmung, nämlich den § 86 GemO, wurde allerdings nicht zitiert. Denn der § 86 regelt die Aufgaben des Prüfungsausschusses. Dieser hat in der Gemeinde als ein Hilfsorgan des Gemeinderates die Kontrollfunktion. Er ist jene Prüfinstanz, die die Prüfung der Gebarung der Gemeinde unter den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit vorzunehmen hat. Und Sie wissen, wer in den Jahren 2010 bis 2015 den Obmann des Prüfungsausschusses in Hart bei Graz innehatte: die FPÖ! Es ist in der Gemeinde Hart bei Graz - auch das wird im Bericht der Aufsichtsbehörde festgehalten, von Ihnen in der Anfrage aber nicht festgestellt - ein schweres Versagen des Prüfungsausschusses festzustellen.

Ich komme jetzt zur Beantwortung Ihrer Anfragen:

Zu den Fragen 1 und 2:

Der Darlehensstand der Gemeinde Hart bei Graz beträgt per 31.12.2014 insgesamt 17.887.078,49 Euro. Der Stand der offenen Leasingverpflichtungen betrug 15.902.532,71 Euro. Die Darlehens- und Leasingverpflichtungen der Gemeinde Hart bei Graz sind seit dem Jahr 2005 stark angestiegen.

Zu Punkt 3:

Die Gemeinde Hart bei Graz handelt, wie jede andere Gemeinde, als selbständiger Wirtschaftskörper mit der Berechtigung, innerhalb der allgemeinen Bundes- und Landesgesetze Vermögen aller Art zu erwerben, zu besitzen und darüber zu verfügen. Die Entschuldung der Gemeinde Hart bei Graz liegt somit in der Selbstverantwortung der Gemeinde. Ein Konsolidierungskonzept wurde von der Gemeinde Hart bei Graz bereits eingefordert.

Zu Punkt 4:

In der Zeit von 2005 bis 16.04.2015 wurden der Bürgermeister, der erste Vizebürgermeister und der Gemeindegassier von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gestellt. Der zweite Vizebürgermeister und ein weiteres Vorstandsmitglied wurden im selben Zeitraum von der Österreichischen Volkspartei gestellt. Ab dem 16.04.2015 stellte die Bürgerliste „Lebenswertes Hart bei Graz“ den Bürgermeister und den zweiten Vizebürgermeister, die Sozialdemokratische Partei Österreich den ersten Vizebürgermeister und ein weiteres Vorstandsmitglied sowie die Österreichische Volkspartei den Gemeindegassier.

Zu Punkt 5:

Nach meinem Informationsstand waren in der Gemeinde Hart bei Graz seit dem Jahr 2005 insgesamt zwei Amtsleiter tätig.

Zu Punkt 6:

Die Gemeinde Hart bei Graz investierte und finanzierte mittels Darlehen und Leasing seit dem Jahr 2005 in folgende wesentliche Vorhaben: Eisstadion samt Photovoltaikanlage auf dem Dach, Kulturhalle, Bauhof Zu- und Umbau, Kinderhaus -Errichtung und Einrichtung, Tennishalle, Sport- und Freizeitplätze, diverse Grundankäufe insbesondere für Straßenprojekte, wie Südumfahrung Hart bei Graz, Konzessionsstraße – Südumfahrung Hart bei Graz.

Zu den Fragen 7 bis 9:

Die Landesregierung war teilweise über die von mir soeben dargestellten Vorhaben informiert. Hinsichtlich der durch Leasing finanzierten Vorhaben verweise ich darauf, dass die Gemeinde Hart bei Graz Leasinggeschäfte im Wesentlichen bis Anfang 2010 abgeschlossen hat. Erst mit einer Novelle der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 im Jahr 2010 wurden Leasinggeschäfte aufsichtsbehördlich genehmigungspflichtig. Seit dem Inkrafttreten dieser Novelle im Mai 2010 hat die Gemeinde einen Antrag auf Genehmigung eines Leasinggeschäftes durch die Aufsichtsbehörde für das Projekt „Photovoltaikanlage Eishalle“ gestellt. Dieses Geschäft wurde noch nicht genehmigt.

Die Landesregierung wusste nichts von den Maßnahmen der Gemeinde Hart bei Graz im Zusammenhang mit der „Konzessionsstraße – Südumfahrung Hart bei Graz“. Diese wurde erst im Zuge des Ersuchens an den Rechnungshof, die Gebarung der genannten Gemeinde zu überprüfen, informiert.

Zu den Fragen 10 bis 12:

Die Gemeinde Hart bei Graz erhielt seit dem Jahr 2005 insgesamt 42 Bedarfszuweisungen; und zwar für folgende Bereiche: Haushaltsabgänge 4.130.000,00 Euro, Härteausgleich 70.000,00 Euro, diverse Vorhaben 1.923.130,00 Euro, Gesamt: 6.123.130,00 Euro.

Zu den Fragen 13 bis 14:

Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2015 waren die an die Gemeinde Hart bei Graz ausgezahlten Bedarfszuweisungen im Verhältnis zu anderen, vergleichbaren Kommunen ähnlich.

Zu den Fragen 15 bis 21:

Die Hinweise über Unregelmäßigkeiten in der Gebarung der Gemeinde Hart bei Graz verdichteten sich im Jahr 2012 so, dass eine Gebarungsprüfung der Gemeinde Hart bei Graz angeordnet wurde. Erfolg der Gebarungsprüfung 2013 war, dass sich der Anfangsverdacht der Gemeindeführung bestätigte und wesentliche und schwerwiegende Verstöße gegen die Steiermärkische Gemeindeordnung, Steiermärkische Haushaltsordnung und Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung festgestellt werden konnten. Ausgehend von den bereits bekannten Details der Anfang 2013 noch laufenden Gebarungsprüfung untersagte die Steiermärkische Landesregierung im Februar 2013 der Gemeinde Hart bei Graz mit Bescheid die Errichtung der Gemeinde Hart bei Graz Orts- und Infrastrukturentwicklungs-Kommanditgesellschaft in der Rechtsstellung als Komplementärin wegen der Übernahme von unbestimmten Haftungen und versagte in der Folge die Genehmigung eines Baurechtsvertrages zwischen der Gemeinde und dieser Kommanditgesellschaft sowie die Genehmigung eines Kaufvertrages zwischen der Gemeinde und einem Dritten. Zum aufsichtsbehördlichen Genehmigungsvorbehalt zur Errichtung von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit ist anzumerken, dass diese Rechtsgeschäfte erst mit einer im Mai 2010 in Kraft getretenen Novelle der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 aufsichtsbehördlich genehmigungspflichtig waren. Die Aufsichtsbehörde hat zudem die Finanzsituation der Gemeinde Hart bei Graz ausgehend von den bereits bekannten Prüfungsdetails der Gebarungsprüfung im Frühjahr 2013 neu bewertet und festgestellt, dass die Gemeinde Hart bei Graz bei der notwendigen Konsolidierung des Haushaltes auch infrastrukturelle Maßnahmen zur Stabilisierung des Haushaltes setzen muss. Ab dem Frühjahr 2013 nahm die Aufsichtsbehörde an, dass die Gefahr einer übermäßigen Verschuldung der Gemeinde vorliegt. Die Gemeinde Hart bei Graz wurde mit Übermittlung des Gebarungsprüfungsberichtes im August 2013 in einem aufgefordert, die von der Aufsichtsbehörde festgestellten Missstände zu beheben sowie den Haushalt zu konsolidieren. Die Aufsichtsbehörde genehmigte in den Jahren 2012 und 2013 keine neuen Darlehensaufnahmen oder Leasinggeschäfte.

Lediglich im Jahr 2014 wurden bereits bestehende Verpflichtungen aus Baurechtsverträgen der Gemeinde Hart bei Graz in Darlehen umgeschuldet. Die Gemeinde nahm dafür insgesamt 2.168.000,00 Euro auf. Für Hochwasserschutzmaßnahmen zweier Bäche genehmigte die Aufsichtsbehörde zudem die Aufnahme von Darlehen in der Höhe von insgesamt 292.000,00 Euro.

Die Darlehen wurden teilweise unter der Prämisse genehmigt, dass die laufende Belastung durch die neuen Darlehen unter den bereits bestehenden Verpflichtungen aus den Baurechtsverträgen liegt bzw. teilweise die zukünftigen Abgänge aus diesen Darlehen durch Bedarfszuweisungen abgedeckt werden. Im April 2014 nahm die Aufsichtsbehörde den Voranschlag 2014 sowie den mittelfristigen Finanzplan der Gemeinde Hart bei Graz nicht zur Kenntnis und forderte diese gleichzeitig auf, ein Konsolidierungskonzept auch unter der Setzung von infrastrukturellen Maßnahmen zu erstellen. Ein vollständiges Konsolidierungskonzept wurde der Aufsichtsbehörde von der Gemeinde Hart bei Graz im Jahr 2014 nicht vorgelegt. Im Voranschlag 2015 und im mittelfristigen Finanzplan 2015 bis 2016 der Gemeinde Hart bei Graz waren nach den vorgelegten Unterlagen erste, den hohen laufenden Abgang im ordentlichen Haushalt bremsende Maßnahmen eingearbeitet und waren damit erste Konsolidierungsbemühungen der Gemeinde ausgehend von diesen Unterlagen erkennbar. Im Mai 2015 nahm die Aufsichtsbehörde auch den Voranschlag 2015 sowie den mittelfristigen Finanzplan der Gemeinde Hart bei Graz nicht zur Kenntnis und forderte diese wieder auf, ein Konsolidierungskonzept auch unter der Setzung von infrastrukturellen Maßnahmen zu erstellen. Tatsächlich kann der von der Gemeinde Hart bei Graz der Aufsichtsbehörde übermittelte Voranschlag 2015 nicht eingehalten werden. Das tatsächliche Ergebnis des ordentlichen Haushaltes wird sich nach Angaben des Bürgermeisters im September 2015 im Vergleich zum im Dezember 2014 vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlagswerk erheblich verschlechtern. Die Steiermärkische Landesregierung wurde über diesen letztgenannten Umstand im Zuge des einstimmig gefassten Beschlusses, den Rechnungshof um Überprüfung der Gebarung dieser Gemeinde zu ersuchen, erstmalig von mir informiert.

Zu den Fragen 22 und 23:

Laut Firmenbuchauszug vertrat Bürgermeister Ing. Gerhard Payer die zu diesem Zeitpunkt im 100%igen Eigentum der Gemeinde Hart bei Graz stehende VIA Immobilien Errichtungsgesellschaft m.b.H. vom 23.06.2006 bis 06.01.2007.

Zu den Fragen 24 bis 27:

Im Zeitraum 2005 bis 2015 genehmigte die Gemeindeaufsichtsbehörde im Bereich des unbeweglichen Gemeindevermögens insgesamt 24 Rechtsgeschäfte. Wie bereits zuvor von mir ausgeführt, wurde ein Baurechtsvertrag und ein Kaufvertrag zwischen der Gemeinde Hart bei Graz und einem Dritten die Genehmigung im Zusammenhang mit anderen Rechtsgeschäften – das sogenannte WT80-Modell - versagt. Im selben Zeitraum genehmigte die

Steiermärkische Landesregierung der Gemeinde Hart bei Graz die Aufnahme von 14 Darlehen. Bei drei Darlehensverträgen wurden mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde die Zinskonditionen angepasst. Die Steiermärkische Landesregierung genehmigte zudem in diesem Zeitraum die Übernahme einer Haftung.

Zu den Fragen 28 bis 34:

Die Abteilung 7 führte, ausgehend von den Feststellungen im Gebarungsprüfungsbericht 2013 und den neuen im Zuge der Amtskontrolle festgestellten Sachverhalten, stichprobenartig mehrere Prüfungen, unter anderem hinsichtlich der Darstellung der Kontoüberziehungen durch die Gemeinde seit dem Jahr 2005, durch. Bei dieser Prüfung stellte die Abteilung 7 fest, dass die Gemeinde Hart bei Graz seit dem Jahr 2006 eine Barvorlage nicht im Kassenabschluss der Gemeinde darstellte und fällige Rechnungen nicht „Soll“ stellte. Davon hatte die Aufsichtsbehörde keine Kenntnis. Die Abteilung 7 stellte zudem fest, dass für diese Maßnahmen sämtliche Organe der Gemeinde Hart bei Graz insbesondere jedoch der Bürgermeister, der Gemeindegassier, der Gemeinderat und der Prüfungsausschuss Verantwortung tragen. Die Steiermärkische Landesregierung wurde über diesen Umstand im Zuge des einstimmig gefassten Beschlusses, den Rechnungshof um Überprüfung der Gebarung dieser Gemeinde zu ersuchen, erstmalig von mir informiert. Die Landesregierung hat in den Jahren 2014 und 2015 durch die Abdeckung von Haushaltsabgängen die finanzielle Situation der Gemeinde Hart bei Graz stabilisiert. Gleichzeitig wurde die Gemeinde Hart bei Graz - wie bereits von mir ausgeführt - mehrfach aufgefordert, den Haushalt der Gemeinde zu konsolidieren.

Zur Frage 35:

Nein.

Zu den Fragen 36 bis 39:

Der Aufsichtsbehörde ist nicht bekannt, ob Sitzungen der Kollegialorgane der Gemeinde Hart bei Graz mit Tonband aufgezeichnet werden. Es ist Angelegenheit der Gemeinde Hart bei Graz, dem Rechnungshof im Zuge der Überprüfung der Gebarung diese Unterlagen, falls vorhanden, zur Verfügung zu stellen.

Zur Frage 40:

Leasingmodelle in Bezug auf Straßenbauten sind der Aufsichtsbehörde nicht bekannt.

Zu den Fragen 41 bis 43:

Wie bereits ausgeführt, ist zunächst der Prüfungsausschuss bzw. der Gemeinderat der Gemeinde Hart bei Graz für die Kontrolle der Gebarung dieser Gemeinde verantwortlich. Die Aufsichtsbehörde hat im Jahr 2012 durch die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung eine Gebarungsprüfung der Gemeinde Hart bei Graz durchgeführt und – wie bereits vorhin erwähnt - verschiedene Maßnahmen veranlasst. Erst bei der von mir angeordneten Amtskontrolle im Sommer 2015 wurde das wahre Ausmaß der Verschleierung der Gemeindefinanzen bekannt und der Rechnungshof eingeschaltet.

Zur Frage 44:

Der Landtag Steiermark hat mit Beschluss Nr. 7 am 7. Juli 2015 die Landesregierung aufgefordert, gemäß Artikel 127a Abs. 7 B-VG den Rechnungshof um eine Gebarungsprüfung der Gemeinde Hart bei Graz zu ersuchen. Nach dieser Bestimmung ist dafür ein begründetes Ersuchen der Landesregierung erforderlich. Weiters ist ein solches Ersuchen nur hinsichtlich jener Gemeinden zulässig, die im Vergleich mit anderen Gemeinden über eine auffällige Entwicklung bei Schulden und Haftungen verfügen. Für dieses begründete Ersuchen sind daher Erhebungen der Aufsichtsbehörde erforderlich. Ich habe unmittelbar nach dem Landtagsbeschluss eine Amtskontrolle der Gemeinde Hart bei Graz durch die Abteilung 7 angeordnet, die durch Prüforgane der Abteilung 7 vom 4. August 2015 bis zum 13. August 2015 im Gemeindeamt Hart bei Graz durchgeführt wurden. Der Umfang der Kontrolle und die Erstellung des vorliegenden Berichtes durch die Abteilung 7 nahm – auch wegen der schwerwiegenden Feststellungen - eine gewisse Zeit in Anspruch, sodass das Ersuchen an den Rechnungshof am 8. Oktober 2015 der Landesregierung vorgelegt und von ihr beschlossen wurde. Es wäre dem Landtag Steiermark entsprechend der Bestimmung im Artikel 127a Abs. 8 B-VG auch offen gestanden, unmittelbar – und nicht über den Umweg der Landesregierung – zwecks der Prüfung der Gebarung der Gemeinde Hart bei Graz an den Rechnungshof heranzutreten.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP 16.46 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise darauf hin, dass Regierungsmitglieder und Hauptredner und –rednerinnen nicht länger als 20 Minuten, und DebattenrednerInnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen und ersuche um Wortmeldungen.

Herr Klubobmann Kunasek, bitte.

LTabg. Kunasek – FPÖ (16.46 Uhr): Danke, Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Zuerst einmal Danke für die Beantwortung der Fragen. Ich verstehe natürlich, dass Sie jetzt in Ihrer Situation, wo Sie relativ neu und frisch, sozusagen, in diesem Amt sind, natürlich jetzt nicht die Komplettverantwortung übernehmen können, aber trotz alledem gibt es so was wie eine Ressortverantwortlichkeit. Das haben wir immer wieder auch auf Bundesebene erlebt, wenn ein Minister geht, dann kann der andere nicht sagen: „Ich bin jetzt für nichts verantwortlich, was vorher passiert ist!“ Aber, das kann man jetzt werten oder nicht, was ich aber schon irgendwie, sage ich einmal, verwunderlich finde und das hat Ihnen jemand aufgeschrieben, weil ich glaube nicht, dass das wirklich Ihre Fachmeinung oder Ihre persönliche Meinung ist, nämlich, dass man den Prüfungsausschuss, wirklich den Prüfungsausschuss einer Gemeinde, und da sind ja viele Gemeinderäte Gemeindefunktionäre da, jetzt sozusagen hier als den hauptverantwortlichen Übeltäter festgemacht hat (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Einen der Verantwortlichen!“*), und das auch in Ihrer Fragebeantwortung ja oftmals gefallen ist. Aber ich bin jetzt auch nicht der Anwalt des Prüfungsausschusses, aber ich weiß, wie er zusammengesetzt gewesen ist, und auch in diesem Prüfungsausschuss, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat es natürlich analog auch den Gemeinderat eindeutige Mehrheitsverhältnisse gegeben, nämlich vier SPÖ-Mitglieder, einen ÖVP-Funktionär, einen Grünen-Funktionär und einen Freiheitlichen-Funktionär, der, weil er die kleinste Fraktion dargestellt hat, der Prüfungsausschuss-Obmann ist. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, das darf man auch in dieser Diskussion nicht vergessen und viele von Ihnen waren vielleicht schon einmal Prüfungsausschuss-Mitglieder oder in der Situation, so was mit zu verfolgen. Wenn die Aufsichtsbehörde, nämlich die Profis - ich sage das ganz bewusst die Profis - jetzt heute in diesem Bericht oder den Sie auch heute wieder zitiert haben in diesem Bericht, der uns vorliegt zum 30. September zur Erkenntnis kommen, dass Ihnen gewisse Unterlagen nicht vorgelegt wurden, dass da teilweise verschleiert worden ist, na bitteschön, wie können dann wir hier den Prüfungsausschuss als mehr oder minder hauptverantwortlich hinstellen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre schon ein bisschen - ich sage es so - zu billig, um das mit dem entsprechend abzutun. (*Beifall bei der FPÖ*)

Aber, Stichwort Prüfungsausschuss: Gut, dass wir darüber reden, Sie zitieren den § 86, der die Aufgaben des Prüfungsausschusses entsprechend regelt und wir haben heute auch einen Entschließungsantrag vorbereitet, der sich genau um diesen § 86 auch entsprechend handelt und dreht, nämlich, dass wir auch angesichts der Finanzmiseren, die wir immer wieder erleben, aber auch aufgrund der Umstände, die heute schon angesprochen worden sind, unseren Prüfungsausschüssen mehr Möglichkeiten geben müssen, um entsprechend ihre Prüfungen, so wie das die Gemeindeordnung vorsieht, entsprechend auch abzuhandeln.

Und deshalb darf ich auch einen entsprechenden Entschließungsantrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage zur Beschlussfassung vorzulegen, die eine Novellierung des § 86 Abs. 6 der Steiermärkischen Gemeindeordnung in der Form vorsieht, dass ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderates die Beiziehung eines Sachverständigen für die Prüfung der Gemeindefinanzen verlangen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und wir haben uns dieses Drittel nicht einfach so überlegt, sondern wir haben eben aufgrund der Tatsache, dass es sich gerade auch bei den heute bereits zitierten Gemeinden um absolut geführte Gemeinden, nämlich wo du gar keine Möglichkeit der Mehrheitsfindung hast, weil wir wissen, da gibt es eine politische Realität, wenn ich da heute einen Gemeinderat habe, brauche ich Mehrheiten, dass ich diese Gemeinderatsmehrheit nicht finden kann, selbst, wenn ich als Prüfungsausschussobmann oder als Mitglied des Prüfungsausschusses der Meinung bin: Wir wollen uns einen Sachverständigen auch holen, der uns professionelle Unterstützung gibt. Deshalb bitte ich da auch, über diesen Antrag wirklich ernsthaft nachzudenken, weil es wäre auch eine Stärkung, jetzt sage ich nicht, der kleinen Oppositionsparteien, es wäre eine Stärkung auch der Kontrollmechanismen in unseren Gemeinden, um in Zukunft eben vielleicht solche Miseren, wie sie passiert sind, auch entsprechend zu vermeiden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend noch, wie gesagt, Hart bei Graz begleitet uns, das wird wahrscheinlich noch Thema sein, aber ich möchte noch auf eine Gemeinde noch zu sprechen kommen, wo es auch Missstände offensichtlich gibt, die aber bei den 210 Millionen Euro, die wir heute angesprochen haben, noch gar nicht mitgerechnet haben, nämlich die Gemeinde Frohnleiten. Frohnleiten ist ... sagen wir es anders: Frohnleiten war eine der reichsten Gemeinden in der Steiermark, ich habe immer gehört: „... die reichste Gemeinde“, kann es aber nicht verifizieren, ob das stimmt, aber sie ist finanziell bis vor einiger Zeit noch ganz gut da gestanden.

Heute lesen wir aber in Medienberichterstattungen, nämlich eigentlich schon vom März, dass es hier angeblich einen Schuldenberg geben soll, der zwischen 30 Millionen Euro und 58 Millionen Euro auch in den letzten Jahren angehäuft worden ist. Und wir erleben auch, dass es innerhalb des Gemeinderates und auch innerhalb der Fraktionen, ich sage es einmal so, Malversationen gibt, die bis zu Gerichtsverhandlungen geführt haben, wo der damalige Bürgermeister - nämlich der damalige SPÖ-Bürgermeister, der jetzt nicht mehr Bürgermeister ist - auch entsprechende Prozesskosten verrechnet hat, weil er sich in seiner Funktion als Bürgermeister angegriffen gefühlt hat, dann leider aber den Prozess verloren hat und dann auch der Gemeinde diese Kosten, die im ersten Moment 1762 Euro betragen haben, mittlerweile aber auf 13.000 Euro angewachsen sind, wo 6000 Euro schon geflossen sind, entsprechend in Rechnung gestellt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben dort auch, zumindest was uns vorliegt, eine Situation, dass man dort für den Altbürgermeister entsprechende Sonderverträge installiert hat, um ihm auch in Zukunft ein entsprechendes Einkommen sicher zu stellen. Mittlerweile hat sich dort ja die politische Situation gedreht, dort hat man jetzt trotz anderer Mehrheiten einen ÖVP-Bürgermeister, wo man auch sagen muss, man muss sich auch diese Situation anschauen. Wir haben auch erlebt, dass etwas eingetreten ist, was - da kann ich mich noch gut erinnern, da war ich noch nicht im Landtag - von unserer Fraktion und auch von anderen oftmals kritisiert worden ist, nämlich, dass Bürgermeister Regierungskommissäre werden und dann als Regierungskommissäre entsprechend auch natürlich, wenn sie wieder kandidieren, auch im Wahlkampf stehen. Und wenn man dann sieht, dass dieser Kandidat - auf gut steirisch: Ist auch kein „Pämmerl“ - 38.000 Euro Verfügungsmittel, die der Bürgermeister pro Jahr quasi so hat, ich weiß nicht, ob es Abgeordnete gibt, die so viel haben, bei uns sind es ein bisschen weniger, 38.000 Euro Verfügungsmittel, in zweieinhalb Monaten Wahlkampf, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man nicht wegwischen, 17.000 Euro schon ausgegeben hat, wo der als Regierungskommissär alles andere zu tun hätte, als Wahlkampf zu betreiben und auf Kosten des Steuerzahlers Verfügungsmittel entsprechend einzusetzen. Da sage ich: Nein, das wollen wir nicht und das braucht noch entsprechende Aufklärung. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, oder ich befürchte, dass uns genau diese Dinge, die jetzt immer mehr auch ans Tageslicht kommen und die jetzt auch immer mehr transparent auch werden, in den nächsten Wochen, Monaten und wahrscheinlich auch Jahren, noch entsprechend beschäftigen werden und ich kann Ihnen wirklich nur ans Herz legen, auf der eine Seite:

Schauen wir, dass wir in Zukunft solche Situationen vermeiden, da nehme ich keine Fraktion aus. Und auf der anderen Seite kann ich Sie nur auffordern, wirklich - und das hat der Hannes Amesbauer heute auch schon hier vom Rednerpult aus getan - aufzufordern, für Transparenz, für ordentliche Kontrolle, die auch die Kompetenzen hat und die Möglichkeiten hat zu kontrollieren, entsprechend einzutreten, weil wir nämlich da herinnen die Rahmenbedingungen, die gesetzlichen dafür schaffen können, dass unsere Gemeindefunktionäre - und von denen gibt es ja aller Couleur welche - entsprechend auch arbeiten können und im Sinne des Abgeordneten Hofer, der jetzt nicht ganz da ist, für den zweckmäßigen Einsatz von Steuermitteln auch sorgen. Dankeschön. (*Beifall bei der FPÖ – 16.55 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich seitens der Grünen Klubobmann Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (16.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich habe ja gehofft, es meldet sich zwischendurch wer von den Regierungsparteien, das ist leider nicht der Fall, darum ein paar Ergänzungen. Vieles, was gesagt wurde, auch vom Kollegen Kunasek, bei aller Unterschiedlichkeit zwischen der FPÖ und den Grünen, ist völlig richtig. Wir haben hier herinnen zu Hart bei Graz oft schon oder mehrmals auch Debatten gehabt. Das ist im Prinzip, ich glaube, das letzte Mal 2014 der Fall gewesen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Damals hat der Bürgermeister dann beschwichtigt - das war in den Medien so zu lesen: „Das ist ein kleineres Problem, das wird man alles in den Griff bekommen.“ Das war aber eigentlich schon sehr lange sehr offensichtlich, wie schlimm es in dieser Gemeinde Hart bei Graz aussieht. Aber ich möchte jetzt nicht auf die ganzen Details, die in vielen Ausführungen eh schon drinnen waren von meinen Vorrednern, noch einmal eingehen, sondern, ich glaube, man muss ja erkennen, dass das alles, was hier vorliegt, kein Fall „Hart bei Graz“ ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter und Finanzreferent, sondern es ist ein totales Systemversagen der Sozialdemokratie in der Steiermark. Ich bin immer bemüht, die beiden Parteien ÖVP und SPÖ gerecht zu bewerten und anzuschauen: Wie schaut es da aus und wie schaut es auf dieser Seite aus?

Da hat es auch Hartberg gegeben, das möchte ich nicht vergessen, das war eine Gemeinde, die hat sehr viel Geld gehabt, hat in der Karibik quasi herumspekuliert, aber im überwiegenden Teil, wenn man hinschaut - und das muss Ihnen bewusst sein auch in Ihrer Verantwortung, weil Sie immer alles so wegwischen und sagen, Sie hätten eh gut gehandelt mit Ihrer Partei in der Kontrolle - ist es in der Verantwortung Ihrer Partei, was da laufend passiert und offenbar nicht aufhört. Weil wie ich in den Landtag gekommen bin 2008, war das, glaube ich, die Jahre darauf war Trieben ein Thema, dann ist Fohnsdorf gekommen, dann hat uns der Bundesrechnungshof einmal einen Bericht vorgelegt, da ist es um die Gemeindeaufsicht generell gegangen, wo schon ganz genau punktuell drinnen gestanden ist, was in der Gemeindeaufsicht alles nicht hinhaut, nämlich die Prüfindtervalle. Ich erinnere nur an einen Punkt, wo ganz klar ersichtlich war in den Bezirkshauptmannschaften, wo ja auch ein Teil der Kontrollverantwortung liegt, und auch bei der FA 7 des Landes in ihrer Verantwortung, war nicht nachvollziehbar, warum manche Gemeinden immer wieder geprüft werden, wo eigentlich nichts auffällig ist an den Kennzahlen, und andere, wo es aber wirklich schon an jeder Ecke herausgeraucht hat, eben nicht geprüft wurden. Und das sind genau die Dinge, die muss man sich natürlich irgendwann anschauen und das kann man nicht mehr aufschieben. Irgendwann einmal muss man sagen, es muss ein Stopp sein. Gerade jetzt wieder - wir wissen es - läuft der Prozess zu den Vorgängen in der Gemeinde Zeltweg. Ein fataler Fall, sage ich einmal, was wirklich ein Kriminalfall ist, aber das Schlimme ist ja: Sie haben in Ihrer Partei nicht nur einen Kriminalfall, sondern es sind ganz viele Dinge, die hier, wenn ich an Fohnsdorf denke, massiv zu Buche schlagen, auch finanziell. Die Zahlen sind genannt worden und irgendwann erwarte ich mir einmal, dass man nicht nur sagt: „Wir haben eh alles getan“, sondern man muss einmal das Systemversagen erkennen und dann schauen, was man tun kann. Ich meine, eine Konsequenz der Grünen war, durch dieses permanente Totalversagen der SPÖ, dass wir gesagt haben: Wir müssen das tun, was uns ja schon lange empfohlen wurde, nämlich die kommunale Kontrolle auch dem Landesrechnungshof überantworten. Das ist ja gut und ich bin froh darüber, dass uns nach, ich glaube, drei Jahren Verzögerung, also drei Jahre habt ihr Nein gesagt zu vielen Anträgen und Initiativen. Gelungen ist, diese Kontrolle des Landesrechnungshofes zu verankern, das ist meine Hoffnung, es war aber eine Konsequenz daraus, dass die Gemeindeaufsicht ja in keiner Weise - und das tut sie offenbar noch immer, Herr Finanzreferent des Landes, Herr Kollege Schickhofer - dass sie nicht funktioniert, dass der Rechnungshof, da bin ich überzeugt, seine Arbeit gut macht und gut machen wird und auch auf Basis von Kennzahlen machen wird, wie ich unlängst in einem

Gespräch erfahren habe. Das ist, glaube ich, absolut wichtig, denn das Problem war ja nicht, dass ein Problem aufgetreten ist, sondern dass man jahrelang - das hat der Kollege Kunasek auch schon angeführt hier - gewartet hat, zugewartet hat, ja die Gemeindeaufsicht ... und ich mache das nicht an den Beamten dort fest, ich sage das auch ganz bewusst, sondern das mache ich an den zuständigen Gemeindereferenten fest, der zuständig war, dass es letztendlich eine Bürgermeisterschutzbehörde war, und keine Aufsichtsbehörde, wie man sich das vorstellt. Kleines Beispiel noch, (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer*: „Die sind ja alle aufgelöst worden!“) bitte? (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer*: „Die sind ja alle aufgelöst worden diese Gemeinderäte!“) Nein, sie sind alle aufgelöst worden, aber Sie wissen, wie oft ich da heraußen gestanden bin und andere auch und gesagt habe, da brauchen wir einen Regierungskommissär und wie lange es gedauert hat, bis in manchen Gemeinden ein Regierungskommissär tätig geworden ist. Noch ein Beispiel, weil es ist ja eh wichtig, immer die Beispiele zu nennen: Wir haben heute über den Sozialhilfeverband Bruck hier herinnen gesprochen, da hat es seinerzeit von einem Bürgermeister - der mir ja nicht wirklich nahe steht, aber der halt sehr umsichtig war - es sind Dinge der Gemeindeaufsicht mitgeteilt worden, da ist es um den Grundstücksverkauf gegangen, Sozialhilfeverband Bruck an der Mur, damals noch alleine, und die Aufsichtsbehörde des Landes, nämlich die zuständigen Gemeindereferenten mit ihrer Behörde, haben festgestellt: Alles war in bester Ordnung. Was passiert? Der Bürgermeister war hartnäckig, Gott sei Dank, er ist zum Bundesrechnungshof gegangen, dann kommt der Bundesrechnungshofbericht, wird uns vorgelegt, und das vernichtende Urteil des Bundesrechnungshofberichtes war, Herr Kollege Schickhofer: Die Gemeindeaufsicht hat alles falsch bewertet. Das sind Dinge, die liegen am Tisch. Also es ist nicht so, dass wir behaupten: Die Aufsicht ist schlecht. Der Bundesrechnungshof sagt das in mehreren Berichten: Der Zustand der steirischen Gemeindeaufsicht ist sinngemäß - wenn ich es zusammenfassen darf in einem Wort - dramatisch. Das ist keine Kontrollinstanz, wie man sich das vorstellt, das hat natürlich auch mit diesem Abtausch zu tun zwischen ÖVP und SPÖ. Der Präsident Moser sagt ja immer wieder: Es ist die Zuständigkeit quasi in eine Abteilung hineinzulegen. Jetzt sind Sie zwar für die Gemeindeaufsicht zuständig, aber für die direkte, wechselseitige Kontrolle ist es immer noch quasi ein Abtausch. Und ich glaube, das muss sachlich nachvollziehbar sein und sie muss in der Qualität einfach verbessert werden.

Nur ein kleines Detail am Rande, was ja den Präsidenten Moser einmal zum Schmunzeln gebracht hat: Wir sind das einzige Bundesland, wo im Landesbudget - weil wir heute auch ein Budget gehabt haben und weil es um Gemeinden geht - noch immer der Begriff SPÖ- und ÖVP-Gemeinden als Begriff im Budget drinnen steht. Da geben wir den Roten den Kuchen, und da den Schwarzen, das ist ja in der Budgetverantwortung nicht nur kontrollpolitisch arg, das ist auch peinlich. Das ist wirklich peinlich. Jetzt ist es immer wieder kritisiert worden, jetzt passiert es bei diesem Budget schon wieder. Wie es in Zeltweg weiter geht, werden wir sehen. Wir haben eine weitere Gemeinde: Gratkorn, und das ist ja auch was - ist auch schon angeklungen - was man, glaube ich, nie vergessen darf, das Problem ist ja, jene Gemeinden, im überwiegenden Teil, die eigentlich hervorragende Einnahmensituationen hätten, weil sie meistens größere Firmen haben, weil sie viel Gewerbetätigkeit haben, genau jene Gemeinden - das sind halt nicht die kleinen, oft finanzschwachen, sondern die größeren, die eigentlich luxuriöse Einnahmensituationen haben - verschwenden letztendlich die öffentlichen Mittel, haben keinen Ansatz von Kontrollverantwortung und am Ende zahlt natürlich der Steuerzahler, zahlt das Land in diese Systeme hinein. Gratkorn, das jüngste Beispiel, wo die Grünen ja diesen Skandal im Wesentlichen aufgedeckt haben, da wird jetzt jahrelang daran gearbeitet werden müssen, dass man überhaupt wieder in eine stabile Finanzverantwortung hineinkommt und das muss irgendwann ein Ende finden. Und ich würde mir wünschen, dass es konkrete Vorschläge gibt. Ein Vorschlag, den wir immer wieder gemacht haben, und der sehr wichtig wäre, die Bedarfszuweisungsmittel und die Vergabe von öffentlichen Mitteln an ganz klare Kriterien zu binden. Da gibt es das Salzburger Modell, da gibt es das Kärntner Modell, wo ganz klar drinnen steht, nach welchen Kriterien die Bedarfszuweisungsmittel vergeben werden können. In der Steiermark ist es immer noch so: Es kommt ein Gemeindevertreter, ein Bürgermeister her, ist es ein Schwarzer, gibt es ein Bild mit dem schwarzen Gemeindereferenten, kommt ein Roter, gibt es ein wunderbares Bild mit dem roten Gemeindevertreter. Die Bürgermeister fahren zurück und sagen: „Unser Referent hat uns dieses oder jenes wieder finanziert.“ Das ist nicht mehr zeitgemäß. Ich glaube, es braucht ganz klare Kriterien und auch Qualität in der Kontrolle, damit wir hier letztendlich das zusammenbringen, was sich alle wünschen, nämlich, dass die Mittel, die eh begrenzt sind für die Regionen und für die Gemeinden, auch gerecht eingesetzt werden können.

Wie es in einem Prüfungsausschuss aussieht, habe ich selber über 12 Jahre als Prüfungsausschussobmann in meiner Gemeinde erlebt. Also ich war sicher ein verantwortungsvoller Prüfungsausschussobmann, aber ich sage euch ganz ehrlich: Ihr wisst es genau, welche Möglichkeiten man hat, wenn es wirklich darum geht, irgendwo hinten hineinzuschauen und in Qualität zu prüfen. Da sind die Prüfungsausschüsse, auch wenn sie noch so ambitioniert sind, keine Instanzen, die, so wie sie jetzt ausgestattet sind, das machen können. Es ist ja auch so: Es ist ein Kollegialorgan, wenn dort mehrheitlich beschlossen wird, wir „zupfen“ diesen Punkt von der Tagesordnung herunter, dann ist die Kontrolle auch schon wieder Geschichte. So schaut es in der Realität aus und das passiert sehr oft. Und ich würde mir letztendlich wünschen, dass man da nicht die Verantwortung abschiebt auf die unterste Ebene, sondern, dass man endlich sieht, tun wir das, was uns die Bundesrechnungshöfe seit langem sagen, auch die ganzen Doppelgleisigkeiten, Unvereinbarkeiten, dass nämlich Amtsleiter gleichzeitig Bürgermeister sein können, dass viele Bürgermeister Geschäftsführungstätigkeiten in ihren Gesellschaften ausüben, diese Dinge müssen wir endlich auf die Reihe bringen. Und diese konkreten Dinge, die würden uns weiterbringen, das wäre manchmal ganz einfach, aber es geht halt letztendlich nichts weiter. Ich möchte mich abschließend beim Landesrechnungshof bedanken, dass jetzt auch die kommunale Kontrolle dort sehr ernst genommen wird, ich bin auch überzeugt, dass wir vielleicht über kurz oder lang zum Schluss kommen, wenn es mehrere Fälle dieser Kontrollversagen gibt, dass wir personell im Landesrechnungshof noch einmal aufstocken müssen, denn die Kontrolle der Kommunen, 40 % hat der Rechnungshofpräsident aus Sachsen, der unlängst hier im Landtag Gast war bei der Präsidentin und bei uns, gesagt, geht dort in den kommunalen Bereich der Kontrolle hinein, dass wir vielleicht auch überlegen müssen, mehr Budgetmittel in die Gemeindekontrolle reinzulenken, um letztendlich verantwortungsvoll mit dem Steuergeld umzugehen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 17.06 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Karl Petinger seitens der SPÖ.

LTAbg. Petinger – SPÖ (17.06 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen, Kollegen, werte Zuhörer!

Ich werde jetzt den ersten Teil meiner geplanten Rede kürzen und weglassen, ich möchte aber dazu trotzdem zwei, drei Feststellungen treffen und zwar, Nummer 1 - und das ist auch in der Debatte einige Male heute angeklungen: Wir haben im Juli einen ganz klaren Beschluss gefasst, dass wir dieses Thema aufarbeiten wollen und wir sind interessiert daran, dass wir auch diese Lücken, die es im Kontrollsystem geben mag, beseitigen in Zukunft. Wir haben uns ganz klar dazu bekannt und aufgrund dieses gemeinsamen Beschlusses ist auch dieser Bericht der Abteilung 7 gekommen und letztendlich in weiterer Folge die Prüfung durch den Rechnungshof. Zweitens, zu behaupten, die Kontrolle hätte völlig versagt, haben Sie letztendlich selbst widerlegt, bzw. aus der Beantwortung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters ist ganz eindeutig hervorgegangen, dass es seit Jahren Kontrollen in dieser Gemeinde gibt, dass es seit Jahren negative Meldungen gibt und Aufforderungen an die Gemeinde, Konsolidierungspakete einzuleiten und letztendlich ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen. Der Lambert hat heute und auch in der letzten Debatte ganz klar gesagt: Es geht um die Qualität der Kontrolle. Wir sind alle im Nachhinein gescheiter. Leider Gottes, niemand von uns will oder plant solche Aktionen, die in Gemeinden passieren, die wir auch nicht wegdiskutieren wollen, sondern wir wollen - und dazu haben wir uns alle bekannt - die Qualität der Kontrolle, wie gesagt, verbessern. Und es geht eben darum, dass wir nachdenken über Prüfungsinstanzen, wir müssen nachdenken - laut Gemeindeordnung ist ja das sehr genau geregelt - über die Prüfungsausschüsse, wir sollten nachdenken, ob jedes Prüforgan alles prüfen muss. Es gibt viele, viele Ansätze, die wir hier gemeinsam bewältigen können, wenn wir eine ordentliche und eine sachliche Debatte führen, weil es niemandem - und ich betone das noch einmal - gedient ist, wenn wir uns mit solchen Dingen auseinandersetzen müssen und letztendlich wollen wir alle eine ordentliche Verwaltung haben. Es gibt, wie gesagt, genug Vorschriften, die Frage ist nur: Wie können wir rechtzeitig eingreifen, wenn es Verfehlungen gegen diese Vorschriften gibt und welche Möglichkeiten? Womöglich, und da greife ich jetzt sehr weit, müssen wir in diesen Fragen auch über Gemeindeautonomie diskutieren, weil wir wissen genau, wie stark die Gemeindeautonomie in der Verfassung verankert ist und die Frage ist, wie weit kann ein Kontrollorgan dann letztendlich eingreifen, wenn es zu solchen Mängeln kommt. Ich glaube, wir sollten diese Debatte ernsthaft und schnell führen, wir sind in jedem Fall dafür offen, hier Verbesserungen durchzuführen, Qualitätsverbesserungen in der Prüfung.

Aber, Herr Kollege Kunasek, Sie haben die Antwort selbst gegeben ... nein, ich komme zuerst zu etwas anderem. Es hat niemand einem Prüfungsausschuss die Hauptverantwortung geben wollen in dieser Frage. Wir wissen, wie sich Prüfungsausschüsse zusammensetzen, wir wissen aber auch, dass es einen Obmann eines Prüfungsausschusses gibt, wir wissen aber auch, dass es ein Protokoll zu einem Prüfungsausschuss gibt und dass in jedem Protokoll, wenn ich auch keine Mehrheit habe in einem Prüfungsausschuss, meine Bedenken vermerken kann. Und wir wissen, dass dieses Prüfungsprotokoll in der nächsten Gemeinderatssitzung darzulegen und dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen ist. Also einfach zu sagen: „Jeder Prüfungsausschuss hat nicht die Möglichkeit, solche Dinge aufzuzeigen“, wäre auch falsch. Aber man kann nicht die Verantwortung dorthin schieben, das will ich überhaupt nicht, aber es ist das erste Prüforgan, das laut Gemeindeordnung eingerichtet ist und auch da werden wir nachdenken müssen, ob das so funktioniert, ob das so gescheit ist, und ob wir das so weiter wollen. Aber, Sie haben selber gesagt in diesem Zusammenhang: „Wie soll der Prüfungsausschuss oder der Prüfungsausschussobmann reagieren, wenn etwas verschleiert wird, wenn er nicht zu den Unterlagen kommt?“ Jetzt frage ich Sie: Wie soll die Aufsichtsbehörde, wie soll bitte die Regierung dementsprechend reagieren, wenn diese Verschleierung tatsächlich da ist? Und es schaut danach aus, so wie der Bericht der Abteilung 7 das dargelegt hat, dass es diese Verschleierung gegeben hat. Ich kann nicht sagen: „Lieber Prüfungsausschuss, du kannst nicht prüfen, weil dir sind Unterlagen vorenthalten worden“, aber gleichzeitig von darüber liegenden Organen, ob es die Bezirkshauptmannschaft ist als nächstes Prüforgan, oder eben die Abteilung 7 als Prüforgan, von dort verlangen, dass alles dementsprechend auch in der ... (LTAbg. Kunasek: „Umgekehrt auch!“) Bitte? Ja, umgekehrt natürlich auch, ja natürlich. Aber die Antwort haben Sie uns selbst gegeben in dieser Sache, wenn es Verschleierungen gibt, und die Staatsanwaltschaft wird auch untersuchen, ob Schaden entstanden ist in Richtung der Gemeinde Hart bei Graz, dann werden wir dementsprechend auch die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft abwarten müssen und womöglich wird es dann zu Anklagen kommen, oder auch nicht. Aber die Antwort, wie gesagt, haben Sie selbst gegeben: Wir müssen versuchen, dass wir im Vorfeld hier bei manchen Dingen vielleicht eine begleitende Kontrolle einführen können, um diese Dinge zu verhindern, die letztendlich dann zu diesen Situationen führen. „Systemversagen“, hat der Lambert auch noch hier anklingen lassen, Systemversagen würde ich nicht behaupten, Lambert, es gibt einige Einzelfälle, da gebe ich dir Recht, aber deswegen genau sollten wir uns bewusst sein und darüber nachdenken:

Wie können wir unser System, das wir haben und das grundsätzlich nicht schlecht ist, sei es jetzt bei den Bedarfszuweisungsrichtlinien oder bei anderen Projektvergaben, verbessern, um genau eine begleitende Kontrolle mit einzuführen, damit eben genau solche Dinge nicht passieren? Wenn wir gewillt sind und das Thema ernsthaft betreiben, wenn wir daraus nicht ein politisches Spiel machen, dann können wir in der nächsten Zeit und in dieser Periode sicherlich einiges am System verbessern, um auch eine dementsprechende ordnungsgemäße Kontrolle durch alle Kontrollorgane zu erreichen. Aber die Grundvoraussetzung ist, ernsthaft an das Thema herangehen, Vorschläge einzubringen und darüber zu diskutieren. Wir werden, Herr Klubobmann, diesem Antrag heute nicht zustimmen, aber wir sind natürlich dementsprechend offen, Sie haben ja die Möglichkeit, einen solchen Antrag wieder einzubringen, dass wir den in einem Ausschuss behandeln und dementsprechend auch dem Unterausschuss Gemeindeordnung zuweisen. Ich glaube, dort ist er gut platziert, dort sollten wir auch andere Themen, die ja bereits dort liegen, im Gesamten behandeln und ich bin zuversichtlich und durchaus guter Hoffnung, dass wir in guten Diskussionen auch zu vernünftigen Ergebnissen kommen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.14 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen daher zur Abstimmung des seitens der FPÖ eingebrachten Entschließungsantrages mit der Einl.Zahl 295/2. Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung mit der Hand, wer zustimmt.

Das sind die Stimmen von FPÖ und KPÖ. Gegenprobe. Und Grünen.

Das heißt, es ist mit den Stimmen von FPÖ, KPÖ und den Grünen gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 116/2 über den Prüfbericht zur NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH.

Ich ersuche um diesbezügliche Wortmeldungen und erteile dem Abgeordneten Kober das Wort.

LTabg. Kober – FPÖ (17.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, liebe Mitglieder auf der Regierungsbank, werte Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete - werte Zuschauer im Auditorium erspare ich mir, weil es ist keiner mehr da!

Bevor ich auf den Prüfbericht des Landesrechnungshofes eingehe, möchte ich noch zwei Anmerkungen zur Frau Pichler-Jessenko zum TOP 1 (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Na geh, zu später Stunde, das ist schön!“*) anbringen. Danke, dass Sie sich freuen, Ihre Wortmeldung, Frau Abgeordnete, bestätigt mich in meiner Funktion, ist wie Treibstoff für meinen Motor, in meinem Tun und Wirken und für die Steirerinnen und Steirer dieses Landes im Rahmen der Sozialen Heimatpartei, der FPÖ. (*Beifall bei der FPÖ*) Und als zweite Anmerkung tut es mir leid, dass die Schülerinnen und Schüler ihren Redebeitrag vernehmen mussten, denn, wenn die Schülerinnen und Schüler so eine themenverfehlte Arbeit in ihrer Schule ablegen, dann heißt es danke, Nicht genügend, setzen! (*Beifall bei der FPÖ*) Nun zu meinem Bericht des Landesrechnungshofes über die NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH: Im Zeitraum vom Juli 2010 bis Juni 2014 wurde die Gebarung dieser Forschungsgesellschaft überprüft. Zuständige Mitglieder der Landesregierung in diesem Zeitraum waren Frau Landesrätin Edlinger-Ploder und ab März im Jahr 2014 der Herr Landesrat Drexler, der ist leider nicht mehr anwesend. Die Gesellschaft wurde 2006 mit dem Sitz in Weiz gegründet und befindet sich zu 50 % im Eigentum der TU Graz, sowie zu 50 % der Forschungsgesellschaft Joanneum Research. Letztere befindet sich ja zu 85 % im Eigentum des Landes. Somit ist auch bei dieser NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH eine indirekte Beteiligung des Landes sichtbar. Aus dem Bericht geht hervor, dass diese Gesellschaft nicht auf Gewinn ausgerichtet ist. Da merkt man auch die indirekte Beteiligung des Landes, weil auch beim Landeshaushalt sind wir nicht auf Gewinn ausgerichtet, sondern haben ein Minus. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der FPÖ - Beifall bei der FPÖ*) Ich möchte aber in Bezug auf diese Gesellschaft, auf diese Forschungsgesellschaft, nicht alles schlecht reden. Sie ist für gemeinnützige Zwecke in Form der Weiterentwicklung und Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der Nanotechnologie und Nanowissenschaften tätig, welches ja durch den Landesrechnungshof prognostiziert wird, in Zukunft gewinnbringend zu sein. Die Einnahmen dieser Gesellschaft resultieren größtenteils aus öffentlichen Zuschüssen und weiters wurde eine hohe Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit von geförderten Projekten festgestellt.

Daher empfiehlt der Rechnungshof bezugnehmend auf diese Gesellschaft, in Zukunft häufiger kostendeckende Forschungsaufträge zu bekommen. Kritisch merkte der Landesrechnungshof auch die Tatsache an, dass diese Gesellschaft - sie verfügt über zwei Geschäftsführer - nur einer einen schriftlichen Geschäftsführervertrag hat, der Zweite hat nur einen mündlichen. Diesbezüglich hätte ich an den Herrn Landesrat einige Fragen, er ist nicht da, ja vielleicht können Sie ihm das auch weiter vermitteln. Warum wurde mit einem Geschäftsführer ein mündlicher Geschäftsführervertrag geschlossen, während mit dem anderen ein schriftlicher Vertrag unterfertigt ist? Gibt es Unterschiede zwischen beiden Geschäftsführern? (*LTAbg. Fartek: „Du bist im Ausschuss gesessen. Du wirst ja wissen, was wir da gemacht haben!“*) Gibt es Unterschiede in den beiden Geschäftsführerverträgen? Wenn ja, welche? Und Herr Landesrat, werden Sie sich dafür einsetzen im Sinne der Transparenz und Gleichbehandlung, beiden Geschäftsführern in Zukunft einen schriftlichen Vertrag auszuhändigen? Abschließend empfehle ich der Landesregierung bezugnehmend auf den Schuldenstand von fast fünf Millionen Euro, sich mit den Spezialisten von dieser Firma NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH zusammensetzen, denn dort sind Fachkräfte vorhanden, die wissen, wie man Dinge minimiert und vielleicht verkleinert. (*Beifall bei der FPÖ – 17.22 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ederer seitens der FPÖ. (*LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko: „ÖVP!“*)

LTAbg. Ederer – ÖVP (17.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich spreche für die ÖVP-Fraktion, das möchte ich jetzt schon ganz stark bekunden; (*Beifall bei der ÖVP*) Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die Kollegin Alexis Pichler-Jessenko (*allgemeine Heiterkeit unter den Abgeordneten*) scheint heute sehr begehrt zu sein. Ich wollte sie voll ansprechen. (*Präsidentin Dr. Vollath: „Der Herr Abgeordnete ist am Wort, ich bitte um etwas Ruhe im Sitzungssaal!“*) Sie scheint heute ja sehr begehrt zu sein, nur möchte ich jetzt zum Vorredner sagen, zum Kollegen Kober: Ein Nicht genügend hier zu verteilen ... wir sprechen hier keinen Blödsinn, wir haben hier Meinungsfreiheit und sie hat heute ganz klar ihre Meinung gesagt und sie hat Kompetenz in der Wirtschaft. Und das, was du vorher gesagt hast, oder Sie vorher gesagt haben, hätten Sie sich sparen können. (*Beifall bei der ÖVP - LTAbg. Amesbauer, BA: „Hier herrscht Meinungsfreiheit!“*)

Aber nicht beleidigend oder abwertend, in dem Fall abwertend, aber es ist eh halb so wild. Zu fortgeschrittener Stunde und nach sehr intensiven Debatten jetzt Tagesordnungspunkt 12, ein Prüfbericht des Landesrechnungshofes. Er war einstimmig im Ausschuss Kontrolle zur NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH - wie gesagt, zur fortgeschrittenen Stunde - ich möchte aber nicht, und obwohl er einstimmig im Ausschuss war, das nicht so drüber gleiten lassen, sondern zumindest kurz was sagen. Wir haben heute eine Budgetrede gehört, wo es um die Zukunft gegangen ist. Wir haben auch über den Klimawandel debattiert, die Anpassung der Strategie der Steiermark und es passt das hier dazu, weil hier im Bereich Forschung und Entwicklung geht es um Zukunft. Und wir in der Steiermark haben als Bundesland einen Schwerpunkt Forschung und Entwicklung und die Steiermark ist mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 4,7 % weit voran. Und darauf kann man stolz sein, und man kann auch danke sagen dem Ressort, dem zuständigen Landesrat Mag. Christopher Drexler. Es ist notwendig, ja, und es ist der richtige Weg, um international wettbewerbsfähig zu sein und um einen Vorsprung zu haben. Und nicht umsonst haben wir auch in unserer Wirtschaftsleitstrategie die Innovation als Schwerpunkt. Und jede Investition in diesen Bereich Forschung/Entwicklung ist eine richtige. Jetzt hat der Vorredner grundsätzlich schon den Inhalt des Prüfberichtes weitgehend angeführt. Wie gesagt, der Landesrechnungshof führte eine Gebarungsprüfung der NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH, die sich je zur Hälfte im Eigentum der Joanneum Research Forschungsgesellschaft sowie der Technischen Universität Graz befindet, durch. Es handelt sich dabei um eine indirekte Beteiligung des Landes und die Überprüfung erstreckte sich auf den Zeitraum Juli 2010 bis Juni 2014. Insgesamt ist der Bericht sehr positiv dargestellt und es ist ein gutes Beispiel für den Forschungsstandort Steiermark. Die NanoTecCenter verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke, da wiederhole ich mich jetzt, in Form der Weiterentwicklung und Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Nanotechnologie und Nanowissenschaften. Hinsichtlich der Gebarung der Gesellschaft entstand ein positiver Gesamteindruck und es wurde jetzt angesprochen, dass im Bericht von den beiden Geschäftsführern lediglich bei einem ein schriftlicher Geschäftsführervertrag vorliegt. Hier wurde angeregt, im Sinne der Transparenz und der Gleichbehandlung, dass bei beiden Geschäftsführern die vertraglichen Beziehungen in Form eines schriftlich ausgefertigten und einheitlich ausgestatteten Vertrages geregelt werden. Diese Frage wurde schon im Kontrollausschuss gestellt und wurde dort beantwortet.

Der Herr Wiedenhofer hat einen mündlichen Geschäftsführervertrag, ist ein mündlicher Vertrag vereinbart worden, weil er im Rahmen seiner Dienstpflicht als Prokurist von Joanneum Research das mitführt. Also eigentlich eine sehr kostengünstige Variante. Die Einnahmen der NanoTecCenter Weiz Forschungsgesellschaft mbH resultieren zu einem wesentlichen Teil aus öffentlichen Zuschüssen, geförderten Auftragsprojekten sowie aus Zuschüssen der Gesellschafter und nur zu einem geringen Anteil aus der nicht geförderten Auftragsforschung. Wie gesagt, der Vorredner hat jetzt den Bericht grundsätzlich referiert, darum werde ich da jetzt nicht weiter vorlesen, aber ich möchte noch ein paar Dinge trotzdem, weil es so wichtig ist, anführen. Natürlich könnte der eine oder andere jetzt sagen: „Nanotechnologie, ja was hat das mit mir zu tun?“ Es ist zwar in aller Munde, weil es eben die Forschungstechnologie des jetzigen Jahrhunderts ist. Nano leitet sich vom griechischen Wort für Zwerg ab, Nanos, es ist Vorsilbe für die Maßeinheit Nanometer, einem Millionstel eines Millimeters. Unglaublich, aber wie gesagt, sie gilt als Schlüsseltechnik unseres Jahrhunderts, und da muss man sofort darauf hinweisen, welche Chancen sich für uns dadurch ergeben. Allgemein z. B. im Gesundheitsbereich, aber natürlich im Umwelt- und Energietechnikbereich und in der Energieregion Weiz-Gleisdorf ist es genau passend angesiedelt. Und der Empfehlung des Landesrechnungshofes, dass soweit wie möglich häufiger auch zumindest kostendeckende Forschungsaufträge auch von anderen Kunden als dem Joanneum Research kommen oder zu lukrieren sind, wäre natürlich wünschenswert. Wir sind alle aufgefordert, Aufträge hier abwickeln zu können. Die Impulse für die neue Arbeits- und Wirtschaftswelt und für die Umwelttechnologie sollten von unserer grünen Steiermark aus gehen und das NanoTecCenter in Weiz ist ein Teil davon. Es leistet hervorragende Arbeit, eingebettet im Weizer Energie-Innovationszentrum und die Ergebnisse werden uns ein Stück Zukunft eröffnen und da komme ich abschließend noch einmal zur Budgetrede: Ein Sonderpaket für steirische Kompetenzzentren und der Forschungs- und Innovationszentren, das sind genau jene Dinge, die notwendig sind und die wir eingeleitet haben, dass wir uns dieses Stück Zukunft eröffnen können. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.29 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 116/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag Einl.Zahl 162/1 von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Gründung von Expositurklassen in Breitenau am Hochlantsch“.

Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (17.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landesrat!

Das Thema Hauptschule bzw. nunmehr Neue Mittelschule Breitenau am Hochlantsch, ist ein Thema, das uns in diesem Haus vier Jahre lang beschäftigt hat. Wir haben im Ausschuss einen Antrag gestellt, das jetzige Schuljahr ist das erste, wo die Kinder von Breitenau nicht mehr in ihrer Gemeinde Schule besuchen können, sondern nach Frohnleiten müssen. Sind mit den Bussen lange unterwegs und wir haben den Versuch gestartet, nochmals hier die totale Auflassung des Standortes mittels Einrichtung einer Expositurklasse, die der Genehmigung der Landesregierung bedarf, abzuwenden. Also nur kurz zusammengefasst: Eine Expositurklasse ist eine Möglichkeit, einen Schulstandort aufrecht zu halten, sprich, den Unterrichtsbetrieb dort vor Ort aufrecht zu halten, aber die Schulverwaltung, die Direktion, wird von einer anderen Schule erledigt und somit auch Verwaltungskosten gespart. Wir haben dann eine Stellungnahme der Landesregierung bekommen, die auch Gegenstand des Abänderungsantrages von SPÖ und ÖVP ist, und ich darf zitieren, dass: „... die „Gründung bzw. Einrichtung einer Expositurklasse laut des § 11 des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes im Falle der Breitenau nicht möglich ist, da sich die Schule, die für die Stammschule dann in Frage kommen würde, nicht im Gemeindegebiet der Breitenau befindet“. Also ich zitiere aus dem § 11: „Um den schulpflichtigen Kindern den Besuch der Pflichtschulen auch in der verkehrungünstigen Lage und zu jeder Jahreszeit zu ermöglichen, können im Verband einer Pflichtschule, aber doch in örtlicher Entfernung von ihr, vom gesetzlichen Schulerhalter Expositurklassen errichtet werden, falls nicht die Voraussetzungen für die Errichtung einer selbständigen Pflichtschule gegeben sind“.

Das Problem ist jetzt natürlich, dass es nicht möglich ist, die Stammschule in einer Nachbargemeinde oder in einer anderen Gemeinde zu führen und die Expositurklasse trotzdem weiterlaufen zu lassen, das führt eigentlich die Idee der Expositurklasse ad absurdum, weil gerade am Land ist es ja nicht so der Fall, dass in kleineren Gemeinden eine Gemeinde über mehrere Schulen verfügt. Im Salzburger Gesetz, d.h. im Salzburger Schulorganisations-Ausführungsgesetz ist es klüger geregelt, wie wir meinen. Ich zitiere aus diesem Gesetz: „Eine Expositurklasse ist im Einvernehmen mit der Gemeinde, die gesetzlicher Schulerhalter der Stammschule ist, von jener Gemeinde zu errichten und zu erhalten, in deren Gebiet die Expositurklasse liegen soll oder liegt“. Und somit ist es in Salzburg also möglich, im Einvernehmen mit der Gemeinde, die bereits gesetzlicher Schulerhalter ist, in ihrem Gemeindegebiet Expositurklassen zu errichten und für die Errichtung und Erhaltung dieser Klassenform ist jedoch jene Gemeinde zuständig, in deren Gebiet diese gelegen ist. Die Kosten entstehen daher auch nur jener Gemeinde, in der die Expositurklasse eingerichtet wird. Also das wäre für die Breitenau der ideale Fall. Um diesen Gesetzesmangel aus unserer Sicht nach im Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetz zu korrigieren, stelle ich hiermit folgenden Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert:

Dem Landtag eine Änderung des § 11 des Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetzes zur Beschlussfassung vorzulegen, wodurch im Einvernehmen mit der Gemeinde, die bereits gesetzlicher Schulerhalter in ihrem Gemeindegebiet ist, Expositurklassen im Gebiet einer anderen Kommune errichtet werden können und für die Errichtung und Erhaltung dieser Klassenform jene Gemeinde verantwortlich zeichnet, in deren Gebiet diese gelegen ist und somit die Kosten nur jener Kommune entstehen, die über Expositurklassen verfügt“.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, eine Zustimmung Ihrerseits wäre angebracht, wenn uns die Landesregierung einen Gesetzesentwurf vorlegt, dass eben der Sinn und Zweck einer Expositurklasse und der ureigenlichste Sinn dieser Möglichkeit, auch den Gemeinden am Land gerecht wird, weil sonst ist das eigentlich eine Möglichkeit, die ohnehin in der Praxis keine Anwendung finden wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich diesen Antrag im Ausschuss eingebracht habe, fühlte sich der Kollege Schwarz sofort bemüßigt, zu sagen, das sei eigentlich sinnlos, was wir da machen, weil die Gerichte, in dem Fall der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof, beide Gerichtshöfe haben sich mit der Schule in der Breitenau befasst, haben ohnehin Recht gesprochen.

Na so leicht kann man es sich aber auch nicht machen, die politische Verantwortung abzuschieben, es ist schon richtig, dass die Gerichtshöfe die rechtliche Schließung der Schulen für in Ordnung befunden haben. Also das heißt, es ist rechtlich zulässig, das heißt aber nicht, dass man dafür nicht politisch verantwortlich ist, weil es war ja ein politischer Wille. Der Verfassungsgerichtshof hat ja nicht gesagt, die Schulen müssten geschlossen werden, weil die da weg gehören und weil die nicht mehr funktionieren, er hat nur gesagt, dass die Schließung rechtlich erlaubt ist. Das heißt aber nicht, dass das politisch sinnvoll ist. So leicht kann man sich da nicht hinaus reden. *(Beifall bei der FPÖ)* Kurz zusammengefasst: Dreieinhalb Jahre Kampf der Bevölkerung, unzählige Aktivitäten und Initiativen, die Eltern und vor allem der Elternverein, die Gemeindeführung dort, haben immer als Hauptkritikpunkt geäußert, dass das Land Steiermark - damals war Elisabeth Grossmann noch zuständig, bevor Michael Schickhofer das Ressort übernommen hat - nicht bereit wäre, überhaupt mit Schulleitung zu sprechen, mit der Gemeinde, mit den Eltern. Das war einmal das eine, dreieinhalb Jahre Kampf der Bevölkerung und dass aus meiner Sicht bis heute ohne sinnvolle Begründung an diesem Kurs festgehalten wurde. Die Zumutbarkeit des Schulweges: Nicht gegeben, wer die Breitenau kennt. Es wurde auch festgestellt, dass der durchschnittliche Weg, die durchschnittliche Wegstrecke der Breitenauer Kinder jetzt 30 Kilometer beträgt, das ist aber nur die durchschnittliche Strecke. Also wenn man die Breitenau kennt - ich glaube, der Lambert Schönleiter hat sich das auch einmal angeschaut, von SPÖ und ÖVP, ob da jemals wer drinnen war, bezweifle ich sehr, sehr stark. *(LTAbg. Karl Lackner: „Erst vor drei Wochen!“)* Aber da gibt es weit verzweigte Seitentäler und da gibt es auch Kinder, die am Schulweg bitte von 6.00 Uhr früh bis 5.00 Uhr abends jetzt unterwegs sind und das ist eigentlich skandalös, wenn es dort eine voll funktionierende Schule gegeben hat bis vor ein paar Wochen. Eine Schule mit einem hohen Niveau, nicht so vielen Schülern, wie in der Stadt natürlich, aber auch nicht zu wenig, die Schülerzahlen wären wieder gestiegen, es hat auch Bemühungen gegeben, Schulsprengeländerungen durchzuführen, mit der Gemeinde Pernegg wurde politisch von den zuständigen Verantwortungsträgern im Land Steiermark alles verhindert, sehr geehrte Damen und Herren. Es kommt noch dazu, dass gerade in einer kleinen Gemeinde wie der Breitenau, die sehr abgeschieden liegt, die Schule nicht nur die Bildungseinrichtung der Kinder ist, sondern auch das gesellschaftliche und kulturelle Herzstück der Gemeinde darstellt. Und das wurde den Menschen genommen, und das ist sehr, sehr bedauerlich. *(Beifall bei der FPÖ)*

Vor wenigen Tagen war auch ein Bericht über die gesamte Causa „Hauptschule – NMS Dr. Lauda Breitenau am Hochlantsch“ in der ORF-Sendung Bürgeranwalt mit dem Peter Resetarits. Die Sendung Bürgeranwalt hat das jahrelang auch begleitet, dieses Thema, zuerst mit der damaligen Volksanwältin Stoisits und in jüngster Vergangenheit auch mit dem jetzt zuständigen Volksanwalt Fichtenbauer. Es wurde zusammengefasst, und auch der Peter Resetarits hat seine Eindrücke dargelegt, dass eigentlich bis dato kein sinnvoller Grund, keine Begründung für die tatsächliche Schließung, keine Notwendigkeit besteht, vielmehr ging es darum, dass eigentlich dieses Schulschließungspaket in der Steiermark, wo ja über 40 Schulen betroffen waren, nicht mehr aufgeschnürt werden sollte. Das war der einzige Grund. Sie wollten das Paket nicht mehr aufschnüren, obwohl es in der Breitenau bis zum heutigen Tag keine sachliche Begründung für die Schließung gibt. Und das ist auch kein Zeichen politischer Verantwortung. *(Beifall bei der FPÖ)* Volksanwalt Dr. Fichtenbauer hat auf die Frage von Peter Resetarits, wie er das einordnet, dass die steirische Landespolitik, in diesem Fall die steirische Landesregierung, die gesamte Verantwortung, oder sich in der gesamten Verantwortung eben auf VfGH und VwGH ausspricht, das hat er wortwörtlich als „Verwaltungsbrutalität“ bezeichnet, weil die Politik einfach die Verantwortung auf die Gerichte abschiebt und abschließend wurde er noch von Herrn Resetarits gefragt, der Volksanwalt Fichtenbauer, wie er die Vorgehensweise und wie er die Arbeit der zuständigen Stellen in der Steiermark - ob das das Ressortmitglied oder der Landesschulrat war - beurteilt in der gesamten Causa, und er hat gesagt: „Die können sich alle genießen!“ *(Beifall bei der FPÖ – 17.41 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Wolfgang Dolesch. Bitte.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (17.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Eine Schule in einem Ort oder in einer Gemeinde zu haben bedeutet unbestritten Identität bzw. kann und trägt zur Identitätsstiftung einer Gemeinde bei. Wo man beispielsweise in einen Kindergarten geht, die Schule besucht, baut man mit hoher Wahrscheinlichkeit auch seinen Freundeskreis auf, verwurzelt man sich, wenn man so möchte, stärker in der Gemeinde, in der Region und bleibt vielleicht, oder hoffentlich, insbesondere in den

peripheren Regionen gültig, auch leichter in diesen wohnen, verlegt oder hat seinen Lebensmittelpunkt in diesen entsprechenden Regionen. Rein menschlich betrachtet ist es daher auch ganz klar logisch nachvollziehbar, dass eine Gemeinde, wie in unserem Beispiel die Marktgemeinde Breitenau am Hochlantsch, um ihre Schule, um ihren Schulstandort kämpft. Denn - Hand aufs Herz - wer hat nicht gern alle Einrichtungen, wenn man so möchte, unmittelbar vor der eigenen Haustür? Das würde sich wohl jeder von uns wünschen. Ich denke, das wird außer Streit stehen. Wenn man sich die Situation der Hauptschule bzw. Neuen Mittelschule Breitenau am Hochlantsch genauer ansieht, so ist es natürlich absolut bitter, wenn eine Gemeinde erfahren muss, dass eine Schule aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen geschlossen wird, geschlossen werden soll. Rahmenbedingungen, wo ich darauf verweise, dass im Schuljahr 2011/2012 in Summe 52 Kinder - 31 davon aus dem eigenen Sprengel, und 21 aus der Gemeinde Pernegg - die Schule besucht haben. Deutlich zu wenig für die Aufrechterhaltung der Schule, selbst unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung, selbst unter Berücksichtigung der Zu- und Abwanderung in diesem Gebiet, waren keine wesentlichen Änderungen, wie in der Urteilsbegründung dann angeführt von der Letztinstanz, zu erwarten. Im Übrigen - ich möchte nicht polemisch wirken und daher bei reinen Sachargumenten bleiben: Die Gemeinde Pernegg hat im Gemeinderatsbeschluss vom 17. Juli 2009 sich einstimmig - ich betone: Einstimmig - gegen eine Schulsprengeländerung ausgesprochen, (*LTAbg. Amesbauer, BA: "Ja, genau!"*) Sie brauchen nicht den Kopf „beuteln“, Herr Abgeordneter, bleiben Sie bei der Wahrheit, und erst in einer weiteren Gemeinderatssitzung am 22. März 2012, Herr Abgeordneter, einer Sprengeländerung zugestimmt, zu einem Zeitpunkt, wo das Verfahren bereits in der Entscheidungsphase war und es daher rechtlich nicht mehr zulässig war, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das politische Verfahren!“*) bleiben Sie bei der Wahrheit, rechtlich nicht mehr zulässig war. Ich weiß, es ist schwer für Sie, die Wahrheit zu ertragen, aber hören Sie mir bitte zu, wenn ich rede, ich habe Sie ausreden lassen. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Geh, geh, die Wahrheit ertragen!“*) Gilt für alle, bitte. Und hier ist es dann ganz klar, dass das einfach zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo es rechtlich betrachtet zu spät ist oder war. Rein juristisch gesehen, und ich komme auf das andere später schon noch zu sprechen, rein juristisch gesehen gab es zwei klare Entscheidungen, eine vom 22. August 2014 durch den Verfassungsgerichtshof und den Verwaltungsgerichtshof vom 22. April 2015. Die Auflassung wurde bestätigt, wir haben rein juristisch betrachtet also ein abgeschlossenes Verfahren vor uns. Warum sage ich das? (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist kein juristisches Verfahren!“*)

Weil man in einem Rechtsstaat, zu dem sich, denke ich, alle hier anwesenden Damen und Herren ja hoffentlich bekennen werden, weil man in einem Rechtsstaat wie unserem, Letztentscheidungen der Gerichte zu akzeptieren hat und nicht einfach hergehen kann und sagen: „Es ist immer nur die grausliche, böse Politik“, wenn einem Entscheidungen nicht passen. Es ist einfach so, dass wir ein Letzturteil haben und da können Sie sagen, was Sie wollen, es ist einfach, so zu sagen: Eine politische Entscheidung, ist einfach billig. (*Beifall bei der SPÖ*) (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das ist ja ein Wahnsinn!“*) Ich möchte in keinster Weise davon reden, dass Sie auch, wie so oft, wieder einmal Extremwerte verwendet haben, beispielsweise bei der Zumutbarkeit des Schulweges. Sie nehmen absichtlich immer die Höchstdistanz her, wenn Sie die Urteilsbegründung lesen, werden Sie feststellen, 22 bzw. 23 Kilometer (*LTabg. Schartel: „Das reicht aber auch für eine Schule!“*) haben sie nach Bruck an der Mur bzw. Frohnleiten. Ich möchte auch nicht auf diese Allgemeinbehauptung, die Sie so gerne verwenden, eingehen, dass gesagt wird, dass in ländlichen Kleinschulen mit geringeren Schülerzahlen ein höheres Unterrichtsniveau aufzuweisen ist. Das kann schon sein. Aber das gilt wohl für alle Schulstandorte, oder für viele zumindest, die kleine Klassen und Kleingruppen haben, das ist völlig unabhängig vom Schulstandort zu betrachten. Das kann Ihnen in anderen Regionen, in anderen Gemeinden, wenn man so möchte, genauso passieren, dass Sie dort ein hohes Niveau haben, das ist nicht ausschließlich auf Breitenau am Hochlantsch beschränkt. Und in Bezug auf Ihren Hinweis auf das Steiermärkische Pflichtschülerhaltungsgesetz, § 11, wo eben geregelt ist, dass im Verband einer Pflichtschule Expositurklassen errichtet werden können bzw. dürfen, um den schulpflichtigen Kindern den Besuch der Pflichtschule auch in verkehrsunünstigen Lagen und zu jeder Jahreszeit zu ermöglichen, da sage ich Ihnen: Ja, da haben Sie grundsätzlich Recht, das ist möglich, aber es muss schon erlaubt sein, sich zu fragen, warum dann die Marktgemeinde Breitenau am Hochlantsch nicht wollte oder konnte, eine sogenannte Stammschule, oder wie Sie vielleicht sagen würden: „Mutterschule“ -, oder soll ich sagen: „Vaterschule“ - zu organisieren. Das muss man sich auf alle Fälle fragen dürfen, denn aus diesem Grund - aus diesem Grund sind einfach die derzeit gültigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht erfüllt. Das ist bitter, das gebe ich zu, aber es ist einfach so. Und unabhängig davon versuche ich mir gerade selbst als Familienvater den Alltag, die Praxis vorzustellen. Wir haben jetzt den Beginn des Schuljahres hinter uns. Die Kinder sind in ihren neuen Schulen, 42 in Frohnleiten, sechs in Bruck an der Mur, und wollen Sie hier diese Kinder wieder aus diesem neuen Umfeld heraus reißen?

Der Schülertransport ist organisiert (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das stimmt nicht!“*), die Kinder sind in neuen Klassenverbänden, das Leben hat sich, wenn man so möchte, zu normalisieren begonnen. Wollen Sie wirklich die Kinder aus möglicherweise parteipolitisch motivierten Überlegungen, (*LTabg. Schartel: „Aber Blödsinn!“*) zum Spielball Ihrer Winkelzüge und Taktiken machen? Ich denke, jeder der rational an die Sache herangeht, wird das nicht so sehen. Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass insgesamt der Bildungsregion weitere Stunden zur Verfügung gestellt werden, um diesen Übergang sanft, wenn man so möchte, zu gestalten. 40 Stunden im ersten Schuljahr, 20 im zweiten Schuljahr, zehn Stunden im dritten Schuljahr. Die Schulaufsicht, also die Pflichtschulinspektorin, die zuständige, hat bereits im Vorfeld mit den betroffenen Eltern, mit den betroffenen Familien, bei Elternabenden über diese Situation gesprochen, diese informiert, die Sorgen und Wünsche besprochen und auch geteilt. Also es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, da wäre niemand gewesen, man hätte sich so mir nichts, dir nichts, wenn man so möchte, nichts darum gepfeifen. Darüber hinaus gibt es Rückmeldungen des zuständigen Pflichtschulinspektors, der von einer positiven, netten und zufriedenen Stimmung berichtet hat und nicht von etwas anderem. Darüber hinaus, wenn man es sachlich betrachtet, natürlich kann man immer für oder gegen etwas sein, das weiß ich schon, aber wir haben in dieser Schule Breitenau am Hochlantsch auch entsprechend höhere Kosten gehabt für das Personal, das ist einfach so. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, es ist zu Lasten anderer Schulstandorte gegangen, und, und, und. Um einen Schulstandort aufrecht zu erhalten, heißt das auch, dass das Kosten verursacht, und in dieses Gebäude, in dieses Schulgebäude in Breitenau am Hochlantsch wären umfangreiche Investitionen, insbesondere in den Brandschutz, zu tätigen gewesen. Das haben Sie wohlweislich wieder einmal verschwiegen, weil sie eben nur jene Dinge erwähnen, die Ihnen in Ihren parteipolitischen Kram passen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Das ist einfach so. Abschließend möchte ich nochmals festhalten, ganz persönlich betrachtet verstehe ich die Emotionen, verstehe ich die Betroffenheit der Eltern, der Gemeindeverantwortlichen, aber diese Schließung der Schule passierte ja nicht aus Jux und Tollerei (*LTabg. Schartel: „Oh wohl!“*) Diese passierte auch nicht aus politischen Überlegungen, wie Sie sofort wieder einmal festgehalten haben in Ihrer Allwissenheit und wie Sie gemeint haben, es gäbe keine sachliche Begründung. Sachliche Begründungen gibt es am Fließband, das ist einfach so. Vor 2000 Jahren hätte Julius Cäsar möglicherweise gesagt: „Alea iacta est!“

Zur Übersetzung: Die Würfel sind gefallen, und man sollte einfach akzeptieren, dass es Letztentscheidungen von Gerichten gibt, man sollte akzeptieren, dass eine Stammschule nicht aufgeboden wurde und demzufolge auch nicht die Rahmenbedingungen für Expositurklassen gegeben sind. Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.51 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Letztes zu Wort gemeldet hat sich das zuständige Regierungsmitglied, Landesrätin Mag. Ursula Lackner. Ich gebe dir das Wort.

Landesrätin Mag. Lackner – SPÖ (17.51 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Abgeordnete! Ein Schlusswort zu dieser Thematik sei mir jetzt auch noch erlaubt. Ich möchte noch detaillierter ausführen, was meine Schritte waren, als ich Mitte Juni dieses Ressort übernommen habe und ich auch in dieser Funktion eine Stellungnahme an den Bürgeranwalt abgegeben habe, wo Sie, Herr Kollege Amesbauer, den Herrn Volksanwalt zitiert haben. Ich mache das auch noch einmal. Ich habe im Juni dieses Jahres das Ressort Bildung, Schule von meinem Vorgänger Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer übernommen und zu diesem Zeitpunkt war schon relativ klar, dass das Verfahren fortgeschritten war und wir konnten davon ausgehen, dass eine Entscheidung doch relativ bald seitens des Verwaltungsgerichtshofes fallen würde. Und es war ja dann letztendlich auch so. Mir ist es eigentlich ein Anliegen, Entscheidungen, die herankommen, nicht anstehen zu lassen, sondern die entsprechenden Gespräche rechtzeitig zu führen und von mir aus auch einen Impuls zu setzen. Das habe ich gemacht. Ich habe Ende Juni reichlich vor Schulschluss alle Betroffenen zu einem Gespräch gebeten, den Herrn Bürgermeister, die Schulleitung, den Landesschulrat, die Schulaufsicht des Bezirkes der Bildungsregion, Elternvertreterin und Elternvertreter, und auch den Vertreter und die Vertreterin der zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. Und es war das Ziel dieses Treffens, in dieser Situation noch einmal darauf zu schauen, welche Entscheidungen könnten kommen. Entweder wird der Bescheid des Landes aufgehoben, und dann besteht die Schule in der Breitenau weiter, oder er wird nicht aufgehoben vom Obersten Gerichtshof und der Schließungsbescheid des Landes Steiermark hat Gültigkeit. Zweiteres ist eingetreten, die Schulaufsicht hat ihrerseits die betroffenen Familien bei Elternabenden des Öfteren über die Möglichkeiten informiert, die sie nach Schließung der Schule vorfinden, eben die Standorte in Bruck und in Frohnleiten ins Auge zu fassen.

Den betroffenen Schülerinnen und Schülern wird die Situation in Frohnleiten - weil dort ja tatsächlich 42 Kinder in die Schule gehen - erleichtert, indem in einem Übergangszeitraum von drei Jahren zusätzliche LehrerInnenstunden zur Verfügung gestellt werden. Und zwar im ersten Jahr 40 Stunden, im zweiten Schuljahr 20 Stunden und im letzten und dritten Schuljahr, da sprechen wir vom Jahr 2017/2018 immerhin noch zusätzliche 10 Stunden. Und diese Zusatzressourcen können von der regionalen Schulaufsicht autonom zur Unterstützung an der Schule für notwendige Gruppenbildung und unterstützende Maßnahmen verwendet werden. Und wie es der Herr Abgeordnete Dolesch schon gesagt hat, ist der zuständige Pflichtschulinspektor nicht nur einmal am Schulbeginn vor Ort gewesen, sondern ist laufend dort und kann sich davon überzeugen, dass das Hereinnehmen der Kinder aus der Breitenau sehr gut funktioniert, dass es auch bei kritischen Eltern aus der Breitenau jetzt durchaus auch schon Wertschätzung und Zustimmung gibt zu der Situation, die sie in Frohnleiten - und ich gehe auch davon aus, in Bruck - vorfinden. Weil Sie den Herrn Volksanwalt jetzt noch angeführt haben, Herr Amesbauer, ich möchte und man kann es noch nachschauen, über die TV-Thek Bürgeranwalt, die letzte Sendung, in der noch einmal über die Entwicklung der NMS Breitenau berichtet worden ist und ich zitiere jetzt den Herrn Volksanwalt Fichtenbauer: „Es fehlt eigentlich an einer Art Instanz, die man sich so quasi als Wolke vorstellen könnte, die von der Meta-Ebene drüber schwebt und Vor- und Nachteile zusammenzählt!“. Der Herr Volksanwalt Fichtenbauer hat das so gegenüber dem Bürgeranwalt gesagt zum Schließungsbescheid durch beide obersten Gerichtshöfe und er hat gesagt, man soll sich genieren. Das hat er auch gesagt. Und erlauben Sie mir jetzt, in dieser Stunde, wo wir abschließend über die Situation in der Breitenau, die ich sehr, sehr ernst nehme, reden, dass ich schon sage: Ich verteile kein Zeugnis, wie der Herr Abgeordnete Kober. Aber gelinde gesagt ist es erstaunlich bis befremdlich, was ein Volksanwalt zu einem obersten Urteil oder zu einem Urteil der obersten Gerichte in Österreich sagt, die im Namen der Republik Österreich gefällt worden sind, dass er so ein flapsiges Statement noch abgibt. Und ich sage allen, die hier Mitglied des Landtages sind: Ich geniere mich nicht, Gesetze einzuhalten - ich geniere mich nicht, Gesetze einzuhalten. Ich fühle mich nicht unbedingt angesprochen vom Herrn Volksanwalt Fichtenbauer, aber ich sage dazu, dass die Pflichtschule oder eine Pflichtschule aufzulassen ist, wenn ihr Weiterbestehen aufgrund der Berechnung und Einschätzung und des Rückganges der Schülerzahlen nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Ich stehe dazu und ich möchte das hier ausdrücklich in diesem Rahmen und aufgrund dieses Tagesordnungspunktes sagen.

Und ich sage noch dazu, ich gehe davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler der Breitenau an der NMS Frohnleiten sehr gute Erfolge verbuchen werden können in ihrer Schullaufbahn an dieser Schule, ich wünsche diesen Schülerinnen und Schülern alles Gute, ich wünsche den SchülerInnen, die aus Frohnleiten an dieser Schule sind, alles Gute, und es wird ein guter Erfolg für alle am Ende des Schuljahres vor uns in den Zeugnissen stehen. Und dieses Zeugnis akzeptiere ich, ein anderes, das so flapsig ausgesprochen wird, immerhin von einem Volksanwalt, der das, was im Namen der Republik ausgesprochen worden ist, wegwischt, das kann ich nicht akzeptieren. Den Schülerinnen und Schülern wünsche ich alles Gute. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.59 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor. Lambert Schönleitner seitens der Grünen.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (18.00 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich möchte inhaltlich nichts mehr zu dem Thema sagen, die grüne Position ist bekannt. Ich möchte aber abschließend schon hergehen, und, wenn Sie, Frau Landesrätin, hier die Volksanwaltschaft angreifen, nur erinnern, dass die Volksanwaltschaft an und für sich ein sehr unabhängiges Instrument ist und wenn wir hergehen ... *(Landesrätin Mag. Lackner: „Sein soll!“)* ... sein soll. Wenn wir hergehen, und am Ende einer Landtagsdebatte undifferenziert auf die Volksanwaltschaft als Institution - so habe ich Sie verstanden - hinhaut, dann ist es auch *(allgemeine Unruhe)*, Kollege Schwarz, *(LTAbg. Karl Lackner: „Wenn die obersten Gerichte in Frage gestellt werden, dann hört sich alles auf!“)* dann ist es grundsätzlich auch so, dass wir - und das ist mein Begehren und darum habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet - vorsichtig sein sollten, wenn wir das Instrument der Volksanwaltschaft kritisieren ganz pauschal. Das sollen wir nicht machen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 18.01 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA – FPÖ (18.01 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich muss mich nochmals kurz zu Wort melden, weil das kann man so nicht im Raum stehen lassen. Erstens: Die Volksanwaltschaft ist dazu eingerichtet, um Bürgern gegenüber Behörden zu vertreten, das ist einmal das Erste. Und auch Behörden können Fehler machen, sieht man ja immer wieder. Da wird mir wohl keiner widersprechen, da werden wir uns einig sein. Aber, was ich hier nicht so stehen lasse ist diese Abwälzung auf den VfGH. Wie ist denn das überhaupt dazu gekommen? Der VfGH ist ja nicht hergekommen und hat gesagt: „Die Schule in der Breitenau muss geschlossen werden!“ Bitte, der VfGH (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Ja, genau!*“) ist ja überhaupt erst tätig geworden, weil sich die Eltern und die Gemeinde an ihn gewandt haben, weil da einfach der VfGH und auch der VwGH, beide Gerichtshöfe, angerufen wurden. Die Gerichte sind ja nicht hergegangen, und haben gesagt: „Die Breitenau muss die Schule zusperren!“ Das wird ja ganz falsch transportiert. Sie sagen immer, wir müssen uns an Gesetze halten. Wir halten uns an Gesetze. Ich sage es nochmals. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass die Schließung rechtlich zulässig ist, nicht mehr und nicht weniger. (*LTA*bg. *Karl Lackner*: „*Er hat ein Urteil gefällt!*“) Aber die Schließung war eine politische Entscheidung (*LTA*bg. *Karl Lackner*: „*Das ist aber die Gesetzeslage!*“) und die Schülerzahlen (*Beifall bei der FPÖ*), die Mindestschülerzahlen, die ein Bestehen der Schule rechtfertigen, wer legt die fest? Der Landtag, das ist ein Landesgesetz, es gibt Bundesländer, wo die Schülerzahlen, die Schülermindestzahlen weit niedriger sind als in der Steiermark. Das ist eine politische Entscheidung, das ist der politische Wille des Landtages gewesen, (*LTA*bg. *Schartel*: „*Genau!*“) diese Schule zu schließen. (*Beifall bei der FPÖ*) Und es ist schon interessant, wenn man dann als Regierungsmitglied sich hier her stellt und dann einen unabhängigen Volksanwalt angreift. Also, das war ja nicht nur der Peter Fichtenbauer, weil der ist zufällig von der FPÖ, die Volksanwältin Terezia Stoisits hat ja ähnlich gekämpft und gleich gekämpft jahrelang für diesen Schulstandort. Also bitte, wenn das Ihre Entscheidung ist, Ihre politische, und das ist sie ja, dann stehen Sie dazu, (*LTA*bg. *Riener*: „*Das ist aber der Punkt!*“) aber verkaufen Sie bitte nicht uns hier im Haus und vor allem die Bürger für dumm. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 18.03 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Hannes Schwarz.

LTabg. Schwarz - SPÖ (18.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf schon noch einmal festhalten - und das haben auch die Rednerinnen und Redner meiner Fraktion hier festgehalten: Es wurde von den obersten Gerichten dieses Landes festgehalten, dass diese Entscheidung entlang und konform der in Österreich und in der Steiermark geltenden Gesetze gefällt wurde. (LTabg. Amesbauer, BA: „Das bestreitet niemand!“) Und zweitens steht meine Fraktion, stehen wir dazu, dass wir diese Gesetze aufgrund von politischen Entscheidungen in diesem Land beschlossen haben. Das ist ja vollkommen klar, dass diese Gesetze, die vom Landtag beschlossen werden, politische Entscheidungen sind. Und Herr Kollege Amesbauer, diese künstliche Differenzierung zwischen gesetzlichen und politischen Entscheidungen, (LTabg. Schönleitner: „Dazu ist der Volksanwalt da!“) die kann ich nicht wahrnehmen, ja Kollege Schönleitner, zu dir komme ich noch. Und diese Unterscheidung kann ich nicht wahrnehmen. Wir stehen sowohl politisch zu dieser Entscheidung, als auch dazu, dass diese Entscheidung aufgrund der Gesetze konform und in Ordnung beschlossen wurde. Dazu stehen wir und das werden wir auch hier im Landtag Steiermark immer wieder wiederholen, wenn dieses Thema zur Sprache kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ) Und zum Zweiten, also, lieber Lambert, meines Wissens gibt es nur eine Person auf der ganzen Welt, die unfehlbar ist, weißt du, wer das ist? (LTabg. Schönleitner: „Mein Gott!“) Der Papst. (Allgemeine Heiterkeit unter den Abgeordneten) Oder der Lambert Schönleitner, da bin ich mir nicht ganz sicher, aber also die Unfehlbarkeit nimmt für sich bis jetzt nur der Papst in Anspruch, obwohl, ich habe gehört, der ist sich auch nicht mehr ganz so sicher in der letzten Zeit oder jedenfalls der neueste Papst, den wir haben. Und es ist durchaus in Ordnung und es ist vollkommen legitim und wenn das die Frau Landesrätin macht und wenn das der Kollege Dolesch macht, oder wenn das wer auch immer macht, eine politisch gewählte Funktion in diesem Land zu kritisieren, denn der Volksanwalt ist nicht irgendwo von oben herab gestiegen und wurde irgendwie von einer höheren Macht entsandt, (LTabg. Amesbauer, BA: „Um das geht es gar nicht!“) sondern wurde vom Nationalrat beschlossen und bestellt und auch Volksanwälte müssen sich dem Anspruch stellen, nachdem sie nicht unfehlbar sind, nachdem sie politisch gewählte Organe sind, sich auch einer Kritik zu unterziehen. Und es muss möglich sein, auch wenn es dem Lambert Schönleitner nicht passt, auch politisch gewählte Organe zu kritisieren und das tun wir hiermit. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 18.06 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 162/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!
Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 162/6 betreffend Änderung des Steiermärkischen Pflichtschulerhaltungsgesetzes 2004 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!
Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 24. November statt und es wird verbindlich auf elektronischem Weg eingeladen. Glück auf.

Ende der Sitzung: 18.07 Uhr.